

Das Ende des postsozialistischen Raums? (Ent-)Regionalisierung in Osteuropa

Sammelwerk / collection

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. (2009). *Das Ende des postsozialistischen Raums? (Ent-)Regionalisierung in Osteuropa* (Arbeitspapiere und Materialien / Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, 104). Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-436814>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 104 – September 2009

Das Ende des postsozialistischen Raums?
(Ent-)Regionalisierung in Osteuropa

Beiträge für die 17. Tagung junger Osteuropa-Experten

Veranstaltet von
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Europäische Akademie Berlin

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
phone +49 421 218-69601, fax +49 421 218-69607
<http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 104: Das Ende des postsozialistischen Raums?

(Ent-)Regionalisierung in Osteuropa

Beiträge für die 17. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin,

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und

Europäische Akademie Berlin

September 2009

ISSN: 1616-7384

Die Veranstalter danken der Otto Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung.

Lektorat: Sophie Hellgardt (englischsprachige Beiträge)

Hilary Abuhove (englischsprachige Beiträge)

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

D-28359 Bremen – Germany

phone: +49 421 218-69601

fax: +49 421 218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

internet: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhalt

Geleitwort.....	7
I. In der Grauzone? – Politische Regime im postsowjetischen Raum	
<i>Carolin Holzmeier</i> Instrumentalisierter Postkommunismus? Die Persistenz von Herrschaftsstrukturen in Turkmenistan als akteursabhängiger Entwicklungspfad	11
<i>Matthew Frear</i> Authoritarian Consolidation and Adaptation. The Case of Belarus.....	15
<i>Anja Franke</i> Der treu sorgende Autokrat? Das herrschaftsstrategische Zusammenspiel von Ressourcen und Sozialpolitik in ressourcenreichen postsowjetischen Staaten	19
<i>Dorothea Keudel</i> Minderheitsregierungen in Mittel- und Osteuropa.....	24
<i>Claudia Stubler</i> Transformationsprozesse in der Ukraine.....	28
II. Neuordnung des postsozialistischen Raums? – Die Rolle der EUisierung	
<i>Doris Wydra</i> ...denn die neuen Grenzen sind im Kopf... Europakonzepte als Trennlinien. Die Ukraine als Beispiel	35
<i>Melanie Müller</i> Die Bedeutung des Beitritts der Ukraine zur WTO	40
<i>Tina Freyburg und Solveig Richter</i> Antizipierte EU-Mitgliedschaft: Zur Wirkung politischer Konditionalität auf Demokratisierungsprozesse in der Europäischen Nachbarschaft	43
<i>Vera Axyonova</i> Europeanization beyond Europe: Is a Comparison of EU Political Engagement in Eastern Europe and Central Asia Possible?	47
<i>Christoph Schnellbach</i> EUisierung des postsozialistischen Raums? Die Grenzen des »Politiktransfers« am Beispiel des Minderheitenschutzes	52

III. Neuordnung des postsozialistischen Raums? – Regionalisierungsprozesse

Sahra Damus

Polnisch als Qualifikation auf dem grenznahen Arbeitsmarkt –
Sprachlernmotivationen von Schülern in Frankfurt (Oder) und Görlitz59

Michael Bär

Die Ostseehäfen postsozialistischer Staaten – von staatlich gelenkten
Umschlagsanlagen zu Schnittstellen globaler Logistikketten 64

Hristofor Hrisoskulov

Die Schwarzmeerregion – eine aufstrebende Region an der neuen Grenze der EU.
Neue Nachbarn und neue Energiesicherheitsinteressen69

IV. Zivilgesellschaft im postsozialistischen Raum – Gemeinsamkeiten und Entwicklungsperspektiven

Štěpánka Busuleanu

Zivilgesellschaft in Russland – mit Unterstützung von Freunden?75

Franziska Blomberg

Der Mangel an generalisiertem Vertrauen als das eigentliche »*socialist legacy*«
im post-sozialistischen Europa80

Michael Männel

Zivilgesellschaftliche Strukturen Russlands zwischen westlichen Theorien und
russischem politischem Denken85

Kathrin Müller

Der Einfluss nichtstaatlicher Akteure auf die regionalen Governancestrukturen
in der Russischen Föderation. Dargestellt am Beispiel des Nižegorodskaja Oblast'90

V. Identitätskonstruktionen im Spannungsfeld sich ändernder Grenzen

Matej Kralj

Abtreibung des Sozialismus: Die Identitätsfindung
im slowenischen Verfassungsdiskurs97

Veronika Siska

Das ironische Spiel mit dem nationalen Mythos in der
tschechischen zeitgenössischen Kunst102

Katharina Stadler

Zwischen staatlicher Integrität und ethnischer Autonomie –
Identitätsfindung in zeitgenössischer georgischer Musik106

Marc Zivojinovic

»Jugonostalgija« – ein postsozialistisches Identitätskonstrukt?109

Ivo Mijnsen

Naši: Zwischen Zukunft und Vergangenheit112

<i>Ada-Charlotte Regelman</i>	
Politische Gemeinschaft, politische Institutionen und Minderheitspolitiken in der Slowakei 1998–2006.....	117

VI. Postkonfliktgesellschaften – der Einfluss externer Akteure

<i>Dominik Tolksdorf</i>	
Der Einfluss von EU-Akteuren auf Reformprozesse in Bosnien-Herzegowina.....	123

<i>Hannah Kalhorn</i>	
Schülervertretung in Bosnien und Herzegowina. Demokratie an der Schule?	127

<i>Sören Keil</i>	
Die Crux mit der Intervention. Zur Rolle internationaler Akteure in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens	132

<i>Christian Strasser-Gackenheimer</i>	
Föderalismus und Autonomie im Kaukasus – Die Rechte ethnischer Gruppen in den Verfassungen der Sowjetunion, der Russländischen Föderation und Georgiens	136

<i>Sabine Höger</i>	
Mediation im georgisch–abchasischen Konflikt: Wie eine Konfliktlösungsstrategie an ihre Grenzen stößt	141

<i>Victoria Hudson</i>	
Russian Soft Power in the Post-Soviet Space and Beyond	146

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren.....	151
--	-----

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	156
---	-----

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	158
--	-----

Geleitwort

Die 17. Tagung junger Osteuropa-Experten (JOE-Tagung) widmet sich unter dem Thema »Das Ende des postsozialistischen Raums? (Ent-)Regionalisierung in Osteuropa« der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Differenzierung in Ost- und Ostmitteleuropa. Dabei wollen wir uns der Frage stellen, ob »der Osten« auf den »*mental maps*« von heute noch existiert. Ist die Zuordnung »post-sozialistischer Raum« nicht angesichts fortschreitender EU-isierung, der Herausbildung neuer regionaler Organisationen und globaler wirtschaftlicher Vernetzung überholt? Welche kulturellen, politischen, historischen und gesellschaftlichen Elemente konstituieren räumliche Identitäten? Zu vielen dieser Fragen finden Sie in den Beiträgen dieses Bandes Anregungen und Hinweise.

Die JOE-Tagungen finden seit 1996 jedes Jahr statt. Seit 2001 werden sie von der Forschungsstelle Osteuropa betreut. Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde begleitet die Tagungen von Anfang an. Sie unterstützt sie organisatorisch und bei der Mittelbeschaffung. Tagungsort war bis 2004 das Konferenz-Centrum Brühl (früher Ost-West Kolleg Brühl) der Bundeszentrale für politische Bildung. Seit der dreizehnten Tagung 2005 findet die Veranstaltung an der Europäischen Akademie Berlin statt.

Die Tagung bietet jedes Jahre einem ausgewählten Kreis von Examenkandidaten, Doktoranden und jüngeren Promovierten verschiedener Disziplinen die Gelegenheit, ihre laufenden Arbeitsvorhaben vorzustellen und intensiv zu diskutieren. Über den wachsenden Anteil von Nachwuchsforschern aus den Staaten Osteuropas freuen wir uns sehr.

Es ergibt sich aus dem Gegenstand der Tagungen, dass der Schwerpunkt auf der Auseinandersetzung mit der postsozialistischen Transformation der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme im östlichen Europa liegt. Hier hat sich ein breites, forschungs- wie praxisrelevantes Arbeitsfeld geöffnet, das weit über den Rahmen der traditionellen Osteuropaforschung hinausweist. Das Fach hat sich damit grundlegend verändert, und dies zeigen auch die auf der Tagung vorgestellten Projekte. Die Breite der Fragestellungen, Forschungsansätze und Methoden ist ein ermutigendes Signal für die Zukunft der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Region.

Es gilt festzuhalten, dass wir derzeit über eine große Zahl junger hoch qualifizierter Wissenschaftler verfügen, die sich intensiv mit den aktuellen wie auch historischen Transformationsprozessen befassen. Aufgrund der Öffnung der osteuropäischen Gesellschaften seit Mitte der 1980er Jahre einerseits und des wachsenden Interesses der allgemeinen Sozialwissenschaften an der Region Osteuropa andererseits hat diese Generation für ihre Ausbildung fachlich, methodisch und sprachlich weit bessere Voraussetzungen vorgefunden, als dies bei früheren Expertengenerationen der Fall war. Es ist eine Chance für Politik, Wirtschaft und auch für die etablierte Wissenschaft dieses Potential an qualifizierten Nachwuchskräften sinnvoll zu nutzen.

Wir wünschen den Teilnehmern der 17. JOE-Tagung ebenso fruchtbare Diskussionen wie bisher und hoffen, dass der vorliegende Band dazu beiträgt, den Erfahrungsaustausch auch über den engeren Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu fördern.

Wir danken der Otto Wolff-Stiftung für die finanzielle Unterstützung, ohne die die Tagungen nicht möglich wären.

Die Veranstalter

*I. In der Grauzone? – Politische
Regime im postsowjetischen
Raum*

Instrumentalisierter Postkommunismus? Die Persistenz von Herrschaftsstrukturen in Turkmenistan als akteursabhängiger Entwicklungspfad

Strukturelle Persistenz trotz gewandelten institutionellen Designs

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion scheint das politische System Turkmenistans qua Verfassung einen umfassenden Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit vollzogen zu haben, wenngleich die exponierte verfassungsrechtliche Stellung des Präsidenten erhebliche Zweifel an der Existenz einer demokratischen Herrschaftsform weckt. Allerdings versperrt gerade die konstitutionell fixierte Machtrelation innerhalb der Gewaltenhorizontale den Blick auf zwischen dem kommunistischem und dem postkommunistischem System bestehende Kontinuitäten, die bei einer Fokussierung der für die vertikale Beziehung zwischen politischem System und Bevölkerung konstitutiven Momente des Einparteiensystems, der Absenz gesellschaftlicher Organisation jenseits des Staates und der staatlich kontrollierten Medienlandschaft, augenfällig werden. Um sich der Persistenz dieser Elemente eines negierten Pluralismus analytisch zu nähern, bedarf es eines wissenssoziologischen Analyserahmens, demzufolge Institutionen ein Resultat gewohnheitsmäßiger Handlungen darstellen, die von relevanten Akteuren reziproke Typisierung erfahren, als Typen anerkannt werden und sich auf diese Weise als dem habitualisierten Akteurshandeln entspringende, zu einer objektiven Faktizität geronnene »Einrichtungen« präsentieren.¹ Weniger die formelle horizontale Ausgestaltung des politischen Systems bildet demnach den Schwerpunkt der vorliegenden Analyse, als vielmehr die für die Reziprozitätsbeziehungen zwischen Gesellschaft und politischem System virulenten Institutionen, als welche insbesondere Strukturen im Bereich des Pluralismus identifiziert werden können. Gerade in dessen politischen, gesellschaftlichen und meinungsbezogenen Dimensionen weisen das gegenwärtige Einparteiensystem, die staatliche Lenkung von Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen² sowie die Kontrolle über nahezu die gesamte inländische Medienlandschaft erhebliche Analogien zu konstitutiven Momenten des kommunistischen Systems auf. Als Konglomerat bilden diese »Einrichtungen« der Machtvertikale die turkmenische Herrschaftsstruktur, welche jenseits eines veränderten institutionellen Designs über den Zerfall der Sowjetunion hinweg an Wirkmacht behauptete.

»Agenten der Kontinuität«? Akteurszentrierte Erklärungen der Persistenz von Herrschaftsstrukturen

Einen Ansatzpunkt für die Analyse der Ursachen der skizzierten Persistenz bildet der durch den Zerfall der Sowjetunion bedingte Kontext »außergewöhnliche[r] Unsicherheit«,³ innerhalb dessen das Handeln der Akteure gegenüber strukturellen Pfadabhängigkeiten an Bedeutung gewinnt.

Dieser Annahme folgend bedarf es einer Identifikation von Akteursgruppen, die je nach Ausstattung mit diskursiven und materiellen Ressourcen einen unterschiedlich gewichteten Einfluss auf die Situation

1 Vgl. Berger, Peter L./Luckmann, Thomas, 2007: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 21. Auflage, Frankfurt/Main, S. 58 und S. 63.

2 Vgl. Bohr, Annette, 2009: Turkmenistan, in: Freedom House (Hrsg.): Nations in Transit 2009. Democratization from Central Europe to Eurasia, Lanham, <http://www.freedomhouse.hu/images/nit2009/turkmenistan.pdf> (24.07.09).

3 Bos, Ellen, 1994: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, Opladen, S. 87.

des politischen Umbruchs und die darauf folgende Entwicklung des politischen Systems zu nehmen in der Lage sind.⁴ Dabei lässt sich für das turkmenische Fallbeispiel die Existenz einer von *hardlinern* dominierten Akteurskonstellation feststellen, im Rahmen derer sich das politische Führungspersonal befähigt sah, die aus ihrer Position innerhalb des alten Systems bezogene Macht zur Konservierung eines größtmöglichen Handlungsspielraums zu nutzen.⁵ Die Effektivität dieses Handelns spiegelt sich in der temporären Absenz einer die exekutiven Ämter tangierenden Elitenzirkulation wider, deren deutlichster Ausdruck die 1980 einsetzende politische Karriere Nijasows selbst darstellt, die im Oktober 1990 in dessen Wahl zum turkmenischen Präsidenten kulminierte.⁶ Im Laufe seiner Amtszeit mutierte dieser allerdings zum Initiator einer umfassenden Kaderrotation,⁷ die in Kombination mit Patron–Klient-Beziehungen zwischen Staatsoberhaupt und Inhabern politischer Ämter in die Etablierung eines »patronalen Präsidentialismus« mündete, dessen maßgebliches Charakteristikum eine jenseits formeller Regelungen erfolgende Machtausübung durch Ressourcentransfer darstellt.⁸

Die dadurch bedingte Machtkonzentration in den Händen Nijasows ermöglichte nach dessen Tod 2006 einer kleinen intraelitären Gruppierung durch die Verfügungsgewalt über die Distribution symbolischer wie materieller Ressourcen die Bewältigung der kritischen Situation der Herrschaftssukzession wie die Perpetuierung einer auf Patronage und Klientelismus beruhenden Präsidentschaft.⁹ Da beide Staatsoberhäupter in kritischen Kontexten aufgrund einer asymmetrischen Distribution von symbolischer wie materieller Macht reüssieren konnten und ihnen über diese Situation hinweg eine Konsolidierung ihrer exponierten intraelitären Position gelang, zeichnet primär deren eliten- und gesellschaftsbezogenes Agieren für die Konservierung der Herrschaftsstrukturen verantwortlich.

Eine Analyse dieser Kontinuität sichernden Handelns bedarf des Rekurses auf ein duales Akteursverhalten, welches die Verstetigung von gesellschaftlichen Einrichtungen über Momente der Legitimation und der sozialen Kontrolle erreicht.¹⁰ Letztgenannter Aspekt findet neben einem repressiven staatlichen Vorgehen gegen jede Art der systeminternen wie systemexternen Opposition seine Konkretisierung in häufigen Regierungsumbildungen sowie einer erschwerten Registrierung politischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen, ergänzt um materiell und symbolisch fundierte Legitimierungsanstrengungen. Während erstgenannte Strategien im Sinne einer die Performanz des politischen Systems fokussierenden Legitimation auf die Einbindung von breiten Gesellschaftsschichten und politischen Positionsinhabern in ein System der Güterdistribution abzielen,¹¹ dessen Fundament aus dem Erdöl- und Erdgasexport akquirierte Renten bilden, erstreckt sich die symbolische Legitimierung auf Aspekte der Ideologie sowie deren Vermittlung. Eine Gegenüberstellung der Rhetoriken und Ideologien beider Präsidenten legt erhebliche Divergenzen offen, welche sich in der Kontrastierung

4 Vgl. Mc Faul, Michael, 2002: The Forth Wave of Democracy and Dictatorship. Noncooperative Transitions in the Post-Communist World, in: World Politics, H. 2, S. 223.

5 Neben dem im Januar 1990 ausgesprochenen Verbot der *Agzybirlik*-Bewegung konnten auch die mit der Nachfolgerorganisation der KPT nicht zu verwechselnde *Demokratische Partei Turkmenistans* sowie die *Bewegung für Demokratische Reformen* aufgrund verweigerter behördlicher Registrierung kaum Einfluss auf die Phase des politischen Umbruchs geltend machen (vgl. Nissmann, David, 1994: Turkmenistan (Un)Transformed, in: Current History, H. 582, S. 184).

6 Vgl. Akbarzadeh, Shahram, 1999: National Identity and Political Legitimacy in Turkmenistan, in: Nationalities Papers, H. 2, S. 273.

7 Vgl. Kadyrov, Shokhrat, 2003: Turkmenistan: The Political Elite in an Ethnic Society, in: Cummings, Sally N. (Hrsg.): Oil, Transition and Security in Central Asia, London, S. 114.

8 Vgl. Hale, Henry E., 2005: Regime Cycles. Democracy, Autocracy, and Revolution in Post-Soviet Eurasia, in: World Politics, H. 1, S. 137.

9 Zu den Vorgängen des Dezembers 2006 vgl. Schmitz, Andrea 2007: Eine Frage des Geldes. Turkmenistan nach dem Führungswechsel, in: SWP-aktuell Nr. 15, Berlin.

10 Vgl. Berger, Peter L./Luckmann, Thomas, 2007: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, 21. Auflage, Frankfurt/Main, S. 75.

11 Vgl. Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam, 2007: Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats, in: Comparative Political Studies, H.11, S. 1282.

der Krisenrhetorik¹² und des artifiziellen »*top-down*-Nationalismus«¹³ Nijasows durch eine unter Berdimuchammedow vorgenommene Diskursivierung der Verfassungsreform und der Parlamentswahlen des Jahres 2008 als Wegbereitern der Demokratisierung manifestieren.¹⁴ Dabei darf allerdings nicht aus dem Blick geraten, dass der Propaganda der »*top-down*-Demokratisierung« im Rahmen des aktuellen ideologischen Projektes der »Neuen Wiedergeburt« ebenso wie den ideologischen Elementen unter dem Vorgängerpräsidenten der Impetus zugrunde liegt, einen Quietismus der Bevölkerung zu generieren. Beiden ideologischen Legitimierungsstrategien ist demzufolge gemein, dass sie die Aufrechterhaltung der Herrschaftsstrukturen weniger durch inhaltliche Aspekte, sondern vielmehr durch das unter beiden Präsidenten ähnlich ausgestaltete Moment der Indoktrination befördern, als dessen Fundament insbesondere das Bildungssystem fungiert. Gerade dieses degenerierte im Laufe der Präsidentschaft Nijasows sukzessive zu einem Instrument der Erzeugung einer politisch devoten Bevölkerung, die den bestehenden Herrschaftsstrukturen keine alternativen Konzeptionen entgegenzusetzen wusste.¹⁵ Über die Betonung des Momentes der Indoktrination können beide ideologischen Projekte als Legitimierungsversuche gewertet werden, deren grundlegende Intention sich darin erschöpft, rivalisierende, die gegebenen Herrschaftsstrukturen herausfordernde Konzepte als undenkbar erscheinen zu lassen. Die Vermittlung der Ideologie dient demnach weniger der Mobilisierung, sondern vielmehr der Erzeugung einer Bevölkerungshaltung, die als »Verabschiedung aus der Politik«¹⁶ und damit aus dem Bereich der Interessen- und Ideenkonkurrenz umschrieben werden kann. Mit dem Appell an nationale Unabhängigkeit und Demokratisierung instrumentalisiert die politische Führung Turkmenistans konstitutive Elemente des Postkommunismus, um auf diese Weise der alternativen Genese derartiger Forderungen präventiv entgegenzuwirken und in der Folge einer Persistenz bestehender Herrschaftsstrukturen Vorschub zu leisten.

Die Gesellschaft als »Handlungsraum« der politischen Eliten

Die Intention der Immunisierung gegenüber alternativen politischen Konzeptionen, welche einen nachhaltigen Bruch mit der Vergangenheit bewirken könnten, reflektiert die Tatsache, dass gesellschaftlich erzeugter Druck »von unten« durchaus als Gefährdung der bestehenden Herrschaftsstrukturen perzipiert werden kann. Gerade aufgrund seiner potentiell anregenden Wirkung auf die gesellschaftliche Selbstorganisation bildet der Nationalismus den Ausgangspunkt einer die Gesellschaft als »Handlungsraum« der politischen Entscheidungsträger deutenden Analyse.¹⁷ Das 1990 lancierte Verbot der die Förderung der turkmenischen Sprache und Kultur proklamierenden *Agzybirlik*-Bewegung belegt dabei, dass der Nationalismus in Turkmenistan nicht als Instrument der Infragestellung bestehender Herrschaftsstrukturen reüssieren konnte, sondern dass der nationale Diskurs vielmehr durch die politische Führung monopolisiert wurde.¹⁸ Allerdings wirkte der Genese eines zivilgesellschaftliche Aktivität fördernden »*bottom-up*-Nationalismus« nicht nur das Verhalten der politischen Elite, sondern auch die Virulenz tribaler und klanbasierter Identitäten im sozialen

12 Vgl. Eschment, Beate, 2000: Autoritäre Präsidialregime statt Parteiendemokratien in Zentralasien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 21, S. 222.

13 Vgl. Lewis, David, 2008: *The Temptations of Tyranny in Central Asia*, New York, S. 93.

14 Vgl. Durdiyeva, Chemen, 2009: Parliamentary Elections in Turkmenistan, in: *Central Asia-Caucasus Analyst*, H. 1, S. 18 sowie Horák, Slavomír/Šír, Jan, 2009: Dismantling Totalitarianism? Turkmenistan under Berdimuchamedov. Washington/Stockholm, S. 23–24.

15 Vgl. Lewis, David, 2008: *The Temptations of Tyranny in Central Asia*, New York, S. 93.

16 Laruelle, Marlène, 2007: Wiedergeburt per Dekret. Nationsbildung in Zentralasien, in: *Osteuropa*, H. 8–9, S. 150.

17 Vgl. dazu Maćków, Jerzy, 2004: Am Rande Europas? Nation, Zivilgesellschaft und außenpolitische Integration in Belarus, Litauen, Polen, Russland und der Ukraine, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, H. 2, S. 75.

18 Vgl. Brown, Bess A., 1996: *Authoritarianism in the New States of Central Asia. An Overview of Post-Independence Politics*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien* Nr. 46, Köln, S. 14.

Leben Turkmenistans entgegen.¹⁹ Als sowjetischer Erbfaktor erscheint in diesem Kontext jedoch die Tatsache, dass die Verbreitung der tribalen Identität nicht von einer segmentären Gesellschaftsform, sondern vielmehr von gesellschaftlicher Zentralisierung begleitet wird. Den Schlüssel zum Verständnis dieser Orientierung bildet die Konzentration der aus dem Rohstoffexport bezogenen Renten in der nationalen Exekutive, welche auf diese Weise ein effektives Instrument zur Schaffung einer von zentralstaatlichen Zuwendungen abhängigen tribalen Elite in Händen hält und eine umfassende regionale Kontrolle auszuüben vermag. Eine Struktur, in welcher ein in das präsidiale klientelistische System integrierter Provinzgouverneur (*hakim*) aufgrund seiner Fähigkeit zur Güterdistribution zur obersten Referenz des Handelns der Bevölkerung avanciert,²⁰ vermindert das gesellschaftliche Interesse an einem außerhalb dieses Bezugspunktes liegenden politischen System und kontribuiert damit der Perpetuierung von Herrschaftsstrukturen. Gerade der Verweis auf derartige Patronage- und Klientelnetzwerke zeigt, dass die Existenz tribaler Identitäten, welche einem an bestehenden Herrschaftsstrukturen festhaltendem Elitenhandeln kaum Einhalt gebieten, zu einem Gutteil als Ergebnis der Instrumentalisierung von präkommunistischem Erbe durch das politische Führungspersonal zu werten ist.

Fazit

Die skizzierten Strategien des instrumentalisierten Prä- und Postkommunismus lassen den turkmenischen Präsidenten zum »Agenten der Kontinuität« avancieren, da zum einen durch Eliminierung alternativer Konzeptionen und Ideen und zum anderen über die Konservierung tribaler Identitäten die Persistenz der bestehenden Herrschaftsstrukturen gewährleistet wird. Aufgrund der Tatsache, dass ein dergestalt ausgerichtetes Elitenhandeln auf die Generierung von Distanz zwischen Gesellschaft und politischem System abzielt, können die Elemente des Einparteiensystems, die staatlich regulierten gesellschaftlichen Organisationen und Medien, nur auf eine Legitimation *ex negativo*, nicht aber auf eine positive Zustimmung der Bevölkerung verweisen. Dennoch erscheinen die skizzierten Herrschaftsstrukturen aufgrund der eliteninduzierten legitimierenden und kontrollierenden Maßnahmen dergestalt habitualisiert und institutionalisiert, dass ein Wandel der nach der Unabhängigkeit etablierten Machtvertikale gegenwärtig als wenig wahrscheinlich erscheint.

19 Vgl. Heinritz, Katrin, 2007: »Defekte Demokratisierung« – Ein Weg zur Diktatur? Turkmenistan und die Republik Sacha (Jakutien) in der Russischen Föderation nach dem Ende der Sowjetunion, Frankfurt/Main u. a., S. 154.

20 Vgl. Geiß, Paul Georg, 2005: Regionalismus und Staatlichkeit in Turkmenistan, in: Krämer, Raimund (Hrsg.): Autoritäre Systeme im Vergleich, Potsdam, S. 172 sowie Roy, Olivier, 2000: *The New Central Asia. The Creation of Nations*, London/New York, S. 115. Zum Stellenwert subnationaler Entitäten für die identitätsbezogene Selbstattribution vgl. Baldauf, Ingeborg, 1995: Identitätsmodelle, Nationenbildung und regionale Kooperation in Mittelasien, in: Staiger, Brunhild (Hrsg.): *Nationalismus und regionale Kooperation*, Hamburg, S. 35.

Matthew Frear

Authoritarian Consolidation and Adaptation. The Case of Belarus

Introduction

Belarus has for many years been the most overlooked and least understood of the post-Soviet republics. President Alyaksandr Lukashenka's regime is best known as the so-called 'last dictatorship in Europe'. Since his initial election in 1994, Lukashenka has gone on to become the longest-serving current political leader in Europe, in spite of predictions by many commentators that his rule was unsustainable. This paper will look at the realities of the contemporary political landscape in Belarus. It will begin by outlining how Lukashenka consolidated authoritarian rule through the personalization of power. However, rather than focus on state coercion and the use of fear and repression, this paper will instead provide an overview of the regime's popular and pragmatic policies, which are often overlooked. These policies have proved effective on their own terms in generating support for Lukashenka. Incumbent capacity in Belarus will be shown to involve more than just state coercion; Lukashenka's ability to retain a measure of popularity by adapting the regime to the socio-economic and geopolitical realities facing the country continues to breathe new life into his administration.

Authoritarian Consolidation

The personalization of power into the hands of the president has been achieved through the de-institutionalization of the state and by taking a patron–clientist approach to politics, economics and society (Marples 1999, Danilovich 2001, Lindner 2002, Silitski 2005). The presidential putsch in 1996 and the subsequent constitutional changes affected the legislative, judicial and executive branches. The new National Assembly consisted of a puppet parliament whose function was reduced to rubber stamping the regime's legislation. There is no single ruling party in Belarus; instead the parliament is filled predominantly with independent pro-government deputies who hold their seats thanks to their loyalty to the regime. The Constitutional Court saw its role demoted to that of a purely consultative organ, with judges nominated at the behest of the presidency. The prime minister and government ministers are selected by the president and the work of government is often limited to implementing the orders of the Presidential Administration. Two years into his first term Lukashenka had transformed Belarus into a super-presidential system with a 'power vertical' and no genuine checks or balances on his power. Lukashenka has himself described the legislature, executive and judiciary as branches on the tree of the presidency, giving the president the power to trim them as he sees fit (Danilovich 2001: 13).

The patron–clientist approach extends beyond key appointments to state institutions. Senior officials, functionaries and members of the *nomenklatura* are dependent on Lukashenka's rule for their jobs and can face dismissal at any time. In the state economy the Presidential Administration wields influence in the appointment of directors to many major, strategically important, state-owned industries. These so-called 'red directors' are by and large technocratic appointees and office holders are regularly circulated between posts. While a certain amount of *nomenklatura* capitalism has emerged in Belarus, this is only possible with the blessing of the presidency (Liakhovich 2008). The heads of *oblast* administrations are nominated by the centre and subject to regular changes. Many appointees therefore lack any local roots to build on and are unlikely to garner any personal popularity, leaving them dependent on the centre for their power and influence. Finally, certain pro-government trade unions, youth movements and public associations have been created to extend the reach of the president's patronage beyond the usual political and economic spheres into civil society as well.

Regime Adaptation

While coercive capacity and its use of fear, suppression and the pre-emption of democracy undoubtedly has a role in ensuring Lukashenka's survival (Silitski 2006, Way & Levitsky 2006), the regime's methods of appealing to the public without simply resorting to crude and brutal tactics will be outlined next. Lukashenka was elected on an avowedly populist platform with additional elements of anti-elitism (Feduta 2005: 156–161). Not only did he make promises that most of the electorate wanted to hear, but he by and large fulfilled them. The realities of the Belarusian economic model are highly contested (Mario Nuti 2005, Silitski 2005: 35–9, Ioffe 2007: 99–102, Marples 2007: 92–100). Nevertheless, Lukashenka has been able to point to pension and wage arrears and then the rise of the oligarchs in Russia and Ukraine as indicators of how much worse life is there than in Belarus under his sure-footed rule. As the regime controls most of the nation's assets, the majority of Belarusians are employed by or dependent on the state. Pensions and state salaries have regularly increased, most notably during the run-up to presidential elections (NISEPI 2008a, 2008b). Public satisfaction with the standard of living is higher in Belarus than in many other post-Soviet states (Matsukako 2004: 240), and thus any public concerns about the political system tend to fall by the wayside. A dependable standard of living, which Lukashenka appears to offer, is of far greater concern to most citizens (Marples 2004: 37).

While the elderly, the rural and the poorly educated populations have traditionally made up the core of Lukashenka's support, these voters alone cannot explain his approval ratings, which remain far higher than any other national politician: according to independent opinion polls, he clocks in at a steady 40–50 per cent (NISEPI 2009). The regime has succeeded in reaching out to the 'technocratic intelligentsia' (Ioffe 2004), who tolerate limited freedoms in return for stability, security and a satisfactory level of consumerism (BISS 2009). Lukashenka may be an authoritarian leader, but many Belarusians are enjoying material benefits that are better than ever. Over the years the regime has done just enough to keep its core supporters satisfied through populist measures; more recently, it has reached out to the nascent middle class, which might begrudgingly support the regime for very pragmatic reasons. To effectively court this segment, the government needs to put forth policies that seemingly offer instant gratification rather than delivering the goods at some unknown point the future (Matsukako 2004: 256). In order to achieve this, the regime has had to adapt and evolve, demonstrating expediency and opportunism. Even though a national ideology was introduced in 2002 (Luchenkova 2007), it allows for plenty of leeway in actual policy making. This flexibility is evident in the regime's economic policy, which leverages national identity and the instrumental use of foreign policy for domestic advantage.

While in the 1990s the regime took a strong anti-capitalist, anti-reform position, it has not been averse to making tentative steps towards economic reforms where expedient. For many years the social contract with those dependent on the state as well as the opportunities for increased consumerism for a new middle class hinged on the billions of dollars' worth of Russian subsidies pouring into the economy. But in the wake of Moscow's growing reluctance to continue propping up the Belarusian economy and the outbreak of the global economic crisis, Minsk has been willing to court loans from Western banks and institutions and consider Western investment in Belarusian enterprises. Even the previously taboo subject of privatization is being discussed in certain sectors. Measures instituted to improve the business climate have been favourably commented upon by the World Bank (BISS 2009). Belarus is not merely a throwback to Soviet times.

Meanwhile, Belarusian national identity has shrugged off its emphasis on Soviet nostalgia and now champions modern sovereignty, albeit very much on Lukashenka's terms. The concept of some form of integration with Russia is still popular with the general public, but not at the expense of national independence (Leshchenko 2004: 345). In terms of geopolitics, Belarus, ostensibly fed up with being an isolated, friendless puppet of Russia, now prefers to present itself as non-aligned and pursuing a pragmatic multi-vector foreign policy encompassing Russia, the EU, China, Venezuela and potential

partners in the Middle East. This typically involves playing the interests of Brussels, Washington and Moscow off each other. In the local arena, Minsk makes overtures to either the EU or Russia depending on which would most benefit Lukashenka's rule at any particular moment, consistently striving to make minimum concessions for maximum gain.

Conclusion

This paper sought to illustrate how Lukashenka not only succeeded in consolidating authoritarian rule in Belarus, but also preserved a respectable degree of popularity in the country and demonstrated an ability to adapt to changing circumstances. This is not to negate the undoubtedly harsh aspects of Lukashenka's rule or belittle those who have suffered under it. Through the personalization of his power, state institutions in the legislative, judicial and executive branches all fall beneath the presidency in the 'power vertical'. Many Belarusians see this power grab in a positive light, however, with populist promises fulfilled and the country apparently enjoying security and stability. But naturally, there are those who are not so enthusiastic about life under Lukashenka, such as entrepreneurs and independent businessmen; many ambitious young people; intellectuals and the cultural elite; and the more anti-Russian Belarusian nationalists. The political system in Belarus does not appear to have succumbed to the usual ossification and stagnation of such regimes, however. Just because Belarus has failed to make the transition to liberal democracy does not mean that there has been no transformation at all in the country. The rhetoric and reality of Belarus in 2009 is very different than it was a decade earlier, with the regime having proved expedient and opportunistic in adapting to changing circumstances. However, in a system whose sole purpose is to keep one person in power, changes can be reversed or revoked if they no longer serve the interests of Lukashenka's presidency. Belarus is an example of a system constantly teetering on a geopolitical, economic and social tightrope, balancing between Russia and Europe, socialism and liberalization, and those reliant on the state for survival and the emerging middle class. While at first glance this would appear unsustainable, the regime has so far proved adept at juggling all these different issues, playing different actors against each other as well as demonstrating a willingness to evolve, even if doing so contradicts previously held official positions. Lukashenka's portrayal as an erratic, irrational, uneducated country bumpkin belies his cunning, political scheming and uncanny ability to do just enough to keep his regime afloat. He has not created an effective new economic model that can be emulated elsewhere, nor has he found a 'third way' between liberal democracy and authoritarianism. State coercion still plays an important role in Lukashenka's modus operandi. But it is a mistake to ignore the populism and pragmatism of policies that affect the everyday lives of ordinary people, or to overlook the successful regime adaptation which has been evident under Lukashenka.

Bibliography

- BISS (2009), *Belarus: Shaping the Space for Change* (Vilnius: Belarusian Institute for Strategic Studies)
- Danilovich, A. (2001), *Understanding Politics in Belarus* (Aarhus: Demstar Research Report) No. 3. June 2001
- Feduta, A. (2005), *Lukashenko: politicheskaya biografiya* (Moscow: Referendum)
- Ioffe, G. (2004), 'Understanding Belarus: Economy and Political Landscape', *Europe-Asia Studies* vol. 56, no. 1, pp. 85–118
- Ioffe, G. (2007), 'Budushchee Belorusii: optimisticheskii vzgliad', *Pro et Contra* vol. 11, no. 2, pp. 94–104
- Liakhovich, A. (2008), Author interview with political analyst (Minsk, Belarus 30 June)
- Leshchenko, N. (2004), 'A Fine Instrument: Two Nation-Building Strategies in Post-Soviet Belarus', *Nations and Nationalism* vol. 10, no. 3, pp. 333–352

- Linder, R. (2002), 'The Lukashenka Phenomenon' in Margarita Balmaceda ed. *et al*, *Independent Belarus: Domestic Determinants, Regional Dynamics and the Implications for the West*, (Cambridge, MA: Harvard University Press)
- Luchenkova, E. (2007), *Osnovy Ideologii Belorusskogo Gosudarstva*, (Minsk: Vysheyshaya Shkola)
- Mario Nuti, D. (2005), 'The Belarus Economy: Suspended Animation Between State and Markets' in S. White, E. Korosteleva and J. Löwenhardt eds. *Postcommunist Belarus* (Oxford: Rowman & Littlefield)
- Marples, D. (1999), *Belarus: A Denationalized Nation* (Amsterdam: Harwood Academic Publishers)
- Marples, D. (2004), 'The Prospects for Democracy in Belarus', *Problems of Post-Communism* vol. 51, no. 1, pp. 31–42
- Marples, D. (2007), *The Lukashenka Phenomenon: Elections, Propaganda, and the Foundations of Political Authority in Belarus* (Trondheim: Program on East European Cultures and Societies)
- Matsuzato, K. (2004), 'A Populist Island in an Ocean of Clan Politics: The Lukashenka Regime as an Exception among CIS Countries', *Europe-Asia Studies* vol. 56, no. 2, pp. 235–61
- NISEPI (2008a), *Dinamika srednemesyachnoy zarabotnoy platy (2001–2008)* available at: <http://www.iiseps.org/zarplata2.html>, accessed 7 April 2009
- NISEPI (2008b), *Dinamika srednemesyachnoy trudovoy pensii (2001–2008)* available at: <http://www.iiseps.org/pensia2.html>, accessed 7 April 2009
- NISEPI (2009), *Dinamika Belorusskogo Obshchestvennogo Mneniya* available at: <http://www.iiseps.org/trend.html>, accessed 30 July 2009
- Silitski, V. (2005), 'Internal Developments in Belarus' in D. Lynch ed. *Changing Belarus* Chaillot Paper 85, November 2005 (Paris: Institute for Security Studies)
- Silitski, V. (2006), 'Contagion Deterred: Preemptive Authoritarianism in the Former Soviet Union (the Case of Belarus)', *CDDRL Working Paper* No. 66, June 2006 (Stanford: Center on Democracy, Development and the Rule of Law)
- Way, L. and S. Levitsky (2006), 'The Dynamics of Autocratic Coercion after the Cold War', *Communist and Post-Communist Studies* vol. 39, no. 3, pp. 387–410

Anja Franke

Der treu sorgende Autokrat? Das herrschaftsstrategische Zusammenspiel von Ressourcen und Sozialpolitik in ressourcenreichen postsowjetischen Staaten¹

Die postsowjetischen Sozialsysteme offenbaren eine Mischung aus Innovation und Reversion. Das bedeutet, dass sie durch einzelne Elemente aus unterschiedlichen Sozialsystemen geprägt sind (»patchwork« oder »welfare mix«), die aber oft keine explizite Übertragung, sondern die Verschmelzung der unterschiedlichen Elemente entsprechend den politischen Herausforderungen des Transformationsprozesses darstellen. Besonders Bestimmungsfaktoren wie Ressourcenreichtum sowie die daraus resultierenden finanziellen Möglichkeiten eines Staates für die Reformierung des sozialistischen Sozialsystems spielen eine wesentliche Rolle. Jedoch offenbart sich in ressourcenreichen Staaten meist ein so genanntes rentierstaatliches Dilemma,² das eine optimale finanzielle Nutzung der Ressourcenrenten verhindert und eher zu einer Politik der patrimonalen Loyalitätssicherung führt. Dies erfolgt zum einen auf der gesellschaftlichen, zum anderen auf der Ebene der politischen Eliten³ und kann zusammenfassend als Instrument zum Freikauf von rentierstaatlichem, nicht im Sinne des Gemeinwohls agierendem Verhalten bezeichnet werden. Dementsprechend vollzieht sich Sozialpolitik nur zu einem begrenzten Teil im Kontext der Prävention und Lösung sozialer Probleme; prägend sind vielmehr machtstrategische Überlegungen, die in unmittelbarer Verbindung zum autoritären Kontrollanspruch des Staates stehen.

Als *Arbeitsthese* wird somit eine machtstrategische Handlungsmaxime im Wirkungsmechanismus aus Regimetyp, Ressourcenreichtum und Sozialpolitik unterstellt, die weniger den Gemeinwohlaspekt als vielmehr den Erhalt von Macht als handlungsprägend versteht. Die daraus resultierende Sozialpolitik soll am Beispiel von Kasachstan als typischem postsowjetischem Rentierstaat (Franke et al. 2009, Franke/ Gawrich 2009) im Vordergrund der Analyse stehen.⁴

Skizze des postsowjetischen »Welfare Mix«

Als Patchwork-Bestandteile des kasachischen Sozialsystems können im Wesentlichen vier Sozialstaatstypen als Ideengeber identifiziert werden: das westliche (europäische) Wohlfahrtsmodell,⁵

- 1 Diese Ergebnisse sind u. a. im Rahmen des von der VolkswagenStiftung finanzierten Projekts »Political and Economic Challenges of Resource-based Development in Azerbaijan and Kazakhstan« entstanden.
- 2 Dieses Dilemma wird vorrangig durch ein Mehr an Einnahmen im Staatshaushalt, das nicht für langfristig optimierte Reformen genutzt wird, sondern schwerpunktmäßig in populistisch und machtstrategisch orientierte Sozialleistungen investiert wird, hervorgerufen. Dies ist eine Besonderheit von ressourcenreichen Staaten (Loewe 2004, Auty 2006). Mehr zum Thema Rentierstaaten und Regimequalität: Beblawi/Luciani (1987), Basedau/Lacher (2006), Smith (2005) und andere.
- 3 Im Rahmen dieses Papers wird nur die gesellschaftliche Alimentierung untersucht. Die Ebene der strategischen Alimentierung der politischen Elite ist Bestandteil meiner Dissertation.
- 4 Aufgrund der vorgegebenen Länge des Papers kann es sich hierbei natürlich nur um eine Skizze handeln. Ausführlicher zu diesem Thema bei Franke (2009), Cerami (2006), Müller (2004, 2006), Fajth (1999).
- 5 Der Begriff »westliches Wohlfahrtsmodell« wird als Sammelbegriff für die von Esping-Anderson entwickelten Subformen westlicher Sozialstaaten verstanden, ebenso soll damit die Debatte um ein europäisches Sozialmodell aufgefangen werden. Näheres zu den einzelnen Debatten bei: Esping-Andersen (1990), Kaufmann (2003), Burchardt (2004), Knelangen (2005), Schmid (2006), Schmidt (2004, 2007), Schulte (2006). Auch wenn eine analytische Verbindung zwischen dem westlichen Wohlfahrtsmodell, das vor allem auf der Normtrias aus Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit beruht, und hybriden bzw. autoritären Regimekontexten auf den ersten Blick nicht nachvollziehbar ist, erfolgt ihre Anwendung immer wieder im Kontext der Analyse von Transformationsstaaten (Croissant et al. 2004) und ist gerade unter dem Aspekt des »Welfare Mix« zu verstehen.

das sozialistische Wohlfahrtsmodell, arabische (rentierstaatliche) Sozialsysteme sowie entwicklungspolitische Sozialsysteme.⁶ Gerade Elemente aus der sowjetischen Ära sowie Sozialsystem-Konzeptionen internationaler Geldgeber wie Weltbank (WB) oder Währungsfond (IMF) aus dem entwicklungspolitischen Kontext, die heutzutage im gesamten postsozialistischen Raum Anwendung finden, prägen das postsowjetische Patchwork (Cerami 2006, Matthes 2004). Ergänzt wird dies durch den enormen staatsbudgetären Rückhalt, den ressourcenreiche Staaten durch die Einnahme von so genannten Ressourcenrenten haben. Dadurch können beispielsweise sowjetische Subventionssysteme wie kostenloser Zugang zum Gesundheits- und Bildungswesen sowie Preissubventionen im Bereich der Grundnahrungsmittel und des Energiebedarfs, des Verkehrswesens oder der Mieten aufrechterhalten werden; das stellt einen machstrategischen Bonus dar, über den ressourcenarme Transformationssysteme nicht verfügen. Der »paternalistische [sozialistische] Versorgungsstaat« (Boeckh 2000: 154) kann somit – begünstigt durch den kasachischen Ressourcenreichtum – aufrecht erhalten werden. Diese Gemengelage begünstigt den Aufbau einer patrimonialen Sozialpolitik nach dem Vorbild arabischer Rentierstaaten, in denen sozialer Schutz und Privilegien gegen politische Loyalität und Regimelegitimität getauscht werden (Alkaziz 2004, Loewe 1998/ 2004). Eine Privilegierung ist besonders für staatstragende Schichten wie z. B. das Beamtentum oder das Militär in Form von Zusatzversicherungssystemen o. ä. zu beobachten. Aber auch andere machstabilisierende Gruppen der Gesellschaft (z. B. Rentner, Familien und – vor dem postsowjetischen Background wichtig – Kriegsveteranen) werden vom System der Sonderversicherungen, Zusatzleistungen und Ehrenpensionen begünstigt.⁷

Diese machstrategische Komponente ist auch im Zuge der notwendigen wirtschaftsliberalen Reformen, initiiert von WB und IMF, in beispielsweise den arabischen Rentierstaaten, aber auch in den postsowjetischen Staaten zu beobachten. So werden die geforderten Reformen nur in einem Maße umgesetzt, das den Machterhalt der politischen Elite nicht gefährdet (Schlumberger 2006/ 2008, Dauderstädt 2006, Loewe 1998/2009). Sozialpolitik wird in ressourcenreichen Staaten also weniger im Sinne von mehr Effizienz und Nachhaltigkeit vollzogen, als vielmehr entlang herrschaftsstabilisierender Kriterien. Das westliche Gemeinwohlverständnis im Kontext von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Gerechtigkeit steht nur formal im Vordergrund.

Die strategische Alimentierung der Gesellschaft als Herrschaftsinstrument im postsowjetischen Rentierstaat Kasachstan

Das idealisierte Ziel sozialer Sicherungssysteme ist die Verstetigung der Lebenseinkommen, der Schutz vor sozialen Risiken sowie die Bekämpfung der Armut. Aus ökonomischer Perspektive spielen vor allem Fragen der Effizienz eine Rolle. Überträgt man diese Indikatoren auf Kasachstan und seine politische Führung, so lässt sich gerade im postsowjetischen Vergleich eine positive Bilanz ziehen. Kasachstan liegt bei allen sozialen Indikatoren wie z. B. der Armutsrate, dem GINI-Index und dem Human Development Index im vordersten Feld. Auch die sozialpolitischen Reformen wie die Rentenreform oder die (noch minder erfolgreiche) Gesundheitsreform spiegeln die ökonomischen Anforderungen von Effizienz und Nachhaltigkeit wider. Derlei finanziell aufwändige Reformen sind nur im Kontext des Ressourcenreichtums realisierbar (Daly 2008). So hat Kasachstan nach Angaben von UNDP die Armutsrate in den letzten fünf Jahren halbieren können⁸ und bereits 1998 den Startschuss zu einer Reform des Rentensystems nach chilenischem Vorbild (ein Modell der Weltbank) gegeben, bei dem ein radikal privatisiertes Rentensystem etabliert wird (Becker/ Seitenova 2004, Lim 2005). Dies bedeutet de jure einen eindeutigen Bruch mit dem sowjetischen Solidaritätsprinzip (PAYGO) und

6 Ein ähnlicher Mix aus unterschiedlichen Sozialstaats-elementen wurde bereits für den MOE-Raum konstatiert (Cerami 2004, Nospickel 2004, Matthes 2004, Voelzkow 2005).

7 So versucht die kasachische Regierung, die in der Sowjetzeit subventionierten Bereiche durch eigene Absicherungs- und Subventionssysteme zu ersetzen. Seit 1999 gewährt der Staat im Rahmen des Modells zum Schutz der Gesellschaft ein monatliches so genanntes *special state benefit* (SSB).

8 1998 lag die Armutsrate bei 39 %; 2008 bei nur mehr 16 %, vgl. UNDP und Weltbank.

hat enorme soziale Einschnitte für die Bevölkerung zur Folge. Ohne den rentierstaatlichen Kontext hätten diese Maßnahmen zu Loyalitätsverlusten der herrschenden Elite geführt (vgl. MOE-Kontext). In Kasachstan konnte dies jedoch durch eine Parallelität von sozialen Reformen und sozialpolitischen Subventionsleistungen verhindert werden (Lindeman et al. 2000). Im Folgenden soll die strategische Instrumentalisierung der Sozialpolitik im Sinne des Machterhalts der autoritären Eliten verdeutlicht werden:

- Sozialpolitik als Spiegelbild eines paternalistischen Herrschaftsverständnisses;
- Sozialpolitik als Ersatz für gesellschaftliche Legitimation durch demokratische Wahlen;
- Sozialpolitik als Instrument für den Aufbau einer machstabilisierenden Mittelklasse;
- Sozialpolitik als *ein* Synonym für politische Stabilität.

Das Bild des treu sorgenden und wohltätigen Herrschers ist Bestandteil des neopatrimonialen und stark personalisierten Regierungsstils des kasachischen Präsidenten Nursultan Nazarbayev (Franke/Gawrich 2009). Ähnlich wie andere postsowjetische Präsidenten stilisiert er sich selbst zum *Vater der Nation* und suggeriert somit den Anschein der Gemeinwohlorientierung. Seine strategisch instrumentalisierte staatliche Fürsorgefunktion ist jedoch nur ein Mittel, um fehlende demokratische Legitimationsmechanismen wie freie und faire Wahlen, Partizipationschancen etc. auszugleichen.

Die *Kooptation der kasachischen Gesellschaft* folgt den patrimonialen Gesetzen des gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisses; das öffentliche Gut »soziale Sicherheit« durch regelmäßige Renten, Beibehaltung alter Privilegien und Subventionen im Bereich der alltäglichen Grundbedürfnisse wird getauscht gegen Loyalität gegenüber dem Regime in Form des Urnengangs und der Zustimmung zu Verfassungsänderungen – auch wenn diese zivilgesellschaftliche Rechte beschränken und die präsidentielle Macht weiter monopolisieren. Das daraus resultierende Abhängigkeitsverhältnis zwischen Herrscher und Beherrschten kann als äußerst stabiler Gesellschaftsvertrag angesehen werden.⁹ Diese Stabilität liegt nicht zuletzt in der *Stabilitätsrhetorik* Nasarbaevs begründet, die an seine Person gebunden ist. Somit geht Nasarbaev die Verpflichtung ein, nicht an alten als gewohnheitsrechtlich empfundenen Sozialleistungen zu rütteln, die Bürger hingegen bestätigen den Präsidenten bei der Wahl, um so eine Instabilität des Regimes zu vermeiden. Eine entsprechend positive bzw. neutral stabile gesellschaftliche Zustimmung lässt sich anhand einer repräsentativen Umfrage vom Februar 2009 bestätigen. Die Mehrheit der kasachischen Bevölkerung zeigt sich mit der Politik Nasarbaevs in aussagekräftigen Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Bildungswesen und Zugang zu Elektrizität zufrieden und bilanziert seine Präsidentschaft zu 94 % mit vollständiger Zustimmung.¹⁰ Besonders deutlich wird diese Gegenseitigkeit am Beispiel der erstarkenden kasachischen Mittelschicht. Der Bedeutung einer *staatstragenden gut gebildeten Bürgerschicht* wird Nasarbaevs Politik auch im autoritären Regimekontext gerecht (Daly 2008). Als stabilisierende Säulen einer effektiven Loyalitätsbeziehung hat die kasachische Regierung mit Hilfe der Ressourcengelder das Bildungssystem radikal modernisiert und staatliche Studienprogramme wie Bolašak etabliert sowie den Wohnungsbau in Form von Eigentumswohnungen vorangetrieben (Daly 2008, Kurmanova 2009).¹¹ Jedoch steigt mit dem Erwachen des machtpolitischen Bewusstseins der Mittelklasse auch die Gefahr einer regime-

9 Im Kontext der Rentierstaatlichkeit wird diese Abhängigkeitsbeziehung auch als »a rentier social contract« (Herb 2005, 6) bezeichnet.

10 Im Bereich der Armutsbekämpfung bekommt die Regierung allerdings schlechte Noten: 55 % der Befragten bezeichnen diese als unzureichend, Ähnliches gilt für die Bekämpfung der Inflation. Diese negative Bewertung kann jedoch in engem Kontext mit der Finanzkrise und den daraus resultierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen begründet werden. In der gleichen Umfrage bescheinigen 94 % der Bevölkerung der Person Nasarbaev als Präsident eine positive Bilanz (Details zur Umfrage vgl. Zentralasien-Analysen 16, 24. April 2009). Diese Angaben decken sich mit Umfrageergebnissen vom Sommer 2008, in denen 52 % dem Präsidentenamt auf Lebenszeit für Nasarbaev zustimmen sowie knapp 50 % eine Ein-Parteien-Herrschaft der Präsidentenpartei OTAN bestätigen (vgl. Zentralasien-Analysen 12, 20. Dezember 2008).

11 Bzgl. weiterer Reformen außerhalb der Sozialpolitik, die den erstarkenden Mittelstand betreffen vgl. Daly (2008).

politischen Destabilisierung. Die Herausforderung für Nasarbaev ist es also, diese Gruppe so zu integrieren und zu privilegieren, dass das Loyalitätsversprechen nicht gefährdet wird.

Abschließend soll konstatiert werden, dass entgegen der sozialpolitischen und paternalistischen Rhetorik der herrschenden Elite die rentenfinanzierten Reformen und Staatssubventionen vorrangig als Instrument zur Gewährleistung ihrer politischen Legitimation bei den machtstrategisch relevanten Gesellschaftsgruppen dienen. Dies wird untermauert durch die Aussage, dass staatliche Ausgaben im Sozialsektor in stabilen Rentierstaaten höher sind und die Kooptation gesellschaftlicher Gruppen durch Sozialsubventionen einen effektiven Transmissionskanal für politische Stabilität darstellt (Luciani 1987, Basedau/ Lacher 2006).

Literatur

- Alkaziz, Aziz (2004): Probleme der Humankapitalbildung im Nahen Osten unter den Bedingungen der Globalisierung, in: Betz, Joachim/Hein, Wolfgang (Hrsg.): Soziale Sicherung in Entwicklungsländern. Neues Jahrbuch Dritte Welt. Opladen, S. 169–180. [Im Folgenden: Betz et al.: Entwicklungsländer].
- Basedau, Matthias/ Lacher, Wolfram (2006): A Paradox of Plenty? Rent distribution and political stability in oil states, GIGA Working Paper 21, Hamburg.
- Beblawi, Hossein/ Luciani, Giacomina (1987): The Rentier State, New York.
- Becker, Charles/ Seitenova, Aigul (2004): Kazakhstan's Pension System: Pressures for Change and Dramatic Reforms, in: Hitotsubashi Journal of Economics. Vol. 45, Nr. 2 (Dezember), S. 151–187.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2004): Neue Konturen internationaler Sozialpolitik: Paradigmenwechsel am Horizont?, in: Crossant, Aurel/ Erdmann, Gero/ Rüb, Friedbert W. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien, Wiesbaden, S. 111–130. [Im Folgenden: Croissant et al.].
- Cerami, Alfio (2006): Social Policy in Central and Eastern Europe: The Emergence of a new European Welfare Regime. Berlin.
- Daly, John C.K. (2008): Kazakhstan's Emerging Middle Class, Silk Road Paper, March, Washington, www.silkroadstudies.org.
- Dauderstädt, Michael (2006): Dead Ends of Transition. Rentier Economies and Protectorates, in: Ders./ Schildberg, Arne (Hrsg.): Dead Ends of Transition. Rentier Economies and Protectorates. Frankfurt a. M., S. 9–25.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge.
- Fajth, Gaspar (1999): Social Security in a Rapidly Changing Environment: The Case of Post-communist Transformation, in: Social Policy & Administration 33, 4, S. 416–436.
- Franke, Anja (2009): Sozialpolitik im postsowjetischen Raum – Korrektiv der Systemtransformation oder ein neues Sozialstaatsmodell?, in: Gawrich, A./ Knelangen, W./ Windwehr, J. (Hrsg.): Sozialer Staat – soziale Gesellschaft? Stand und Perspektiven deutscher und europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit, Opladen/ Farmington Hills, S. 231–251.
- Franke, Anja/ Gawrich, Andrea (2009): Informal Institutions and Negative Stability in Post-Soviet Rentier States, Conference-Paper 5th ECPR General Conference, Potsdam, 10–12 September 2009, Panel 215, Section 24.
- Franke, Anja/ Gawrich, Andrea/ Alakbarov, Gurban (2009): Kazakhstan and Azerbaijan as Post-Soviet Rentier States. Resource Income and Autocracy as Double 'Curse' in Post-Soviet Regimes, in: Europa-Asia-Studies Vol. 61, 1, S. 109–140.
- Herb, Michael (2005): 'No Representation without Taxation? Rents, Development and Democracy', in: Comparative Politics, vol. 37, no. 3, pp. 297–316.

- Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Varianten eines Wohlfahrtsstaates. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt a. M.
- Knelangen, Wilhelm (2005): »Sozialstaatwerdung« Europas? Integrationstheoretische Überlegungen zur Entwicklung der EU-Sozialpolitik, in: Baum-Ceisig, Alexandra/ Faber, Anne (Hrsg.): Soziales Europa? Perspektiven des Wohlfahrtsstaates im Kontext von Europäisierung und Globalisierung (Festschrift für Klaus Busch), Wiesbaden, S. 20–44. [Im Folgenden: Baum-Ceisig et al: Soziales Europa?].
- Kurmanova, Aitolkyn (2009): Nachhaltiger politischer Protest oder Eintagsfliege? Zum Problem des anteiligen Wohnungsbaus und der Bewegung der Anteilzahler in Kasachstan, in: Zentralasien-Analysen 18, 26. Juni, S. 2–5.
- Lindeman, David/ Rutkowski, Michael/ Sluchynskyy, Oleksiy (2000): The Evolution of Pension Systems in Eastern Europe and Central Asia: Opportunities, Constraints, Dilemmas and Emerging Practices, World Bank, Washington D.C..
- Lim, Jiunjen (2005): Pension Reform in Russia and Kazakhstan, in: Wharton School Research Journal (Penn State University), Onlineausgabe: www.repository.upenn.edu/wharton_research_scholars/27. Stand: 12.11.2007.
- Loewe, Markus (1998): Sozialpolitik im Dienste des Machterhalts. Soziale Sicherung und Staat im arabischen Vorderen Orient, in: Der Bürger im Staat, Bd. 48, Heft 3, S. 147–152.
- Loewe, Markus (2004): Politik für die städtischen Mittelschichten. Soziale Sicherung in der arabischen Welt, in: Betz et al.: Entwicklungsländer, S. 147–163.
- Loewe, Markus (2009): Soziale Sicherung, Informeller Sektor und das Potential von Kleinstversicherungen, Baden-Baden.
- Matthes, Claudia-Yvette (2004): Die Reform der Kranken- und Rentenversicherung in Ostmitteleuropa – Policy-Outcomes und politisch-institutionelle Konstellationen, in: Croissant et al.: Wohlfahrtsstaatliche Politik, S.131–152.
- Nospickel, Claudia (2005): Armut und soziale Ausgrenzung in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten im Kontext der EU-Strategie zur sozialen Eingliederung, in: Baum-Ceisig et al: Soziales Europa?, S. 95–114.
- Schlumberger, Oliver (2006): Rents, Reform and Authoritarian in the Middle East, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2, S. 43–57.
- Schlumberger, Oliver (2008): Autoritarismus in der arabischen Welt: Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Baden-Baden.
- Schmid, Josef (2006): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Schmidt, Manfred G. (2004): Wohlfahrtsstaatliche Politik in jungen Demokratien, in: Croissant et al.: Wohlfahrtsstaatliche Politik, S. 43–63.
- Schmidt, Manfred G. et al (2007): Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich, Wiesbaden.
- Smith, B. (2004): Oil Wealth and Regime Survival in the Developing World, 1960–1999, in: American Journal of Political Science, vol. 48, no. 2. (4), pp. 232–246.
- Schulte, Bernd (2006): Die Europäische Union als sozialpolitischer Akteur, in: Kropp, Sabine/Gomez, Ricardo (Hrsg.): Sozialraum Europa. Sozialpolitik in der erweiterten Europäischen Union, Münster, S. 15–71.
- Voelzkow, Helmut (2005): Governing Social Europe? Die Rolle der europäischen Sozialpolitik bei der Transformation der Wohlfahrtsstaaten in West- und in Osteuropa, in: Baum-Ceisig et al.: Soziales Europa?, S. 115–135.

Dorothea Keudel

Minderheitsregierungen in Mittel- und Osteuropa

Minderheitsregierungen, das heißt Regierungen, die nicht über eine Mehrheit im Parlament verfügen, sind ein häufiges Phänomen in Mittel- und Osteuropa (MOE):¹ Etwa ein Drittel aller Regierungen seit 1990 sind Minderheitsregierungen (Müller-Rommel et al 2008:817).² Auf den ersten Blick widersprechen Minderheitsregierungen der Intuition: Wie kann eine Regierung ins Amt kommen, die nicht von einer Mehrheit getragen wird? Warum verzichten Parteien freiwillig auf Regierungsbeteiligung und unterstützen die Minderheitsregierung? Zudem stellen sich Fragen in Hinblick auf den Grundgedanken der demokratischen Repräsentation: Minderheitsregierungen widersprechen der Vorstellung, dass Regierungen sich entsprechend der aus den Wahlen hervorgegangenen Mehrheiten bilden.

Trotz ihres häufigen Auftretens haben Minderheitsregierungen in MOE bisher kaum Beachtung in der Regierungs- und Koalitionsforschung gefunden. Dies gilt für Koalitionen in MOE generell: Während die Koalitionsforschung zu Westeuropa eines der am besten erforschten Bereiche der Politikwissenschaft ist (für einen Überblick: Müller 2004), sind Koalitionen in MOE bisher weitgehend unberücksichtigt geblieben.³ Die Argumente, die für das Entstehen von Minderheitsregierungen in Westeuropa vorgebracht werden, wie etwa die politische (Konsens-)Kultur oder institutionelle Faktoren wie der »negative Parlamentarismus«,⁴ scheinen für MOE nur wenig Erklärungspotential zu haben. In Bezug auf MOE wird zumeist auf die hohe Fragmentierung der Parteiensysteme und auf politische Trennlinien, insbesondere den *regime divide*, das heißt, die Spaltungslinien zwischen postkommunistischen und postoppositionellen Parteien, verwiesen. Diese Erklärungsfaktoren alleine scheinen jedoch zu kurz zu greifen. Koalitionen über den einstigen *regime divide* hinweg sind in fast allen Ländern zu beobachten; Minderheitsregierungen finden sich auch in weniger stark fragmentierten Parteiensystemen.

Koalitionstheorie und Minderheitsregierungen

Minderheitsregierungen haben in der Koalitionsforschung lange Zeit wenig Beachtung gefunden. Auf den ersten Blick sind sie nicht mit den gängigen Theorien der Koalitionsforschung vereinbar, die davon ausgehen, dass Parteien in erster Linie nach Regierungsbeteiligung (*office-seeking*) und zudem nach programmatisch-inhaltlicher Beeinflussung der Entscheidungsprozesse (*policy-seeking*) streben (Müller/Strøm 1999:5). Dementsprechend wird die Bildung einer Koalition als am wahrscheinlichsten angesehen, die genau so viele Sitze und Parteien, wie für eine Mehrheit notwendig sind (*minimal-winning coalitions*) (Riker 1962) und zugleich Parteien vereint, die programmatisch möglichst nah beieinander liegen (*minimum connected winning coalitions*) (aus vielen: de Swaan 1973). Vor diesem Hintergrund wurden Minderheitsregierungen lange Zeit als Krisenphänomene angesehen (u. a. Dodd

1 Ich verwende den Begriff Mittelosteuropa hier als Bezeichnung für die neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

2 Einbezogen werden alle Regierungen, die aus freien Wahlen und nach der Unabhängigkeit des Landes entstanden sind. Es werden sowohl post-elektorale als auch im Laufe der Legislaturperiode entstandene Minderheitsregierungen eingerechnet.

3 Zu MOE gibt es neben wenigen Überblicksstudien (vgl. etwa Kropp, Sabine (2008): Koalitionsregierungen, in: Oscar W. Gabriel (Hg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Wiesbaden: VS Verlag, S. 514–549) wenig zur Bildung von Koalitionen (vgl. etwa Grzymala-Busse, Anna (2001): Coalition Formation and Regime Divide in New Democracies: East Central Europe, in: Comparative Politics 34/1, S. 85–104) und einiges zur Stabilität von Koalitionen (vgl. z. B. Grotz, Florian (2007): Stabile Regierungsbündnisse? Determinanten der Koalitionspolitik in Ostmitteleuropa, in: Osteuropa 57/4, S. 109–122).

4 Unter »negativem Parlamentarismus« versteht man die Regelung, dass die Regierung zwar vom Parlament toleriert, aber nicht formal eingesetzt werden muss.

1976). Dies änderte sich mit der grundlegenden Studie zu Minderheitsregierungen in Westeuropa von Strøm (1990). Er zeigt auf, inwiefern die Bildung von Minderheitsregierungen kein »Unfall«, sondern das Ergebnis bewussten strategischen Handelns der Parteiliten sei (Strøm 1990:23). Dafür führt er zwei Hauptargumente an:

- Die Teilhabe an der Regierung (*office-seeking*) ist nicht das alleinige Ziel der am Regierungsbildungsprozess beteiligten Parteien. Ihr Handeln ist zu einem wesentlichen Anteil von politisch-inhaltlichen Interessen (*policy-seeking*) bestimmt. Diese können unter bestimmten Umständen auch aus der Opposition heraus durchgesetzt werden.
- Die Parteiliten denken langfristig: Eventuell verzichten sie zum aktuellen Zeitpunkt auf Regierungsbeteiligung (*office*), weil sie sich für die nächsten Wahlen bessere Chancen erhoffen, z. B. ein besseres Wahlergebnis oder einen geeigneteren Koalitionspartner (Strøm 1990:40ff.).

Bergman (1993) ergänzt Strøms auf der *rational-choice*-Theorie beruhenden durch institutionelle Argumente: Er hebt hervor, der »negative Parlamentarismus« begünstige die Bildung von Minderheitsregierungen. Andere Autoren streichen die besondere Bedeutung der politischen (Konsens-) Kultur hervor (u. a. Jahn 2002).

Diese Argumente scheinen für MOE nicht zuzutreffen. Parteien in MOE werden gemeinhin als *office-seeker* bezeichnet; die politisch-inhaltliche Orientierung scheint eine untergeordnete Rolle zu spielen (Bos/Segert 2008). Langfristiges auf die Zukunft ausgerichtetes strategisches Denken der Parteiliten erscheint angesichts der Schnelllebigkeit des politischen Wettbewerbs unwahrscheinlich. Auch die institutionellen Argumente scheinen nicht zu greifen: In allen MOE-Ländern gilt der »positive Parlamentarismus«. Bisher liegt keine Studie vor, die sich explizit mit Minderheitsregierungen in MOE beschäftigt. Immer wieder wird auf die relativ hohe Fragmentierung und Polarisierung (Existenz extremistischer Parteien) der Parteiensysteme als Hürde für die Bildung mehrheitsfähiger Regierungen verwiesen. Minderheitsregierungen treten aber auch in vergleichsweise schwach fragmentierten Parteiensystemen wie etwa in Tschechien auf. Extremistische Parteien werden in MOE immer wieder in Koalitionen mit eingebunden.

Im Folgenden sollen zwei Fallbeispiele genauer betrachtet werden: Das Entstehen der Minderheitsregierungen 1998 in Tschechien und 2005 in Polen. Welche Gründe führten hier jeweils zur Bildung der Minderheitsregierungen?

Zwei Fallbeispiele: Minderheitsregierungen in Tschechien und Polen

In Tschechien traten gleich drei Minderheitsregierungen innerhalb eines kurzen Zeitraums auf (1996, 1998, 2006). Hier soll die Bildung der Minderheitsregierung von 1998, die den gängigen Koalitionstheorien besonders augenscheinlich widerspricht, näher in den Blick genommen werden: Obwohl die Bildung programmatisch verbundener Mehrheitskoalitionen möglich gewesen wäre, bildete sich eine Minderheitsregierung der sozialdemokratischen Partei ČSSD, die ausgerechnet von deren Erzfeind, der konservativen *Demokratischen Bürgerpartei* ODS, unterstützt wurde. Wie kam es zu dieser Situation? Aus den Wahlen war die ČSSD als Wahlsiegerin hervorgegangen; die drei konservativen Parteien ODS, die *Christlich-demokratische Union* KDU-ČSL und die *Freiheitsunion* US verfügten zusammen aber über genug Stimmen, um eine Mehrheitskoalition zu bilden.⁵ Rein rechnerisch wäre die Bildung von sieben verschiedenen *minimum winning coalitions* möglich gewesen (Nikolenyi 2003). In den Koalitionsverhandlungen konnten sich die zwei kleineren konservativen Parteien, KDU-ČSL und US, nicht auf einen gemeinsamen großen Koalitionspartner einigen. Die Bildung einer konservativen Dreier-Koalition wurde dadurch erschwert, dass die ODS auf der Besetzung der Mehrheit der Ministerposten bestand. In dieser festgefahrenen Situation verständigten sich schließlich die Rivalen

⁵ Die als Anti-System-Partei geltende unreformierte kommunistische Partei KSČM wurde von vornherein von Präsident Havel aus dem Regierungsbildungsprozess ausgeschlossen.

ODS und ČSSD, die im Wahlkampf stark gegeneinander polarisiert hatten, auf die Unterzeichnung eines »Oppositionsvertrags«, der die Unterstützung der ČSSD-Minderheitsregierung durch die ODS festschrieb. Dieses Verhandlungsergebnis wirkt auf den ersten Blick sehr überraschend. Auf den zweiten Blick aber sieht man das politisch-strategische Kalkül der beiden großen Parteien, das hinter der vermeintlichen »Notlösung« steckt. Dieser Pakt brachte Vorteile für beide Seiten: Der Vorsitzende der ČSSD, Zeman, war nach der langen Zeit in der Opposition darauf angewiesen, die Regierungsfähigkeit seiner Partei unter Beweis zu stellen. Der ODS wurden als Gegenleistung für ihre Unterstützung wesentliche Positionen wie der Vorsitz in beiden Parlamentskammern und die Leitung staatlicher Schlüsselorgane übertragen (Kopecky/Mudde 1999:421). Zugleich erschien angesichts der wirtschaftlichen Lage des Landes eine Beteiligung an der Regierung nicht besonders gewinnbringend (ebd.). Anzunehmen ist zudem, dass beide Parteien daran interessiert waren, die zwei kleineren Parteien aus der Regierung herauszuhalten und dadurch zu schwächen (Nikolenyi 2003:340f.). Das Streben nach Posten und Einfluss scheint hier ausschlaggebender gewesen zu sein als inhaltlich-programmatische Gesichtspunkte.

Eine andere Konstellation von Faktoren führte zur Minderheitsregierung der Partei *Recht und Gerechtigkeit* PiS 2005 in Polen. Auch diese Koalitionsbildung kam überraschend, da sich die beiden konservativen Parteien PiS und die *Bürgerplattform* PO bereits vor den Wahlen auf eine Koalition geeinigt hatten. Nach den Wahlen aber verschärfte sich vor dem Hintergrund des parallel stattfindenden Präsidentschaftswahlkampfes der stark personalisierte Konflikt zwischen den beiden Parteien (Szczerbiak 2006:12ff.). Nach gescheiterten Koalitionsverhandlungen, in denen die PiS wenig Entgegenkommen gezeigt hatte, zog sich die PO entgegen der Abmachung als Koalitionspartnerin zurück. Die PiS bildete, unterstützt durch zwei extremistische Anti-System-Parteien, die *Selbstverteidigung* sowie die *Liga der polnischen Familien*, eine Minderheitsregierung. Sie nahm damit Ansehensverluste im Ausland und bei den Wählern in Kauf (Raabe 2005:5). Als Motive für den Rückzug der PO lassen sich zum einen die Auswirkungen des aggressiven (Präsidentschafts-)Wahlkampfes anführen. Zum anderen wäre die PO in der Koalition in der schwächeren Position gewesen, da die PiS mehr Stimmen erhalten und zudem im zweiten Wahlgang die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte. Die PO erhoffte sich vermutlich von den nächsten Wahlen mehr Erfolg und einen passenderen Koalitionspartner – hier wurde also anscheinend tatsächlich kurzfristig auf *office* verzichtet, um bei den nächsten Wahlen bessere Möglichkeiten zu haben.

Fazit

Aus diesen beiden Beispielen lassen sich keine verallgemeinerbaren Schlüsse ziehen aber erste Tendenzen ableiten, die an weiteren Fallbeispielen überprüft werden müssen. Deutlich wird: Auch wenn es zunächst so scheint, als ob das Phänomen der Minderheitsregierung dem *office-seeking*-Motiv der Parteien widerspricht, so wird insbesondere am tschechischen Fall deutlich, dass die Option der Tolerierung einer Minderheitsregierung gewählt wird, um quasi durch die Hintertür strategische Schlüsselpositionen zu besetzen (*office*) und damit zugleich den politischen Entscheidungsprozess wesentlich beeinflussen zu können (*policy-seeking*). Die ODS hatte als Unterstützerin der Minderheitsregierung der ČSSD vermutlich mehr Einfluss, als sie mit einer Dreier-Koalition mit relativ starken Koalitionspartnern an der Regierung gehabt hätte. Der »Oppositionsvertrag« zeigt auch, dass das Interesse an Posten und Einfluss sehr viel stärker ist als die inhaltlich-programmatische Trennung durch den *regime divide*. Weit mehr als inhaltlich-programmatische Gesichtspunkte oder die Fragmentierung des Parteiensystems beeinflussen persönliche Sympathien oder Animositäten die potentiellen Koalitionsmöglichkeiten. Dies wird im polnischen Fallbeispiel besonders deutlich. Der Rückzug der PO aus der bereits vereinbarten Koalition scheint zudem anzudeuten, dass längerfristiges strategisches Denken auch in den als kurzlebig geltenden mittelosteuropäischen Parteiensystemen eine Rolle spielt. Die Rechnung der PO scheint aufgegangen zu sein: Nach den Wahlen 2007 konnte sie eine Koalition mit der *Polnischen Bauernpartei* PSL eingehen, die 2005 noch nicht möglich gewesen wäre (Szawiel 2007:5).

Es zeigt sich, dass die vorhandenen Theorien und Annahmen zur Bildung von Minderheitsregierungen mit Blick auf MOE revidiert und ergänzt werden müssen. Dabei sollte auch die Frage berücksichtigt werden, welche Rückwirkungen das Verhalten der Parteieliten in den Regierungsbildungsprozessen auf die Repräsentation der Bevölkerung und damit auf den Gesamtzustand der jungen Demokratien hat.

Literatur

- Bergman, Torbjörn (1993): Formation Rules and Minority Governments, in: *European Journal of Political Research* 23, S. 55–66.
- Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.) (2008): *Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts*, Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- De Swaan, Abram (1973): *Coalition Theories and Coalition Formations*, Amsterdam: Elsevier Scientific Publishers.
- Dodd, Lawrence D. (1976): *Coalitions in Parliamentary Governments*, Princeton: Princeton University Press.
- Grotz, Florian (2007): Stabile Regierungsbündnisse? Determinanten der Koalitionspolitik in Ostmitteleuropa, in: *Osteuropa* 57/4, S. 109–122.
- Grzymala-Busse, Anna (2001): Coalition Formation and Regime Divide in New Democracies: East Central Europe, in: *Comparative Politics* 34/1, S. 85–104.
- Jahn, Detlef (2002): Koalitionen in Dänemark und Norwegen: Minderheitsregierungen als Normalfall, in: Kropp, Sabine/Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland (Hrsg.): *Koalitionen in West- und Osteuropa*, Opladen: Leske und Budrich, S. 219–247.
- Kopecky, Petr/Mudde, Cas (1999): The 1998 parliamentary and senate elections in the Czech Republic, in: *Electoral Studies* 18/3, S. 415–424.
- Kropp, Sabine (2008): Koalitionsregierungen, in: Oscar W. Gabriel (Hg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 514–549.
- Müller, Wolfgang C. (2004): Koalitionstheorien, in: Ludger Helms (Hrsg.), *Politische Theorie und vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*, Frankfurt a. M./New York: Campus Verlag, S. 267–301.
- Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare (Hrsg.) (1999): *Policy, Office or Votes? How Political Parties in Western Europe Make Hard Choices*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller-Rommel, Ferdinand/Schultze, Henrike/Harfst, Philipp/Fettlschoss, Katja (2008): Parteienregierungen in Mittel- und Osteuropa: Empirische Befunde im Ländervergleich 1990 bis 2008, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 4, S. 810–831.
- Nikolenyi, Csaba (2003): Coordination problem and grand coalition: the puzzle of the government formation game in the Czech Republic, 1998, in: *Communist and Post-Communist Studies* 36, S. 325–344.
- Raabe, Stephan (2005): *Mit Recht und Gerechtigkeit* in die IV. Republik. Deutlicher Wahlsieg der bürgerlichen Parteien. KAS-Länderbericht.
- Riker, William (1962): *The Theory of Political Coalitions*, New Haven: Yale University Press.
- Strøm, Kaare (1990): *Minority Government and Majority Rule*, Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Szawiel, Tadeusz (2007): Das polnische Parteiensystem nach den Regional- und Kommunalwahlen im November 2006, in: *Polen-Analysen* 4, S. 2–6.
- Szczerbiak, Aleks (2006): *Social Poland Defeats Liberal Poland? The September–October 2005 Polish Parliamentary and Presidential Election*, SEI Working Paper 86.

Claudia Stubler

Transformationsprozesse in der Ukraine

Einleitung

Aufgrund der andauernden instabilen politischen Verhältnisse seit der Orangen Revolution 2004 ist die Ukraine ins internationale Blickfeld gerückt. Die ganze Welt blickt gespannt auf die krisengeschüttelte Regierung, da von ihr abhängt, welchen außenpolitischen Weg die Ukraine einschlägt. Bricht die prowestliche Koalition endgültig auseinander und geht die Partei der Regionen aus den kommenden Präsidentschaftswahlen als Wahlsiegerin hervor, kann davon ausgegangen werden, dass vom Kurs der Demokratisierung endgültig abgegangen werden wird. Um dieses Tauziehen zwischen Ost und West verstehen zu können, müssen zunächst die historischen Hintergründe näher beleuchtet werden. In meinem Beitrag sollen die Transformationsprozesse in der Ukraine unter besonderer Berücksichtigung der Zerrissenheit dieses Landes erläutert werden. Die Nachwirkungen der Sowjetunion sollen mit dem aktuellen (welt)politischen Geschehen in Beziehung gesetzt werden.

Die Anfänge der Ukraine bis zum Ende der Sowjetunion

Die Ukraine stand immer schon unter dem Einfluss ihrer Nachbarstaaten. Durch den Umstand, dass die Nachbarmächte versuchten, die Ukrainer ihrem Herrschaftsbereich anzupassen, erklärt sich letztlich, warum dieses Land gespalten in den auf die EU ausgerichteten Westen und den mit Russland sympathisierenden Osten ist.¹ Die historischen Ereignisse machen sich durch diese Assimilierungspolitik noch heute bemerkbar. Seit dem 14. Jahrhundert gehörten Gebiete der Ukraine wechselweise zu Russland, Polen, Österreich-Ungarn, Litauen und dem osmanischen Reich. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte eine Einverleibung in das russische Reich in mehreren Etappen. 1919 wurde die Ukraine ohne Galizien im Westen zu einer Sowjetrepublik. In der Zwischenkriegszeit kostete die Gewaltherrschaft Stalins Millionen Ukrainer das Leben und später war die Ukraine einer der Hauptschauplätze des 2. Weltkrieges. Der westliche Teil der Ukraine stand erst später unter russischem Einfluss: Dieses Gebiet kam nach dem 1. Weltkrieg zu Polen und der Tschechoslowakei. Erst nach dem 2. Weltkrieg war die Expansion Russlands bzw. der Sowjetunion gänzlich erfolgt. Bis zum Tod Stalins 1953 wurde die ukrainische Kultur unterdrückt und aus dem öffentlichen Leben verbannt. Danach setzte die Tauwetterperiode unter dessen Nachfolger Chruschtschow ein und die Ukraine stieg zum Junior-Partner Russlands auf. Die Russifizierung in der Ukraine wurde in eine Ukrainisierung umgewandelt, sogar hinsichtlich der politischen Führung in Kiew. 1964 jedoch wurde Chruschtschow von Breschnew gestürzt und in dessen Amtszeit wurde dieser nationalen Entwicklung der Ukraine ein jähes Ende gesetzt.² Als 1985 Gorbatschow zum Generalsekretär der KP der Sowjetunion gewählt wurde und seine Politik der Transparenz und des Umbaus einleitete, änderte sich an der Lage in der Ukraine vorerst wenig. Erst allmählich verursachte die aufkeimende Meinungsfreiheit die Zerstörung des Sowjetsystems. Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist zu einem guten Teil auch auf die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen zurückzuführen.³ Die Verharmlosung der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 und die Verschleppung der Gegenmaßnahmen durch sowjetische Behörden in Kiew und Moskau mobilisierten breitere Kreise in der Ukraine. Im September 1989 schlossen sich die unterschiedlichsten oppositionellen Gruppen zusammen und begründeten die Volksbewegung für

1 Vgl. *Simon*, Die Ukraine auf dem Weg – Wohin?, in *Simon (Hg.)*, Die neue Ukraine, Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (2002), 5.

2 Vgl. *Schneider*, Nachbarn im Osten: Ukraine und Belarus, in *Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)*, Info aktuell 2006, 3.

3 Vgl. *Kapeller*, Kleine Geschichte der Ukraine (1994), 245.

die Perestroika (abgekürzt, ukrainisch: Ruch). Sie forderte Demokratie, Menschenrechte, die sprachliche Ukrainisierung und die Aufarbeitung der Verbrechen unter Stalin. Bei der Wahl zum obersten Sowjet der Ukraine im März 1990 brach die Ruch das Monopol der KP, die Mehrheit der Abgeordneten des ukrainischen Parlaments und der regionalen Behörden setzte sich jedoch noch immer aus KP-Funktionären zusammen.⁴ Ab Juli 1990 forderte die Ruch auch die nationalstaatliche Souveränität. Am 24. August 1991 verkündete das ukrainische Parlament unmittelbar nach dem Putschversuch hoher KP-Funktionäre in Moskau die Unabhängigkeit der Ukraine.⁵

Die Zeit nach der Unabhängigkeit

Die Unabhängigkeit der Ukraine wurde ungefähr ein halbes Jahr nach ihrer Erklärung in einer Volksabstimmung bestätigt, 90 % der Gesamtbevölkerung der Ukraine stimmten für sie. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass auf der Krim, also in der Südukraine, lediglich 54 % dafür stimmten, wohingegen im galizischen Gebiet Ternopil, welches in der Westukraine liegt, die Ja-Stimmen bei 99 % lagen. Hier machte sich also die Spaltung innerhalb des Landes deutlich bemerkbar. Da die Ukraine ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion im Gegensatz zu anderen früheren Sowjetrepubliken ohne größere Konflikte erreichte, gab es in der Bevölkerung nicht die integrative Wirkung eines gemeinsamen Befreiungskampfes.⁶ Im Dezember 1991 wurde auch der erste Präsident der unabhängigen Ukraine gewählt. Der Parlamentspräsident Krawtschuk, ein früherer Vertreter der KP, gewann diese Wahl. Nach seinem Amtsantritt begann er nur zögerlich, die politischen Machtstrukturen umzugestalten. Dies bringt noch bis heute negative Nachwirkungen mit sich. Indem der alte Führungskader eigentlich an der Macht blieb, gingen die wirtschaftlichen Reformen nur schleppend voran. Die Ukraine erlebte einen dramatischen Wirtschaftseinbruch. Um den Reformprozess in Richtung Marktwirtschaft voranzutreiben, ernannte Krawtschuk deshalb 1992 den erfahrenen Wirtschaftsmanager Kutschma zum Premierminister. Dieser verlangte Sonderkompetenzen auf Kosten des Präsidenten und des Parlaments zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Das Parlament gewährte ihm diese und so konnte Kutschma ein halbes Jahr nach Dekret regieren. Im Mai 1993 verweigerte ihm das Parlament diese Sonderkompetenzen, da er mit seinen Reformen teilweise gegen das von ehemaligen Funktionären der KP dominierte Parlament und gegen den Präsidenten agierte. Hinzu kam noch eine Wirtschaftskrise, so dass Kutschma im September 1993 von seinem Amt zurücktrat. Im Juni 1994 trat er gegen Krawtschuk bei der Präsidentschaftswahl an und gewann diese mit einem knappen Vorsprung, da er sich als reformorientiert und unverbraucht darstellen konnte. Kutschma setzte seine marktwirtschaftlichen Reformen gegen die Planwirtschaft durch, und es erfolgte eine wirtschaftliche Transformation. Danach vollzog sich nach mehreren politischen Kämpfen auch der Versuch einer politischen Transformation, dessen Höhepunkt in der neuen Verfassung von 1996 bestand, in der als Grundsätze Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus, Garantie der Menschen- und Freiheitsrechte sowie ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem festgelegt wurden. Die Ukraine war der letzte GUS-Staat, der seine sowjetische Verfassung durch eine eigene ersetzte.⁷ Der politische Transformationsprozess sah zunächst positiv aus, allerdings driftete die Ukraine unter Kutschma später immer mehr in Richtung Korruption und politischer Erpresserstaat ab. Wie auch in anderen postsowjetischen Ländern konnten sich Oligarchen durch unklare Verhältnisse bereichern und als neuer Machtfaktor formieren.⁸

Kutschma wurde 1999 für eine zweite Amtsperiode wiedergewählt. Während seiner Zeit als Staatsoberhaupt gelang es ihm, enorm viel Macht – sowohl exekutive als auch legislative – in seinen Händen

4 Vgl. *Kapeller*, Kleine Geschichte der Ukraine (1994), 249ff.

5 Vgl. *Schneider*, Nachbarn im Osten: Ukraine und Belarus, in *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hg.), Info aktuell 2006, 3.

6 Vgl. *Kapeller*, Kleine Geschichte der Ukraine (1994), 252.

7 Vgl. *Schneider*, Nachbarn im Osten: Ukraine und Belarus, in *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hg.), Info aktuell 2006, 3f.

8 Vgl. *Templin*, Farbenspiele – Die Ukraine nach der Revolution in Orange (2008), 89.

zu konzentrieren. Es verstärkten sich die Tendenzen zum Autoritarismus. Ein von ihm initiiertes Referendum, dessen Ziel es war, das Parlament zu schwächen, brachte 2000 die gesamte verfassungsmäßige Ordnung ins Wanken. 1998 fanden Parlamentswahlen statt, es kam zu einem starken Bündnis von linken Parteien, das die Reformvorhaben Kutschmas vorerst dämpfen konnte. Mit seiner Wiederwahl stellte sich jedoch die Mehrheit des Parlaments hinter ihn. Der bisherige Chef der Nationalbank Juschtschenko wurde im Dezember 1999 auf Druck des IWF und der USA zum Premierminister ernannt. Er wurde anfangs noch vom Präsidenten unterstützt, da er als reformwillig galt, doch schon bald stellte sich dieser auf Wunsch der Oligarchen gegen ihn. Juschtschenko machte sich vor allem bei der Bekämpfung der Korruption einen Namen und so waren ihm die Oligarchen nicht gerade wohlgesinnt. 2001 stürzte eine gemeinsame Front aus Oligarchen und Linken diese Regierung.⁹

Fast zur selben Zeit geriet Kutschma selbst in die Kritik, weil er mit dem Mord an dem bekannten kritischen Journalisten Gongadse in Verbindung gebracht wurde. Die Opposition forderte nicht nur seinen Rücktritt, sondern auch eine Machteinschränkung des Präsidenten.¹⁰ Es kam ständig zu Demonstrationen und Ausschreitungen und es formierte sich die heterogene Oppositionsbewegung »Ukraine ohne Kutschma«, die ihm auch Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern vorwarf. Kutschma konnte nur deshalb bis 2004 im Amt bleiben, weil ihm die Oligarchen Rückendeckung gaben.

Bei der Präsidentschaftswahl 2004 favorisierte er den Premierminister Janukowytsch, da die ukrainische Verfassung maximal zwei Amtsperioden für einen Präsidenten vorsieht. Janukowytsch bediente sich bereits im ersten Wahlgang massiver Wahlfälschung und auch im zweiten Wahlgang, bei dem zwischen ihm und dem Oppositionskandidaten Juschtschenko entschieden werden sollte, stellten in- und ausländische Wahlbeobachter eine Manipulation der Wahl fest.¹¹ Bei dieser Stichwahl im November gewann Janukowytsch mit einem hauchdünnen Vorsprung. Die Bevölkerung ließ sich das nicht bieten und so kam es zu Massenprotesten. In Kiew waren teilweise mehr als eine Million Menschen auf der Straße. Studenten aus dem ganzen Land und vor allem die prowestlich orientierten Ukrainer, also die politische Basis Juschtschenkos, harrten so lange auf der Straße aus, bis das Oberste Gericht die Wahl für ungültig erklärte. Sie wurde im Dezember wiederholt und Juschtschenko ging aus ihr mit knapp 52 % als Sieger hervor.¹² Eine zentrale Rolle spielte neben Juschtschenko auch die Kutschma-Gegnerin Timoschenko, die als Galionsfigur der Orangen Revolution gilt.

Die Zeit nach der Orangen Revolution bis heute

Gleich zu Beginn seiner Amtszeit als Präsident setzte Juschtschenko eine Verfassungsänderung durch, die die Macht des Parlaments stärkte und die des Präsidenten schwächte. Einen Monat später bestätigte das Parlament die neuen Kräfte durch die Wahl Timoschenkos zur Premierministerin. Die neue Regierung konnte sich aber nicht lange halten, da die politischen Interessen Juschtschenkos und Timoschenkos immer mehr auseinanderdrifteten. Schließlich entließ Präsident Juschtschenko im September 2005 die Regierung aufgrund von Korruptionsvorwürfen und Konflikten innerhalb der Regierung. Aus der Parlamentswahl 2006 ging die prorussische Partei von Janukowytsch als Wahlsiegerin hervor. Juschtschenko arrangierte sich mit Janukowytsch, da dieser nach zähen Koalitionsverhandlungen die Mehrheit im Parlament hinter sich hatte und schlug ihn dem Parlament vor, welches ihn zum Premierminister wählte. Anzumerken ist noch, dass die Partei Juschtschenkos dem ebenfalls zustimmte, nachdem alle koalitionären Parteiführer versicherten, den bisherigen Westkurs der ukrai-

9 Vgl. Ort, Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane? in *Simon (Hg.)*, Die neue Ukraine, Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (2002), 85ff.

10 Vgl. Ort, Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane? in *Simon (Hg.)*, Die neue Ukraine, Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (2002), 97f.

11 Vgl. *Templin*, Farbenspiele – die Ukraine nach der Revolution in Orange (2008), 143f.

12 Vgl. *Schneider*, Nachbarn im Osten: Ukraine und Belarus, in *Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)*, Info aktuell 2006, 6.

nischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht in Frage zu stellen.¹³ Was folgte, war ein offener Machtkampf zwischen Präsident und Premierminister, in dem beide Seiten dem jeweils anderen ständig bestimmte Befugnisse absprachen. Juschtschenko löste nach einer Eskalation im April 2007 das Parlament auf. Wieder gab es Chaos und Massenproteste: Die einen forderten Neuwahlen, um eine zur Änderung der Verfassung ausreichende Parlamentsmehrheit des Janukowytsch-Lagers zu verhindern – Abgeordnete anderer Parteien waren übergelaufen. Die Gegenseite versuchte, dies mit Demonstrationen und Blockaden zu verhindern. Schließlich einigte man sich auf Neuwahlen des Parlaments, welche im September 2007 stattfanden.¹⁴

Bereits im Vorfeld einigten sich die ehemaligen Kräfte der Orangen Revolution auf eine Zusammenarbeit. Die Partei der Regionen gewann die Wahl zwar, das Bündnis Timoschenko/Juschtschenko hatte aber die Mehrheit der Sitze im Parlament inne. Die orange Neuaufgabe erwies sich allerdings von vornherein als instabil, da einzelne Abgeordnete von Juschtschenkos Partei Timoschenko ihre Stimmen schon bei der Wahl zur Premierministerin verweigerten, so dass sie erst im zweiten Anlauf zur Premierministerin gewählt wurde. Im Oktober 2008 waren die Zerwürfnisse erneut so stark, dass Juschtschenko das Parlament auflöste. Man einigte sich aber Ende des Jahres erneut auf eine Fortsetzung des Bündnisses. Kurze Zeit später ergaben sich wieder neue Querelen aufgrund des vom Parlament beschlossenen vorgezogenen Termins zur Präsidentschaftswahl, die unter diesen Umständen vom Obersten Gericht als verfassungswidrig befunden und gekippt wurde. Nun findet sie erst 2010 statt.

Resümee

Von einer erfolgreichen Transition in der Ukraine kann nicht gesprochen werden. Die Koalitionsprobleme verdeutlichen, wie schnell die Demokratie in der Ukraine ins Schleudern geraten kann. Ein wichtiger Grund dafür ist sicherlich, dass politische Grundwerte zugunsten des Zieles der Erlangung eines marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems stückweise immer weiter aufgegeben wurden. Auch die Zerrissenheit der ukrainischen Bevölkerung spielt natürlich eine sehr große Rolle für das Scheitern der Demokratie, da eine Kompromisslösung bei den zwei extrem auseinanderklaffenden Interessen zwischen der West- und der Ost- bzw. der Südukraine mehr als schwer fällt und diese Uneinigkeit natürlich auch erfolgreich ausgenutzt wird. Meiner Ansicht nach wird diese Instabilität hinsichtlich der Demokratie weiter anhalten, da sich bei der letzten Parlamentswahl keine klaren Mehrheitsverhältnisse ergeben haben. Außenpolitisch wird die Ukraine vor allem von Russland unter Druck gesetzt – durch die Androhung, die Gaspreise noch weiter in die Höhe zu schrauben. Weiters wird von Russland versucht, einen Beitritt der Ukraine zur NATO und zur EU zu vereiteln, da damit ein enormer Einflussverlust des eigenen Landes verbunden wäre.¹⁵ Da die Ukraine derzeit keine realistische Chance hat, bald in die EU einzutreten, stehen die Chancen »gut«, dass das politische System irgendwann wieder in Richtung autokratisches System kippt, wie es etwa in Weißrussland der Fall war.

13 Vgl. *Schneider*, Nachbarn im Osten: Ukraine und Belarus, in *Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)*, Info aktuell 2006, 7f.

14 Vgl. *Fischer Taschenbuch Verlag (Hg.)*, Der Fischer Weltalmanach 2008, 487f.

15 Vgl. *Kagan*, Die Demokratie und ihre Feinde (2008), 23f.

***II. Neuordnung des
postsozialistischen Raums? –
Die Rolle der EUisierung***

...denn die neuen Grenzen sind im Kopf... Europakonzepte als Trennlinien. Die Ukraine als Beispiel

Europa hat in den letzten zwanzig Jahren tiefgreifende Umgestaltungen durchlebt und es scheint, als seien die Trennlinien, die die europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts bestimmt haben, mit dem Eingang in das neue Jahrtausend überwunden worden sind. Die Europäische Union, die zum Inbegriff des politischen Europa geworden ist, ist auf 27 Mitglieder angewachsen und umfasst nun neben der alteingesessenen Gruppe der westeuropäischen Staaten auch zehn ehemals kommunistische Staaten. Mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die bisher keine Beitrittsperspektive erhalten haben, strebt die EU eine engere Zusammenarbeit über die Europäische Nachbarschaftspolitik an, ein Instrument, welches durch seine flexible Gestaltung zur Stärkung gleichberechtigter bilateraler Beziehungen beitragen soll. Trotz aller Bestrebungen zur Zusammenarbeit tun sich jedoch neue Trennlinien auf, die weniger entlang von Staatsgrenzen, Mauern und Stacheldrahtzäunen verlaufen, als vielmehr entlang unterschiedlicher Europakonzepte, die sich auf das Verständnis der staatlichen Souveränität, der Beziehung zu den Nachbarstaaten und die Konstruktion der eigenen Identität auswirken. Durch die Mobilisierung von Geschichts-, Souveränitäts-, Wirtschafts- und Rechtsdiskursen werden Europa (der EU) jeweils unterschiedliche Bedeutungen zugeschrieben, die zum Hintergrund der Handlungen politischer Akteure werden und damit auch Auslöser von politischen Konflikten, nicht nur innerhalb eines Staates, sondern auch über Staatsgrenzen hinweg werden können. Als Beispiel sollen hier die unterschiedlichen Europakonzepte innerhalb der Ukraine erläutert werden; es gilt, sie aus den Narrativen über Europa herauszulösen, ihre Metaphern und Bilder zu veranschaulichen und ihr Konfliktpotential aufzuzeigen.

Grenzziehungen

Die Ukraine ist ein europäischer Staat. Dies ist eine Aussage, die aus geographischer Perspektive wohl nicht zu bestreiten ist. Der Begriff »Europa« umfasst jedoch eine Vielzahl von Konnotationen, die ihm Form und Inhalt geben, unterschiedliche Narrative sind in diesem Begriff verankert und geben ihm Bedeutung. Diskurse, Narrative und Macht sind jene Instrumente, durch die die Realität der europäischen Integration konstruiert wird. Dabei bestehen diese Bedeutungssysteme nicht nur aus Sprache, sondern auch aus sozialen und politischen Praktiken, Institutionen und Organisationen,¹ sie sind gewissermaßen die Linsen, durch die individuelle Akteure ihre Realität wahrnehmen.² Damit limitieren sie politische Handlungsmöglichkeiten und ziehen Grenzen zwischen »richtigen« und »falschen« Handlungsalternativen.³ Politische Narrative sind an Diskurse gebunden und die Definition von Problemstellungen ergibt sich erst aus dem narrativen Setting.⁴

- 1 Howarth D. (1995), Discourse Theory, in: Marsh D. / Stoker G. (ed.), *Theory and Methods in Political Science*, London u. a.: Macmillan Press, S. 115–133.
- 2 Hajer, M. A. (1993), Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice. The Case of Acid Rain in Great Britain, in: Fisher F. / Forester J. (ed.), *The Argumentative Turning in Policy Analysis and Planning*; Durham, London: Duke University Press, S. 43–76; Litfin, K. (1994). *Ozone Discourses: science and politics in global environmental cooperation*; New York NY: Columbia University Press.
- 3 Fairclough, N. (1995). *Critical Discourse Analysis*. Boston: Addison Wesley; Hajer, M. A. (1995). *The politics of environmental discourse, ecological modernization and the policy process*. Oxford: Clarendon Press; Linnros H. / Hallin P. (2001). *The discursive nature of environmental conflicts: the case of the Oresund link*. *Area* 33, S. 391–403.
- 4 Hajer, M. A. (1993), Discourse Coalitions and the Institutionalization of Practice. The Case of Acid Rain in Great Britain, in: Fisher F. / Forester J. (ed.), *The Argumentative Turning in Policy Analysis and Planning*; Durham, London: Duke University Press, S. 43–76;

Die Mobilisierung und Verknüpfung von Diskursen innerhalb eines Politikfeldes bildet gleichsam einen Rahmen, der bestimmte Phänomene aus ihrem Kontext heraushebt und ein Interpretationsschema erstellt. Dabei wird eine Verbindung zu breiteren gesellschaftlichen Themen geschaffen.⁵ Dieser Akt des »*framing*« ist damit ein dynamischer Prozess, der Informationen mit anderen vorhandenen und greifbaren sozialen, psychologischen und kulturellen Konzepten und Prinzipien verbindet, gleichsam indem Aspekte einer wahrgenommenen Realität ausgewählt und zu Problemdefinitionen zusammengesetzt werden.⁶ Daraus ergeben sich unterschiedliche Handlungsstrategien, da die Rahmen selbst vorgeben, was als Fakt anzusehen ist und was nicht. Politische Kontroversen können damit auf ein unterschiedliches *framing* von Problemen zurückgeführt werden, die miteinander unkompatible Lösungsstrategien hervorbringen.⁷ Vielfach machen sich diese Bedeutungsrahmen an Metaphern fest, an denen ihnen zugrunde liegende Narrative deutlich werden und die auch Trennlinien zwischen *frames* festlegen. Dabei treten rhetorische Muster, die sich aus Interpretationszusammenhängen ableiten lassen, zutage.⁸

Im Folgenden geht es nun darum, die unterschiedlichen Rahmen aus den Narrativen über Europa herauszufiltern, durch die das Verhältnis der Ukraine zu Europa (bzw. unter dem politischen Aspekt zur Europäischen Union) betrachtet wird, ihre Trennlinien aufzuzeigen und das sich daraus ergebende Konfliktpotential zu verdeutlichen. Dabei zeigen sich die Konstruktion von europäischer und ukrainischer Identität und die Wechselwirkung zwischen diesen Konzepten,⁹ vor allem aber, dass die Europäische Union nicht nur einendes sondern auch trennendes Potential besitzt.

Ukrainische Europakonzepte

Bereits während der Amtszeit Kučmas wurde die Annäherung der Ukraine an die Europäische Union als oberste Priorität definiert, dies zog jedoch weder auf Seiten der EU noch auf Seiten der Ukraine entsprechende Taten nach sich. Wolczuk bezeichnet diese Phase der ukrainischen Europapolitik als »deklarative Europäisierung«.¹⁰ Keine der großen heute im ukrainischen Parlament vertretenen Kräfte lehnt eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union ab. Meinungsumfragen in der Bevölkerung zeigen eine stabile Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union von ca. 55 %.¹¹ Doch auch wenn Einigkeit über die Notwendigkeit eines Beitritts zur EU besteht, zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass dahinter unterschiedliche Vorstellungen davon stehen, was Europa für die Ukraine bedeutet. Unterschiedliche Rahmen heben aus dem Bild »Europa« jeweils verschiedene Aspekte hervor, die Stränge des Europadiskurses werden in unterschiedlicher Weise miteinander verknüpft und führen damit zu gegensätzlichen Vorstellungen über den politischen Weg der Ukraine in die Union sowie über die Positionierung der EU in Europa und ihre Relation zu Russland. Diese Rahmen (*frames*) verlaufen oft entlang von regionalen, sozialen, sprachlichen und

5 Schön Donald A., Rein Martin (1994) *Frame Reflection: Toward the Resolution of Intractable Policy Controversies*, New York: Basic Books; Rein Martin, Schön, Donald A. (1996), *Frame-critical policy analysis and frame-reflective policy practice*, *Knowledge and Policy* 9(1): 85–104.

6 Fischer Frank (2003), *Reframing Public Policy: Discursive Politics and Deliberative Practices*, Oxford University Press, S. 144.

7 Entman Robert M. (1993), *Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm*. *Journal of Communication* 43 (4): 51–8.

8 Rein und Schön bezeichnen diese Rekonstruktion von frames, die sich aus der Analyse von politikrelevanten Texten ergibt als »naming and framing« (Rein Martin, Schön, Donald A. (1996), *Frame-critical policy analysis and frame-reflective policy practice*, *Knowledge and Policy* 9(1): 85–104).

9 Zur Konstruktion von europäischer Identität siehe unter anderen Risse, Thomas (2004), *Social Constructivism and European Integration*, in: Wiener, Antje; Diez, Thomas (Hrsg.), *European Integration Theory*, Oxford: Oxford University Press, S. 159–176.

10 Wolczuk, K. (2003), *Ukraine's Policy towards the European Union. A case of 'Declarative Europeanization'*, EUI Florenz.

11 Kubicek, P. (2005), *The European Union and democratization in Ukraine*, in: *Communist and Post-Communist Studies*, No. 38, S. 269–292.

Generationengrenzen, wobei diese Trennlinien nicht als strikt zu betrachten und teilweise sogar partei- und blöckeübergreifend sind.

In seiner Rede vor der parlamentarischen Versammlung des Europarates 2005 hob Präsident Juščenko hervor, dass die Ukraine durch die Orange Revolution ihre demokratische Qualität gezeigt habe. Die Ukraine sei eine freie, demokratische, offene und damit eine europäische Gesellschaft.¹² Zwei Hauptaspekte kennzeichnen die Aussagen Juščenkos:¹³ die europäische Qualität der Ukraine und ihre Souveränität. Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der EU wäre damit die letzte Bestätigung ihrer Eigenstaatlichkeit und ihrer Souveränität innerhalb anerkannter Staatsgrenzen als gleichberechtigte Nation in einem Verband demokratischer, pluralistischer und kulturell europäisch geprägter Staaten. Dieser *Souveränitäts-Rahmen* mobilisiert Diskurse über die lange europäische Tradition der Ukraine, die ihr durch die Unterordnung unter die russische Herrschaft verloren gegangen sei. Dazu kommt die Betonung der ukrainischen Nation und ihrer Andersartigkeit gegenüber Russland.¹⁴ Eine logische Konsequenz aus diesem *framing* ist ein klares Bekenntnis zu einer Integration in den euroatlantischen Raum, während zur Russischen Föderation eine pragmatische Beziehung gesucht wird. Im Gegensatz zur Kučma-Ära, während derer die geopolitische Bedeutung der Ukraine für Europa in den Mittelpunkt gestellt wurde und damit die Annäherung der Ukraine an Europa auf der Agenda der Außenpolitik stand,¹⁵ wird in diesem Rahmen die innenpolitische Komponente der Demokratie betont. Charakteristisch ist, dass jene Parteien und Gruppierungen, die eine stark nationalistische Komponente aufweisen, gleichzeitig auch am stärksten pro-europäisch eingestellt sind.¹⁶ Der 1992 eingeschlagene Weg der Unabhängigkeit wird somit durch die Aufnahme in die Europäische Union vollendet und bestätigt.

Kein Gegensatz zwischen den Alternativen Russland und Europa, sondern ein Abwägen der Kosten und Nutzen steht im Vordergrund des *framings* der *EU als Markt*, dessen Möglichkeiten es für die Ukraine zu nutzen gilt. So strebt das Wahlprogramm der Partei der Regionen eine Politik der ausgeglichenen Beziehungen zwischen Ost und West an, zu der eine Ausweitung des Handels mit der Europäischen Union ebenso gehört wie eine verstärkte Mitwirkung am Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland, Kasachstan und Weißrussland.¹⁷ Hier werden Diskurse der freien Wirtschaftsentwicklung mobilisiert, ebenso wie jener über eine ostslawische Identität, die bi-kulturell, bilingual und bi-ethnisch ist.¹⁸ Hier findet sich auch ein Großteil der ukrainischen Wirtschaftselite wieder, jene Oligarchen also, die nun als Wirtschaftstreibende größere Märkte suchen.¹⁹ Eine Annäherung an die EU beinhaltet damit aber im Wesentlichen ein gemeinsames Bekenntnis zu Marktprinzipien, nicht

-
- 12 Rede Präsident Juščenkos vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, 2005. Siehe auch offener Brief der Intellektuellen und Unterstützer der Orangen Revolution, <http://www.day.kiev.ua/206276/>.
- 13 Siehe dazu auch weitere Reden, etwa Excerpt from a Speech by V. Jushchenko, president of Ukraine, at conference on Security Policy 'Global crisis – Global Responsibility', Munich, Germany, Feb. 10th, 2007; Ukraina dolžna byt' v ES, Intervju v gazet »Dzennik«, 7 marta 2007 g.; Interview Süddeutsche Zeitung online, 16.6.2008; Interview, Welt online, 11. September 2008.
- 14 Rjabtschuk, M. (2009), Ambivalentes Grenzland. Die ukrainische Identität zwischen Ost und West, in: Meyer T. et al. (Hrsg.), Europäische Identität als Projekt: Innen- und Außenansichten, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143–160; Shulman, S. (2004), The Contours of Civic and Ethnic National Identification in Ukraine, in: Europe-Asia Studies, 56 (1), S. 35–56.
- 15 Wolzczuk, K. (2008), Ukraine and its relations with the EU in the context of the European Neighbourhood Policy, in: Fischer et al. (Hrsg.), Ukraine – Quo vadis?, Chaillot Paper No. 108, Institute for Security Studies, S. 87–117.
- 16 Kubicek, P. (2005), The European Union and democratization in Ukraine, in: Communist and Post-Communist Studies, No. 38, S. 269–292, hier S. 283.
- 17 Prevybornaja programma partii regionov, <http://www.partyofregions.org.ua/opposition-a-z/46c593c3e2c58/>.
- 18 Shulman, S. (2004), The Contours of Civic and Ethnic National Identification in Ukraine, in: Europe-Asia Studies, 56 (1), S. 35–56.
- 19 Puglisi R. (2008), A window to the world? Oligarchs and foreign policy in Ukraine, in: Fischer et al. (Hrsg.), Ukraine – Quo vadis?, Chaillot Paper No. 108, Institute for Security Studies, S. 55–86.

jedoch zu Menschenrechten und demokratischen Normen.²⁰ Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union wird zur Verbesserung der Lebensverhältnisse angestrebt,²¹ die ukrainische Nation und die Aufrechterhaltung und Absicherung ihrer Souveränität, vor allen Dingen gegenüber Russland, wird dabei nicht in den Mittelpunkt gestellt. Es werden die Entwicklungsmöglichkeiten beider Märkte gesehen, gleichzeitig geht es um eine pragmatische Kosten-Nutzen-Rechnung. So wird also deutlich, dass europäische Normen und Standards ohne Mitgliedschaftsperspektive nur insofern implementiert werden können, als sie im wirtschaftlichen Interesse der Ukraine liegen. Obwohl auch in diesem Rahmen die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als Ziel angesehen wird, distanziert man sich vom »Euro-Romantizismus« Juščenkos.

Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich daraus, dass die Beziehungen mit der Ukraine von Seiten der Europäischen Union auf eine Weise definiert werden, die eine Mitgliedschaftsperspektive bisher nur schwer zulässt. Insgesamt ist die Europäische Nachbarschaftspolitik der EU vielmehr Sicherheitspolitik²² als Wirtschafts- oder Assoziierungspolitik. Im Mittelpunkt steht die Übernahme von Normen.²³ Nur Staaten, die die Bedingungen der Normenübernahme erfüllen, können eine Mitgliedschaftsperspektive erhalten. Während die pro-europäischen *frames* der Ukraine ihre Mitgliedschaft in die EU als Ausgangspunkt für ihre volle Souveränität bzw. eine weitere Wirtschaftsentwicklung sehen, stellt die EU die Mitgliedschaft quasi als Belohnung an den Endpunkt dieser Entwicklungen. Daraus entsteht in der Ukraine eine zunehmende Frustration angesichts der europäischen Integrationsfortschritte, während europäische Normen von der Ukraine zumeist nur formal umgesetzt werden.

Weiterhin gegen eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union sprechen sich die kommunistischen Kräfte in der Ukraine aus. Europa wird dabei durch einen Rahmen des Zwangs definiert, in dem sich die Ukraine Normen zu unterwerfen habe, die sie nicht in der Lage wäre gleichberechtigt mitzugestalten. Eine solche Gleichberechtigung sei jedoch in der Zusammenarbeit mit Weißrussland und Russland gegeben, so dass die Ausgestaltung des Einheitlichen Wirtschaftsraumes zur Priorität wird; Endziel ist die Wiedererrichtung einer politischen Union.²⁴

Schlussfolgerungen

Laut Shumylo ist der typische Befürworter der europäischen Integration ukrainischsprachig, Bewohner der West- oder Zentralukraine, eher urban und nationalistisch geprägt und zwischen 20 und 40 Jahren alt. Ihr typischer Gegner ist ethnischer Russe, sieht sich selbst als Sowjetbürger an, lebt auf dem Land oder in einer Kleinstadt und ist älter als 50 Jahre.²⁵ Dies zeigt, dass es hinsichtlich der Zustimmung zu Europa und der Beantwortung der Frage, ob die europäische Integration als exklusives Projekt oder als gleichberechtigte Alternative zu einer Ausrichtung auf Russland angesehen wird, geographische Unterschiede gibt. Shumylo weist darauf hin, dass in der Bevölkerung die gleichzeitige Integration in westliche und östliche Märkte nicht als Widerspruch gesehen wird, wobei beide Varianten hauptsächlich als Angelegenheit der Außenpolitik und weniger als Anstoß zu innenpolitischer Reform

20 Copsey N. / Mayhew A., (2006), *European Neighbourhood Policy: the Case of Ukraine*, Sussex European Institute, SEI Seminar Paper Series, No. 1, S. 65.

21 Mroz, J. E. / Pavliuk, O. (1996), *Ukraine: Europe's linchpin*, in: *Foreign Affairs* 79, Nr. 3, S. 52–62.

22 Cremona M. / Hillion C. (2007), *„L'Union fait la force? Potential and Limitations of the European Neighbourhood Policy as an Integrated EU Foreign and Security Policy“*, in: Mayhew A. / Copsey N. (Hrsg.) *European Neighbourhood Policy: The case of Ukraine*, SEI Seminar Papers Series No.1, Sussex European Institute 2007, S. 20–44.

23 Johannsen-Nogués, E. (2007), *The (Non-)Normative Power EU and the European Neighbourhood Policy: An Exceptional Policy for an Exceptional Actor?* In: *European Political Economy Review*, Nr. 7, S. 181–194.

24 Interview Simonenko, <http://www.kpu.net.ua/petr-simonenko-ukraina.%20%80%93-nesvobodnoe-gosudarstvo/> – Download 12.7.2009.

25 Shumylo O. (2007), *The Debate on the EU Membership Prospects of Ukraine*, Institute of Public Affairs, Warsaw, S. 12.

erachtet werden.²⁶ Dabei gibt es nicht nur im *framing* der EU einen Unterschied zwischen Ost und West, sondern auch in der Zustimmung zur Mitgliedschaft (ca. 45 % im Osten des Landes, 76 % im Westen).²⁷ Gleichzeitig zeigt sich – besonders unter den nichtpolitischen Eliten – eine Zunahme der Euroskepsis, je länger eine Mitgliedschaftsperspektive von Seiten der Europäischen Union verweigert wird. Es wird eine Frage der Zeit und der Entwicklung eines gegenseitigen politischen Dialoges sein, inwieweit hier von allen Seiten übereinstimmende Perspektiven gefunden werden können, die Europa auch für die Ukraine zu einem einenden Faktor machen können.

26 Shumylo O. (2007), *The Debate on the EU Membership Prospects of Ukraine*, Institute of Public Affairs, Warsaw, S. 8.

27 Rjabtschuk, M. (2009), *Ambivalentes Grenzland. Die ukrainische Identität zwischen Ost und West*, in: Meyer, T. et al. (Hrsg.), *Europäische Identität als Projekt: Innen- und Außenansichten*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143–160.

Melanie Müller

Die Bedeutung des Beitritts der Ukraine zur WTO

Spricht man über die Beziehungen der Ukraine und der Europäischen Union (EU) stößt man immer wieder auf das Problem der unterschiedlichen Erwartungen an die zukünftige Entwicklung der Zusammenarbeit dieser beiden Akteure. Mit dem *Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA)* und dem dazugehörigen *Aktionsplan* soll laut EU »[...]die Bereitstellung eines geeigneten Rahmens für den politischen Dialog, die Unterstützung der Anstrengung dieser Länder zu Konsolidierung ihrer Demokratie und Entwicklung ihrer Wirtschaft, die Begleitung ihres Übergangs zur Marktwirtschaft und die Förderung von Handel und Investitionen«¹ das Ziel sein. Eine Liste mit 15 zu erfüllenden Prioritäten mit insgesamt über 70 Punkten soll nach dem Aktionsplan für die Ukraine der Weg zu einer engen Partnerschaft mit der EU sein. Allerdings empfinden viele Akteure in der Ukraine den Lohn für die Umsetzung all dieser Vorgaben als nicht ausreichend. Die konkrete Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft ist das eigentliche Ziel, das sich die Ukraine am Ende erhofft. Eine Hoffnung, die wahrscheinlich auf absehbare Zeit ein Wunsch bleiben wird. Denn die EU definiert die *Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)*, zu der die oben genannten Abkommen gehören, nicht als so genannte »Vorbereitungsstrategie zur Mitgliedschaft«. Ziel der ENP sei es, die Vorteile der EU-Erweiterung von 2004 mit den Nachbarländern zu teilen, indem Stabilität, Sicherheit und Wohlstand aller Betroffenen gestärkt werden. Diese unterscheiden sich jedoch deutlich von den Möglichkeiten, die Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union bereitstellt.² Seit dem Auslaufen des Aktionsplans 2008 stecken die Ukraine und die EU in Verhandlungen eines Folgeabkommens, das die Möglichkeiten für eine Partnerschaft konkretisieren und damit der Ukraine einen klaren Anreiz bieten soll, ihre Reformbemühungen beizubehalten. Die Möglichkeit auf eine Mitgliedschaft wird ihr aber auch mit diesem neuen Abkommen wohl nicht in Aussicht gestellt werden können.

Es sollte jedoch die Frage gestellt werden, was sich die Ukraine von einer EU-Mitgliedschaft tatsächlich erhofft. Denn zumindest auf der Ebene der wirtschaftlichen Beziehungen kann die Ukraine dem Status einer Vollmitgliedschaft sehr nahe kommen. Mit dem Beitritt zur WTO könnte sie einen großen Schritt in diese Richtung tun.

Neue Möglichkeiten durch den Beitritt zu WTO

Mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Mai 2008 zeigte die Ukraine ein klares Bekenntnis zu ihrer westlichen Orientierung und konnte außerdem einen wesentlichen Punkt ihrer bisherigen Vereinbarungen mit der EU erfüllen.³ Die Aufnahme der Ukraine in die WTO war ein wesentlicher Bestandteil des auslaufenden Aktionsplanes zwischen ihr und der EU gewesen, dessen Erfüllung der Ukraine eine neue Basis für die laufenden Verhandlungen schafft. Mit der Anerkennung als Marktwirtschaft durch die EU und den nachfolgenden Beitritt zur WTO ist die Ukraine nun als Handelspartner in der Weltwirtschaft anerkannt. Dies eröffnet dem Land in seiner schwierigen politischen Lage wirtschaftlich neue Türen, die sich langfristig auch positiv auf die Reformprozesse auswirken könnten.

1 Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, Zusammenfassung unter http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm, abgerufen am 5. Juli 2009.

2 Mitteilung der Kommission, Europäische Nachbarschaftspolitik – Strategiepapier, 2004, Dokumente. KOM(04)373 endg., S. 3.

3 EU/Ukraine Action Plan, S. 3, unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf, abgerufen am 9. Juli 2009.

Die Regelungen des *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) sind vielschichtig und durch diverse Parallel- und Nebenabkommen sehr komplex. Die Bedeutung des WTO-Beitritts für die ukrainische Wirtschaft kann jedoch exemplarisch an den drei folgenden Beispielen verdeutlicht werden:

Ein grundlegender Bestandteil des GATT ist der so genannte *Most Favoured Nation*-Status (Meistbegünstigungsklausel) aller GATT-Mitglieder, der in Artikel I festgeschrieben ist. Dieser garantiert, dass jedes GATT-Mitglied dieselben außenhandelspolitischen Vorteile innerhalb des GATTs bekommt. Konkret bedeutet das, dass zum Beispiel ein Staat einem anderen dieselben Zolltarife einräumt, die er bereits einem dritten GATT-Mitgliedsstaat bewilligt; so wird eine Benachteiligung einzelner Mitgliedsländer verhindert.

Artikel II bestimmt mit den »Schedules of Concessions« die Festschreibung und kontinuierliche Senkung der Zollsätze, was ein weiterer wichtiger Aspekt des GATT ist. Diese Vereinbarung legt fest, dass jeder Mitgliedstaat mit dem Beitritt zum GATT der WTO eine Liste sämtlicher Zollsätze, die er bei der Einfuhr der verschiedenen Produkte zu diesem Zeitpunkt verlangt, vorlegt. Mit der Abgabe der Liste werden diese Zollsätze als Obergrenze festgeschrieben, so dass es dem Staat nicht mehr möglich ist, sie ganz oder teilweise zu erhöhen. Außerdem verpflichtet sich jeder Mitgliedstaat mit seinem Beitritt dazu, eine kontinuierliche Herabsetzung seiner Zollsätze für die anderen Mitgliedsstaaten voranzubringen.⁴

Es gibt jedoch nicht nur Vorgaben, die die Zollsatz-Fragen der Mitgliedsstaaten regeln. Während Zollsätze in einem bestimmten Rahmen gestattet sind (tarifäre Handelshemmnisse), untersagt Artikel XI protektionistische Maßnahmen aus dem Bereich der nichttarifären Handelshemmnisse. Das dort erklärte Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen untersagt zum Beispiel Quotenregelungen⁵ und Ein- und Ausfuhrlicenzen.

Diese drei Beispiele können das weite Feld des GATT nur umreißen. Jedoch geben sie einen guten Eindruck von der Bedeutung einer Mitgliedschaft besonders für Länder, die zum Beispiel nicht der Europäischen Union angehören. Da alle 27 Staaten der EU Mitglieder des GATT sind, schafft die Ukraine mit ihrem Beitritt zur WTO automatisch einen handelspolitischen Rahmen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu den mittel- und unmittelbaren Nachbarn im europäischen Raum zu stärken.

Auswirkungen auf die Nachbarschaftspolitik von EU und Ukraine

Durch die Entwicklung hin zu einer anerkannten Marktwirtschaft und durch den WTO-Beitritt ist die Ukraine, ihre wirtschaftliche Ausrichtung betreffend, auf einem guten Weg, der sich auch hinsichtlich der EU-Nachbarschaftspolitik auszahlen könnte. Zumindest verbinden sich mit den Verhandlungen über ein neues »vertieftes Abkommen«, das das 2008 ausgelaufene PKA ablösen soll, nicht unberechtigte Hoffnungen seitens der Ukraine. Mit der Aufnahme in die WTO wurden direkt Verhandlungen zwischen der Ukraine und der EU bezüglich einer möglichen Freihandelszone (FHZ) aufgenommen. Die Mitglieder einer solchen FHZ verpflichten sich dazu, die zwischen ihnen bestehenden Handelsbeschränkungen größtenteils oder vollständig abzubauen und somit möglichst einen freien Handel zu gewährleisten.

Da jedoch alle Staaten der Europäischen Union Mitglieder der WTO sind, bleibt es im Einzelnen abzuwarten, ob eine zusätzliche FHZ der Ukraine einen spürbaren Vorteil bringen würde. Diesen könnte es nur geben, wenn tatsächlich alle Zölle zwischen der EU und der Ukraine abgebaut würden. Dies ist jedoch keine notwendige Folge einer FHZ, so dass es am Verlauf der Verhandlungen liegen wird, wie weit die Integration in der Tat gehen kann.

4 Volz, Gerhard: Die Organisationen der Weltwirtschaft. The Organizations of the World Economy, Englisch-Deutsch, München 2000, S. 86.

5 Einfuhrmengenbeschränkung für ein Importgut.

Daher erhofft sich die Ukraine nicht nur die Schaffung der oben beschriebenen FHZ, sondern wünscht sich außerdem, dass eine nächste Stufe der engen Wirtschaftskooperation erreicht werden kann. Dabei soll es um die volle Beteiligung der Ukraine am EU-Binnenmarkt und die Einführung der vier Freiheiten (freie Bewegung von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften über die Grenzen sowie freier Kapitaltransfer) gehen.⁶ Ob es wirklich zu einem Abkommen in solchem Umfang kommen kann, bleibt allerdings fraglich. Eine solche Vereinbarung würde dem Charakter des so genannten Europaabkommens sehr nahe kommen, das mit Staaten geschlossen wurde, denen eine klare Beitrittsoption gegeben werden sollte. Allerdings gibt es im Vertragswerk der Außenpolitik der EU natürlich nicht nur schwarz und weiß sondern auch viele Graustufen, die eine enge Zusammenarbeit mit der EU möglich machen. Daher wird es auch im Sinne der EU sein, der Ukraine die Möglichkeit der wirtschaftlichen Integration zu bieten, die sie sich selbst mit ihren Reformbemühungen erarbeitet hat.

Die Ukraine sollte ohnehin den Wunsch des EU-Beitritts nicht zum Leitbild ihres politischen Umgangs mit der EU machen. Derzeit stehen Beitrittsverhandlungen aus den unterschiedlichsten Gründen nicht zur Diskussion, was jedoch den Reformwillen der Ukraine nicht trüben oder gar stoppen sollte. Auch wenn es nicht immer einfach umzusetzen ist, so haben die Ziele, die im PKA und im AP seitens der EU formuliert wurden, die Ukraine wirtschaftlich auf einen eigenständigen Weg gebracht – wie der Beitritt zur WTO zeigt. Dieser ist völlig unabhängig von der zukünftigen EU-Politik und verschafft der Ukraine Möglichkeiten zu Handelsbeziehungen über Europa hinaus. Die EU ist bereit, der Ukraine ein Partner in deren weiterer Entwicklung zu sein, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Das ist der Ansatz, den die Ukraine verfolgen sollte. Sie sollte die Chance nutzen und ihren unabhängigen Weg weiter gehen. Der Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft wäre der zweite Schritt vor dem ersten und entspricht zudem nicht den momentanen Problemen des Landes. So sollte die politische Elite der Ukraine zunächst alles daran setzen, die innenpolitische Situation zu stabilisieren und zu festigen. Denn ganz gleich, welche Abkommen sie mit der EU aushandelt: Schafft es die Ukraine nicht, politische Stabilität zu gewährleisten, ist ihre weitere Integration in das System der EU nicht möglich.

Literatur

- Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (Hrsg.): Die Bedeutung der WTO für die europäische Wirtschaft, Köln 1997.
- Volz, Gerhard: Die Organisation der Weltwirtschaft, Englisch – Deutsch, München 2000.
- Stratenschulte, Eckart: Ukraine: »Und jetzt: action!«, in: Zeitschrift Osteuropa, 55. Jg., 2/2005, S. 15–24.
- Kempe, Iris: Zwischen Anspruch und Realität – Die Europäische Nachbarschaftspolitik, in: Zeitschrift Osteuropa, 57. Jg., 2–3/2007, S. 57–68.
- Lippert, Barbara: Teilhabe statt Mitgliedschaft? Die EU und ihre Nachbarn im Osten, in: Zeitschrift Osteuropa, 57. Jg., 2–3/2007, S. 69–94.
- Thau, Susanne: Öffnung des Binnenmarkts? Chancen und Risiken der ENP, in: Zeitschrift Osteuropa, 57. Jg., 2–3/2007, S. 322–326.
- Fischer, Sabine: Die Ukraine und die ENP, in: Ukraine-Analyse, 36/2008, S. 2–5.
- Lewis, Ann (Hrsg.): The EU & Ukraine – Neighbours, Friends, Partners?, London 2002.

6 Savin, Kyril: Die Erwartungen der Ukraine an die EU nach der Europawahl, S. 2, unter <http://www.boell.de/weltweit/europanordamerika/europa-nordamerika-6920.html>, abgerufen am 2. Juli 2009.

Tina Freyburg und Solveig Richter

Antizipierte EU-Mitgliedschaft: Zur Wirkung politischer Konditionalität auf Demokratisierungsprozesse in der Europäischen Nachbarschaft

Were we to say 'no, never' to Ukraine, our political influence on the future development of Ukraine would be radically diminished.

Olli Rehn, EU-Kommissar für Erweiterung, 04/08¹

Einleitung: Die Europäische Nachbarschaftspolitik als Integrationspolitik?

Die Europäische Union (EU) gewährt den osteuropäischen Nachbarstaaten keine explizite Perspektive auf Mitgliedschaft wie sie sie etwa 2003 in Thessaloniki den Staaten des Westlichen Balkans versprach.² In ihrem Bestreben, politische Stabilität, Sicherheit und Energieversorgung nicht zu gefährden, versucht die EU jedoch, in ihren Beziehungen zwischen enger Einbindung in den europäischen Integrationsprozess und Ablehnung einer vollen Mitgliedschaft zu balancieren. Mit ihrer Nachbarschaftspolitik (ENP) verfolgt sie eine Politik der sektoralen Integration und Harmonisierung mit dem *acquis communautaire*.³ So enthält der Anreizkatalog neben einer umfassenden ökonomischen und sicherheitspolitischen Kooperation inklusive Teilnahme am Binnenmarkt auch sektorspezifische Begünstigungen wie Visaerleichterungen.⁴ Obgleich mit der Beitrittsperspektive der zentrale Anreiz fehlt, ist die ENP damit stark an die erfolgreiche Erweiterungsstrategie angelehnt.⁵ Studien zur Wirkung politischer Konditionalität entwerfen jedoch ein skeptisches Bild hinsichtlich des Einflusses der EU in den ENP-Staaten. Aufgrund der mangelnden Beitrittsperspektive, so argumentieren sie, kann keine Befolgung der zentralen Kriterien erreicht werden.⁶

Während die Entwicklung in den südlichen Nachbarländern die Grundannahme der bisherigen Literatur eher bestätigt, geben die östlichen Nachbarn ein differenziertes Bild ab und befolgen teilweise die politischen EU-Kriterien.⁷ Exemplarisch für dieses Paradoxon – Wirkung von Beitrittskonditionalität ohne Beitrittsperspektive – ist die Ukraine: Es ist zwar das Ziel der ENP, so Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, »die Ukraine so nahe wie möglich an die EU heranzuführen [...]«. Aber »die Union [kann] den Kiewer Ambitionen einer EU-Perspektive bekanntlich nicht entsprechen«.⁸ Mit dem 2005 unterzeichneten Aktionsplan forderte die EU klare Fortschritte bei

- 1 http://ec.europa.eu/commission_barroso/rehn/pdf/interviews/080612_esharp_magazine_en.pdf (30.7.2009).
- 2 Vgl. Freyburg, Tina/Richter, Solveig 2010 (forthcoming): National Identity Matters! The Limited Impact of EU Political Conditionality in the Western Balkan, in: Journal of European Public Policy, 17, 2.
- 3 Lavenex, Sandra 2004: EU External Governance in 'Wider Europe', in: Journal of European Public Policy, 11, 4, S. 680–700; Freyburg, Tina et al. 2009 (forthcoming): EU Promotion of Democratic Governance in the Neighbourhood, in: Journal of European Public Policy, 16, 6, S. 917–936.
- 4 Vgl. Kelley, Judith 2006: New wine in old wineskins: promoting political reforms through the new European neighbourhood policy, in: Journal of Common Market Studies, 44, 1, S. 29–55.
- 5 Vgl. zur ENP Bendiek, Annegret 2008: Wie effektiv ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?: Sechzehn Länder im Vergleich, in: SWP-Studie, S. 24; Sasse, Gwendolyn 2008: The European Neighbourhood Policy: Conditionality Revisited for the EU's Eastern Neighbours, in: Europe-Asia Studies, 60, 2, S. 295–316.
- 6 Vgl. Bendiek 2008 (ebd.); Solenko, Iryna 2009 (forthcoming): External democracy promotion in Ukraine: the role of the European Union, in: Democratization, 16, 4, S. 709–731.
- 7 Vgl. Verdun, Amy/Chira, Gabriela E. 2008: From neighbourhood to membership: Moldova's persuasion strategy towards the EU, in: Southeast European and Black Sea Studies, 8, 4, S. 431–444.
- 8 <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/718&format=HTML&aged=0&>

demokratischen Reformen und stellte eine engere Kooperation bei der GASP sowie der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit nebst Verhandlungen über eine Freihandelszone in Aussicht.⁹ In den Augen der Ukraine lässt die EU mit ihrer Politik allerdings das Hintertürchen eines Beitritts offen. In der Tat betonen ukrainische Regierungsvertreter regelmäßig, sie würden alles daran setzen, die erforderlichen politischen und ökonomischen Reformen durchzusetzen.¹⁰ Die Frage, die sich daran anschließt und die dieses Paper aufgreift, ist jedoch, ob sich abseits wohlmeinender Rhetorik tatsächlich Europäisierungseffekte nachweisen lassen, die denen der Erweiterungspolitik in Beitrittsstaaten ähneln.

Zur Wirkung antizipierter Beitrittskonditionalität

Europäisierung wird nicht mehr nur als ein Prozess aufgefasst, in dessen Rahmen Mitgliedstaaten EU-Normen, -Regeln und -Verfahren über verschiedene Kausalpfade internalisieren bzw. diese Teil der »logic of domestic discourse, identities, political structures and public policies«¹¹ werden. Inzwischen ist es Common Sense, dass diese Mechanismen auch auf die Wirkung der EU in den Kandidatenstaaten übertragen werden können.¹² Wir argumentieren, dass die identifizierten Kausalpfade unter bestimmten Bedingungen ebenso auf Staaten *ohne* Beitrittsperspektive angewendet werden können, wenn diese einen Beitritt zur obersten Maxime ihres Handelns erklärt haben.

Die EU setzt in ihrer Politik vor allem auf politische Konditionalität, die in erster Linie über rationalistische Kosten-Nutzen-Kalkulationen wirkt: Zielstaaten ändern ihr Verhalten, wenn der materielle Anreiz groß genug ist (*External Incentives Model*).¹³ Neben der Höhe der erwarteten politischen Anpassungskosten wird die Glaubwürdigkeit der tatsächlichen Einlösung der versprochenen Belohnung als entscheidender Faktor identifiziert. Wir argumentieren, dass trotz fehlender glaubwürdiger Beitrittsperspektive Staaten auch dann bereit sind, die Beitrittskriterien um- und durchzusetzen, wenn der Beitritt oberste Priorität hat. Sie unterwerfen sich in diesem Fall selbst den Bedingungen der Beitrittskonditionalität (»self-imposed membership conditionality«). Dabei antizipieren sie, dass die EU sie letztendlich als Beitrittskandidat betrachten und Verhandlungen mit ihnen eröffnen »muss«, sobald sie die hierfür erforderlichen Kriterien erfüllt haben. Auf diese Weise versuchen sie, die EU in ihre eigene »rhetorische Falle«¹⁴ zu locken. Wir ergänzen demnach das rationalistische Erklärungsmodell der Wirkung politischer Konditionalität durch den Aspekt der Antizipation.

In Anlehnung an soziologische Ansätze verstehen wir unter Antizipation, dass Akteure das Verhalten anderer unter Bedingungen der Unsicherheit prognostizieren, bestimmte Szenarien als Reaktionen auf das eigene Verhalten vorhersehen und ihr eigenes Verhalten dementsprechend auf der Basis einer Kosten-Nutzen-Kalkulation anpassen.¹⁵ Für die Wirkung politischer Konditionalität bedeutet dies:

language=DE&guiLanguage=en (30.7.2009).

- 9 EU-Ukraine Action Plan, 21 February 2009, unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/ukraine_enp_ap_final_en.pdf (30.7.2009).
- 10 Bos, Ellen 2008: Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, in: Bos, Ellen [u. a.] (Hrsg.) Die Genese einer Union der 27: die Europäische Union nach der Osterweiterung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 317–330.
- 11 Radaelli, Claudio 2000: Whither Europeanization? Concept Stretching and Substantive Change, in: European Integration online Papers 4, 8, S. 4.
- 12 Zu den Besonderheiten einer »Europeanization East« vgl. Héritier, Adrienne 2005: Europeanization Research East and West: A Comparative Assessment, in: Schimmelfennig, Frank/Sedelmeier, Ulrich (Hrsg.): The Europeanization of Central and Eastern Europe. New York: Cornell University Press, S. 199–209.
- 13 Schimmelfennig, Frank et al. 2006: International Socialization in Europe. European Organizations, Political Conditionality and Democratic Change, Basingstoke.
- 14 Schimmelfennig, Frank 2001: The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union, in: International Organization, 55, 1, S. 47–80.
- 15 Vgl. Hertz, Robin/Leuffen, Dirk 2007: Anticipation in Legislative Politics: The Case of EU Enlargement, Center

Wenn ein Staat den EU-Beitritt zur obersten innen- und außenpolitischen Priorität erklärt, wird er die dafür erforderlichen politischen Kriterien auch in Abwesenheit einer (glaubwürdigen) Beitrittsperspektive um- und durchsetzen – in der Annahme, dass die EU eine erfolgreiche Regelungsetzung entsprechend belohnen wird.

Antizipierte Beitrittskonditionalität in der Ukraine

Schaut man auf die Entwicklungen in der Ukraine seit 2004/2005 – Verabschiedung des Aktionsplans und Orange Revolution – lassen sich in der Tat Europäisierungseffekte finden, die auf die Wirkung einer antizipierten Beitrittskonditionalität zurückgeführt werden können. Präsident Wiktor Juschtschenko betonte nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt, nicht mit Anklopfen und Rhetorik, »sondern nur mit Leistung« könne man »in dieses Haus eintreten«. Sein Ziel war es 2005, »heute schon [zu] beginnen, die Integration der Ukraine in die EU voranzutreiben.«¹⁶ Er antizipierte damit die Kriterien einer EU-Mitgliedschaft, die zu erfüllen er bereit war.

Dieses Bekenntnis übertrug sich auf die formelle und die institutionelle Ebene: Die Regierung stellte *road maps* mit konkreten Reformschritten vor; Juschtschenko unternahm eine Umstrukturierung der Regierung mit einer Stärkung der Europaabteilung. Allen voran das Außen- und das Wirtschaftsministerium erwiesen sich als Triebkräfte der Implementierung der Vorgaben der Aktionspläne: So kann der WTO-Beitritt 2008 als eine der wesentlichen Errungenschaften der ENP gewertet werden. Auch in der Ukraine lassen sich typische Europäisierungsmuster erkennen: *Lock-in*-Effekte zeigten sich, indem das rigide Schema der Aktionspläne und die Fortschrittsberichte der EU-Kommission die Regierung zwangen, ihre Lippenbekenntnisse in konkrete Reformschritte zu übertragen. »Akteure des Wandels«, in diesem Fall die proeuropäischen Ministerialbeamten, erhielten, einmal von den Politikern angestoßen, durch die EU nicht nur klare Richtlinien, sondern auch ein Legitimations- und Machtinstrument gegenüber den zunehmend zögerlichen Politikern (*empowering*).¹⁷

Die Grenzen einer antizipierten Beitrittskonditionalität zeigen sich jedoch in der Reversibilität der Wirkung der EU auf die Reformbemühungen der politischen Elite. In der Ukraine konnte sich bisher kein stabiler parteienübergreifender Konsens zur Demokratisierung etablieren, der in umfassende innenpolitische Reformvorhaben münden und zur Konsolidierung hätte beitragen können. Stattdessen war die politische Dynamik von konstanter Rivalität zwischen den reformorientierten Eliten, Instabilität und blockierten Entscheidungsprozessen gekennzeichnet.¹⁸ Zahlreiche Autoren sehen eine der Ursachen für diese Reformstagnation vor allem in der Zurückhaltung der EU, mit einer klaren Mitgliedschaftsperspektive die proeuropäischen Kräfte im Land zu unterstützen, um so ihre wahre »transformative power« zur Entfaltung zu bringen.¹⁹

Schlussfolgerung: Greift EU-Beitrittskonditionalität in der östlichen Nachbarschaft?

Die empirischen Beobachtungen aus der Ukraine verdeutlichen, dass die ENP durchaus Europäisierungseffekte erzeugt und somit die These der Wirkung einer antizipierten Beitrittskonditionalität stützt. Vergleicht man die Ergebnisse zur Ukraine mit Studien zur Effektivität der ENP in Moldawien, zeigen sich ganz ähnliche Wirkungsmuster: Nach einer strategischen außenpolitischen Wende hin zur klaren Westorientierung 2003 kam Moldawien zunehmend in den Genuss der Assoziationsprogramme der EU. Die moldawische Regierung erfüllte jedoch nicht nur die Kriterien für die im Rahmen der ENP

for Comparative and International Studies ETH Zürich, CIS Working Paper No. 32, S. 4.

16 Bos 2008: S. 323.

17 Vgl. Wolczuk, Kataryna 2009: Implementation without Coordination: The impact of EU conditionality on Ukraine under the European Neighbourhood Policy, in: Europe-Asia Studies, 61, 2, S. 187–211.

18 Kritisch sieht die Wirkung der EU etwa Solenko 2009.

19 Siehe beispielsweise Solenko 2009; Bos 2008; Wolczuk 2009.

bereitgestellten finanziellen Mittel, sondern »strives to accomplish convergence criteria like those accomplished by the CEECs before their accession.«²⁰ Das dargestellte theoretische Erklärungsmodell und die empirischen Ergebnisse zur Wirkung antizipierter Beitrittskonditionalität hinterfragen somit nicht nur den bisherigen wissenschaftlichen Konsens zu den Effekten der ENP. Sie eröffnen auch eine neue Dimension der Beeinflussung der Demokratisierungsprozesse der postsozialistischen Länder im Rahmen der ENP.

20 Verdun/Chiara 2008: S. 441.

Vera Axyonova

Europeanization beyond Europe: Is a Comparison of EU Political Engagement in Eastern Europe and Central Asia Possible?

Europeanization is a term commonly associated with the processes of European integration and used by scholars to conceptualize political, cultural or socio-economic changes within the EU Member States or in the immediate European neighbourhood that have occurred in response to the EU policies. Thus, the concept is mainly applied in the context of (geographically) European states. However, considering the recent shift in the EU's approach towards Central Asian countries (Kazakhstan, Kyrgyzstan, Uzbekistan, Turkmenistan and Tajikistan), whereby the Union has decided to increase its political role in the region, it is tempting to compare the EU's engagement in the neighbouring Eastern European states with its more recent involvement in Central Asia. In other words, can the concept of Europeanization be applied beyond Europe, particularly in the Central Asian context? To answer this question, the article will focus on one aspect of the EU engagement, i.e. external democracy promotion, and compare the political instruments available to the EU in Eastern Europe and Central Asia.

Defining Europeanization

There are almost as many definitions of 'Europeanization' as there are authors using this term. A survey of the literature reveals the diversity of applications of the term in different contexts and for variety of research purposes.¹ The current article concentrates on one aspect of Europeanization, its political dimension, which 'encompasses the *penetration* of European rules, directives and norms into the otherwise different domestic spheres'.² This notion focuses on the domestic adaptation in the nation-states as the result of the influence of EU policies.

Most studies of Europeanization have an explicit emphasis on the EU policy-making process and limit Europeanization effects to EU Member States. In these terms, Europeanization is used as a synonym to 'EU-ization'. Yet, processes of Europeanization are not restricted to the European Union only, but as some authors argue, also take place in non-Member States and involve European organizations that are not part of the EU system. Thus, Olsen suggests a possible transfer of European rules, procedures and paradigms to third countries via these non-EU actors and institutions.³ This idea has been further developed by European Studies scholars since the EU enlargement. Grabbe offers a systematic analysis of the European Union's impact on the applicant countries from Central and Eastern Europe in the context of the EU accession process.⁴ Coppieters et al.⁵ and Popescu⁶ go further and apply the concept of Europeanization in terms of the European Neighbourhood Policy to the states that are not necessarily immediate EU neighbours or applicants for accession (e.g. the South Caucasus states). In this case, they associate Europeanization with transformations of domestic structures and policies that

1 For more details see Kevin Featherstone (2003). Introduction: In the Name of 'Europe'. In K. Featherstone, and C.M. Radaelli (eds.), *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press, pp. 4 – 12.

2 P. Mair (2004). The Europeanization Dimension. *Journal of European Public Policy* 11, p. 341.

3 J.P. Olsen (2002). The Many Faces of Europeanization, *ARENA Working Papers, WP 01/2*, at: http://www.arena.uio.no/publications/wp02_2.htm (accessed 15 March 2008).

4 H. Grabbe (2003). *Europeanization Goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process*. In K. Featherstone and C. Radaelli (eds.), *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press, pp. 309 – 310.

5 B. Coppieters, M. Emerson, T. Kovziridze, G. Noutcheva, N. Tocci, and M. Vahl (2004). *Europeanisation and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery*. Ghent: Academia Press.

6 N. Popescu (2006). The EU and South Caucasus: Learning from Moldova and Ukraine. *Eurojournal.org*, at: http://eurojournal.org/more.php?id=212_0_1_0_M14 (accessed 15 March 2008).

occur in the nation-states (not only members of the EU) in response to European policies and practices. Coppieters et al. further define Europeanization as a 'process in which European rules, mechanisms and collective understandings interact with given domestic structures'.⁷ This understanding of Europeanization does not limit it to the EU Member States or their immediate neighbours and is therefore of particular relevance for the current contribution.

External Democratization as a Part of Europeanization Processes

It is commonly stated that the European Union is a 'community of values'. At the core of this identification lie principles of democracy, liberty, respect for human rights and fundamental freedoms, and the rule of law. These values and principles have developed as a reference of the EU's internal and external governance, which is reflected in numerous declarations, EU treaties, European Commission communications, and bilateral agreements between the EU and third countries.⁸ In other words, the European Union sees itself as a *normative power* able to shape conceptions of 'normal' and transfer common norms, values and principles to the other states in its international affairs.⁹ This process of norms formation and their export to third states is an integral part of Europeanization.

If normative orientation and democracy mainstreaming are assumed to be the central concepts in the EU's external relations, what then are the democratization instruments available to the EU and what are the mechanisms that allow the Union to act as a normative power and promote its democratic values in third countries within the process of Europeanization?

EU Tools for External Democracy Promotion

Within the academic debate, external democracy promotion is commonly associated with two main mechanisms: *reinforcement* (or *conditionality*) and socialization through *normative suasion*.

The adherents of the rationalist approach argue that states (or political elites governing the states) are driven by pragmatic self-interests and the strategic calculation of costs and benefits when considering political change.¹⁰ Therefore, rationalists see conditionality as a far more effective mechanism (especially if linked to prospective membership) than normative suasion, which is based on persuasion by the 'power of the better argument' and 'appropriateness of behaviour'. However, this view is doubted by the constructivists, who argue that conditionality is rather associated with the behavioural adaptation of socializees and causes only short- to medium-term results, whereas socialization through normative suasion, due to its different nature, can lead to deep-rooted long-term political change.¹¹

The democracy promotion instruments are also often divided into two symbolic groups, 'positive' and 'negative'.¹² 'Positive' instruments involve providing certain benefits to the target states (such as prospective membership, closer cooperation links, financial incentives, grant aid, technical assistance, establishment of political dialogue, capacity building, advocacy, monitoring, etc.), whereas

7 B. Coppieters, et al. (2004). *Europeanisation and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery*. Ghent: Academia Press.

8 For a detailed overview of the documents referring to the EU core values and external democracy promotion see A. Jünemann and M. Knodt (eds.). (2007). *European External Democracy Promotion*. Baden-Baden: Nomos, pp. 12 – 14.

9 I. Manners (2002). Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? *Journal of Common Market Studies*, 40 (2), pp. 235 – 258.

10 F. Schimmelfennig (2005). Strategic Calculation and International Socialization: Membership Incentives, Party Constellations, and Sustained Compliance in Central and Eastern Europe. *International Organization*, 59 (4), pp. 827 – 860.

11 A. Warkotsch (2008). Normative Suasion and Political Change in Central Asia. *Caucasian Review of International Affairs*, 2 (4), pp. 62 – 71.

12 A. Jünemann and M. Knodt (eds.). (2007). *European External Democracy Promotion*. Baden-Baden: Nomos.

‘negative’ instruments are usually associated with sanctions or pressure on the state elites (e.g. by supporting oppositional civil society organizations) if they fail to comply with the requirements of the normative actors.

All of the listed instruments are available to the European Union, as this supranational entity has both rewards (including prospective accession or cooperation and financial benefits) and sanctioning mechanisms at its disposal. However, is the EU always able to effectively apply its external democracy promotion tools, and are the effects of Europeanization comparable in different environments? In order to answer these questions, a closer look must be taken at the European democracy promotion efforts in different regions, such as Eastern Europe and Central Asia.

Democracy Promotion at Work: Comparing EU Political Engagement in Eastern Europe and Central Asia

In order for the EU democracy promotion tools to work, several objective preconditions need to be fulfilled. Thus, the policies of conditionality can be quite effective if the target states want the benefits on offer or fear losing them. Successful implementation of these policies critically depends on the value attached to the potential benefits by the states (and groups within the states) and on the extent to which various domestic players are committed to the ‘providers’ of these benefits.¹³ The strongest incentive the European Union can put on the negotiating table is the prospect of the EU membership, but other forms of partnership with the EU also present an appealing option. In particular, progressive inclusion in EU common policies, such as the single market or justice and home affairs, without formal institutional insertion into EU structures, can also act as a strong inducement. Conditionality policies, however, do not automatically lead over time to endogenous processes of political change. If, for example, conditionality is perceived by domestic actors as favouring one particular group (e.g. oppositional parties vs. government elites or one of the states within the same region) to the detriment of the other, the possibility of socializing both groups of actors equally will be lessened.

Regarding socialization through normative suasion, the constitutive European norms and values (e.g. economic, social and political norms, standards of democratic governance, human rights and the rule of law) play an important role by offering a point of reference to all external players seeking closer involvement with European structures.¹⁴ But because normative suasion is a process based on interaction, the success of socialization will depend to a large extent on the density of institutional ties and contacts between the European Union and the third countries, and on the legitimacy of European norms and policies as perceived by the external players.¹⁵

There is one more important aspect to consider in the analysis of external democratization. The successful application of the described mechanisms presupposes that the political leaders of all the parties involved in the socialization process will demonstrate the political will and ability to provide leadership. Unfortunately, this is not always the case. The governments are not always able to respond adequately to external pressure, and the EU’s inconsistent way of applying conditionality may diminish its effectiveness and hamper the success of normative suasion. Thus, the democratization mechanisms may remain inefficient or cause unintended effects.

Considering all of the above preconditions for successful external democracy promotion, it is hardly possible to compare the effectiveness of the EU’s political engagement in Eastern Europe and Central

13 K. E. Smith (2005). Engagement and Conditionality: Incompatible or Mutually Reinforcing? In R. Gowan, R. Youngs, M. Emerson, K. E. Smith and R. Whitman, *Global Europe: New Terms of Engagement*. London: Foreign Policy Centre, 23 – 29.

14 B. Coppieters, et al. (2004). *Europeanisation and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery*. Ghent: Academia Press.

15 F. Schimmelfennig, S. Engert, and H. Knobel (2002). Costs, Commitment, and Compliance. The Impact of EU Democratic Conditionality on European Non-Member States. *EUI Working Paper RSC 2002, 29*.

Asia. Although the EU has been trying to apply the same principles and mechanisms of external democratization in both cases, the degree of their effectiveness varies considerably due to the following factors. First of all, unlike in the closer European neighbourhood, in the Central Asian states the EU has never been perceived as a strong political actor, due to its geographical remoteness and failure to pursue clear and coherent policies towards the region in the 1990s. This is especially the case if one considers the EU's engagement in democracy promotion in Central Asia. Although the European Union had already signed cooperation agreements with most of the Central Asian states in the middle 1990s, the Strategy for Partnership with Central Asia, which provides the general framework for bilateral and inter-regional cooperation and states the EU's key priorities in the region, was only adopted in 2007. And even after adoption of the Strategy, the perception of the Union's political role in Central Asia has hardly changed.¹⁶

Second, unlike in the Eastern European context, the EU can offer neither prospective membership nor the closer cooperation within the European Neighbourhood Policy to the target states in Central Asia. Thus, the Union cannot use its strongest inducement in the region and has to rely on less effective tools for democracy promotion (e.g. offering cooperation in energy and security sectors, grant aid, technical assistance, establishment of political dialogue, and capacity building). Although these instruments also have value in themselves, one needs to consider how interested the Central Asian actors really are in the limited European incentives given the alternative offers from the other external players, such as Russia, China and the USA.

Third, the European Union seems to apply the available democratization instruments in the Central Asian states to a limited degree and in a rather haphazard way. The best example here would be the EU's partial withdrawal of its sanctions on Uzbekistan in October 2008, imposed after dramatic human rights violation in Andijan in 2005. The decision to withdraw the sanctions was made in spite of the fact that human rights violations remain a common practice in Uzbekistan and despite the opinion of some EU officials that the sanctions were effective. This inconsistency reflects the contradiction between the EU's normative orientation and its mainstream interests in Central Asia's security and energy sectors, with apparent emphasis on the latter sector. Thus, the EU itself discredits its normative role as a point of reference in terms of political liberalization and human rights promotion in the Central Asian states.

To summarize the above, the European Union is not always able to effectively apply the same democratization instruments in different regions. The choice and success of the instruments largely depends on geographical remoteness, density of institutional ties and contacts between the EU and the target states, and their interests in mutual cooperation. Therefore, it is hardly possible to compare the effectiveness of the EU's political engagement in Eastern Europe and Central Asia. Nevertheless, it is obvious that the EU tries to employ the same mechanisms – conditionality and normative suasion – to promote its core values even in very different environments. The process of norms formation and their export to third states is an integral part of Europeanization and is present in all circles of the EU's foreign relations, regardless of the regional context.

16 This statement was confirmed in the interviews with European and Central Asian experts conducted by the author in June–July 2009.

References

- Coppieters, B., Emerson, M., Kovziridze, T., Noutcheva, G., Tocci, N., and Vahl, M. (2004). *Europeanisation and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery*. Ghent: Academia Press.
- Featherstone, K. and Radaelli, C. M. (Eds.). (2003). *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press.
- Gowan, R., Youngs, R., Emerson, M., Smith, K. E., and Whitman, R. (2005). *Global Europe: New Terms of Engagement*. London: Foreign Policy Centre.
- Jünemann, A. and Knodt, M. (eds.). (2007). *European External Democracy Promotion*. Baden-Baden: Nomos.
- Mair, P. (2004). The Europeanization Dimension. *Journal of European Public Policy* 11, 337 – 348.
- Manners, I. (2002). Normative Power Europe: A Contradiction in Terms? *Journal of Common Market Studies*, 40 (2), pp. 235 – 258.
- Olsen, J.P. (2002). The Many Faces of Europeanization, *ARENA Working Papers*, WP 01/2, at: http://www.arena.uio.no/publications/wp02_2.htm (accessed 15 March 2008).
- Popescu, N. (2006). The EU and South Caucasus: Learning from Moldova and Ukraine. *Eurojournal.org*, at: http://eurojournal.org/more.php?id=212_0_1_0_M14 (accessed 15 March 2008).
- Schimmelfennig, F. (2005). Strategic Calculation and International Socialization: Membership Incentives, Party Constellations, and Sustained Compliance in Central and Eastern Europe. *International Organization*, 59 (4), pp. 827 – 860.
- Schimmelfennig, F., Engert, S., and Knobel, H. (2002). Costs, Commitment, and Compliance. The Impact of EU Democratic Conditionality on European Non-Member States. *EUI Working Paper RSC 2002*, 29.
- Warkotsch, A. (2008). Normative Suasion and Political Change in Central Asia. *Caucasian Review of International Affairs*, 2 (4), pp. 62 – 71.

Christoph Schnellbach

EUisierung des postsozialistischen Raums? Die Grenzen des »Politiktransfers« am Beispiel des Minderheitenschutzes

Der Schutz ethnischer und nationaler Minderheiten hat nach dem Ende des kommunistischen Systems in Mittel- und Osteuropa an politischer Bedeutung gewonnen. Die Europäische Union (EU) verfolgte schon in den frühen 1990er Jahren eine Minderheitenschutzpolitik in ihren externen Beziehungen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Aufbrechens ethnischer Konflikte in Südosteuropa. Um der Gefahr des Übergreifens solcher Konflikte auf andere Transformationsstaaten vorzubeugen, wurde der Minderheitenschutz ein wichtiger und letztlich im rationalen Interesse an politischer Stabilität in der Region begründeter Bestandteil der EU-Erweiterungspolitik.

Bei der analytischen Auseinandersetzung mit der EU-Minderheitenpolitik stellen sich zunächst einige prinzipielle Fragen: Wo finden sich Minderheitenrechte im Besitzstand der EU? Nach welchen Maßstäben und Kriterien verfolgt die EU ihre Minderheitenpolitik? Kann man in diesem Zusammenhang überhaupt von EUisierung oder einem Politiktransfer von Minderheitenrechten sprechen?¹ Der folgende Beitrag versucht, diesen Fragen auf den Grund zu gehen und setzt sich dabei kritisch mit etablierten Konzepten der Europaforschung auseinander.

Minderheitenschutz innerhalb der EU

Die Entwicklung des Minderheitenschutzes im Binnenbereich der EU lässt sich grob in drei Phasen unterteilen: eine lange »minderheitenblinde« Phase, die bis zum Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 1. Mai 1999 dauerte,² eine zweite ab diesem Zeitpunkt einsetzende sowie eine dritte mit dem Lissabonner Vertrag beginnende Phase.

In der ersten Phase beschränkte sich das Diskriminierungsverbot auf den für die Herstellung des Gemeinsamen Marktes wichtigen Fall der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig etablierte sich jedoch das Europäische Parlament als wichtiger Akteur der Minderheitenpolitik und schärfte anhand einschlägiger Resolutionen das Bewusstsein dafür, dass Minderheitenschutz eine bedeutende europäische Aufgabe sei.

Die zweite Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass mit Art. 13 EG-Vertrag in der Textfassung des Amsterdamer Vertrages eine Rechtsgrundlage geschaffen wurde, auf deren Basis die EU Maßnahmen gegen Diskriminierung aufgrund von Rasse und ethnischer Herkunft ergreifen konnte. Folglich hat die EU-Kommission mit der Antidiskriminierungs- und der Gleichbehandlungsrichtlinie zwei Vorschläge präsentiert,³ die im heutigen EU-Recht als Bestandteile des »Nichtdiskriminierungs-Acquis« gelten. Umstritten ist jedoch, ob Art. 13 EGV als Rechtsgrundlage für positive Diskriminierung und Kollektivrechte für Minderheiten gilt; zumindest letzteres kann wohl verneint werden.

Die dritte Phase beginnt mit dem Vertragswerk von Lissabon. Mit dem gescheiterten Verfassungsvertrag und dem daraus hervorgehenden Reformvertrag findet der Begriff »Minderheit« erstmals in einem primärrechtlichen Text Erwähnung. Im neuen Artikel 1 a heißt es:

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.⁴

1 Der Begriff EUisierung wird hier synonym für den etwas weitläufigeren Begriff Europäisierung verwendet.

2 Arnold, 2001, S. 239.

3 RL 2000/43/EG bzw. RL 2000/78/EG.

4 Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung

In der Charta der Grundrechte, welche mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags für die meisten EU-Staaten verbindlich wird,⁵ taucht im Art. 21, Abs. 1 sogar der Begriff »nationale Minderheit« auf:

*Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten.*⁶

Im Gegensatz zu Art. 13 EGV enthält diese Bestimmung eine klare und direkt anwendbare Verbotsklausel, gibt der EU jedoch kein eindeutiges Mandat, um gegen solche Diskriminierungen vorzugehen. Dennoch würde mit Inkrafttreten des Reformvertrages der Terminus »nationale Minderheit« als Begriff des EU-Rechts gelten, der vom Europäischen Gerichtshof näher ausformuliert und interpretiert werden könnte.

Der Vertrag von Lissabon ist somit ein Meilenstein im EU-Minderheitenrecht, da auch die »Rechte der Personen, die Minderheiten angehören« erstmals zu den Grundwerten der Gemeinschaft gezählt werden. Die Grundrechtecharta verbietet Diskriminierung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit (Art. 21 Abs. 1). Zusammen mit Artikel 22, in welchem die Achtung der Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen verankert wird, ist sie eine starke Aussage für Minderheitenrechte. Dennoch lässt der Reformvertrag nicht über den Widerspruch hinwegtäuschen, dass zwar ein expliziter Bezug zu Minderheiten hergestellt wird, Bestimmungen für die Umsetzung dieser Rechte aber noch fehlen.⁷

Minderheitenpolitik im EU-Außenbereich

Im EU-Außenbereich lässt sich dagegen eine lineare Entwicklung zugunsten einer sich verstärkenden EU-Minderheitenpolitik erkennen. In verschiedenen politischen Kontexten und mit diversen Motiven und Instrumenten ist die EU in ihren externen Beziehungen für den Minderheitenschutz eingetreten.

Qualitativ wie quantitativ erfuhr die EU-Minderheitenpolitik eine Intensitätssteigerung im Rahmen der EU-Osterweiterung und erreichte dabei eine Dimension, die deutlich über das Engagement der EU in früheren Erweiterungen hinausging. Maßgeblich für die Erweiterungspolitik waren die Kopenhagener Kriterien, welche der Europäische Rat 1993 beschlossen hat. Die politischen Beitrittskriterien, die rechtsstaatliche und demokratische Strukturen verlangen (»institutionelle Stabilität«), beinhalten dabei explizit »die Achtung und den Schutz von Minderheiten«.

Durch den Amsterdamer Vertrag wurden 1999 alle politischen Beitrittskriterien in das Primärrecht überführt – mit Ausnahme des Minderheitenartikels. Damit verpasste es die EU, den Minderheitenschutz zu einem rechtlich bindenden Kriterium zu machen – stattdessen wurde er ein politisch dehnbare Konzept im Rahmen der Konditionalitätspolitik gegenüber den Beitrittsstaaten. Dieser Ansatz wurde weiterentwickelt und für zukünftige Erweiterungen konkretisiert.⁸ Dabei wurde deutlich, dass es sich bei der Konditionalitätspolitik im Minderheitenschutz um einen evolutionären Prozess handelt:

der Europäischen Gemeinschaft, unterzeichnet in Lissabon am 13. Dezember 2007, Amtsblatt Nr. C 306 vom 17/12/2007, <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:DE:HTML>.

5 Mit Ausnahme Polens und Großbritanniens.

6 Charta der Grundrechte der Europäischen Union, Amtsblatt Nr. C 364 vom 18/12/2000, [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32000X1218\(01\):DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32000X1218(01):DE:HTML).

7 Von Toggenburg, 2008, S. 100ff.

8 So wurde vom Europäischen Rat 1997 ein dezidiertes Konditionalitätskonzept entwickelt, um die allgemeinen Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen mit bestimmten Staaten Südosteuropas festzulegen, vgl. Opitz, 2007, S. 194.

»We can conclude that, after eastwards enlargement, the EU's 'minority momentum' has – with respect to the EU's external sphere – not only been upheld, but also increased and improved«.⁹

Konzepte von EUisierung und Politiktransfer: Begrenzte Anwendungsmöglichkeit im Minderheitenschutz

Die Konditionalitätspolitik der EU wird oftmals unter dem Stichwort »EUisierung« beziehungsweise »Europäisierung« diskutiert. Unter EUisierung wird dabei der Prozess der Institutionalisierung von Regeln der Europäischen Union unterhalb und außerhalb der EU-Ebene verstanden.¹⁰ Einer der wesentlichen Mechanismen von EUisierung im Beitrittsprozess ist Politiktransfer, also die Übernahme von EU-Regeln in den Kandidatenländern.¹¹ Obwohl sich diese Konzepte in anderen Politikfeldern durchaus bewährt haben,¹² eignen sie sich jedoch aus folgenden Gründen nur bedingt als analytische Modelle für die Erklärung von Politikänderungen im Bereich des Minderheitenschutzes in Ländern des postsozialistischen Raums:

- Das Beitrittskriterium »Achtung und Schutz von Minderheiten« hat keine klare Grundlage im gemeinschaftlichen Besitzstand der EU (*acquis communautaire*), weshalb man nicht von einem »Politiktransfer« von westlichen Modellen des Minderheitenschutzes sprechen kann. Die alten EU-Mitgliedsstaaten haben unterschiedliche Herangehensweisen, die von ausgeprägten Schutzsystemen (z. B. Finnland, Österreich) bis zur gänzlichen Negierung von Minderheiten auf dem eigenen Territorium reichen (z. B. Griechenland, Frankreich). Auch deshalb wird der EU-Minderheitenpolitik häufig vorgeworfen, mit zweierlei Maß zu messen.¹³
- Die politischen Kriterien des EU-Beitritts wurden vor dem Hintergrund eines sich in Europa ausweitenden normativen und institutionellen Rahmens gesetzt. Der eigentliche Einfluss der EU-Minderheitenpolitik resultierte aus den Instrumenten und Empfehlungen des Europarats und der OSZE.¹⁴ EU-Konditionalität im Bereich des Minderheitenschutzes kann daher am besten verstanden werden als kumulativer Effekt der Handlungen verschiedener internationaler Akteure.¹⁵

Bei der inhaltlichen Überprüfung der Minderheitenrechte empfiehlt es sich, eine Kategorisierung vorzunehmen: Man kann drei Normen unterscheiden, die zum Schutz von Minderheiten Anwendung finden: Am unteren Ende der »Hierarchie« der Minderheitenrechte befindet sich der »Nichtdiskriminierungs-Acquis« als eine präzise und etablierte Norm des Gemeinschaftsrechts. Darüber stehen Minderheitenrechte, die entweder individualrechtlich (als gruppenspezifische Rechte von Angehörigen einer Minderheit) oder kollektiv (Träger ist die Minderheit »als solche«) ausgeführt werden. Am oberen Ende der Skala stehen kollektive Minderheitenrechte, welche der Minderheit eigene Hoheitsgewalt verleihen. Solche Autonomiekonzepte sind als vergleichsweise unklare Normen einzustufen. Sie lassen einen weiten Interpretationsspielraum, der von dem eher generell angelegten EU-Minderheitenschutzstandard nicht hinreichend eingegrenzt wird.

9 Von Toggenburg, 2008, S. 99.

10 Eine brauchbare Definition von Europäisierung lieferte Radaelli (2000): »Europeanisation consists of processes of (a) construction (b) diffusion and (c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, 'ways of doing things' and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the making of EU decisions and then incorporated in the logic of domestic discourse, identities, political structures and public policies«, vgl. Radaelli, 2000, S. 4.

11 Zu *policy transfer* als Mechanismus der Europäisierung siehe Grabbe, 2006, S. 55.

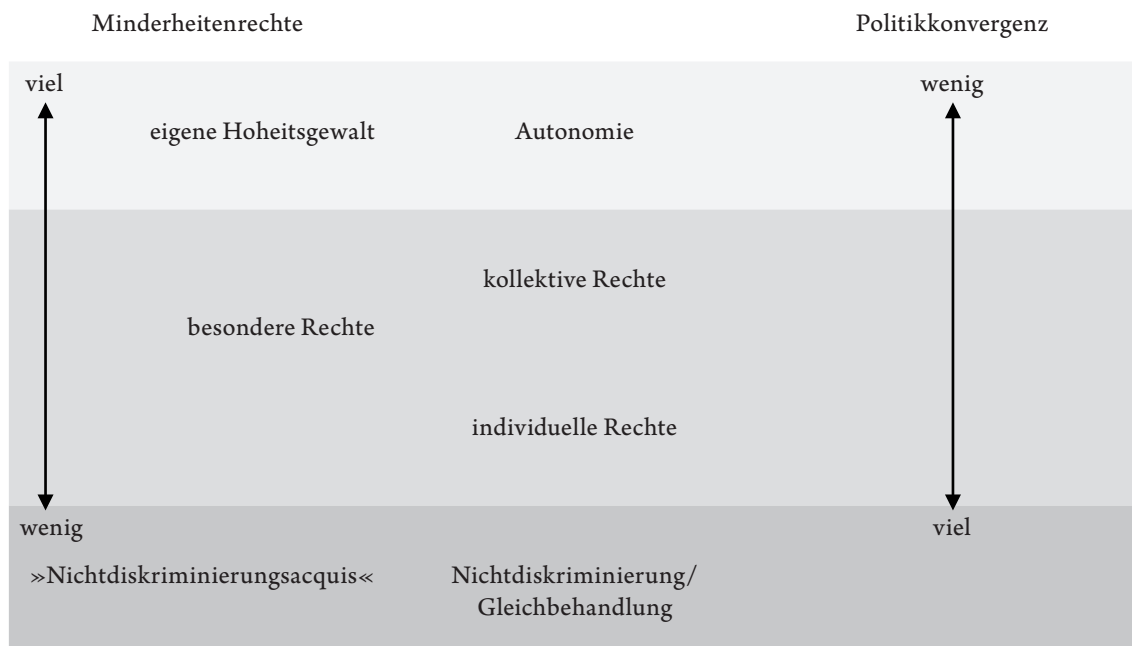
12 Beispielsweise im freien Personenverkehr, vgl. Grabbe 2006.

13 Der Minderheitenschutz in den Formen, in denen die EU ihn von den Beitritts- und Drittstaaten fordert, entspricht nicht deckungsgleich dem geltenden *acquis communautaire*, wie dieser die EU-Mitgliedsstaaten bindet. Besonders auffällig zeigte sich der Doppelstandard etwa in der einseitigen Pflicht der Beitrittsstaaten, das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats zu ratifizieren, vgl. Opitz, 2007, S. 211ff.

14 Vgl. Sasse, 2005, S. 18.

15 Dieses Argument richtet sich auch gegen einen eng verstandenen Begriff der EUisierung.

Schaubild 1



eigene Darstellung

Schlussfolgerungen und Ausblick

Im Zuge der EU-Osterweiterung zeigte sich, dass Politikkonvergenz in Mittel- und Osteuropa mit der stärkeren Ausprägung der Minderheitenrechte abnimmt. Im Bereich der Nichtdiskriminierung ist die Konvergenz generell höher als bei den speziellen Minderheitenrechten. Bei einer vergleichenden Untersuchung von sechs Kandidatenländern kamen die Autoren Schimmelfennig und Schweltnus zu dem Ergebnis, dass alle Kandidatenländer Diskriminierungsfragen durch entsprechende Gesetzgebungen angesprochen haben und die Definitionen und Vorgaben der EU aufgreifen, selbst wenn zuvor außer sehr allgemein gefassten Verfassungsnormen keine Rechtstradition in dieser Hinsicht bestanden hat.¹⁶

Umso »höherwertiger« die Minderheitenrechte jedoch werden, desto weniger Konvergenz ist festzustellen. Dementsprechend sinkt auch der Einfluss der EU, die bei den Minderheitenrechten in verschiedenen Kandidatenstaaten unterschiedliche Schwerpunkte setzt.¹⁷ Die Union hat nur wenig Anpassungsdruck auf die Angleichung innerstaatlich entwickelter Minderheitenschutzregeln an einen einheitlichen Standard ausgeübt. Insbesondere bei kollektivrechtlichen Systemen lässt sich kein systematischer EU-Einfluss feststellen.¹⁸

Umgekehrt haben aber die neuen Mitgliedsstaaten minderheitenpolitischen Themen innerhalb der EU zu einem neuen Status verholfen. So lässt sich nach der EU-Osterweiterung durchaus ein *spill over*-Effekt erkennen. Offenbar scheint die Aufnahme postsozialistischer Länder die Entwicklung

16 Zu den untersuchten Ländern gehören fünf, die im Mai 2004 als EU-Mitglieder aufgenommen wurden (Polen, Ungarn, Slowakei, Lettland, Estland) und eines (Rumänien), das im Januar 2007 beitrug, vgl. Schimmelfennig/Schweltnus, 2007, S. 293.

17 Eine Ausnahme stellt auf der Ebene des individualrechtlichen Minderheitenschutzes das Rahmenübereinkommen des Europarats dar, welches von allen zwölf Beitrittsländern ratifiziert wurde.

18 Dort, wo Autonomiesysteme entwickelt wurden, entstanden diese weitgehend unabhängig von EU-Konditionalität (Ungarn, Estland). In den Fällen, in denen die EU temporär kollektive Minderheitenrechte propagierte (Rumänien, Slowakei), hatte sie wenig Erfolg, da die innenpolitischen Anpassungskosten für die derzeitige Regierung zu hoch gewesen wären, siehe Schimmelfennig/Schweltnus, 2007, S. 292.

einer neuen und umfassenderen Minderheitenschutzpolitik im EU-Binnenbereich zu fördern – im Sinne eines umgekehrten Politiktransfers.¹⁹

Literatur

- Arnold, Rainer (2001): *Europäische Union und Minderheitenschutz*, in: Gerrit Manssen/ Boguslaw Banaszak (Hrsg.): *Minderheitenschutz in Mittel- und Osteuropa*. Peter Lang, Frankfurt a. M.
- Grabbe, Heather (2006): *The EU's Transformative Power*. Palgrave Macmillan, New York.
- Opitz, Maximilian (2007): *Die Minderheitenpolitik der Europäischen Union: Probleme, Potentiale, Perspektiven*. LIT-Verlag, Berlin.
- Radaelli, Claudio M. (2000): *Whither Europeanization? Concept stretching and substantive change*, European Integration online Papers (EIoP) Vol. 4 (2000) N° 8.
- Sasse, Gwendolyn (2005): *EU Conditionality and Minority Rights: Translating the Copenhagen Criterion into Policy*, in EU Working Paper, RSCAS No. 2005/16.
- Schimmelfennig, Frank und Guido Schweltnus (2007): *Politiktransfer durch politische Konditionalität. Der Einfluss der EU auf die Nichtdiskriminierungs- und Minderheitenschutzgesetzgebung in Mittel- und Osteuropa*, in Holzinger, Katharina et al. (Hrsg.): *Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken (PVS-Sonderheft 38)*. VS-Verlag, Wiesbaden.
- Von Toggenburg, Gabriel (2008): *A Remaining Share or a New Part? The EU's Role vis-à-vis Minorities after the Enlargement Decade*. In Weller, Marc et al. (Hrsg.): *The Protection of Minorities in Europe*. Palgrave Macmillan, London.

19 Sasse spricht in diesem Zusammenhang von »reversed conditionality«, vgl. Sasse, 2005, S. 18.

***III. Neuordnung des
postsozialistischen Raums? –
Regionalisierungsprozesse***

Polnisch als Qualifikation auf dem grenznahen Arbeitsmarkt – Sprachlernmotivationen von Schülern in Frankfurt (Oder) und Görlitz

Einleitung

Warum hält sich das Interesse, Polnisch zu lernen, in den deutschen Grenzregionen zu Polen wortwörtlich in Grenzen? Welcher Art sind die Motivationen der Schüler, die sich entschlossen haben, Polnisch zu lernen? Häufig wird Sprachlernmotivation – hier verstanden als die Motivation, eine bestimmte Sprache neu zu lernen¹ – durchaus optimistisch auf das Bestreben nach kultureller Integration reduziert. Sprachlernmotivationen sind jedoch längst nicht immer integrativ begründet. So spielen auch instrumentelle Motivationen,² etwa Einschätzungen über den Polnischbedarf auf dem grenznahen Arbeitsmarkt und alltägliche Nutzenerwägungen eine Rolle. Dabei ist auch die tatsächliche Nachfrage an polnischsprachigen Arbeitnehmern in Unternehmen und Organisationen in der Grenzregion mit einzubeziehen. Daher soll Polnisch hier im Sinne einer instrumentellen Sprachlernmotivation als Qualifikation auf dem grenznahen Arbeitsmarkt untersucht werden. Zwischen Juni und Oktober 2008 wurden dazu 243 Schüler aus der unmittelbaren Grenzregion schriftlich befragt und 28 Experteninterviews geführt. Dabei zeigte sich, dass instrumentelle Sprachlernmotivationen überwiegen, dennoch wird diese Art von Motivationen häufig nicht thematisiert und aktiviert. Dies ist problematisch angesichts der Tatsache, dass integrative Verknüpfungen an der deutsch–polnischen Grenze bisher geringer ausgeprägt sind als an anderen EU-Binnengrenzen. Letztlich tragen aber auch intensive instrumentelle Anreize langfristig zur Entwicklung integrativer Motivationen bei.

Sprach- und Kulturkontakt in der deutsch–polnischen Grenzregion

In Grenzregionen und noch deutlicher in Grenzstädten wie Frankfurt (Oder) und Görlitz mit ihren polnischen Nachbarstädten Słubice bzw. Zgorzelec besteht ein Bedarf an nachbarsprachlichen Kenntnissen. Grenzstädte sind Sprachkontakträume, in denen die Präsenz der jeweiligen Nachbarsprache einerseits Sprachbedarf schafft und andererseits auch die Bedingungen für das Lernen und Anwenden der Nachbarsprache besonders gut sind.

Die deutsch–polnische Grenzregion unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von den übrigen deutschen Grenzregionen, die anders historisch gewachsen sind. So zeichnete sie sich durch einen geringen Grad der Durchlässigkeit aus. Erst mit dem Beitritt Polens zum Schengener Abkommen 2007 ist eine völlige Durchlässigkeit gegeben. Im Vergleich zu anderen Grenzregionen sind die Lebensbedingungen auf beiden Seiten (noch) relativ heterogen, etwa in Bezug auf das Lohnniveau und den Lebensstandard, auch wenn beides sich angleicht.

Betrachtet man die wechselseitige Nachbarsprachenkompetenz, zeigt sich eine asymmetrische Dominanz³ des Deutschen: Wesentlich mehr Polen als Deutsche lernen die Nachbarsprache und

1 Im Sinne der choice motivation bei Dörnyei, Zoltán (2003): 'Attitudes, Orientations and Motivations in Language Learning. *Advances in Theory, Research, and Applications*.' In: ders. (Hrsg.): *Attitudes, Orientations and Motivations in Language Learning. Advances in Theory, Research, and Applications*. Blackwell: 3–32.

2 Vgl.: Gardner, Robert C. / MacIntyre Peter D. (1991): 'An Instrumental Motivation in Language Study. Who Says It Isn't Effective?' In: *Studies in Second Language Acquisition* 4–13: 57–72.

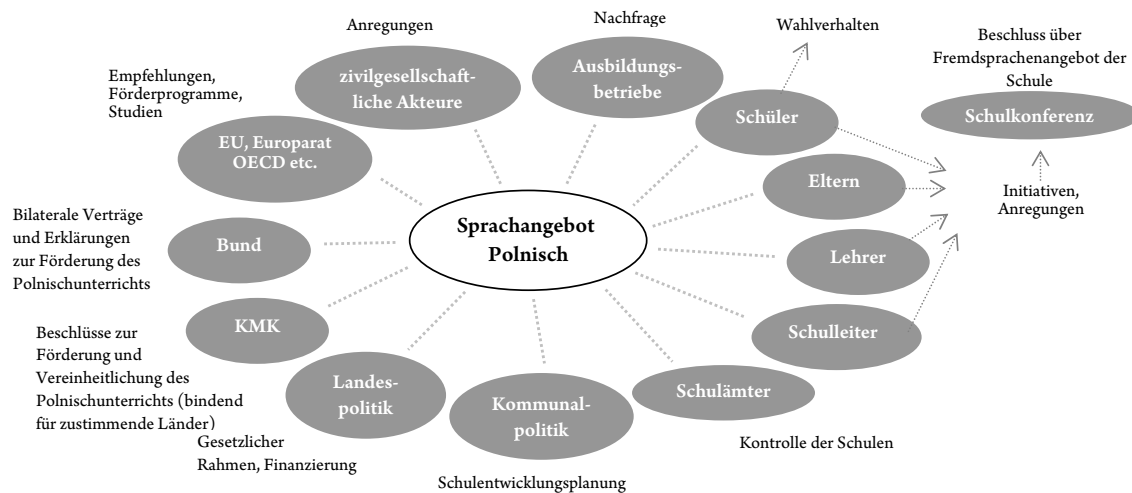
3 Ammon, Ulrich (1991): *Die internationale Stellung der deutschen Sprache*. Berlin, New York: de Gruyter.

auf deutscher Seite werden von Polen auch meist Deutschkenntnisse erwartet, während andererseits Deutsche in Polen relativ problemlos auf Deutsch kommunizieren können.⁴

Fremdsprachenpolitik in Grenzregionen

Ob Polnisch als Fremdsprache angeboten wird, entscheidet sich im Zusammenspiel unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Akteure, die die Fremdsprachenpolitik beeinflussen (vgl. Abb. 1). Der *gesellschaftliche Sprachbedarf* wird nicht systematisch (etwa empirisch) ermittelt. In der Regel geht ein Polnischangebot auf dezentrale Initiativen einzelner Akteure (z. B. Lehrer, Eltern, Schulleiter) zurück, die Entscheidung wird also eher intuitiv getroffen. Dem überregionalen und grenzüberschreitenden Bezug des Fremdsprachenangebots für die Grenzregionen steht die dezentrale Entscheidungskompetenz auf niedrigster Ebene an den einzelnen Schulen gegenüber und wirft damit die Frage nach Koordinationsbedarf auf. Aufgrund des demographischen Wandels, wodurch sich die Anzahl von Schülern vor allem in Ostdeutschland reduziert, wurden Schulen geschlossen, was das Polnischangebot strukturell schwächt. Kontinuität beim Schulübergang ist schwer zu gewährleisten, eine schulübergreifende Koordination ist dabei nicht vorgesehen. Polnisch kann neben anderen Optionen als Wahlfach angeboten werden, damit steht es aber meist in Konkurrenz zu anderen Fremdsprachen, auf die ggf. verzichtet werden müsste. Eine finanzielle Sonderförderung aufgrund des Nachbarsprachenstatus ist nicht gegeben, zusätzliche Lehrerstunden sind nur für Modellprojekte beim frühen Fremdsprachenlernen möglich. Die Einstiegszeitpunkte unterscheiden sich in beiden Bundesländern: Ein Polnischbeginn ist regulär in Brandenburg in der 3., 7., 9. und 11. Klasse möglich, in Sachsen in der 1., 6. und 8. Klasse (mit einigen Sonderregelungen in Sachsen). In der Sekundarstufe II ist ein Neubeginn in Sachsen nur an beruflichen Gymnasien, anderweitig aber nicht möglich.

Abbildung: Gesellschaftliche Verankerung von Fremdsprachenpolitik



Sprachlernmotivationen Polnisch lernender Schüler

In der Befragung der Polnisch lernenden Schüler⁵ zeigte sich generell ein geringes Interesse an Polen, wenig Kontakt und eine Ablehnung von Polen als Lebensort. Integrative Motivationen (*polnische Freunde, Bekannte, Familie / Interesse an Land, Leuten, Kultur / Leben in Polen*) werden meist zurückgewiesen und die ablehnenden Äußerungen erreichen 68–90 % (siehe Tabelle auf S. 61). Instrumentelle

4 Vgl. Główny Urząd Statystyczny (2008): *Mały Rocznik Statystyczny Polski 2008*; Kultusministerkonferenz (2007): *Polnischunterricht in der Bundesrepublik Deutschland*. Bericht der Kultusministerkonferenz.

5 Die ausführlichen Ergebnisse der Befragung sind der Studie zu entnehmen.

Motivationen sind hingegen positiver ausgeprägt: Zwar ist Polnisch nur für wenige eine berufliche Voraussetzung (positive Werte insgesamt: 28,8 %), jedoch halten 80,2 % Polnisch für förderlich bei der Bewerbung und im Beruf. Auch im Alltag möchten viele Polnisch verwenden (59,2 %), z. B. beim Einkauf und in Behörden.

Tabelle: Warum lernst Du Polnisch? (N=243, fehlende Werte zu 100 %: keine Angabe)

		trifft voll und ganz zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft über- haupt nicht zu
instrumentell	<i>Polnisch ist Voraussetzung für den Beruf, den ich anstrebe.</i>	3,3 %	25,5 %	47,3 %	23,9 %
	<i>Polnisch könnte ein Plus im Beruf / bei Bewerbungen sein.</i>	26,3 %	53,9 %	15,2 %	3,7 %
	<i>Verständigung im Alltag (Einkauf, Behörde etc.)</i>	18,9 %	40,3 %	28,4 %	11,9 %
integrativ	<i>Verständigung in Freizeit und Urlaub</i>	13,2 %	31,3 %	36,6 %	18,5 %
	<i>Verständigung mit Freunden / Bekannten / Familie aus Polen.</i>	11,5 %	20,2 %	27,6 %	40,3 %
	<i>Ich bin an Land und Leuten, Kultur etc. interessiert.</i>	6,2 %	21,8 %	42,4 %	28,8 %
	<i>Ich kann mir vorstellen, in Polen zu leben.</i>	3,7 %	5,8 %	23,0 %	67,1 %

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der grenznahe Arbeitsmarkt als wenig attraktiv wahrgenommen wird, was auch die Sprachlernmotivation beeinflusst. 45,7 % der Befragten können sich überhaupt nicht vorstellen, in Polen zu arbeiten und 22,2 % nur, wenn sie keine andere Option haben. Die eigene (Grenz-)Region erscheint den meisten hingegen ein attraktiverer Arbeitsort: 46,1 % würden dort lieber oder genauso gern wie in anderen Regionen arbeiten, 39,9 % sind aber tendenziell abgeneigt und 12,8 % unentschlossen. Unterschiede zeigen sich hierbei in Abhängigkeit vom Schultyp: So sehen Berufsschüler Polnischkenntnisse häufiger als berufliche Voraussetzung an als Gymnasiasten. Während die Verständigung im Alltag allen Befragten ähnlich wichtig ist, möchten Gymnasiasten die Sprache häufiger in der Freizeit und für persönliche Kontakte nutzen und sind eher am Land interessiert. Berufsschüler neigen demgegenüber häufiger zu instrumentellen Orientierungen.

Die Sprachwahl hängt auch stark davon ab, welcher Nutzen und welches Prestige einer Sprache zugeschrieben werden. Polnisch wird dabei als prestigearme Sprache gesehen, deren Nutzen jedoch durchaus anerkannt wird. Englisch wird durchweg als nützlicher als Polnisch angesehen (87,8 % im Alltag, 82,7 % im Beruf). Jedoch empfindet fast ein Drittel der Befragten den Nutzen von Polnisch an sich als sehr oder eher hoch (32,5 % im Alltag, 29,6 % im Beruf). Das Prestige des Polnischen schneidet noch schlechter ab: 91,4 % schreiben Englisch ein höheres Ansehen als Polnisch zu. Nur 18,9 % bewerten das Prestige des Polnischen als sehr oder eher hoch. Im Vergleich mit Französisch zeigt sich, dass Gymnasiasten Französisch im Beruf für nützlicher halten, was durch eine Verwendung im Studium oder bei international ausgerichteten Berufen bedingt sein könnte. Im Alltag finden Gymnasiasten jedoch das Polnische nützlicher. Berufsschüler bewerten umgekehrt den Nutzen von Polnisch im Beruf höher. Ähnlich verhält es sich mit der Berufsorientierung: Diejenigen, die einen Berufsabschluss anstreben, halten Polnisch für nützlicher als diejenigen, die studieren möchten. Durch den Bezug zum Ausbildungsbetrieb und den Kundenkontakt ergeben sich für Berufsschüler offenbar mehr Anwendungsmöglichkeiten. Außerdem stellen Görlitzer einen etwas stärkeren Bedarf fest als Frankfurter. Ursachen könnten der höhere Anteil polnischer Bewohner in Görlitz/Zgorzelec und ein intensiverer Kundenkontakt sein.

Der Zusammenhang zwischen Berufsorientierung und zu erwartender Mobilität schlägt sich also in den Sprachlernmotivationen nieder – je geringer die tendenzielle Mobilität der Schüler, desto eher sehen sie einen beruflichen Nutzen im Polnischen.

Eine wichtige Unterscheidung in der Beschreibung von Sprachlernmotivationen ist der Grad der Selbstbestimmung. Hierbei fällt auf, dass an Berufsschulen deutlich die Initiative der Schulleiter überwiegt (74,1 %) und auch die Arbeitgeber wichtig sind (24,7 %), an Gymnasien kam die Initiative hingegen überwiegend von Eltern und den Schülern selbst.

Demotivierend wirkt auf die Befragten, dass Polnisch als schwierige Sprache wahrgenommen wird. Eine kontinuierliche Lernbiographie scheint dabei Anwendungsfelder zu erschließen und die Motivation zu fördern. So bewerten Schüler, die bereits früher Polnisch hatten, Polnisch als leichter und als nützlicher in Alltag und Beruf. Abschreckend wirkt weiterhin die unsichere Einbindung des Polnischen an den Schulen. Auch wenn auf andere Sprachen – vor allem Englisch – verzichtet werden müsste, würden viele Polnisch nicht belegen.

Wie ist demgegenüber der gesellschaftliche Sprachbedarf⁶ zu beurteilen? Die befragten Experten schätzen das Polnischangebot perspektivisch als nicht ausreichend ein, gerade Grundkenntnisse würden einer breiten Bevölkerungsschicht fehlen und seien im Vergleich zu anderen Grenzregionen unterdurchschnittlich ausgeprägt. Ein Indikator für den Polnischbedarf seien hingegen die stark nachgefragten (Weiter-)Bildungsangebote, die v. a. von Unternehmen und Privatpersonen genutzt würden, in geringerem Maße auch von öffentlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Experten sind wie die Schüler der Ansicht, dass Polnischkenntnisse oft nicht zwingende Voraussetzung seien, sondern eher ein Plus darstellen, die benötigten Kenntnisse würden dabei aber überschätzt. So komme es oft zu dem Trugschluss, dass nur muttersprachliche Kenntnisse honoriert würden. Anscheinend halten die Befragten polnische Muttersprachler für geeignetere Arbeitskräfte als Deutsche mit Polnischkenntnissen. Die Vorteile auch geringer fremdsprachlicher Kenntnisse sind bisher nur wenig bewusst. Häufig sind jedoch in erster Linie sehr gute Deutschkenntnisse ausschlaggebend, die dann gepaart schon mit geringen Polnischkenntnissen eine sinnvolle Qualifikation für die Grenzregion darstellen. Dies entspräche der bisherigen Richtung der Arbeitsmigration: Für Polen war es aufgrund des Lohngefälles bis jetzt wesentlich attraktiver in Deutschland zu arbeiten als umgekehrt. Gleichzeitig sind die Befragten aber mehrheitlich der Meinung, dass durch die vollständige Freizügigkeit die Mobilität und der Bedarf an zweisprachigen Arbeitskräften steigen werden. Das Spektrum von Berufen mit potenziellem Bedarf ist meist bewusst und wird treffend eingeschätzt, dennoch führt dies nicht zwangsläufig zu positiven Verhaltensdispositionen. Wissensdefizite sehen die befragten Experten in Bezug auf den grenznahen Arbeitsmarkt und die polnische Gesellschaft.

Adressatenorientierte Fremdsprachenpolitik in den Grenzregionen

Wenn man davon ausgeht, dass die befragten Polnischlerner in den Grenzregionen häufiger instrumentell als integrativ motiviert sind, kann dies in eine adressatenorientierte Ausrichtung der Fremdsprachenpolitik einfließen. Das Polnischangebot könnte sich etwa an der erwarteten Mobilität ausrichten, differenziert nach dem Schultyp bzw. der Studierbereitschaft. Auf konkrete Lernbedürfnisse kann eingegangen werden, indem relevante Ausbildungsberufe Polnisch in ihre Curricula aufnehmen, vor allem Bereiche mit intensivem Kundenkontakt oder institutionellen deutsch-polnischen Beziehungen. Selbstbestimmung von Schülern in der Sprachwahl bleibt das wichtigste Prinzip, jedoch ist die Informationsgrundlage hierzu oft nicht ausreichend. So berichten Lehrer, dass Berufsschüler das Polnische nachträglich als sinnvoll empfinden, da es sich in ihrem Arbeitsalltag als sinnvoll erweist. Selbst gewählt hätten die Schüler es jedoch in den seltensten Fällen. Daher sollte schon früh aufgezeigt werden, welche Kenntnisse in welchen Branchen vorteilhaft sind. Relevante Akteure wie Arbeitsämter, Berufsberatungen und die Kammern von Handwerk und Industrie können dabei

6 In Abgrenzung zu individuellen Sprachbedürfnissen nach Christ, Herbert (1991): *Fremdsprachenunterricht für das Jahr 2000*. Tübingen: Narr: 50.

zusammenarbeiten. Ein Indikator für Bereiche mit Polnischbedarf ist bspw. ein momentan vorhandener Weiterbildungsbedarf bei verschiedenen Bildungsträgern. Für den Schulfremdsprachenunterricht scheinen angesichts der dezentralen Kompetenzen eine kommunale, aber auch eine landesweite Bildungsplanung und eine bessere Koordination von Einzelinitiativen notwendig. Angesichts der Vorteile auch geringer Polnischkenntnisse könnten aber auch zusätzlich kurze Lernepisoden zu verschiedenen Einstiegszeitpunkten ermöglicht werden. Dies betrifft vor allem die Sekundarstufe I, aber auch ergänzend als 3. oder 4. Fremdsprache die Sekundarstufe II. Dabei ist zu bedenken, dass ein Polnischangebot, das finanziell und organisatorisch in Konkurrenz zu anderen Sprachen steht, mit geringerer Wahrscheinlichkeit umgesetzt und angenommen wird.

Die wenig ausgeprägten integrativen Sprachlernmotivationen können durch einen Zugang zu Domänen wie der Familie z. B. durch längere Austausche verstärkt werden. Auch im frühen Fremdsprachenlernen entwickeln sich durch den spielerischen Kontakt leicht integrative Motivationen und Zugänge zur anderen Kultur, die die spätere Sprachlernbereitschaft fördern. Der asymmetrischen Dominanz kann in den Domänen Arbeitswelt und Bildungssystem entgegengewirkt werden, um eine tatsächliche Anwendung der Nachbarsprache zu erreichen.

Michael Bär

Die Ostseehäfen postsozialistischer Staaten – von staatlich gelenkten Umschlagsanlagen zu Schnittstellen globaler Logistikketten

Im Zuge der zunehmenden Globalisierung spielen Seehäfen und Seeverkehr innerhalb weltweiter logistischer Austauschprozesse eine sehr große Rolle. Insbesondere die Entwicklungen im Containerverkehr stellen dabei ein interessantes Forschungsfeld dar. Obwohl oft auf große weltweit vernetzte Häfenstandorte bezogen, haben die Veränderungen im Containerverkehr auch Auswirkungen auf kleinere Umschlagszentren. Der folgende Text gibt einen kurzen Überblick über die Rolle von Ostseehäfen im Rahmen aktueller Entwicklungen im Containerseeverkehr. Der Hintergrund ist ein aktuelles Dissertationsprojekt, welches sich dieser Thematik widmet.

Ausgangslage der postsozialistischen Ostseehäfen Anfang der 1990er Jahre

Die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in Europa seit Anfang der 1990er Jahre haben in vielen Bereichen zu erheblichen Neustrukturierungen geführt. Bezogen auf den Ostseeraum lässt sich in diesem Zusammenhang feststellen, dass in diesem die vormalige Trennung zwischen Ost- und Westblock aufgehoben worden ist und sich in den letzten zwei Jahrzehnten ein nahezu grenzfreies europäisches Binnenmeer herauskristallisiert hat. Diese strukturellen Veränderungen haben auch den in diesem Raum traditionell vorherrschenden Bereich der Seeverkehrswirtschaft nachhaltig verändert. Insbesondere die Häfen in den vormals sozialistisch geprägten Ländern haben durch die Entwicklungen einen Bedeutungswandel erfahren. Bis zu den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen unterlagen sie den Vorgaben einer zentralen Planung und Lenkung sowie dem System der sozialistischen Arbeitsteilung (Assmann 1999: 101; Buchhofer 2006: 64). Aufgrund der politischen Zuteilung von bestimmten Hafenfunktionen sowie Hinterlandeinzugsgebieten wiesen die Häfen eine Monopolstellung auf und waren nicht in Wettbewerbskämpfe involviert (Misztal 1996: 117; Breitzmann 1996: 112).

Seit den Umbrüchen Anfang der 1990er Jahre hat sich die Situation für die Häfen schlagartig geändert. An die Stelle planwirtschaftlicher Organisation sind ökonomische Kriterien getreten, was zu einem starken Wettbewerb um potenzielle Hinterländer geführt hat. Zudem ist es zu einer Neuausrichtung von vorherrschenden Transportströmen auf der Ostsee gekommen (Breitzmann 2002: 328). Hierdurch haben sich einerseits neue Marktpotenziale und Vernetzungsmöglichkeiten ergeben, jedoch ist andererseits auch sowohl der Konkurrenzdruck zwischen den Häfen innerhalb der Ostsee, als auch der mit den Nordseehäfen stark angestiegen. Ein Grund dafür ist, dass die Außenhandelsabwicklung der einzelnen Anrainerstaaten nicht mehr systembedingt über die eigenen Häfen abgewickelt werden muss, wie es bis zur politischen Wende vorgegeben war (Assmann 1999: 100), sondern die Güterströme marktwirtschaftlichen Bedingungen unterliegen.

Theoretischer Hintergrund zur weltweiten logistischen Einbindung von Seehäfen

Neben den angesprochenen stark regional bezogenen Veränderungen unterliegen die Ostseehäfen seit Beginn der 1990er Jahre auch den allgemeinen Veränderungen der weltweiten Seeschifffahrt, die sich insbesondere im Containerverkehr zeigen und auf technische und organisatorische Entwicklungen zurückzuführen sind. Zu den technischen Veränderungen zählen die Entwicklungen immer größerer

Transportmittel für die Abwicklung der stark gestiegenen weltweiten Warenströme. Insbesondere durch die Erhöhung der Kapazitäten von Containerschiffen wurde die Erreichung von Skaleneffekten und somit die Verbilligung des Transportes einzelner Transporteinheiten angestrebt. Im Zuge des Größenwachstums der Containerschiffe haben sich für die Häfen neue Anforderungen zur Ausgestaltung ihrer Umschlagskapazitäten ergeben. Neben den notwendig gewordenen Vertiefungen von Fahrrinnen gilt dies auch für die Neuinstallation von Umschlagstechniken (Nuhn 2008: 174).

Als organisatorische Entwicklung kann die Neuorganisation von Schiffsrouten erwähnt werden, die sich in Folge des Größenwachstums der Schiffe ergeben hat. Aufgrund beschränkter Umschlagskapazitäten in einzelnen Containerhäfen sowie notwendiger Routenoptimierungen hat sich das *hub and spoke*-System herausgebildet, bei dem große Schiffe nur bestimmte Häfen anlaufen. Diese Häfen werden über kleinere Schiffe – so genannte Feederschiffe – angelaufen, die für die Sammlung und Verteilung der Container im *hub* sorgen (Nuhn 2008: 174).

Die angesprochenen Entwicklungen haben für die Häfen generell eine neue Situation innerhalb des Ablaufes von logistischen Prozessen ergeben. Waren die Häfen früher eher einzelne Bestandteile innerhalb von Transportvorgängen, so sind sie insbesondere durch neuere logistische Konzepte wie *just in time*-Abläufe verstärkt zu wichtigen Schnittstellen im Wettbewerb der Logistikketten geworden (Naski 2004: 33). Diese Rolle der Häfen innerhalb von Logistikketten bzw. *supply chains* wird stark diskutiert. Die Wahl des Hafens hängt dabei in erster Linie von einzelnen Akteuren ab, die innerhalb der angesprochenen Ketten aktiv sind. Zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufs der gesamten Kette ist die Wahl des Hafens als Schnittstelle entscheidend, da diese über das gesamte logistische Netzwerk entscheidet (Notteboom 2008: 6).

Im Rahmen der Diskussion zur Einbindung von Häfen in logistische Ketten ist eine Differenzierung beim Verhältnis zwischen Hafen und einzelnen Terminals, insbesondere Containerterminals, des Hafens zu beobachten (Slack 2007: 47). Hierbei, so wird argumentiert, ist es wichtig, dass der Umschlag in einzelnen Containerterminals betrachtet wird, da diese unterschiedliche Umschlagsentwicklungen gegenüber dem gesamten Hafenbereich aufweisen können (Slack 2007: 46f). Die Betrachtung von Containerterminals als entscheidende Schnittstellen im Ablauf von Logistikketten bzw. *supply chains* ergibt sich dabei aus der in den letzten Jahrzehnten verstärkt aufgekommenen Tendenz zur Privatisierung einzelner Hafensareale. Hierbei ist es Interessenten wie zum Beispiel Reedereien oder Hafenumschlagsgesellschaften möglich, in das Containerterminalgeschäft eines Hafens einzusteigen und sich somit logistische Ketten abzusichern (Nuhn 2005, 119).

Der Einstieg in Containerterminals durch verschiedene Akteure vollzieht sich in unterschiedlicher Art und Weise und hängt neben den im Hafen vorliegenden Voraussetzungen auch von den Unternehmensstrukturen und -strategien der jeweiligen einsteigenden Akteure ab. So kann es in Form von Übernahmen oder Fusionen zu einer vertikalen – eher bei Reedereien – oder zu einer horizontalen Ausdehnung – eher bei Hafenumschlagsgesellschaften – durch die Unternehmen kommen (Mori [ohne Jahr]: 4f).

Im Zuge dieser Entwicklungen zeigt sich, dass die Absicherung von Logistikketten und die Einbindung von Seehäfen und Containerterminals in diese Ketten von den Strategien der einzelnen Akteure, Reedereien und Hafenumschlagsgesellschaften abhängen. Vor diesem Hintergrund kann die Bedeutung von Containerterminals in der Ostsee hinterfragt werden. Es leitet sich die Frage ab: Inwieweit sind die Ostseehäfen und ihre Containerterminals ebenfalls in diese Entwicklungen und somit in weltweite Logistikketten eingebunden?

Ostseehäfen als weltweite logistische Schnittstellen

Ein erster Blick auf den Seeverkehr der Ostsee zeigt, dass der Containerverkehr nicht den dominierenden Anteil des Güterverkehrs ausmacht. Im Jahr 2006 lag der Anteil des Containerverkehrs an der Gesamtmenge der umgeschlagenen Güter von 529 Mio. t bei 7,2 % (Breitzmann 2007: 5). Im Vergleich aller

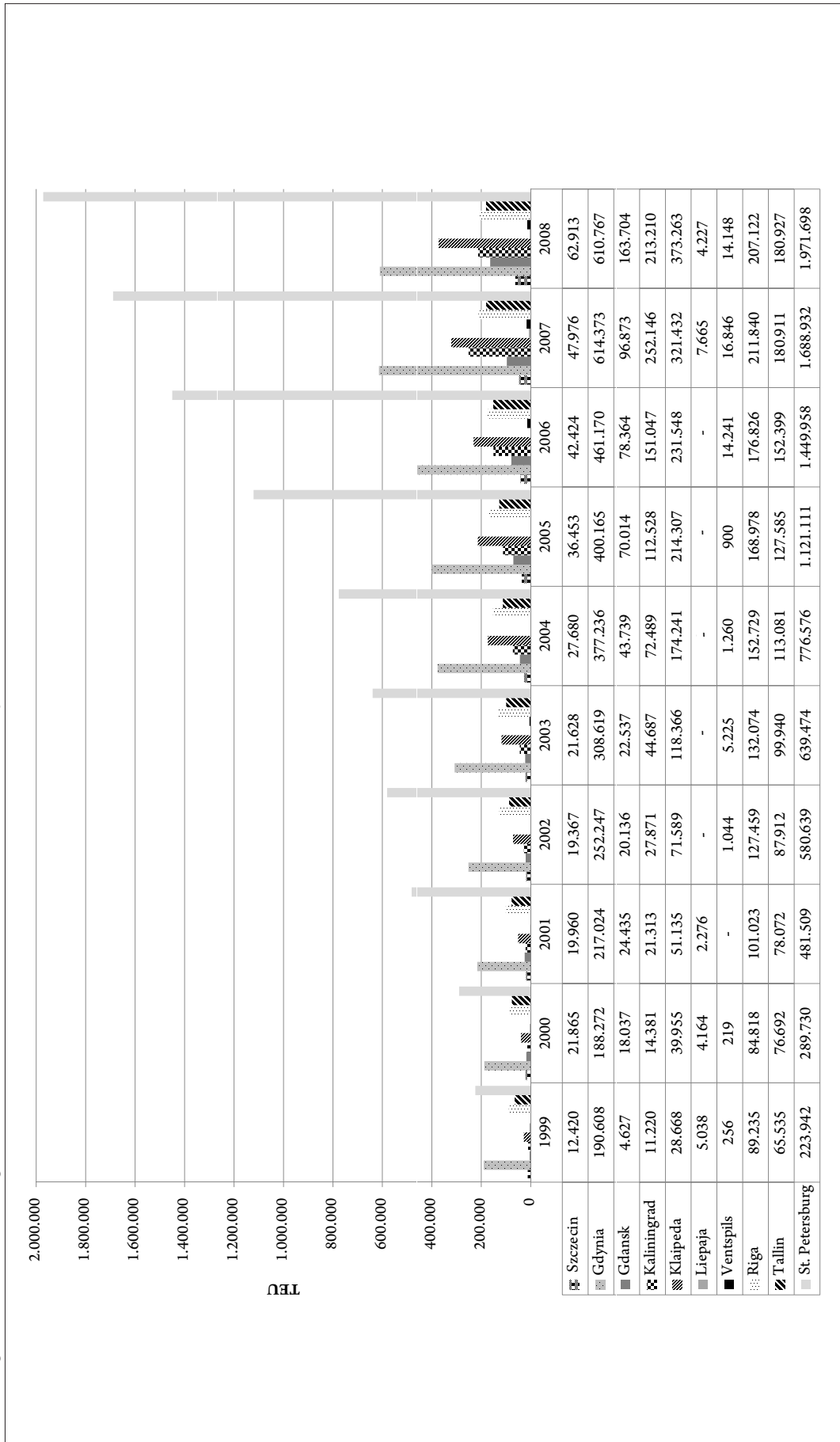
stattfindenden Verkehre auf der Ostsee zeigt sich aber, dass der Containerverkehr die höchsten Wachstumswerte aufweist und daher das dynamischste Verkehrssegment darstellt (Buchhofer 2007, S. 50). Zwischen 1995 und 2005 wies der Containerverkehr ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 9,8 % auf, ein Wachstum, das im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 sogar bei 12 % lag (Breitzmann 2007, S. 11). Obwohl die postsozialistischen Häfen der Ostsee – ausgehend von weltweiten Umschlagszahlen im Containerverkehr – relativ geringe Werte aufweisen, zeigt sich in den letzten Jahren doch ein kontinuierliches Wachstum (siehe Abbildung auf S. 67), eine Entwicklung, die für alle Containerhäfen im Ostseeraum gesehen werden kann. Die Abwicklung des Containerverkehrs verläuft dabei aufgrund von Schiffgrößenbeschränkungen, wie etwa durch fehlenden Tiefgang für große Schiffe, zumeist in Form von Feederverkehren. Der Feederverkehr spielt aber auch aufgrund relativ geringer Kapazitäten eine Rolle, in deren Folge ein Einsatz großer Schiffe unrentabel erscheint. Als wichtigster Feederhafen für den Ostseeraum gilt der Hafen Hamburg, von dem wöchentlich über 100 Feederlinien in die Ostsee starten (Efimova 2008: 33).

Anhand der Umschlagszahlen und der Bedienung einzelner Häfen kann zwar die Bedeutung des Containerverkehrs herausgestellt und abgeleitet werden. Offen bleibt dabei jedoch weiterhin, inwieweit die Häfen als integrale Bestandteile logistischer Ketten einzelner global agierender Akteure angesehen werden können und inwieweit diese bestimmte Containerterminals im Rahmen eigener Strategien übernommen und in die jeweiligen Netzwerke eingebaut haben. Wie angesprochen, stellen die Voraussetzungen innerhalb einer Hafenwirtschaft eine wichtige Grundlage zum Einstieg dar. Abhängig von der Betriebsform des Hafens – staatlich, kommunal usw. – können sich Notwendigkeiten ergeben Investitionskapital anzulocken bzw. Maßnahmen zur Privatisierung eingeleitet werden. Insbesondere durch den Systemwechsel in den postsozialistischen Staaten haben sich für die Häfen neue Investitionsnotwendigkeiten ergeben, so dass einzelne Hafenteile für Investoren offen stehen.

Bei einem ersten analytischen Vergleich zwischen den potenziellen Investoren, Reedereien und Hafenumschlagsgesellschaften, zeigt sich, dass innerhalb der Ostsee insbesondere Hafenumschlagsgesellschaften in einzelne Terminals investiert haben. Sehr gut ist dies in den polnischen Häfen Gdansk und Gdynia zu beobachten, da hier durch die Privatisierung von Hafenteilen Investoren angelockt wurden (Buchhofer 2006: 71). Sowohl in Gdansk als auch in Gdynia sind es weltweit tätige Hafenumschlagsgesellschaften, die sich in Terminals eingekauft und somit ihr globales Netz an Terminalstandorten ausgebaut haben. Dieser Vorgang ist mit ähnlichen Prozessen in den weltweit größten Häfen zu vergleichen und deutet darauf hin, dass die Häfen in den logistischen Ketten globaler Akteure als Schnittstellen eine Rolle spielen. Auch bei anderen Häfen ist aufgrund der Organisationsstrukturen davon auszugehen, dass verschiedene Akteure eingestiegen sind, um eigene Logistikprozesse und -leistungen abzusichern.

Ein kurzer analytischer Blick auf diese Prozesse bringt jedoch noch keine tiefgreifenden Erkenntnisse, nichtsdestotrotz zeigt er aber auf, dass auch die postsozialistischen Ostseehäfen im Rahmen weltweiter Logistikentwicklungen einen eigenen Stellenwert entwickeln und dieser in den Logistikabläufen wichtig ist. Zu hinterfragen bleibt dabei, wie der Stellenwert der einzelnen Containerterminals in den Logistikabläufen zu bewerten ist und inwieweit diese Funktionen als Schnittstellen einnehmen können. Ein Schwerpunkt liegt dabei auch auf den Positionen der Akteure, da diese den Stellenwert der Terminals bestimmen. Die Beantwortung dieser Fragen ist im Rahmen der weiteren Forschungsarbeit zu erbringen.

Abbildung: Containerumschlag der postsozialistischen Häfen im Ostseeraum in den Jahren 1999–2008 (in Twenty-foot Equivalent Units (TEU))



Quelle: Hafen Hamburg (<http://www.hafen-hamburg.de/content/view/34/33/lang.de/>), Zugriff 28.08.2009

Literatur

- Assmann, T. (1999): *Hafenverkehrswirtschaften mit grenzüberschreitendem Transitverkehr: Transithäfen der Ostsee am Beispiel des Hafens Tallinn/Estland*. Berlin.
- Breitzmann, K.-H. (2007): *Kombinierter Verkehr im Ostseeraum und Hafenwettbewerb*. DVWG (ed). *Kombinierter Verkehr – Wettbewerbsfaktor im globalen Hafenwettbewerb*. CD-Rom.
- Breitzmann, K.-H. (2002): *Ostseeverkehr – Entwicklung, Struktur und künftige Herausforderungen*. *Internationales Verkehrswesen* 54 (7/8): 328–333.
- Breitzmann, K.-H. (1996): *Commercialization and privatization of sea ports – the Eastern German example*. In: Breitzmann, K.-H. (Hrsg.): *Marktwirtschaftliche Transformation und Strukturveränderung der Ostseeländer*. S. 107–116.
- Buchhofer, E. (2007): *Verkehrsintegration im Ostseeraum*. *Geographische Rundschau* vol. 50, no. 5, 44–52.
- Buchhofer, E. (2006): *Deutsche und polnische Ostseehäfen – Wettbewerb unter wechselnden wirtschaftsräumlichen Vorzeichen*. In: Stöber, G. (Hrsg.): *Deutschland und Polen als Ostseeanrainer*. S. 51–74.
- Efimova, E. G. 2008: *Ports as gateways and hubs of Baltic Sea*. *Baltic Rim Economies* 3/2008: 32–33.
- Hafen Hamburg: <http://www.hafen-hamburg.de/content/view/34/33/lang,de/>, Zugriff: 26.07.2009
- Misztal, K. (1996): *The place of Polish sea ports in the Baltic Sea basin*. In: Breitzmann, K.-H. (Hrsg.): *Marktwirtschaftliche Transformation und Strukturveränderung der Ostseeländer*. S. 117–124.
- Mori, T. (no year): *The Study about a strategy of global container terminal operators*. <http://www.h2.dion.ne.jp/~t-mori/ronbun12.pdf>.
- Naski, K. 2004: *Eigentums- und Organisationsstrukturen von Ostseehäfen*. Turku.
- Notteboom, Th. (2008): *The relationship between seaports and the intermodal hinterland in light of global supply chains: European challenges*. Joint transport Research Centre. Discussion Paper No. 2008-10.
- Nuhn, H. (2008): *Seehäfen im Zeitalter der Globalisierung*. *Geographie und Schule* 30 (174), 4–16.
- Nuhn, H. (2005): *Internationalisierung von Seehäfen – vom Cityport und Gateway zum Interface globaler Transportketten*. In: Neiberger, C. / Betram, H. (eds.) *Waren um die Welt bewegen. Studien zur Mobilitäts- und Verkehrsforschung* 11. Mannheim.
- Slack, B. 2007: *The Terminalisation of Seaports*. In: Wang, J., Olivier, D., Notteboom, Th., Slack, B. (eds). *Ports, Cities, and Global Supply Chains*. P. 41–50.

Hristofor Hrisoskulov

Die Schwarzmeerregion – eine aufstrebende Region an der neuen Grenze der EU. Neue Nachbarn und neue Energiesicherheitsinteressen

Am 1. Januar 2007 vollendete die Europäische Union (EU) ihre 2004 begonnene Osterweiterung. Damit sind Bulgarien und Rumänien, direkte Anrainer der Region um das Schwarze Meer, als Vollmitglieder der EU beigetreten. Seit 2005 verhandelt die EU auch mit der Türkei über einen möglichen Beitritt. Dadurch hat die EU-Außengrenze die Region um das Schwarze Meer erreicht. Durch die letzte Gaskrise zwischen der Ukraine und Russland Anfang 2009, die die Abhängigkeit der EU-Staaten – und insbesondere ihrer neuen Mitgliedstaaten – im Energiebereich verdeutlicht hat, sowie durch den kurzen militärischen Konflikt zwischen Georgien und Russland im August 2008 rückte die Schwarzmeerregion stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Des Weiteren muss festgestellt werden, dass Menschen- und Drogenschmuggel, Geldwäsche, illegale Migration und endemische Korruption die demokratische Transformation der gesamten Region beeinträchtigen.

Folgende Konstellationen werden im Zusammenhang mit der Schwarzmeerregion meist erwähnt: Energiesicherheitsinteressen dominieren das Geschehen in diesem Raum immer stärker. Im Energiebereich sind die EU und ihre Mitgliedstaaten immer stärker von Gas- und Öllieferungen aus Russland, Aserbaidschan und zentralasiatischen Staaten abhängig. Als Transitländer stehen die Ukraine, Georgien und die Türkei verstärkt im Zentrum der Aufmerksamkeit der EU und ihrer einzelnen Mitgliedstaaten. Die von der EU signalisierte Bereitschaft, sich an der Modernisierung des ukrainischen Pipelinenetzes zu beteiligen, ohne dabei Rücksichten auf Russland zu nehmen, macht ihre Expansion in der Region noch stärker deutlich.

Die Verknappung und Verteuerung der weltweiten Energieressourcen, der steigende Verbrauch der erweiterten Europäischen Union und der Wettbewerb um neue Transport- und Transitrouten für Rohstoffe führen zu neuen Dimensionen in den außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen der EU und den Anrainerstaaten des Schwarzen Meers: Die Region um das Schwarze Meer ist in die Interessenssphäre der EU geraten.

Daher stellt sich die Frage, ob die EU sich als führender Akteur positioniert und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente – sinnvoll miteinander kombiniert – anwendet: die Erweiterungspolitik in Bezug auf die Balkanstaaten und die Türkei, die Strategische Partnerschaft mit Russland und bilaterale Abkommen mit einzelnen ENP-Staaten. In diesem Zusammenhang gerät die Bedeutung sowohl der Koordinierung der EU-Instrumente als auch der Kooperationsbestrebungen aller beteiligten Seiten in den Blick. Mehr noch: Gerade aufgrund der Vielfalt der bestehenden Initiativen sollte das Synergiepotential der Schwarzmeerregion ausgelotet werden.

Die Einbindung der Schwarzmeerregion in den Prozess der Energiesicherung

Eine Vielzahl geopolitischer Realitäten lenkt die Interessen unterschiedlicher Mächte im Schwarzmeerraum. In Anbetracht ihrer bevorstehenden Osterweiterung hat die EU-Kommission die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) und in deren Folge die Schwarzmeersynergie sowie im Mai 2009 die Östliche Partnerschaft ins Leben gerufen und inhaltlich angefüllt. Energiesicherheit ist dabei ein zentraler Bestandteil der neuen EU-Politik geworden.

Die drei Strategiedokumente verdeutlichen die Aufmerksamkeit, die die EU der externen Dimension von Energiesicherheit und damit der Energieversorgung und der Diversifizierung bestehender

Energierouten entgegenbringt. Fest verankert ist in den EU-Dokumenten über die neue Nachbarschaftspolitik die Bereitschaft zu bi- und multilateralen Mechanismen. Durch sie soll die hohe Abhängigkeit zwischen den betroffenen EU-Staaten, der EU und ihren Nachbarn reguliert werden, wobei die zunehmende multilaterale Zusammenarbeit wesentlich unter EU-Führung stattfinden soll.

Alle Anrainerstaaten, vor allem Bulgarien und Rumänien, hatten in den 90er Jahren bilaterale Verpflichtungen mit Brüssel zu erfüllen, deren Verhandlungskapitel auch jeweils einzeln durchbuchstabiert worden sind. Das alles schafft allerdings noch keinen Raum, in dem sich den Nachbarn tatsächlich zugewendet werden kann. Die ersten zwanzig Jahre nach 1989 verdeutlichen bestehende Defizite sehr konkret. Bis heute haben die Länder enorme Fortschritte gemacht; Impulse, sich einer Kooperation mit den Nachbarn zuzuwenden, kommen allerdings erst jetzt.

Angesichts der veränderten machtpolitischen Lage im postsowjetischen Raum ist die Stärkung regionaler Konstruktionen und Kooperationen als Ausgleich politischer Handlungen und Projekte an der neuen EU-Grenze zu verstehen. Über Ausbau und Erschließung von Kooperationen zur regionalen Zusammenarbeit in Energiefragen durch EU-finanzierte Initiativen wie INOGATE, TRACECA, die Initiative von Baku oder regionale Organisationen versucht die EU, alle Möglichkeiten in der Region auszuschöpfen. Die beteiligten Akteure verständigen sich über ihre außenpolitischen und wirtschaftlichen Prioritäten und über Interessen in unterschiedlichen Kreisen mit unterschiedlicher Kooperationsbreite und unterschiedlichem Kooperationsgrad.

Das Spektrum der EU-Initiativen und Programme deckt *low-* (erneuerbare Energien, Energieeffizienz) und *high security*-Projekte (Diversifizierung, Intensivierung von Energiehandelsbeziehungen mit Drittstaaten) ab. Speziell die *high security*-Projekte existieren jedoch ausschließlich in Form politischer Verpflichtungen, ohne irgendeine Aussicht auf Umsetzung zu haben. Meist haben sie deklaratorischen Charakter. Zudem sind Bereiche der *high security* ausschließlich Bestandteil bilateraler Beziehungen zwischen EU-Mitgliedstaaten und Drittstaaten wie Russland, der Türkei oder den zentralasiatischen Staaten; Beispiele dafür sind Projekte wie Burgas-Alexandropolis, Blue Stream und South Stream.

Veränderte Energiesicherheitsinteressen in der Schwarzmeerregion

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und des bipolaren Systems in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben alle Anrainerstaaten der Schwarzmeerregion ihre eigene internationale Energiesicherheitspolitik entwickelt und diese nach und nach mit Inhalten gefüllt.

Auf der einen Seite erscheinen die Initiativen Bulgariens, Rumäniens, Griechenlands und der Türkei in der Schwarzmeerregion als besonders wichtig. Durch sie streben diese Staaten die Umsetzung ihrer Vorstellungen von Kooperationsmöglichkeiten an, die die Hauptzielvorgaben abdecken. Allerdings versuchen sie dadurch, Führungspositionen in der Region einzunehmen, wodurch häufig Konkurrenz entsteht, die wiederum das Hauptanliegen aller Akteure unnötig verschiebt – weg vom wirklich substantiellen Ziel verstärkter Kooperation nicht nur im *low-* sondern auch im *high security*-Bereich (Energiesicherheit und -diversifizierung).

Die genannten Staaten streben die Sicherung mehrerer – alternativer – Energiesicherheitsoptionen an. Dies wird in multilateralem Rahmen zu erreichen versucht, um spezielle Aspekte der nationalen Außen- und Wirtschaftspolitik (Energiepolitik) auf die operative Ebene der EU zu bringen. Jedoch werden diese EU-Mitglied- und Anwärterstaaten die künftige Form der externen EU-Energiebeziehungen verändern, indem sie bilaterale Abkommen mit Drittstaaten wie der Russischen Föderation abschließen.

Auf der anderen Seite stehen die Interessen der Nachfolgerepubliken der Sowjetunion, vor allem derjenigen im Südkaukasus: Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Nach der Loslösung von der sowjetischen Machtzentrale sind diese Staaten von Objekten zu gewichtigen Subjekten der globalen Politik um Energieressourcen und Transitrouten geworden. Des Weiteren betrachten alle Akteure um das Schwarze Meer die südkaukasischen Staaten als wichtige Brücke zu den Öl- und Gasreserven in Zentralasien und im Kaspischen Meer.

In diesem Zusammenhang verfolgen Armenien, Aserbaidschan und Georgien unterschiedliche Kooperationsmuster. Ihre Ausgangssituationen sind dabei deutlich verschieden. Während Aserbaidschan über nennenswerte Gas- und Ölvorkommen verfügt und sich in unmittelbarer Nähe zu den Vorkommen Turkmenistans und Kasachstans befindet, nutzt Georgien seine strategisch bedeutsame Lage als Transitland für fossile Brennstoffe in westlicher Richtung. Armenien ist in der ungünstigsten Position: Seine Grenze zu Aserbaidschan und der Türkei ist geschlossen, es verfügt über keine eigenen Energieressourcen und ist auf die Lieferung russischer und iranischer Energierohstoffe angewiesen.

Die Formulierung der jeweiligen nationalen Interessen könnte dementsprechend kaum unterschiedlicher ausfallen. Aserbaidschan ist auf der Suche nach einer Möglichkeit, die eigenen Energieressourcen unter Umgehung Russlands und des Irans auf den Weltmarkt zu bringen. Georgien ist bestrebt, sich als Drehpunkt zentralasiatischer und kaspischer Energievorkommen Richtung Westen zu etablieren und dadurch die eigene Wirtschaft anzukurbeln. Als Außenseiter im großen Spiel um Energieressourcen und Transitrouten sind die Ziele Armeniens eher bescheiden. Ein stabiles Energieliefersystem und der Ausbau der eigenen Energiekapazitäten stehen hier im Vordergrund.

Besondere Bedeutung hat die Stellung Russlands in der Schwarzmeerregion. Einerseits legt Russland Wert auf die Diversifizierung seiner Energietransportnetze nach China und in die USA, auch angesichts des Interesses der EU an einer Diversifizierung ihrer Energieversorgung und einer geringeren Abhängigkeit vom russischen Öl- und Gasmarkt. Andererseits führt die Bildung geostrategischer Allianzen im Energiesektor sowohl mit Staaten in Zentralasien als auch mit EU-Mitgliedstaaten wie Bulgarien, Griechenland und Italien zu einer Renaissance der weltweiten Vormachtstellung Russlands. Aufgrund der mangelnden Kohärenz seiner EU-Energieaußenpolitik setzt Russland weiterhin auf die *Bilateralisierung* energiepolitischer Kooperationen¹ und auf eine deutliche Präferenzhierarchie.² Besonders die Tatsache, dass Russland mächtig genug ist, um die eurasischen Gasmärkte zu dominieren und zu gestalten, hat Konsequenzen für die EU. Als einziger Energielieferant in der Schwarzmeerregion verfügt Russland über eine gute Ausgangsposition. In diesem komplizierten Netz energiestrategischer Beziehungen tritt die Konkurrenz zwischen den von Russland favorisierten Pipelinerrouten und wichtigen EU-Routen wie NABUCCO stärker in den Vordergrund.

Das Synergiepotenzial der Schwarzmeerregion

Aufgrund ihrer vielfältigen Möglichkeiten im Bereich der Energiesicherheit besitzt die Schwarzmeerregion ein Synergiepotenzial, das nun ausgelotet werden soll. Es ist die Aufgabe der EU, ihre Rolle als wichtigster Impulsgeber und Normensetzer zusammen mit der Russischen Föderation als wichtigstem Ressourcenproduzenten zu übernehmen. Damit ist ein Engagement in bestehenden regionalen Organisationen gemeint, allen voran in der Schwarzmeerkooperation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, aber auch in politischen Programmen der EU wie der Erweiterungspolitik, der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft. Dabei sind die nationalen Prioritäten von EU-Anrainerstaaten, EU-Beitrittsanwärtern, ENP-Staaten und Russland stark zu berücksichtigen.

Einen ersten Erfolg des EU-Anliegens, *low-* und *high security*-Konzepte im Bereich der Energiesicherheit zu koordinieren, stellt die Verabschiedung des *Network of Energy Security Correspondents* (NESCO) dar, die 2007 unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stattfand. Dieses neue Instrument zur Sammlung von Informationen und zur Implementierung von Frühwarnsystemen bei einer potenziellen Gefährdung der Energieversorgung erhöht die EU-Kapazitäten zur Formulierung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik.

Des Weiteren sind die kommenden EU-Ratspräsidentschaften, allen voran die anstehende Präsidentschaft Schwedens im zweiten Halbjahr 2009, gefordert, die riesige Zahl von Partnerschaften, Synergien

1 Vgl. Umbach/ Skiba, 2007, S. 3.

2 Vgl. Sander, 2007, S. 7.

und Kooperationsangeboten in einer umfassenden *Östlichen Strategie* zu bündeln und den 2007 von Deutschland gesetzten Rahmen mit zukunftsorientierten Inhalten und Konzepten zu füllen.

Literatur

- Sander, Michael: Energiechartavertrag und WTO-Beitritt. Bedingungen einer erfolgreichen Institutionalisierung der europäisch-russischen Energiebeziehungen. In: *Osteuropa Wirtschaft*. 52. Jahrgang. Nr. 1/ 2007. S. 1–30.
- Umbach, Frank/ Skiba, Alexander: Licht und Schatten auf dem EU-Frühjahrgipfel 2007. Gemeinsame Energie- und Energieaußenpolitik oder nationale Sonderbeziehungen mit Russland. DGAP *Standpunkt* Nr. 3/ 2007. URL: http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-340e284af31111dbb8d41f58a9534b714b71/2007-03_Stp_EU_Energie.pdf.

***IV. Zivilgesellschaft im
postsozialistischen Raum
– Gemeinsamkeiten und
Entwicklungsperspektiven***

Zivilgesellschaft in Russland – mit Unterstützung von Freunden?

Einleitung

Die Transformationsprozesse nach 1989 haben eine erneute Debatte über externe Demokratisierung in Mittel- und Osteuropa und über die Rolle der Zivilgesellschaft im Demokratisierungsprozess hervorgerufen. In Russland hat sich inzwischen hinter den Kulissen einer formalen Demokratie ein neues autoritäres Regime installiert. Die russische Zivilgesellschaft ist zwar heutzutage ausdifferenzierter als in den frühen 90er Jahren, nichtsdestotrotz wird sie von den meisten Autoren weiterhin als schwach und unterentwickelt dargestellt (vgl. z. B. Howard 2003; Siegert 2005; Zdravomyslova 2008).

Doch auch die Bemühungen externer Förderer, die Zivilgesellschaft in Russland zu stärken, werden nicht nur vom russischen Staat ambivalent wahrgenommen. Seitens der Wissenschaftler ist immer häufiger Kritik an der vehementen externen Demokratieförderung in Russland zu vernehmen. Die Problematik der »NGOisierung« – der Professionalisierung aber auch der gleichzeitigen Bürokratisierung und Verfestigung hierarchischer Strukturen in den russischen NGOs – und die Frage der Entfremdung westlich orientierter Organisationen von den Bedürfnissen und Interessen der lokalen Gesellschaft als Folge der westlichen Hilfe sind nicht von der Hand zu weisen (vgl. Richter 2002; Hemment 2004). Umstritten bleiben in der aktuellen Debatte die Verortung der Zivilgesellschaft zwischen Staat und Privatsphäre sowie das ungeklärte Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft (vgl. z. B. Hann 1996; Salmenniemi 2007; Kulmala 2009; Salmenniemi, Borodina et al. 2009). Genauso fragwürdig ist im Falle Russlands die Reduzierung der Zivilgesellschaft auf nichtstaatliche Organisationen, die vor allem in den empirischen Studien häufig zu finden ist (vgl. Howard 2003).

Trotz zahlreicher theoretischer Diskussionen über die russische Zivilgesellschaft und praktischer Ansätze zu ihrer Stärkung erfahren einzelne engagierte Individuen – die Akteure der Zivilgesellschaft – in der aktuellen Forschung kaum Beachtung. An diesem Punkt setzt die beabsichtigte Studie an, bei der biographische und diskursanalytische Zugänge angewendet werden sollen.

Konzepte der Zivilgesellschaft

Der Begriff der Zivilgesellschaft hat in den Sozialwissenschaften eine weit zurückreichende Genealogie. Nach Salmenniemi (2008:6) sind in der aktuellen Literatur zwei grundlegende Konzeptionsstränge von Zivilgesellschaft zu finden: der *räumliche* (Zivilgesellschaft als Raum oder distinktive Sphäre) und der *funktionelle* (Zivilgesellschaft definiert durch ihre Funktionen).

In der liberalen Tradition wird Zivilgesellschaft zwischen Staat und Familie lokalisiert (oft wird der Bereich der Wirtschaft ausgegliedert) und damit in einer Sphäre, in der Individuen unabhängig von staatlicher Kontrolle ihren Interessen nachgehen und diese gegenüber der staatlichen Macht vertreten können. Als ihr Indikator werden in den empirischen Studien die Zahl der nichtstaatlichen Organisationen und ihrer Mitglieder verwendet (vgl. Howard 2003). Ergänzend identifiziert Forbrig (2003) fünf hauptsächliche Funktionen der Zivilgesellschaft: Kontrolle staatlicher und politischer Macht, Interessenvertretung und -vermittlung, gesellschaftliche Integration, politische Sozialisation und Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienste.

Da solche *normativen* Konzepte auf der westlichen Tradition und ihrer langjährigen Erfahrung mit liberaler Demokratie aufbauen, ist es fraglich, ob sie auf die Situation in Russland übertragen werden können, wovon unter anderem Hann (1996) warnt. Eine Alternative bietet der *diskursive* Zugang, der den Kontext und die lokalen Bedingungen stärker in Betracht zieht (z. B. hebt er die strikte Opposition von Zivilgesellschaft und Staat auf und betont den Dialog zwischen beiden) und damit mehr

über die Qualität der Zivilgesellschaft aussagt.¹ Die lokalen Deutungsmuster der Zivilgesellschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements treten dabei in den Vordergrund. Durch die Betrachtung von Praktiken und Handlungsmustern der zivilgesellschaftlichen Akteure kann zudem die Konstruktion der sozialen Realität aufgedeckt werden (vgl. Salmenniemi 2008: 13). Das Erkenntnisinteresse ist dabei, wie die russischen zivilgesellschaftlichen Akteure ihr eigenes Modell der Zivilgesellschaft konstruieren und welche Bedeutung sie ihrer eigenen Aktivität zuschreiben.

Top-down versus bottom-up Demokratisierung

Im Sinne der neo-tocquevillianischen Tradition wird Zivilgesellschaft als Voraussetzung von liberaler Demokratie angesehen – sie ist ein Modell, in dem Stärke und Stabilität der liberalen Demokratie von einer kräftigen und gesunden Sphäre der gemeinschaftlichen Partizipation abhängen (Chambers and Kymlicka 2002: 2). Dieser Zusammenhang wurde zum beliebtesten Argument der westlichen Förderer, die die Sphäre der zivilgesellschaftlichen Partizipation – in der Praxis oft mit nichtstaatlichen Organisationen gleichgesetzt – vehement unterstützt haben.

Im Unterschied zu der Überzeugung der Praktiker, dass eine vitale Zivilgesellschaft das Allheilmittel für alle osteuropäischen Gesellschaften darstelle, unterstreichen Wissenschaftler vor allem die positiven Auswirkungen der *top down*-Prozesse (wie z. B. EU- oder NATO-Beitritte) auf die Demokratisierung der osteuropäischen Länder. So liegen etliche Studien über den Einfluss externer Förderinstrumente auf politische Eliten – so genannte *top down*-Strategien – vor (vgl. Pridham, Herring et al. 1994; Burnell 2000; Cox, Ikenberry et al. 2000; Schimmelfennig and Scholtz 2008), während kaum Erkenntnisse über *bottom-up*-Strategien zu finden sind, die sich mit der direkten Unterstützung der Zivilgesellschaft durch die Förderung von demokratischen Werten und Verhaltensweisen und Nichtregierungsorganisationen befassen (vgl. Freise 2004: 21). In diesem Bereich öffnet sich dementsprechend eine Forschungslücke.

Strategiewandel der westlichen Förderer in Russland

Auf dem russischen Spielfeld agieren seit den 90er Jahren sowohl nationale Agenturen westlicher Länder (vor allem aus den USA, Deutschland, Großbritannien und Norwegen) als auch multilaterale Organisationen (EU, Vereinte Nationen, Weltbank), ergänzt durch große private Stiftungen bis hin zu internationalen Non-Profit-Organisationen (vgl. Henderson 2003: 63).² Die Strategien der westlichen Förderer sowie die Summen, die heute in die Unterstützung investiert werden, haben sich seit den 90er Jahren verändert. Unter den veränderten politischen Bedingungen seit Putins Amtsantritt wurde die Rolle der westlichen Förderer in Russland marginalisiert (vgl. McAuley 2001).

Henderson (2003:76ff) identifizierte für die 90er Jahre vier grundlegende Strategien in Bezug auf die Unterstützung der NGO-Sphäre: technische Unterstützung (Gründung einer NGO, Fundraising, strategische Planung, Projektmanagement usw.), Partnerschaft (westliche Partnerorganisationen sollten russischen Partnern notwendige Skills beibringen), kleine Förderprogramme (die die direkte Implementierung konkreter Projekte ermöglichten und sich als flexibler bei der Themensetzung erwiesen) und NGO-Ressource-Zentren (die bei der Ausweitung der Unterstützung auf die Regionen halfen). Die Gründung der meisten russischen NGOs sowie die größten Ausgaben der westlichen Förderer fanden entsprechend während der Jelzin-Ära (1991–1999) statt. Im Vergleich dazu nutzen heutzutage nur etwa 10 % der russischen NGOs westliche Fördermittel (vgl. König and Männel 2009; Salmenniemi, Borodina et al. 2009).

1 Dieser Strang wird vor allem in der skandinavischen Tradition verfolgt: Salmenniemi, S. (2007); Kulmala, M. (2009); Salmenniemi, S., A.V. Borodina, et al. (2009).

2 Im Rahmen der »United States Agency for International Development« (USAID) ist 1994 ein neues »Center for Democracy and Governance« (siehe www.usaid.gov) mit dem expliziten Ziel weltweiter Demokratieförderung und -konsolidierung entstanden. Aber auch andere private Stiftungen spielen eine große Rolle: Charles Stewart Mott Foundation, Ford Foundation, MacArthur Foundation, Soros Foundation/Open Society Institute.

Von der anfänglichen Förderung der Strukturen gehen die Strategien allmählich zur Förderung von Personen und zur Unterstützung der russischen Philantropie über. Die frühere ausschließliche Fokussierung auf NGOs wurde von einer breiteren Auffassung von gesellschaftlicher Partizipation abgelöst und es entstanden Programme zur Förderung ehrenamtlichen Engagements auch außerhalb der Organisationen. Darüber hinaus sind Programme zur Individualförderung zu unterstreichen, die zur Bildung neuer Eliten und verantwortlicher Bürger beitragen sollen (vgl. z. B. Programme der Ford-Foundation oder der MacArthur-Foundation sowie deutsche Stiftungen: Robert-Bosch-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung oder Heinrich-Böll-Stiftung). Das Agieren der externen Förderer wird allerdings nicht nur durch die eigenen Zielsetzungen sondern auch durch rechtliche und politische Rahmenbedingungen erschwert.

Sur-Place-Programm der Heinrich-Böll-Stiftung als Beispiel westlicher Förderung in Russland

Ausgehend von den bisherigen durch neoliberale Ansätze beeinflussten Untersuchungen über den Stand der Zivilgesellschaft in Russland soll weiterhin vor allem die Qualität der Zivilgesellschaft und ihre Anbindungen an andere Sphären des Gemeinwesens und der internationalen Arena untersucht werden (Kubik 2005). Im Fokus der beabsichtigten Untersuchung stehen daher einzelne Vertreter der russischen Zivilgesellschaft – Stipendiaten des so genannten Sur-Place-Programms – sowie deren Sichtweise von innen und ihre Interaktion mit externen Förderprogrammen.

Hintergrund

Im Rahmen des Sur-Place-Programms der Heinrich-Böll-Stiftung, das in Russland seit 1994 besteht, werden jährlich etwa 30 junge Forscher gefördert, die sich mit kritischen Themen auseinandersetzen und dank des Stipendiums zum erfolgreichen Abschluss ihrer Abschlussarbeiten bzw. Promotionen gelangen sollen. Neben der finanziellen ist eine ideelle Förderung vorgesehen, indem den StipendiatInnen Kontakte zu renommierten Wissenschaftlern und anderen Partnern der Stiftung in Russland und in Deutschland vermittelt werden und sie sich untereinander vernetzen können. Einige von ihnen erhalten darüber hinaus die Möglichkeit, an einem zwei- bis dreimonatigen Forschungsaufenthalt in Deutschland teilzunehmen. Da die StipendiatInnen zumeist aus den Reihen russischer NGOs (Partnerorganisationen der Stiftung) stammen, besteht ein direkter Zusammenhang zur russischen Zivilgesellschaft, die durch das Programm gefördert werden soll.³

Methodischer Zugang

Für die Untersuchung werden ein qualitativer Zugang und speziell die Methoden der interpretativen Sozialforschung gewählt. Mit den Alumni des Sur-Place-Programms in Russland werden narrative biographische Interviews in Anlehnung an Schütze (1983) und Rosenthal (1995) geführt, die rekonstruktiv ausgewertet werden (Rosenthal 2005). Weiteres Material (Experteninterviews und programmbezogene Dokumente), das zu einer besseren Kontextualisierung der Lebensgeschichten und zur Verfolgung des öffentlichen Diskurses beitragen soll, wird mit Hilfe der wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Keller (2007) ausgewertet.

Folgende Forschungsfragen stehen im Vordergrund:

- Welche lebensgeschichtlichen Bedingungen fördern aktives zivilgesellschaftliches Engagement in Russland und welche Rolle können externe Förderprogramme dabei einnehmen? Welche Handlungs- und Deutungsmuster der Akteure stehen dahinter?
- Welche biographischen (Handlungs-)Strategien werden entwickelt und welche Lebensentwürfe realisiert? Inwiefern finden sich die Erwartungen und Ziele der Stiftung in den Handlungsstrategien der ehemaligen StipendiatInnen wieder?

3 Vgl. <http://www.boell.ru>.

Literatur

- Burnell, P., Ed. (2000). *Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization*. London.
- Chambers, S. and W. Kymlicka (2002). Introduction. *Alternative Conceptions of Civil Society*. S. Chambers and W. Kymlicka. Princeton/New York, Princeton University Press.
- Cox, M., J. Ikenberry, et al., Eds. (2000). *American Democracy Promotion: Impulses, Strategies, and Impacts*. Oxford.
- Freise, M. (2004). *Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten*. Münster, Lit Verlag.
- Hann, C. (1996). Introduction: Political society and civil anthropology. *Civil Society. Challenging Western Models*. C. Hann and E. Dunn. London/New York, Routledge: 1–2.
- Hemment, J. (2004). 'The Riddle of the Third Sector: Civil Society, International Aid, and NGOs in Russia.' *Anthropological Quarterly* 77(2): 215–241.
- Henderson, S., L. (2003). *Building Democracy in Contemporary Russia. Western Support for Grassroots Organizations*. Ithaca/London, Cornell University Press.
- Howard, M. M. (2003). *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Keller, R. (2007). *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlagen eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- König, C. and M. Männel (2009). »Struktur und Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland am Ende der Putin-Jahre. Die Ergebnisse einer Umfrage unter NGOs.« *Russland-Analysen* 181: 3–15.
- Kubik, J. (2005). 'How to Study Civil Society: The State of the Art and What to Do Next.' *East European Politics and Societies* 19(1): 105–120.
- Kulmala, M. (2009). *Civil Society and the State in Russian Karelia in 2000s*. Russian Field: a view from abroad. St. Petersburg, Center for Independent Sociological Studies.
- McAuley, M. (2001). 'Ford Foundation Report Winter 2001: The Big Chill. Civil Society in Russia in a New Political Season.' *Johnson's Russia List* March 17(#5156).
- Pridham, G., E. Herring, et al., Eds. (1994). *Building Democracy? The International Dimension of Democratisation in Eastern Europe*. London/Washington.
- Richter, J. (2002). 'Promoting Civil Society? Democracy Assistance and Russian Women's Organizations.' *Problems of Post-Communism* 49(1): 30–41.
- Rosenthal, G. (1995). *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte*. Frankfurt/Main, Campus.
- Rosenthal, G. (2005). *Interpretative Sozialforschung. Eine Einführung*. Weinheim/München, Juventa.
- Salmenniemi, S. (2007). *Civic organizations and the state in Putin's Russia. Co-operation, co-optation, confrontation. Civil Societies and Social Movements. Potentials and problems*. D. Purdue. Oxon, Routledge: 19–34.
- Salmenniemi, S. (2008). *Democratization and Gender in Contemporary Russia*. London/New York, Routledge.
- Salmenniemi, S., A. V. Borodina, et al. (2009). »Logika razvitiia obshchestvennykh organizatsii v sovremennoi Rossii.« *POLIS. Politicheskie issledovaniia* 1: 158–173.
- Schimmelfennig, F. and H. Scholtz (2008). 'EU Democracy Promotion in the European Neighborhood. Political Conditionality, Economic Development and Transnational Exchange.' *European Union Politics* 9(2).
- Schütze, F. (1983). »Biographieforschung und narratives Interview.« *Neue Praxis* 3: 283–293.

Siegert, J. (2005). »NGOs in Russland.« *Russland-Analysen* 59: 2–6.

Zdravomyslova, E. (2008). “Make Way for Professional Sociology!” *Public Sociology in the Russian Context.* *Current Sociology* 56(3): 405–414.

Franziska Blomberg

Der Mangel an generalisiertem Vertrauen als das eigentliche »*socialist legacy*« im post-sozialistischen Europa

Abstract

Beim Zerfall des Warschauer Pakts wurde angenommen, die kommunistische Vergangenheit würde die gleichen »*socialist legacies*« für alle Staaten bedeuten. Heute sind aber sehr weitreichende Unterschiede in den Entwicklungen der vielen Staaten zu beobachten. Es gibt allerdings Gemeinsamkeiten hinsichtlich einer beklagten undemokratischen Ausprägung der politischen Kultur, die oft auf ein Defizit an Sozialkapital zurückgeführt wird. Dieser Artikel leistet einen Beitrag zur Ausarbeitung der Sozialkapital-Ansätze in der Demokratisierungsdebatte und untersucht die Frage »*Welcher Zusammenhang besteht zwischen Demokratisierung und der Entwicklung unterschiedlicher Ausprägungen von Sozialkapital und was bedeutet dieser für weitere Maßnahmen externer Demokratieförderung?*« Im Zuge der Transformation haben sich wider Erwarten weder eine gradlinige Demokratisierung noch ein hohes Maß an generalisiertem Vertrauen ausgebildet. Vielmehr sind starke gesellschaftliche Fragmentierungen, einhergehend mit partikularisiertem (anstelle von generalisiertem) Vertrauen, und eine niedrige politische Partizipation zu beobachten. Gerade im Hinblick auf die externe Demokratieförderung hybrider Regime sind mehr Erkenntnisse über das Zusammenspiel dieser Faktoren nötig; diese möchte dieser Artikel besteuern.

Demokratisierungspfade, Umwege und die Bedeutung von generalisiertem Vertrauen – eine Einleitung

Neben vielen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen befasst sich ein großer Teil der Literatur zur Transformationsforschung mit deren Implikationen für die Demokratietheorie. Vieles davon basiert auf zwei Grundannahmen: 1. Die postsozialistischen¹ Staaten werden sich zu Demokratien entwickeln. 2. Im Zuge der Demokratisierung werden die postsozialistischen Staaten aufgrund ihrer gemeinsamen Prägung ähnliche Schwierigkeiten und Entwicklungen erleben. Schon 1999 schrieb Jaques Rupnik »*Ten years after the collapse of the Soviet empire, one thing is clear: The word 'postcommunism' has lost its relevance.*« Heute sind deutliche Unterschiede zwischen Regionen und Ländern sichtbar. Inzwischen untersuchen viele Abhandlungen die demokratierelevanten Entwicklungen in den vor und nach der kommunistischen Zeit sehr unterschiedlich geprägten Staaten differenzierter (bspw. Carothers 2002).

Die Demokratisierungsforschung sieht sich vor allem vor der Frage, weshalb viele (auch postsozialistische) Staaten nicht, wie erhofft, den direkten Pfad demokratischer Konsolidierung beschreiten und heute teilweise sogar Rückschritte in der demokratischen Entwicklung zu beobachten sind (Freedom House 2008). Die Gründe, aus denen eine zunehmende Zahl von Staaten anscheinend längerfristig als »hybride Regime« (weder autoritär und noch demokratisch konsolidiert) existieren, sind bislang nur unzureichend erforscht.

Für eine demokratische Entwicklung sind in Anlehnung an Putnam Sozialkapital und – als dessen Basis – ein generalisiertes Vertrauen grundlegende Faktoren. Erst durch letzteres könne gewährleistet werden, dass formal demokratische Strukturen nicht umgangen werden (Putnam et al. 1993). Generalisiertes Vertrauen wird von Stolle definiert als »*abstract preparedness to trust others and to engage in actions with others*« (Stolle 2002, S. 403), wobei diese laut Fukuyama dadurch entsteht, dass »a

1 Im Folgenden werden die Begriffe »postsozialistisch« und »postkommunistisch« gleichbedeutend genutzt; auf eine genauere Differenzierung zwischen ihnen wird verzichtet.

community shares a set of moral values in such a way as to create regular expectations of regular and honest behaviour« (Fukuyama 1995, S. 153).

Einige Forschungen, wie beispielsweise Letki/Evans (2005), weisen darauf hin, dass der Grad des Vertrauens keinen messbaren Einfluss auf den Prozess der Demokratisierung hat, Demokratisierung sich allerdings negativ auf soziales Vertrauen auswirkt. Viel stärker als auf die Quantität komme es auf die Natur des Vertrauens an (Mungiu-Pippidi 2005; Zmerli 2008). Dieser Aspekt hat natürlich auch Implikationen für die Praxis externer Demokratieförderung.

Daraus folgend untersucht dieser Artikel die Frage: »Welcher Zusammenhang besteht zwischen Demokratisierung und der Entwicklung unterschiedlicher Ausprägungen von Sozialkapital und was bedeutet dies für weitere Maßnahmen externer Demokratieförderung?«

Einem kurzen Überblick über den theoretischen Rahmen der Untersuchung folgt die Darstellung der geplanten Operationalisierung und der Versuch, erste vorläufige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Demokratisierung, Sozialkapital und Vertrauen – der theoretische Rahmen der Untersuchung

Demokratische Pfade, Umwege und Stagnation

Im deutschen Sprachraum wird oft auf ein dreistufiges Demokratisierungsmodell rekurriert, an dessen erfolgreichem Ende die demokratische Konsolidierung steht (z. B. Merkel et al. 2003). Es existiert viel Literatur zu möglichen fördernden und hemmenden Faktoren erfolgreicher Demokratisierung. Ein Forschungsstrang untersucht insbesondere Phänomene im Zusammenhang mit der Stagnation von Demokratisierungsentwicklungen, d. h. der Stabilisierung als »hybride Regime« (dazu bspw. Collier, Levitsky 1990; Diamond 2002; Zinecker 2007).

Für diese Stagnation gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. In den postsozialistischen Staaten wird in diesem Zusammenhang meist angeführt, eine undemokratische politische Kultur sei für sie verantwortlich. Trotz des Aufbaus formal demokratischer Institutionen² gibt es soviel Korruption, Nepotismus etc., dass von »Scheindemokratien« und von »faking democracy« (Chandler 1999) die Rede ist. Der Grad der politischen Partizipation ist gering, das Vertrauen in Regierung und Regierungsform niedrig und in vielen Staaten gibt es starke gesellschaftspolitische Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen. Insbesondere niedriges soziales Vertrauen scheint im Rahmen gesellschaftlicher Fragmentierung eine wichtige Rolle zu spielen, die wiederum im Rahmen stagnierender Demokratisierung relevant ist (siehe Zinecker 2007).

Sozialapital und Vertrauen – »generalized mistrust«, das eigentliche gemeinsame »socialist legacy«

Aufbauend auf Robert Putnams Überlegungen basiert eine funktionierende Demokratie vor allem auf Normen der Gegenseitigkeit und des Vertrauens (Putnam et al. 1993). Dabei bieten und produzieren zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse als »schools of democracy« (de Tocqueville 1959, S. 514f.) erst den »gesellschaftlichen Kitt«, der Demokratien funktionsfähig und belastbar macht (Croissant et al. 2000, S. 13).

In der Literatur gibt es immer mehr Hinweise darauf, dass diese pauschale Gutheißung der Zivilgesellschaft der Empirie nicht standhält (Croissant et al. 2000, S. 13; Chandler 1999; Paffenholz, Spurk 2006; Zmerli 2008, S. 19). In vielen postsozialistischen Ländern weisen Statistiken sehr hohe Zahlen registrierter NGOs bei einer gleichzeitig relativ niedrigen politischen Partizipation und einem im Vergleich mit anderen Staaten niedrigem generalisiertem Vertrauen auf (Bjørnskov 2008). Dies legt nahe, dass es in Hinblick auf freie Assoziationen stark auf das »konstitutive Vereinsgut« ankommt und damit auf die in diesen »Schulen« tradierten konkreten Werte (Zmerli 2008, S. 22).

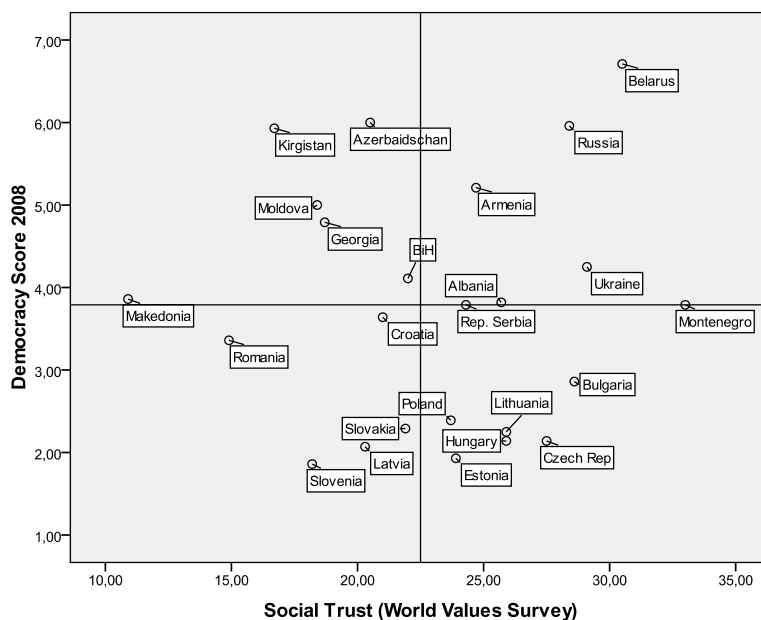
2 Bspw. einer Verfassung, freier Wahlen etc.

Bereits bei Putnam findet sich die Unterscheidung zwischen »bonding« und »bridging« Sozialkapital, auch bezeichnet als »partikulares« bzw. »generalisiertes« oder »soziales« Vertrauen (gute Überblicke siehe Zmerli 2008, S. 20; Mungiu-Pippidi 2005).³ Nur die Ausbildung generalisierten Vertrauens scheint eine klare Disposition zur Unterstützung demokratischen Handelns zu fördern. Nicht nur in den postsozialistischen Staaten ist es allerdings so, dass das Vorhandensein von Organisationen nicht in jedem Falle generalisiertes Vertrauen fördert (Ogilvie 2004). Solange Vereine als Teil der Gesamtgesellschaft ihre Mitglieder durch exklusive Werte und Normen prägen, wird eher ein partikulares als ein die Demokratie förderndes Vertrauen ausgebildet (Bjørnskov 2008, S. 276–277; Howard 2003).

Operationalisierung – Fallauswahl und (geplante) Durchführung der Untersuchung

Oft wird generalisiertes Vertrauen in Untersuchungen anhand der World Values Survey-Frage »In general, do you think that most people can be trusted?« operationalisiert und quantifiziert (Die Frage stammt aus Inglehart et al. 2004.). Allerdings gibt es umfassende Kritik an dieser recht pauschalen Operationalisierung (siehe bspw. Letki, Evans 2005, S. 519). Interessanterweise scheint ein niedriges soziales Vertrauen keine Auswirkung auf die Entwicklung der Demokratisierung zu haben. Zunehmende Demokratisierung scheint sich hingegen negativ auf soziales Vertrauen auszuwirken (Letki, Evans 2005, S. 523).

Für diese Untersuchung soll in einer vergleichenden Fallstudie anhand qualitativer Interviews untersucht werden, welche Zusammenhänge Experten zwischen externer Demokratieförderung und einem hohen Grad an partikularisiertem Vertrauen (gesellschaftlicher Spaltung) sehen und welche Bedeutung sie diesen beimessen. Anhand der Kategorien »Stand der Demokratie« (Freedom House 2008) und »social trust« werden Fälle mit niedriger Ausprägung beider Dimensionen ausgewählt. Für die Untersuchung werden schließlich, v. a. vor dem Hintergrund der vergleichbaren Rahmenbedingungen, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Moldawien als Fälle gewählt:



3 Auf eine weitere Diskussion unterschiedlicher Klassifikationen von Vertrauen wird an dieser Stelle aus Platzgründen verzichtet.

Fazit und vorläufige Diskussion

Da die Untersuchung bislang noch nicht sehr weit fortgeschritten ist, wird hier auf die Formulierung von Schlussfolgerungen verzichtet. In der Empirie lässt sich beobachten, dass Autoren wie Dankwart Rustow zurecht argumentieren, »*democratic mindsets*« stellten keine Voraussetzungen für demokratischen Wandel dar, da dieser sonst kaum jemals stattfinden würde (Rustow 1970).

In Staaten mit hoher Demokratieentwicklung ist ein hohes Maß an generalisiertem Vertrauen klar sichtbar; in Staaten mit besonders niedriger Demokratisierung ist dies allerdings auch der Fall (aufgrund enger sozialer Netzwerke zur Kompensierung mangelnder staatlicher Ressourcenbereitstellung) (Letki, Evans 2005, S. 523f.). Dazwischen ist das Vertrauen unter den Bürgern aber auch das zwischen Bürgern und Staat gering. Diese Einstellung scheint nicht nur durch Tradierung erlernt, sondern liegt, wie erste Interviews schließen lassen, auch in aktuellen Machtkonstellationen begründet. Sie führt dazu, dass Fragmentierungen (Seilschaften, ethnische Spaltungen, etc.) aufrechterhalten werden, um den Zugang zu und den Austausch von Ressourcen zu erleichtern und zu garantieren.

Somit stellt sich allerdings die Frage nach dem Umgang mit hybriden Staaten, die auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung »auf der Strecke« zu bleiben. Im Westen werden nach Jahrhunderten der Entwicklung zu stark exklusionistisch orientierte Vereinigungen (bspw. in nationalistischer, rassistischer bzw. auch in elitärer Hinsicht) meist von Politik und Gesellschaft sanktioniert.

Mit Hinblick auf die postsozialistischen Staaten existieren bis heute zahlreiche Programme zur Unterstützung der gesellschaftspolitischen Transformation. Diese bestehen häufig aus struktureller Förderung und der Bereitstellung bestimmter Organisationsformen. Veränderungen in der Administration oder im Bereich der NGO-Aktivitäten sind leichter mess- und quantifizierbar als die langfristige Veränderung von Werten und Einstellungen. Solange das gegenseitige Misstrauen in vielen Bereichen nicht signifikant sinkt – auch durch eine Stärkung des faktisch demokratischen Funktionierens von Institutionen – werden Strukturen unterhöhlt bzw. können nicht effektiv und schon gar nicht effizient funktionieren. Daher werden in der Außenpolitik Anreize und gleichzeitig nachdrückliche Forderungen nach Mechanismen zur Überwindung und politischen Kanalisierung von starker Fragmentierung auf der Mikro- und der Mesoebene der Gesellschaft benötigt – auch wenn das ein langwieriger Prozess und wenig »sexy« ist.

Literaturverzeichnis

- Bjørnskov, Christian (2008): Social Trust and Fractionalization: A Possible Reinterpretation. In: *European Sociological Review*, Jg. 24, H. 3, S. 271–283. Online verfügbar unter <http://esr.oxfordjournals.org/cgi/reprint/24/3/271>, zuletzt geprüft am 29.04.2009.
- Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: *Journal of Democracy*, Jg. 13, H. 1, S. 5–21.
- Chandler, David (1999): *Bosnia. Faking democracy after Dayton*. London/Sterling, Virginia: Pluto Press.
- Collier, David; Levitsky, Steven (1990): Democracies with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research. In: *World Politics*, Jg. 49, H. 3, S. 430–451.
- Croissant, Aurel; Lauth, Hans-Joachim; Merkel, Wolfgang (2000): Zivilgesellschaft und Transformation: ein internationaler Vergleich. In: Henkes, Christian; Merkel, Wolfgang (Hg.): *Systemwechsel 5. Zivilgesellschaft und Transformation*. Opladen: Leske + Budrich, S. 9–49.
- Diamond, Larry (2002): Elections without Democracy: Thinking about Hybrid Regimes. In: *Journal of Democracy*, Jg. 13, H. 2, S. 21–35.
- Freedom House (2008): *Nations in Transit – Democracy Score Year-To-Year Summaries by Region 2008*. Online verfügbar unter <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=437&year=2008>, zuletzt aktualisiert am 03.05.2009.

- Fukuyama, Francis (1995): *Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity*. New York: Free Press.
- Howard, Marc Morjé (2003): *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*. Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore, Sao Paulo: Cambridge University Press.
- Inglehart, Ronald; Basañez, Miguel; Diez-Medrano, Jaime; Halman, Loek; Luijkx, Ruud (2004): *Human beliefs and values: A cross-cultural sourcebook based on the 1999–2002 values surveys*. Mexico City: Siglo XXI Editores.
- Letki, Natalia; Evans, Geoffrey (2005): Endogenizing Social Trust: Democratization in East-Central Europe. In: *British Journal of Political Science*, Jg. 35, H. 3, S. 515–529.
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel, et al. (Hg.) (2003): *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*. Opladen: Leske & Budrich.
- Mungiu-Pippidi, Alina (2005): Deconstructing Balkan Particularism: The Ambiguous Social Capital of Southeastern Europe. In: *Southeast European and Black Sea Studies*, Jg. 5, H. 1, S. 49–68, zuerst veröffentlicht: http://www.hertie-school.org/binaries/addon/400_social_capital_and_corruption_in_see.pdf, zuletzt geprüft am 02.06.2009.
- Ogilvie, Sheilagh (2004): *The Use and Abuse of Trust: Social Capital and its Development by Early Modern Guilds*. München: Center for Economic Studies & Ifo Institute for Economic Research (CESifo Working Paper), Nr. 1302.
- Paffenholz, Thania; Spurk, Christoph (2006): Civil Society, Civic Engagement, and Peacebuilding. In: *Social Development Papers, Conflict Prevention & Reconstruction*, Jg. 1, H. 36, S. 1–47. Online verfügbar unter http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2006/11/06/000090341_20061106162023/Rendered/PDF/378130Peacebuilding0WP3601PUBLIC1.pdf.
- Putnam, Robert D.; Leonardi, Robert; Nanetti, Raffaella (1993): *Making democracy work: civic traditions in modern Italy*. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Rustow, Dankwart A. (1970): Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model. In: *Comparative Politics*, Jg. 2, H. 3, S. 356–357.
- Stolle, Dietlind (2002): Trusting Strangers – The Concept of Generalized Trust in Perspective. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft ZP*, Jg. 31, H. 4, S. 397–412.
- Tocqueville, Alexis de (1959): *De la démocratie en Amérique*. 2 Bde. Paris 1835/1840. (dt.: *Über die Demokratie in Amerika*. Stuttgart 1959). Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Zinecker, Heidrun (2007): Regime-Hybridity and violent civil societies in fragmented societies – conceptual considerations. *Cornell University Peace Studies, Occasional Paper*. (5). Online verfügbar unter http://www.einaudi.cornell.edu/PeaceProgram/publications/occasional_papers/Zinecker-final.pdf, zuletzt aktualisiert am 10.01.2008.
- Zmerli, Sonja (2008): *Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotential eines alternativen theoretischen Konzepts*. Baden-Baden: Nomos.

Michael Männel

Zivilgesellschaftliche Strukturen Russlands zwischen westlichen Theorien und russischem politischem Denken

Zerfall der Sowjetunion und gesellschaftliche Entwicklung des 21. Jahrhunderts

Unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann eine kontroverse Debatte darüber, wohin sich die postsozialistischen Länder entwickeln und welche gesellschaftspolitischen Entwicklungen das 21. Jahrhundert prägen würden. Die wohl bekanntesten Thesen zu diesem Fragenkomplex stellten Francis Fukuyama mit dem *Ende der Geschichte*¹ und Samuel Huntington mit dem *Kampf der Kulturen*² auf. Weitere teils neuere Interpretationsansätze betonen die schwindende Rolle des Nationalstaates, wie beispielsweise Robert Kaplans *The Coming Anarchy*,³ und das Aufkommen einer Vielzahl von ähnlich einflussreichen Akteuren, die zu einem *Age of Nonpolarity*⁴ führen oder sehen, wie Robert Kagan, die Welt in ein liberal-demokratisches und ein absolutistisches Lager geteilt.⁵ Neuere soziologische Ansätze wie die *Vielfalt der Moderne*⁶ betrachten moderne Gesellschaften nicht als ein ausschließlich westliches Phänomen, sondern sehen die Möglichkeit vielfältiger Konfigurationen moderner Gesellschaftssysteme, wobei die westlichen nur eine Ausprägungsform darstellen.

Zivilgesellschaft als gesellschaftliches Analyseinstrument

Die Analyse der zivilgesellschaftlichen Entwicklungen in Ost und West ist eine fruchtbare Methode, sich diesem heterogenen Theorienkomplex aus gesellschaftlicher Perspektive zu nähern. Die zentrale Frage besteht darin, ob sich das genuin europäische Konzept der Zivilgesellschaft auf außer-europäische Regionen, hier am Beispiel Russlands, übertragen lässt, welche Aspekte der Theorie adaptiert, modifiziert, verworfen werden und welche Neuerungen in die Zivilgesellschaftstheorie einfließen konnten.

Betrachtet man die begriffsgeschichtliche und theoretische Entwicklung des Zivilgesellschaftsgedankens, so zeigt sich, dass es sich bei ihm keinesfalls um eine einheitliche Theorie handelt. Eine Reihe von grundlegenden Kritiken verweist auf das begrenzte Potential oder die unvollständige Verwirklichung der Zivilgesellschaft. Trotz dieser Kritiken gibt es im Westen heutzutage keine dominanten Beiträge in der Zivilgesellschaftsdebatte, die eine solche prinzipiell ablehnen. Die gegenwärtigen Diskussionsbeiträge betonen entweder liberale oder republikanische Grundsätze. Trotz der differenten Standpunkte lassen sich einige Kategorien, die für die Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung sind und ohne die keine Zivilgesellschaftstheorie auskommt, herauskristallisieren. Dazu gehören Rechte, Gesetze, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Legitimation, Pluralität, Öffentlichkeit und Privateigentum.

1 Fukuyama, Francis (1989): *The End of History?*, in: *The National Interest*, Vol. 16, 3–18.

2 Huntington, Samuel P. (1993): *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 72, No. 3, 22–49.

3 Kaplan, Robert D. (1994): *The Coming Anarchy*, in: *Atlantic Monthly*, Feb. 1994, 44–76.

4 Haass, Richard N. (2008): *The Age of Nonpolarity*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 87, No. 3, 44–56.

5 Kagan, Robert (2007): *End of Dreams, Return of History*, in: *Policy Review*, No. 144, 17–44.

6 Eisenstadt, Samuel N. (2000): *Multiple Modernities*, in: *Daedalus* 129, 1–30.

Russisches politisches Denken und russische Zivilgesellschaftstheorie

Eine historische Analyse dieser Kategorien in Russland zeigt, dass Russland zwar auf demokratische Institutionen wie die *veče* oder *bojar дума* verweisen kann und sowohl Adelige als auch Bauern, vor allem im alten Russland, grundsätzlich frei waren, diese anfängliche Freiheit aber besonders durch die byzantinischen und mongolischen Einflüsse zurückgedrängt wurde. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bildeten sich die zentralen zivilgesellschaftlichen Kategorien im autokratischen russischen Zarenreich praktisch nicht heraus, allenfalls entstand eine eingeschränkte Form der Öffentlichkeit. Von der Staatsideologie abweichende Konzepte der politischen Ordnung zielten in der Regel auf eine Machtbeteiligung, nicht aber auf die Machtbeschränkung des Zaren.

Als Reaktion auf die schleppenden aber dringend notwendigen Reformen entstanden im 19. Jahrhundert zwei neue und von dem staatlichen Konservatismus grundlegend abweichende Entwicklungsstrategien: die Theorien der Westler und die der Slawophilen. Diese drei »Epizentren«⁷ des politischen Denkens sind noch heute in den politischen Debatten federführend.

Die Westler gehen von einem linearen Geschichtsverständnis aus, dessen am weitesten entwickelte Form die westlichen Gesellschaften darstellen. Vor allem die Westler des 19. Jahrhunderts standen aber dem Westen, vor allem den negativen Folgen des Kapitalismus, äußerst kritisch gegenüber. Die gegenwärtig westlich orientierten Akteure streben meist eine Gesellschaftsstruktur nach europäischem Vorbild an. Die Denkschule der Westler umfasst, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentuierung, alle zentralen Kategorien der Zivilgesellschaft. Es ist allerdings zu beachten, dass die liberale Wirtschaftstheorie in der Phase der Transformationsrezession eine Beteiligung der Transformationsverlierer, wozu vor allem auch die breite Bevölkerung gehört, zu verhindern sucht, weil diese die Reformen entschleunigen oder gar abwenden könnte.

Die zentristischen Theorien lassen sich in autoritäre und konservative Ansätze untergliedern. Die autoritäre Theorie geht davon aus, dass in Russland keine Zivilgesellschaft und keine entsprechende politische Kultur existieren und nur der Staat in der Lage ist, einerseits die Modernisierung voranzutreiben und andererseits die Aktivitäten krimineller Strukturen und Korruption zu unterbinden. Autonome Akteure haben sich nach dieser Sichtweise strikt aus politischen Angelegenheiten herauszuhalten. Die konservative Strömung hingegen erkennt das Potential und die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Beteiligung bei der Modernisierung, behält aber dem Staat das Recht vor, in zivilgesellschaftliche Aktivitäten einzugreifen, wenn diese der staatlich festgesetzten Modernisierungsstrategie zuwiderlaufen.⁸ Die Zivilgesellschaft ist demnach ein zwar vom Staat getrennter Bereich, der allerdings nicht vollständig autonom ist, sondern dem Staat bei der Modernisierung des Landes einen *Dienst* leistet. Einige der zentralen zivilgesellschaftlichen Kategorien gelten hier nur noch in stark eingeschränkter Form.

Die Theorien der Slawophilen und die der in ihrer Tradition stehenden Strömungen, wie die gegenwärtig einflussreiche neoeurasische Theorie, gehen davon aus, dass Kulturen und kulturelle Räume *sui generis* existieren, weshalb eine Hierarchisierung und Vergleichbarkeit der Gesellschaften nicht möglich ist und betonen damit ihre kulturelle Selbstständigkeit. In ihren Theorien spielen die oben genannten zivilgesellschaftlichen Kategorien eine stark untergeordnete oder keine Rolle. Alexander Dugin bezeichnet die Zivilgesellschaft sogar explizit als Gefahr für die russische Eigenständigkeit.⁹

7 Okara, Andrei (2007): Sovereign Democracy: A New Russian Idea or a PR Project?, in: Russia in Global Affairs, No. 2, July–September 2007. Internet: <http://eng.globalaffairs.ru/numbers/20/1124.html> (Zugriff: 04.06.2009).

8 Patomäki, Heikki; Pursiainen, Christer (2005): The State and Society in Contemporary Russian Political Thought, 6 ff. Internet: http://www.recep.ru/files/eurf/kaliningrad/civil_society_discourses_pursiainen.pdf (Letzter Zugriff: 18.05.2009).

9 Dugin, Aleksandr (2001): Proekt »graždanskoe obščestvo« kak ugroza rossijskoj samobytnosti. Internet: http://www.patriotica.ru/actual/dugin_go.html (Letzter Zugriff: 18.05.2009).

Ein Vergleich der westlichen und russischen Zivilgesellschaftsdebatten zeigt, dass in der russischen Diskussion zu der Frage nach der liberalen oder republikanischen Ausgestaltung eine stark staatlich zentrierte Version sowie eine prinzipielle Ablehnung der Idee hinzukommen.

Struktur und Entwicklung der russischen Zivilgesellschaft

Im Gegensatz zum Westen, wo die Bourgeoisie eine grundlegende Rolle bei der Herausbildung der Zivilgesellschaft gespielt hat, waren es in Russland radikale Intellektuelle, die durch die Idee der gesellschaftlichen Solidarität eine kritische Öffentlichkeit (*obščestvennost'*) vorantrieben und entsprechend weniger materielle Interessen verfolgt haben. Die schwache materielle Basis der zentralen zivilgesellschaftlichen Akteure kann bis heute als ein wesentlicher Faktor für die chronische Instabilität der russischen Zivilgesellschaft interpretiert werden.¹⁰ Die fortschreitende Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen wurde durch das kommunistische Regime, vor allem unter Stalin, zunichte gemacht. Die weitreichende gesellschaftliche Atomisierung konnte durch die Dissidentenbewegung, eine privat-öffentliche Sphäre und die Bildung informeller Gruppen nur teilweise rückgängig gemacht werden.¹¹ Erst die Reformen Gorbačovs führten zu einem sprunghaften Anstieg gesellschaftlicher Aktivität, die in eine öffentliche Debatte über die Zukunft des Landes führte, die laut Ol'ga Malinova nahe an das Habermas'sche Öffentlichkeitsideal reichte.¹²

Ob es heute in Russland eine Zivilgesellschaft gibt, bleibt in der Literatur umstritten. Nach Simon Kordonskij hat sich in Russland keine Zivilgesellschaft entwickelt, vielmehr baute sich die Bevölkerung in Anbetracht der liberalen Reformen private Netzwerke auf, die sie vor dem Staat schützen und die heute eine grundlegende Funktion der sozialen Sicherung übernehmen.¹³ Weitere Autoren verweisen auf die geringe gesellschaftliche Beteiligung in der anfänglichen Transformationsphase, auf den fragmentierten unzivilen Charakter oder die ungünstigen Rahmenbedingungen, wie die unsichere Rechtslage, Korruption, geringe Rechtsstaatlichkeit, geringes Vertrauen, Willkür u. a. in der russischen Gesellschaft.

Bis heute hat sich in Russland aber unbestreitbar ein, wenn auch im internationalen Vergleich kleiner, Dritter Sektor herausgebildet. Lenkt man den Blick allerdings auf die Qualität der zivilgesellschaftlichen Organisationen, so zeigt sich, dass viele der NGOs nicht, wie es die Theorie idealerweise vorsieht, *von unten* entstanden, sondern *von oben* ins Leben gerufen worden sind. Dazu gehören ein Teil der ehemaligen sowjetischen und neue staatlich gegründete NGOs (GONGOs) aber auch vom Ausland unterstützte. Darüber hinaus sind die Grenzen häufig unklar; so übernehmen teils NGOs staatliche Funktionen oder die KPRF in einigen Regionen grundlegende zivilgesellschaftliche Funktionen.¹⁴

Dass der Dritte Sektor sich weiterhin im Aufbau befindet, zeigen die vollzogene Änderung der Tätigkeitsfelder bei einem Fünftel der NGOs und die angestrebte Veränderung bei ca. 50 % der Organisationen. Trotz erheblicher finanzieller Schwierigkeiten planen die NGOs fast sämtlich eine Erweiterung ihrer Tätigkeitsfelder. Damit reagieren sie einerseits auf gesellschaftliche Änderungen, andererseits aber auch auf den Erhalt zusätzlicher staatlicher Fördermittel. Der Staat ist ein wichtiger Finanzier der Zivilgesellschaft geworden, zugleich empfindet ein beträchtlicher Teil der NGOs eine starke

10 Vgl.: Volkov, Vadim (1996): *Obshchestvennost: an indigenous concept of civil society?* Internet: http://www.cisr.ru/files/publ/wp3/wp3_en_Volkov.pdf (Zugriff: 18.05.2009).

11 Voronkov, Victor; Wielghos, Jan (2004): *Soviet Russia*, in: Pollack, Detlef; Wielghos, Jan [Hg.] (2004): *Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition*. Aldershot [u. a.]: Ashgate, 95–118.

12 Malinova, Ol'ga Ju. (2008): *Transformacija publičnoj sfery i perspektivy graždanskogo obščestva v postsovetsoj Rossii (1980–2000gg.)*, in: Zaveršinskij, K. F. (2008): *V poiskach graždanskogo obščestva*. NovGU imeni Jaroslava Mudrogo. – Velikij Novgorod – (Serija »Naučnye doklady«; Vyp. 5), 156.

13 Kordonskij, Simon (2000): »V real'nosti« i «na samom dele«. Internet: http://old.russ.ru/politics/20001204_kor.html (Zugriff: 15.07.2009).

14 Kurilla, Ivan (2002): *Civil Activism without NGOs: The Communist Party as a Civil Society Substitute*, in: *Demokratizatsiya*, Vol. 10, No. 3, 392–400.

Abhängigkeit von ihm. Etwa die Hälfte der NGOs arbeitet mit den Behörden regelmäßig zusammen, nur 5,8 % tun dies explizit nicht. Bei dem letztgenannten Teil handelt es sich vermutlich um die dem Staat kritisch gegenüberstehenden NGOs. Dass der Staat gegenüber den NGOs unterschiedliche Maßstäbe anlegt, bestätigt ein Großteil von ihnen. Auch in der Gesellschaftskammer sind nach ihrer Auffassung bei weitem nicht alle zivilgesellschaftlichen Interessen vertreten. Dass es sich bei den NGOs nicht nur um Organisationsphantome handelt, zeigen ihre umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und ihre häufige Erwähnung in den Medien.¹⁵ In der Gesamtentwicklung ist demnach eine verhalten positive Tendenz zu erkennen.

Gesellschaftliche Entwicklungstendenzen

Diese empirischen Daten decken sich weitgehend mit den Annahmen des konservativen Zivilgesellschaftsmodells. Das Paradox eines sich ausweitenden vom Staat entkoppelten Sektors bei der gleichzeitigen Zunahme von staatlicher Kontrolle kann dadurch erklärt werden, dass der Staat das Potential und die Bedeutung der gesellschaftlichen Beteiligung an der Modernisierung erkennt und fördert, allerdings nur in einem von ihm definierten Rahmen. NGOs, die dieser Modernisierungsstrategie nicht folgen, werden marginalisiert. Die Unterscheidung zwischen Drittem Sektor und Zivilgesellschaft ist deshalb für die Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung in Russland von grundlegender Bedeutung. Während sich, wie oben aufgezeigt, ein aktiver Dritter Sektor herausbildet, auf dem die Entwicklung der Zivilgesellschaft aufbauen kann, ist von einer Zivilgesellschaft im theoretischen Sinne erst in Anfängen zu sprechen, weil bestimmte Funktionen wie beispielsweise die Kontrolle des Staates kaum übernommen werden und eine Reihe der zentralen Kategorien zu schwach ausgeprägt sind. Historisch gesehen hat sich trotz aller Defizite und Einschränkungen der zivilgesellschaftlichen Entwicklung laut Andrej Volodin in den 1990er Jahren eine *stille Revolution* vollzogen, nämlich die Befreiung des Menschen aus seinen jahrhundertelangen sozial-institutionellen und kulturell-psychologischen Einschränkungen.¹⁶

Diese grundlegenden gesellschaftlichen Änderungsprozesse weisen allerdings zugleich noch nicht auf ein *Ende der Geschichte* hin, dafür sind die gesellschaftlichen Ordnungen von Ost und West zu heterogen. Die Dominanz kultureller Faktoren, die als Idee in Form der eurasischen Ideologie in Russland grundsätzlich existiert, steht diesem gegenwärtigen Entwicklungstrend entgegen. Darüber hinaus scheint die Annahme einer schwindenden Rolle des Nationalstaates oder eine Klassifizierung in ein absolutistisches Lager nach dieser Interpretation verkürzt zu sein. Vielmehr ist von der Suche nach einem geeigneten Modus der gesellschaftlichen Entwicklung auszugehen, der eine Reihe europäischer Institutionen zugrunde liegen, die allerdings in einer anderen Konfiguration auftreten und durch veränderte Interpretationsmuster von ihrem Ursprung abweichende institutionelle Engagements hervorbringen. Während die langfristige Entwicklung kaum abzuschätzen ist, zeigt sich doch, dass vor allem in der Transformationsforschung die speziellen gesellschaftlich-institutionellen Konfigurationen stärker berücksichtigt werden sollten.

Literatur

- Dugin, Aleksandr (2001): Proekt »graždanskoe obščestvo« kak ugroza rossijskoj samobytnosti. Internet: http://www.patriotica.ru/actual/dugin_go.html (Letzter Zugriff: 18.05.2009).
- Eisenstadt, Samuel N. (2000): Multiple Modernities, in: Daedalus 129, 1–30.
- Fukuyama, Francis (1989): The End of History?, in: The National Interest, Vol. 16, 3–18.
- Haass, Richard N. (2008): The Age of Nonpolarity, in: Foreign Affairs, Vol. 87, No. 3, 44–56.

15 Alle Angaben basieren auf einer eigenen Umfrage.

16 Volodin, Andrej G. (1998): Graždanskoe obščestvo i politika v Rossii: smena paradigmi, in: Polis: Političeskie issledovanija, No. 6, 102.

- Huntington, Samuel P. (1993): *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 72, No. 3, 22–49.
- Kagan, Robert (2007): *End of Dreams, Return of History*, in: *Policy Review*, No. 144, 17–44.
- Kaplan, Robert D. (1994): *The Coming Anarchy*, in: *Atlantic Monthly*, Feb. 1994, 44–76.
- Kordonskij, Simon (2000): »V real'nosti« i »na samom dele«. Internet: http://old.russ.ru/politics/20001204_kor.html (Letzter Zugriff: 15.07.2009).
- Kurilla, Ivan (2002): *Civil Activism without NGOs: The Communist Party as a Civil Society Substitute*, in: *Demokratizatsiya*, Vol. 10, No. 3, 392–400.
- Malinova, Ol'ga Ju. (2008): *Transformacija publichnoj sfery i perspektivy graždanskogo obščestva v postsovetskoj Rossii (1980–2000gg.)*, in: Zaveršinskij, K. F. (2008): *V poiskach graždanskogo obščestva. NovGU imeni Jaroslava Mudrogo. – Belikij Novgorod – (Serija »Naučnye doklady«; Vyp. 5)*, 148–165.
- Okara, Andrei (2007): *Sovereign Democracy: A New Russian Idea or a PR Project?*, in: *Russia in Global Affairs*, No. 2, July–September 2007. Internet: <http://eng.globalaffairs.ru/numbers/20/1124.html> (Zugriff: 04.06.2009).
- Patomäki, Heikki; Pursiainen, Christer (2005): *The State and Society in Contemporary Russian Political Thought*. Internet: http://www.recep.ru/files/eurf/kaliningrad/civil_society_discourses_pursiainen.pdf (Letzter Zugriff: 18.05.2009).
- Volkov, Vadim (1996): *Obshchestvennost: an indigenous concept of civil society?* Internet: http://www.cisr.ru/files/publ/wp3/wp3_en_Volkov.pdf (Letzter Zugriff: 18.05.2009).
- Volodin, Andrej G. (1998): *Graždanskoe obščestvo i politika v Rossii: smena paradigm*, in: *Polis: Političeskie issledovanija*, No. 6, 92–102.
- Voronkov, Victor; Wielghos, Jan (2004): *Soviet Russia*, in: Pollack, Detlef; Wielghos, Jan [Hg.] (2004): *Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition*. Aldershot [u. a.]: Ashgate, 95–118.

Kathrin Müller

Der Einfluss nichtstaatlicher Akteure auf die regionalen Governancestrukturen in der Russischen Föderation. Dargestellt am Beispiel des Nižgorodskaja Oblast¹

Einleitung

Seit dem Jahr 2000, dem Amtsantritt von V.V. Putin, wurden in Russland sowohl auf föderaler² als auch auf regionaler Ebene³ eine Reihe von Gesetzen zu Nichtregierungsorganisationen (im Folgenden NGOs, synonym wird auch der Begriff nichtstaatliche Akteure verwendet)⁴ und zur Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren reformiert und neu verabschiedet. Sie strukturierten die Interaktionen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren teilweise neu und verursachten kontroverse Diskussionen. Während viele Beobachter fürchteten, dass diese Gesetze die Aktivitäten von NGOs einschränken und erschweren und dem Staat mehr Kontrollrechte einräumen, also die autoritären Tendenzen in Russland weiter stärken würden, vertraten die staatlichen Akteure die Meinung, dass diese Gesetze notwendig seien um Transparenz zu schaffen. Das offiziell deklarierte Ziel war, eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit eines neuen Typs von Akteuren in der politischen Landschaft Russlands zu schaffen. Damit sollten NGOs offiziell anerkannt und ihnen die Möglichkeit gegeben werden, transparent am politischen Prozess mitzuwirken. Diese gegensätzliche Interpretation der Gesetze und ihrer möglichen Wirkung und damit der Beziehung zwischen Staat und NGOs ist ein Beispiel für viele Diskussionen, die in einem größeren Zusammenhang stehen: Diskussionen um die Art des politischen Systems in Russland und seine Nähe bzw. Ferne zu Europa (einschließlich der postsozialistischen Staaten, die inzwischen EU-Mitglieder sind). Diese Diskussionen halten unter dem neuen Präsidenten D.A. Medvedev an, neu angestachelt durch dessen liberalere Rhetorik. Die Frage, die dabei selten gestellt wird, ist, wie sich neben diesen lauten Diskussionen der ganz konkrete politische Prozess in den russischen Föderationssubjekten (im Folgenden: Regionen) gestaltet. Bezogen auf die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, auf die sich der vorliegende Beitrag bezieht, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, inwiefern nichtstaatliche Akteure in den Regionen der russischen Föderation konkret am politischen Prozess beteiligt sind. Das Verständnis der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die sich im Alltag in konkreten Projekten in den russischen Regionen manifestiert, ist jedoch von ebenso großer Bedeutung für den Charakter und die mögliche Entwicklung des

- 1 Dieser Kurzbeitrag entstand im Rahmen des Forschungsprojekts »Politische Steuerungsformen in Osteuropa. Regulierung durch Recht und soziale Normen«, finanziert durch die METRO-Stiftung (<http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/projekte/>). Meine Kollegen im Projekt Johannes Schuhmann und Karina Mikirova haben zu den hier veröffentlichten Erkenntnissen beigetragen.
- 2 Das föderale Gesetz »Über nicht-kommerzielle Organisationen« von 1996 und das föderale Gesetz »Über Nichtregierungsorganisationen« von 1995 wurden 2006 reformiert und das föderale Gesetz »Über die föderale Gesellschaftskammer« wurde 2005 verabschiedet.
- 3 Ein Beispiel aus der hier analysierten Region ist das regionale Gesetz des Nižgorodskaja Oblast' »Über die Gesellschaftskammer des Nižgorodskaja Oblast'« von 2006. In vielen anderen Regionen wurden ähnliche Gesetze verabschiedet.
- 4 Definition: »Der Begriff der [...] NGO bezeichnet zivilgesellschaftlich angebundene Organisationen, die sich in Abgrenzung zu Staat und Markt verstehen. Ihr wesentliches Merkmal besteht darin, dass sie nicht regierungsabhängig, also gegenüber dem Staat autonom sind und nicht profitorientiert arbeiten, also nicht von kommerziellen Interessen geleitet werden. Diese gesellschaftlichen Organisationen des sog. Dritten Sektors umfassen Gruppierungen, Vereine, Gesellschaften, Organisationen, juristische Personen etc., die auf private Initiative gegründet werden und sich von Bürgerinitiativen und Sozialen Bewegungen, die inhaltlich vielfach ähnliche oder gleiche Interessen verfolgen, dadurch unterscheiden, dass sie konkrete Organisationsstrukturen ausbilden.« (Nohlen 2002: Kleines Lexikon der Politik. S. 324ff.).

russischen politischen Systems wie die öffentliche Diskussion um dieses Verhältnis auf der Grundlage einschneidender Ereignisse, wie beispielsweise dem vor kurzem verübten Mord an N. H. Èstemirova, einer Mitarbeiterin der NGO Memorial in Tschetschenien. Deshalb soll hier die Frage gestellt werden, warum und wie staatliche Akteure mit NGOs auf der regionalen Ebene verhandeln.

Die Fallstudie wird auf der Grundlage von Untersuchungen aus dem Nižegorodskaja Oblast⁵ durchgeführt, einer Region, die zu den wirtschaftlich starken in Russland gehört und in der auch die Zivilgesellschaft relativ entwickelt ist; sie ist jedoch nicht eine der stärksten Regionen (Moskau, Sankt Petersburg und das oft als »Hauptstadt der Zivilgesellschaft« bezeichnete Perm), in denen die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren als am stärksten entwickelt gilt.

Analyse mit Hilfe verschiedener theoretischer Konzepte

Bei der Beantwortung der Fragen nach dem Warum und dem Wie von Verhandlungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren konzentriere ich mich auf den Aspekt der Steuerung und der Koordination eines Staates – also auf Governance.

Der Governanceansatz mit seinem Verständnis von Governance als dem

[...] Gesamt aller nebeneinander bestehenden Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregelung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zu hoheitlichem Handeln staatlicher Akteure⁶

und der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus ermöglichen die Systematisierung und Erklärung von Steuerung in modernen Staaten und geben damit die erste Antwort auf die Frage, warum staatliche und nichtstaatliche Akteure verhandeln. Das Governancekonzept⁷ hilft, staatliche Steuerung auf einem Kontinuum zwischen hierarchischer Steuerung in hierarchischen Systemen über Verhandlungen in Netzwerken bis hin zu einseitigem Handeln der Akteure in marktähnlichen Institutionen zu strukturieren. Der von Renate Mayntz und Fritz Scharpf⁸ entwickelte akteurzentrierte Institutionalismus geht davon aus, dass auf diesem Kontinuum Verhandlungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in modernen Staaten zunehmen, um Defekte hierarchischer Steuerung und einseitiger Handlung auszugleichen, die in den komplexen modernen Staaten häufiger auftreten.⁹ Die Antwort darauf, warum staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammenarbeiten, könnte demnach ganz einfach lauten, dass der Staat bestimmte Probleme aufgrund ihrer Komplexität nicht durch hierarchische Steuerung lösen kann. Er ist auf den Beitrag nichtstaatlicher Akteure angewiesen.

Ein Beispiel dafür kann man in der Wohnungspolitik des Nižegorodskaja Oblast' finden. Dort hat der Staat die Initiative ergriffen und ist auf eine NGO, die sich mit Wohnungsfragen beschäftigt, zugegangen, um sie für Seminare zu gewinnen, in denen die Bürger über die Vorteile von Wohnungseigentümergeinschaften aufgeklärt werden sollen. An der vermehrten Gründung dieser Gesellschaften ist die regionale Administration sehr interessiert, da von ihrer Anzahl u. a. die Gelder der

5 Ca. 20 Experteninterviews von 2008 in der Region, Dokumentenstudium sowie Sekundärquellen. Die hier verwendeten Quellen sind Teil einer größeren Untersuchung mit insgesamt ca. 45 Interviews, die ich 2008 im Nižegorodskaja Oblast' im Permskij Kraj, in Moskau und in St. Petersburg für meine Dissertation durchführte.

6 Mayntz, R. 2004: Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 65–75. Zitat auf S. 66.

7 Ebenda.

8 Mayntz, R./Scharpf, F. (Hrsg.) 1995: Gesellschaftliche Selbstregelung und Politische Steuerung. Frankfurt a. M. Scharpf, F. 1997: Games Real Actors Play. Actor Centered Institutionalism in Policy Research. Boulder, Col. (in deutscher Übersetzung 2000 unter dem Titel »Interaktionsformen« erschienen).

9 Mayntz, R. 1993: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Policy Analyse, pp. 39–56.

föderalen Ebene für die Renovierung von Wohnraum abhängen. Ergebnis der Verhandlung war ein Vertrag zwischen NGO und regionaler Administration über die Durchführung dieser Seminare.¹⁰ Dieses Beispiel zeigt: Der Staat kann das Problem nicht lösen, also sucht er die Zusammenarbeit mit Experten auf diesem Gebiet, um das Problem gemeinsam anzugehen.

Die Zusammenarbeit beschränkt sich aber auf dieses Projekt. Alles, was an Zusammenarbeit darüber hinausgeht, geschieht nur, wenn staatliche Akteure – wie im Falle der beschriebenen Seminare – die unmittelbare Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit NGOs sehen. Von einer erfolgreichen *bottom up*-Strategie, also von einer direkt von NGOs initiierten Verhandlung zwischen staatlichen Akteuren und NGOs, kann bei diesem Projekt somit nicht die Rede sein, obwohl sich die NGO auch vorher um eine Zusammenarbeit bemüht hatte. Die Gründe für die Strategie des Staates, die Zusammenarbeit so gering wie möglich zu halten, obwohl diese rein sachlich gesehen für die Reform der Wohnraumverwaltung im Nižegorodskaja Oblast' durchaus von Vorteil gewesen wäre, können mit der Komplexität des Problems allein also nicht vollständig erklärt werden.

Dazu haben Theorien über autoritäre Staaten Erklärungsansätze vorzuweisen, wie beispielsweise die des autoritären Korporatismus von Juan Linz.¹¹ Diese Theorie bestätigt die oben verwendeten Ansätze insofern, als auch hier die Begründung für das Verhandeln autoritärer Staaten mit NGOs darin liegt, dass diesen bestimmte Ressourcen fehlen.

Zusätzlich erklärt sie aber auch, warum staatliche Akteure in autoritären Staaten auf eine ganz bestimmte Art und Weise mit nichtstaatlichen Akteuren zusammenarbeiten. Die Theorie beschreibt das Verhältnis zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in autoritären Staaten als begrenzt pluralistisch.¹² Die Existenz von Verhandlungsplattformen und der Verhandlungsspielraum von NGOs hängen dabei vom autoritären Regime ab. Der Staat diktiert die Institutionen und Prozesse der Verhandlungen mit nichtstaatlichen Akteuren. Um seine Macht zu erhalten, ist er bereit, hierarchische Steuerung auch ohne gesetzliche Grundlage mit den Verhandlungen zu kombinieren, Gesetze zu umgehen, nicht zu implementieren und, sollten NGOs trotzdem versuchen, die Initiative zu ergreifen, diese zu unterdrücken und zu bekämpfen. Dieses erzwungene institutionalisierte Modell der Verhandlung erlaubt nichtstaatlichen Akteuren zwar die Artikulation sozialer Interessen, unterdrückt aber offene Konflikte, um einen Machtverlust so weit wie möglich zu vermeiden. Diese Art der Verhandlung, bei der der Staat zwar Probleme mit Hilfe nichtstaatlicher Akteure löst, dabei allerdings immer die Kontrolle über die Lage behält, findet sich in autoritären Staaten, die wirtschaftlich und sozial komplex sind und deshalb nicht mit technokratisch-autoritären Mitteln gesteuert werden können.¹³ Die staatlichen Akteure im Nižegorodskaja Oblast' folgen diesem Modell in den meisten Fällen. Das bedeutet plakativ gesprochen: Verhandlung ja, aber nur unter der Kontrolle des Staates.

Ein weiteres Beispiel für diese Art der Verhandlung ist die Institution der Gesellschaftskammer, einer Plattform, die für Verhandlungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren über aktuelle Probleme geschaffen wurde und deren Zugangsregel im Nižegorodskaja Oblast' so beschaffen ist, dass die Möglichkeit besteht – und auch genutzt wird –, loyale nichtstaatliche Akteure durch namentliche Ernennung bei der Aufnahme in die Kammer stark zu bevorzugen und so einen Dialog mit der Zivilgesellschaft lediglich zu simulieren.¹⁴ Die Verhandlungen bleiben so unter der ständigen Kontrolle der staatlichen Akteure. Es werden zwar Ideen aufgenommen und bestimmte ausgewählte nichtstaatliche Akteure können ihre Interessen vertreten, sie können sich aber nur in dem vom Staat

10 Interviews mit den Leitern der Organisation »Assoziation der Wohnungseigentümergeinschaften« im Sommer und Winter 2008. Der Vertrag über die Zusammenarbeit bei den Seminaren wurde nach langen Verhandlungen im Sommer 2008 unterzeichnet.

11 Linz, J. J., 2000: Totalitäre und autoritäre Regime, Berlin.

12 Ebenda.

13 Stepan, A. 1978: State and Society. Peru in Comparative Perspective, Princeton.

14 Regionales Gesetz »Über die Gesellschaftskammer des Nižegorodskaja Oblast'« von 2006. Die staatliche Kontrolle ergibt sich aus dem Nominierungsmodus: Nur ein Drittel der Mitglieder wird von der Zivilgesellschaft, der Rest von staatlichen Akteuren bestimmt.

zugelassenen Rahmen äußern und nur in diesem agieren. Die NGOs, die einen solch exklusiven Zugang haben, halten sich an diese Vorgaben, weil die informelle Regel lautet, dass die Aufgabe der Loyalität mit den staatlichen Akteuren den Ausschluss aus den Verhandlungsarenen bedeuten kann. Allerdings können auch in einem Regime mit autoritären Tendenzen Fachwissen, Professionalität und Erfahrung in der Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren seitens der NGOs dazu führen, dass diesen ein gewisser Handlungsspielraum, d. h. mehr Initiative und Aktivitäten gewährt werden als anderen nichtstaatlichen Akteuren. Dies zeigt sich in der sehr erfolgreichen Arbeit der Organisation »Služenie« aus Nižnij Novgorod, die sich mit der Zeit als eine Art Sprecher der NGOs in der Region einen Namen gemacht hat und durch ihre Expertise einen gewissen Spielraum sowie das Recht erkämpft hat, in vielen Bereichen mit staatlichen Akteuren kritisch – sofern konstruktiv – zusammen zu arbeiten.¹⁵ Trotz ihrer Kritik an der Einführung einer regionalen Gesellschaftskammer – die bereits bestehende von NGOs ins Leben gerufene Kammer hatten sie für ausreichend und passender gehalten¹⁶ – wurden ihre Vertreter in alle wichtigen Gremien berufen, da sie bereit waren, auch in Institutionen, deren Entstehung sie ursprünglich nicht begrüßt hatten, mitzuarbeiten und bei den staatlichen Akteuren einen guten Ruf als Experten für zivilgesellschaftliche Fragen hatten.

Ein anderes Beispiel zeigt, dass nichtstaatliche Akteure, die mit der informellen Norm der Loyalität brechen und sich noch dazu auf einem Gebiet wie beispielsweise dem der Menschenrechte engagieren, dem die staatlichen Akteure generell sehr kritisch gegenüber stehen, aktiv und mit teilweise illegalen Methoden bekämpft werden.¹⁷

Die Ergebnisse der von mir durchgeführten Studien zeigen jedoch, dass auch die Theorie des autoritären Korporatismus die Realität nicht ganz erklärt, denn es gibt auch in der relativ autoritär geführten Region Nižegorodskaa Oblast' NGOs, die mit Fachwissen, Initiative und Ausdauer sowie in einem Fall mit persönlichen Beziehungen zu staatlichen Akteuren durch Verhandlungen mit diesen gewisse Fortschritte im sozialen Bereich, im Bereich der Bildung behinderter Kinder und der Barrierefreiheit erreichen konnten. Es handelt sich bei dem Erreichten um Maßnahmen, die der Staat ursprünglich nicht bevorzugt behandeln wollte und teilweise sogar abgelehnt hatte. Die NGOs zwangen die staatlichen Akteure durch eine erfolgreiche *bottom up*-Strategie zu Verhandlungen über konkrete Maßnahmen. Sie setzten sich für die Belange von Behinderten, derzeit vor allem im Bereich Barrierefreiheit und Bildung behinderter Kinder, ein. Ihre relativ erfolgreiche Strategie besteht darin, ihre Interessen zunächst so gut wie möglich, oft durch Eigenkapital oder Finanzierung aus dem Ausland, in Projekten zu realisieren, die vom Staat unabhängig sind, um anschließend den Staat mit ihren so erzielten Erfolgen zur Zusammenarbeit bei zukünftigen Projekten zu gewinnen. So wurde z. B. integrativer Unterricht für behinderte Kinder in Einzelinitiativen erfolgreich durchgeführt, um ihn dann Schritt für Schritt mit staatlicher (Teil-)Finanzierung zu erweitern. Andere Maßnahmen sind Drohungen der NGOs, beispielsweise die, die gesetzlichen Regelungen für Barrierefreiheit einzuklagen, ein Unterfangen, das auf der Grundlage der von den NGOs selbständig und mit hoher Expertise durchgeführten Bewertungen der Barrierefreiheit in der Region große Chancen auf Erfolg hätte.¹⁸ Diese Beispiele zeigen: Die geringen Möglichkeiten, die die NGOs haben, können sie manchmal nutzen, um ihre Interessen auch gegen diejenigen des Staates durchzusetzen. Damit können sie ihren Einfluss erweitern und sich so der Kontrolle des Staates, der immer die Initiative behalten will, in einigen Situationen entziehen. Es zeigt sich, dass die Ressourcen, die NGOs im Vergleich zum Staat zur Verfügung stehen, für den Erfolg dieser Strategie entscheidend sind. Die Ressourcen, die Erfolg versprechen, bestehen dabei oft aus Fachwissen und der Hartnäckigkeit einzelner NGO-Aktivisten

15 Vertreter der Organisation sind bzw. waren in der Gesellschaftskammer in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Gesetze »Über die staatliche Unterstützung nicht-kommerzieller Organisationen im Nižegorodskaa Oblast'« und »Über die Wohltätigkeit« vertreten (Interviews mit der Leiterin für Entwicklung der Organisation im Sommer und Winter 2008 sowie mit der Direktorin im Winter 2008).

16 Interview mit der Direktorin im Winter 2008.

17 Interview mit dem Vorsitzenden der Assoziation der Bürgerrechtler von Nižnij Novgorod im November 2008.

18 Interviews (2008) und Dokumentationen der Organisationen Veraz, Invatur und der regionalen Abteilung des gesamtrossischen Behindertenverbandes.

sowie aus materiellen Ressourcen, die, wie auch das Fachwissen, oft durch internationale Projekte und Spenden gestärkt werden. Erfolgreich durchgeführte Projekte und ganz offensichtliche Verbesserungen für die einzelnen Zielgruppen, verbunden mit der Androhung von Protesten und Klagen, können eine Veränderung der Einstellung des Staates erwirken und seine Bereitschaft zu Verhandlungen herbeiführen. Die Ressourcen der NGOs reichen jedoch derzeit nicht aus, um grundsätzliche Veränderungen zu erreichen und es bleibt meist bei Verhandlungen über Einzelfälle.

Zusammenfassung und Fazit

Aus Fallstudien im Nizhegorodskaja Oblast' in den Bereichen Zusammenarbeit mit NGOs, Wohnungspolitik und Behindertenpolitik kann Folgendes festgehalten werden:

Im Nizhegorodskaja Oblast' gibt es verschiedene Verhandlungsplattformen, innerhalb derer staatliche und nichtstaatliche Akteure zusammenarbeiten, wie beispielsweise Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Gesetzen im sozialen Bereich oder – die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren betreffend – die Gesellschaftskammer und die gemeinsame Durchführung von Seminaren. Diese Zusammenarbeit steht jedoch in den meisten Fällen unter der Kontrolle des Staates und ist nur einem exklusiven Kreis von loyalen nichtstaatlichen Akteuren zugänglich. Wer sich außerhalb der Interessen des Staates engagiert und öffentlich Kritik übt, insbesondere im Bereich der Menschenrechte, muss in der Region mit Repressionsmaßnahmen rechnen. Andererseits gibt es im Nizhegorodskaja Oblast' NGOs, die es durch eine *bottom up*-Strategie schaffen, den Staat zu bestimmten Verhandlungen zu zwingen und die damit Verbesserungen im sozialen Bereich erreichen, beispielsweise bei der integrativen Bildung oder der Barrierefreiheit.

So bestätigen sich die Überlegungen des akteurzentrierten Institutionalismus weitgehend, dass nämlich die zunehmende Komplexität der Probleme bzw. der Mangel an Ressourcen auf staatlicher Seite für Verhandlungen verantwortlich sind. Weitgehend bestätigt sich auch die Theorie des autoritären Korporatismus, die erklärt, warum diese Verhandlungen meistens in einem vom Staat völlig kontrollierten Rahmen ablaufen – der Staat will unter allen Umständen die Kontrolle behalten.

Beide Theorien müssen aber um die Erkenntnis erweitert werden, dass es in der Sozialpolitik in einem Staat wie Russland auch Beispiele für zivilgesellschaftliche Akteure gibt, die den Staat gegen seinen Willen zu Zugeständnissen zwingen können.

Obwohl in Russland also eine eindeutige Tendenz hin zu einem autoritären Regime zu beobachten ist – gibt es in bestimmten Regionen auf regionaler Ebene und abseits der Diskussionen über die Verortung Russlands zwischen Demokratie und Autokratie und Politikfeldern eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, die in Einzelfällen sogar durch eine *bottom up*-Strategie initiiert wurde. Die gleichzeitige allgegenwärtige Kontrolle der Zusammenarbeit durch den Staat lässt aber keinen Zweifel daran, dass sich Russland in diesem Bereich eher von den Mitgliedern der Europäischen Union entfernt und damit die Unterschiede im postsozialistischen Raum weiter vergrößert. Am postsozialistischen Raum als einer Einheit festzuhalten, scheint deshalb hier wenig sinnvoll – ein Vergleich von Russlands Zivilgesellschaft mit anderen semi-autoritären und autoritären Staaten jedoch angebracht, um detaillierte Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft in semi-autoritären und autoritären Staaten zu erhalten.

***V. Identitätskonstruktionen im
Spannungsfeld sich ändernder
Grenzen***

Abtreibung des Sozialismus: Die Identitätsfindung im slowenischen Verfassungsdiskurs

Ein Staat, der das Recht zum Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung festschreibt, (...) würde sich automatisch aus der zivilisierten Welt ausschließen. Die Jungen Christdemokraten werden (...) alles daransetzen, dass Slowenien nicht erneut Opfer unverantwortlichen Experimentierens wird und der Schwangerschaftsabbruch in Übereinstimmung mit den westlichen Standards eine nicht-verfassungsgemäße Kategorie bleibt. (Vorstand der Jungen Christdemokraten, Zeitung Ljubljanski dnevnik; 23.10.1991)

Die Frage ist, ob dieser eine Artikel die Annahme der Verfassung aufschieben wird. (...). Europa, auf dessen Anerkennung wir ungeduldig warten, wägt unsere (...) Reife sorgfältig ab. Wir sind zwar nicht für eine blinde Ausrichtung auf Europa, doch wir dürfen uns vor ihm auch nicht lächerlich machen. (Journalist Janko Saradjen, Zeitung Večer; 4.12.1991)

Das afrikanische Ländchen Zimbabwe ist das einzige auf unserem Planeten, das das Recht zum Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung durchgesetzt hat. Liebe Abgeordnete, halten Sie uns nicht zum Narren und drängen Sie uns nicht in die Armut! (Leserbrief von Alenka Javornik, Zeitung Delo; 20.12.1991)

Die sozialistischen Staaten Europas haben Frauen einige Rechte zugesichert, die als vergleichsweise liberal bezeichnet werden können. Hierzu gehört auch das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, welches das sozialistische Jugoslawien 1974 in seiner Verfassung verankert hat und das alle jugoslawischen Teilrepubliken und somit auch Slowenien übernommen haben. Nach der Unabhängigkeit 1991 und nach den ersten pluralistischen Parlamentswahlen begann der gesellschaftliche Aushandlungsprozess der neuen demokratischen Verfassung. Obwohl das Recht auf Schwangerschaftsabbruch bis dahin den höchsten aller juristischen Ränge eingenommen hatte und die politischen Akteure davon ausgegangen waren, dass die in der alten sozialistischen Verfassung garantierten (Menschen-) Rechte unangetastet bleiben müssten, war der §55 der letzte strittige Punkt der Verfassungsdebatte und bedrohte gar die Konstituierung des neuen Staates.¹

Zur Beseitigung eines nicht nur für die Rechte des Individuums, sondern akzentuiert für die Rechte der Frauen wichtigen und längst erlangten (Grund-)Rechtes bedarf es einer sich wandelnden Organisationsweise der Geschlechterordnung im Postsozialismus. Darüber hinaus zeigt die Analyse der medialen Diskussion über den inkriminierten Verfassungsartikel, was über das Geschlechterverhältnis hinaus gleichsam mitverhandelt wurde: räumliche Identität.

Die oben angeführten Aussagen der Diskursteilnehmer haben einen offensichtlichen Parolencharakter. Sie sind im Hinblick auf den gesamten Diskurs um §55 gewiss zugespitzte Formulierungen – doch solche, die ihn in einem wesentlichen Punkt beschreiben: Obwohl es sich bei der Frage des Schwangerschaftsabbruches um soziale, medizinische oder auch moralische Kategorien handelt, werden räumliche Vergleiche als wesentliche Argumente angeführt – die »zivilisierte Welt«, »westliche Standards«, »Europa«, die ein solches Verfassungsrecht sämtlich nicht kennen würden; oder »Zimbabwe«, das ein solches Recht habe. Das Abrufen dieser räumlichen Bilder ist gleichzeitig

¹ So beschreibt die damalige Parlamentsabgeordnete Metka Mencin (Interview vom September 2005) die Situation am 23.12.1992, als die Abgeordneten den Parlamentssaal zur Abstimmung betraten, ohne sich wegen dieser offenen Frage sicher sein zu können, dass die Verfassung verabschiedet werden würde. Die Infragestellung der Legitimität des Schwangerschaftsabbruches ist übrigens – mit Ausnahme von Rumänien, wo er im Jahre 1966 strengstens verboten worden war und nach dem Fall Ceaușescu wieder legalisiert wurde (vgl. dazu Verdery 1996: 64) – ein Phänomen, das in allen postsozialistischen Gesellschaften nach 1989 aufgetreten ist, das jedoch nur teilweise untersucht wurde (z. B. von Gal/Kligman 2000).

mit deren Wertung verbunden. Dies verweist auf gesellschaftliche Identitätsmechanismen im Postsozialismus; auf die gewollte und angestrebte Zugehörigkeit zu einem Raum, der ideologisch das »Wir« repräsentieren soll; bzw. auf die Abgrenzung von anderen Räumen, die mitkonstruiert werden (vgl. Weichhart 1990: 94; auch Pott 2002: 110f). Im Zentrum meines Vorhabens befindet sich die gesellschaftliche Positionierung des »Eigenen«, der es am Beispiel des slowenischen Verfassungsdiskurses auf die Spur zu kommen gilt.²

Zunächst folgt eine selektive Darstellung der öffentlich geführten Diskussion um den §55 der slowenischen Verfassung; zentral hierbei ist die Fokussierung des Diskurses auf die Kategorie des Raumes. Durch sie wird gezeigt, dass den angeführten räumlichen Vorstellungen auch eine geschichtliche Dimension immanent ist. Daran anschließend wird der Diskurs im Hinblick auf die Identitätsfindung im Postsozialismus zusammengefasst.

Die Raumdimension des Diskurses um §55 der slowenischen Verfassung³

Die Verschränkung der räumlichen und der identitären Komponente kann pointiert an folgenden zwei Beispielen veranschaulicht werden:

Ivan Štuhec, Professor der theologischen Fakultät in Ljubljana stellt fest, dass eine solche Verfassungsregelung

(...) keines der zivilisierten europäischen Länder, nach denen wir uns so gerne umsehen, besitzt. (Zeitung Večer; 17.12.1991.)

Dazu schreibt Jurij Zalokar im Namen der Christdemokraten des Ortsverbandes Škofljica, dass

jedem Durchschnittsbürger, der diesen Artikel sorgfältig liest, (...) schnell klar [ist], wovon der pervertierte Text handelt. Unserer Meinung nach handelt es sich um eine Fortführung der Verfassung aus den realsozialistischen Jahrzehnten, in denen negative als richtige Werte dargestellt werden. (Zeitung Delo; 21.12.1991.)

Die Formulierung »kein zivilisiertes europäisches Land« lässt darauf schließen, dass das sozialistische Slowenien und seine Verfassungsregelung des Schwangerschaftsabbruches einen Gegenpol darstellen sollen. Solchen in Diskursfragmenten wiederholt vorgebrachten Äußerungen ist zu entnehmen, dass das postsozialistische Slowenien in dieser Debatte nur mit dem zivilisierten Europa verglichen werden darf; dieses stellt das einzig legitime Identifikationsobjekt dar. In Anbetracht der Tatsache, dass hier ein politisches Kräftemessen zwischen reformierten Kommunisten und (christlich orientierten) Oppositionellen stattfand, überraschen solche Stellungnahmen zum Sozialismus, der als antizivilisiert und antieuropäisch dargestellt wird, kaum. Doch sie demonstrieren, dass die angestrebte gesellschaftliche

2 Raum wird hier als Ergebnis einer sowohl individuellen wie kollektiven Konstruktionsleistung konzipiert (vgl. die soziologische Raumtheorie der letzten Jahre: Sturm 2000; Ahrens 2001; Löw 2001; Schroer 2006). Raum ist nicht materiell oder erdräumlich zu verstehen, sondern existiert als das Ergebnis eines kommunikativen Handlungsaktes in Wahrnehmung und Vorstellung. Nicht zuletzt wird er mit einer Bedeutung ausgestattet, welche auch identitätsbildende Formen annehmen kann (vgl. Ahrens 2001: 200). Raum kann als die Verbindung zwischen »Ich« und Kommunikationsgemeinschaft gesehen werden (Agnew 2002: 122) und dabei gemeinschaftsstiftend sein; in dem Sinne, dass durch Räume die Identitätszuschreibung der Menschen, die sie konstruieren, geteilt wird. Genauso wie Räume verstehe ich auch Identitäten als Ergebnisse gesellschaftlicher Praxis; als Resultate von Kämpfen um Bedeutungszuschreibungen innerhalb gesellschaftlicher Diskurse. Identitäten genauso wie Räume sind daher Konstrukte, die zwar als stabil aber nicht als unveränderbar zu verstehen sind (vgl. Pott 2007; Luutz 2005). Gesellschaftliche Umbruchprozesse sind geschichtliche Momente, wie der des Postsozialismus, von denen anzunehmen ist, dass ihre Kategorien Veränderungen ausgesetzt sind.

3 Die Diskursanalyse stützt sich auf einen Datenkorpus von 103 Artikeln, veröffentlicht in den drei größten Qualitätszeitungen Sloweniens (Delo, Ljubljanski dnevnik, Večer), die potenziell von allen gesellschaftlichen Gruppen für die Verbreitung der eigenen Ideen genutzt werden, von Oktober 1991 bis Ende Dezember 1991. Bei der Rekonstruktion des Diskurses wird die wissenssoziologische Diskursanalyse (Keller 2001, 2003, 2004) verwendet, die sich an der Wissenssoziologie von Berger und Luckmann (2004; Orig. 1966) orientiert. Für eine vollständige Ausführung vgl. Kralj (2006).

Zielrichtung im Rahmen des Diskurses auf ein sehr diffuses Konstrukt reduziert wird. So wird in den Diskursfragmenten zwar festgestellt, dass »Europa« ein solches Verfassungsrecht nicht kennt, es wird jedoch nicht hinterfragt, wie die zweifellos stattfindenden Schwangerschaftsabbrüche dort juristisch geregelt sind. Es zeigt sich eine Positivsetzung dieses Raumes, die so absolut zu sein scheint, dass gar nicht sachbezogen argumentiert werden muss. So können, ohne nach Sinn und Praktikabilität zu fragen, westeuropäische Regelungen einfach übernommen werden. Die Debatte verlässt auf diese Weise die Ebene des Rationalen und bedient sich emotional aufgeladener Atmosphären. Dies wird in dem anfangs angeführten Leserbrief noch deutlicher. Alenka Javornik führt das Beispiel eines Landes an, welches als einziges das Recht zum Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung verankert habe. Der Vergleich mit der Verfassung Zimbabwes ruft nicht zufällig die Slowenien drohende »Armut« auf. Hier wird das (u. a. immanent rassistische) Konstruktionsmuster des »Anderen« bedient, auf das Negatives projiziert wird, um sich von ihm abzusetzen. Die Frage nach der Verbindung zwischen der gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruches und dem Reichtum der Gesellschaft bleibt dabei gänzlich undiskutiert und wird durch die nicht weiter begründete Negativsetzung von »Zimbabwe« verwischt. Falls man als Gedankenspiel eine Lesart entwickelt, in der »Zimbabwe« als das alte System übersetzt wird – das sozialistische Slowenien, von dem man sich absetzen will –, zeigt sich die Relevanz der Frage nach dem Reichtum. Denn die Lage der öffentlichen Finanzen gab zum fraglichen Zeitpunkt, am Ende des Sozialismus, kaum Anlass für Optimismus.

Zusammenfassend betrachtet wird deutlich: Die Diskursteilnehmer heben auf einen europäischen Raum ab, der als Gegenbild zum »unverantwortlichen Experimentieren« des alten Systems fungiert. Das ehemalige Jugoslawien hat die »negativen Werte« als positiv deklariert und ist damit das Böse selbst geworden. Das »Opfer« dieses Experimentierens wird genauso deutlich benannt: Slowenien.

Die Identitätsfindung im Diskurs

Für die Untersuchung sozialer Differenzierungsformen wie Identität ist Raum wegen seiner »Grenzeigenschaft« (Pott 2002:110f) von Bedeutung; denn er schafft die Abgrenzung zwischen dem »Eigenen« und dem »Anderen«, ohne die die eigene Identität nicht konstituiert werden kann (vgl. Metzeltin 2000: 29ff). Das Sich-Absetzen-von – durch die negative Aufladung des Sozialismus – und das Sich-Identifizieren-mit – durch die positive Besetzung Europas – zeigt die Dominanz einer symptomatischen Logik des Diskurses: Die räumliche Komponente der Identitätsfindung ist mit einer historischen verknüpft.

Es bestätigt sich ein politisch definiertes Gegensatzpaar, das durch den gesamten Diskurs um §55 der slowenischen Verfassung hindurch zu verfolgen ist. Er ist nicht nur ein Diskurs zwischen Gegnern und Befürwortern der Verfassungsregelung, sondern einer zwischen dem alten System in Form der sozialistischen Verfassung und dem neuen System, das sich eine Verfassung gibt – und damit einer zwischen Sozialismus und Postsozialismus. Diese Dichotomie kann als Weiterführung des Konzepts der Unterteilung in positiv und negativ gesehen werden; als Zweiteilung in unzivilisiert und zivilisiert, arm und reich, linksliberal und rechtskonservativ, Ost und West – dies alles sind Bezeichnungen, derer sich die Diskursteilnehmer bedienen und die die binäre Struktur des Diskurses reproduzieren.

Was zeichnet den Postsozialismus als solchen aus?

Die Binarität des Diskurses entspricht den gemeinhin üblichen Debatten um den Schwangerschaftsabbruch, die in strikter Pro- und Contra-Positionierung geführt werden (Boltanski 2007: 15). Denn die Diskussion darüber führt, wie es auch Luc Boltanski zeigt, ins Herz der Gesellschaft, zu den

grundlegenderen Fragen der Geschlechterordnung, der Erziehung etc.;⁴ und, wie dieser knappe Einblick in die Analyse des slowenischen Verfassungsdiskurses zeigt, offensichtlich auch zu Fragen der politischen Zugehörigkeit, der kollektiven Identität.

Ich konnte aufzeigen, dass Identitätsfindung in der spezifischen historischen Konstellation des slowenischen Postsozialismus sowohl in räumlicher als auch in historischer Hinsicht erfolgt. Darin zeigt sich eine ideologische Determination: Die öffentlich geführte Diskussion fand anhand einer konsequenten Abwertung des Sozialismus statt. Auf den sprichwörtlichen Müllhaufen der Geschichte wurden dabei unhinterfragt auch mit dem Sozialismus assoziierte Regelungen wie jene zum Schwangerschaftsabbruch geworfen.

Auch die postsozialistische Forschung begreift den Sozialismus ähnlich. Dieter Segert beginnt seinen Text zu den Grundbegriffen der Postsozialismus-Forschung mit dem Hinweis darauf, dass der Begriff auf die Brücken zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart hinweist, »auf die Hinterlassenschaften des Staatssozialismus«; und dass die postsozialistische »Gegenwart besser verstanden werden kann, wenn in ihr die Fußspuren des Staatssozialismus erkannt und gedeutet werden können« (Segert 2007: 1). Anhand des aufgezeigten slowenischen Verfassungsdiskurses möchte ich diese Äußerung zuspitzen: Die Fußspuren werden hier nicht nur erkannt und gedeutet, sondern erfahren eine grundlegende Negativsetzung. Postsozialismus ist genauso wie Postkommunismus ein negatives Konzept (Sakwa 1999: 3), dessen Auseinandersetzung mit der Geschichte darin besteht, sie zu negieren und als nicht existent zu betrachten.

Identitätsfindung wird im Spannungsfeld zwischen Sozialismus und Postsozialismus ausgehandelt, wobei der Sozialismus als nichteuropäisch gilt. Den Postsozialismus zu untersuchen heißt daher, sich der grundlegenden Logik der Positionierung des »Eigenen« im Hinblick auf den europäischen Raum zu widmen. Das Konzept des Postsozialismus kann in der Forschung weiterhin als sinnvolle Kategorie verwendet werden, denn es entspricht bestimmten Gegebenheiten politischer Identitätspraxis in den vormals sozialistischen Ländern. Dies dürfte nicht nur für die historische Forschung gelten, denn auch heute lassen sich ähnliche Diskurse in einer Reihe von Staaten beobachten. In ihnen wird einerseits auf den europäischen Raum abgehoben und andererseits die eigene Geschichte zurückgewiesen – sozusagen abgetrieben.

Literaturverzeichnis

- Agnew, John A. (2002): *Making political geography*. London: Arnold.
- Ahrens, Daniela (2001): *Grenzen der Enträumlichung: Weltstädte, Cyberspace und transnationale Räume in der globalisierten Moderne*. Opladen: Leske + Budrich.
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (2004): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M.: Fischer. 20. Aufl., Orig. 1966.
- Boltanski, Luc (2007): *Soziologie der Abtreibung: Zur Lage des fötalen Lebens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Gal, Susan / Kligman, Gail (2000): *Reproducing Gender: Politics, publics, and everyday life after socialism*. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Keller, Reiner (2001): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hgg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band I: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich. S. 113–145.

4 So hat die vollständige Diskursanalyse um §55 der slowenischen Verfassung gezeigt, dass neben den beschriebenen auch religiöse (Heiligkeit des Lebens) und moralische Fragen (Ethik der Ärzte) behandelt worden sind; genauso wie die Frage der Menschenrechte (Fötus als Mensch); auch gesundheitliche (Gesundheit der Frauen) und soziale Fragen (materielle Lebensumstände von Mutter und Kind) waren Teil der Debatte (vgl. Kralj 2006).

- (2003): Der Müll der Gesellschaft. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hgg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band 2: Forschungspraxis. Opladen: Leske + Budrich. S. 197–233.
- (2004): Diskursforschung. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler-Innen. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2. Auflage.
- Kralj, Matej (2006): Das labile Geschlecht des Postsozialismus: Die androzentrische Logik des slowenischen Verfassungsdiskurses. Diplomarbeit: Freie Universität Berlin.
- Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lutz, Wolfgang (2005): Raum, Macht, Einheit: Sozialphilosophische und politiktheoretische Reflexionen. München: M-Press.
- Metzeltin, Michael (2000): Nationalstaatlichkeit und Identität: Ein Essay über die Erfindung von Nationalstaaten. Wien: Drei Eidechsen-Verl.
- Pott, Andreas (2002): Ethnizität und Raum im Aufstiegsprozeß: eine Untersuchung zum Bildungsaufstieg in der zweiten türkischen Migrantengeneration. Opladen: Leske + Budrich.
- (2007): Identität und Raum: Perspektiven nach dem Cultural Turn. In: Berndt, Christian / Pütz, Robert (Hgg): Kulturelle Geographien: Zur Beschäftigung mit Raum und Ort nach dem Cultural Turn. Bielefeld: transcript. S. 27–52.
- Sakwa, Richard (1999): Postcommunism. Buckingham: Open Univ. Press.
- Schroer, Markus (2006): Räume, Orte, Grenzen: Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Segert, Dieter (2007): Postsozialismus – Spätsozialismus – Staatssozialismus: Grundlinien und Grundbegriffe einer politikwissenschaftlichen Postsozialismus-Forschung. In: ders. (Hg.): Postsozialismus: Hinterlassenschaften des Staatssozialismus und neue Kapitalismen in Europa. S. 1–23. Wien: Braumüller.
- Sturm, Gabriele (2000): Wege zum Raum: methodologische Annäherung an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften. Opladen: Leske+Budrich.
- Verdery, Katherine (1996): What was Socialism and What comes next. Princeton: Princeton Univ. Press.
- Weichhart, Peter (1990): Raumbezogene Identität: Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation. Stuttgart: Franz Steiner Verl.

Veronika Siska

Das ironische Spiel mit dem nationalen Mythos in der tschechischen zeitgenössischen Kunst

Der nationale Mythos

Der [nationale] Mythos ist eine symbolisch wirksame Struktur, die die permanenten Funktionen von Bestätigung, Legitimierung und Regulierung für die gesellschaftliche Erhaltung und Erneuerung garantiert.¹

Durch die Visualisierung der Vorstellungen von der eigenen Geschichte stellen nationale Mythen einen wesentlichen Bestandteil der nationalen Identität dar. Sie äußern sich in der Interpretation historischer Ereignisse, in Legenden und in Traditionen. Dabei werden sie nicht nur in politischen Reden instrumentalisiert, sondern bilden ebenfalls den Gegenstand künstlerischer Arbeit. Das vorliegende Dissertationsprojekt untersucht deshalb die Rolle der tschechischen Nationalmythen in ausgewählten zeitgenössischen tschechischen Kunstwerken. Konkret handelt es sich um historische Mythen wie den Mythos vom deutschen Erbfeind, den Hussiten-Mythos sowie den Mythos von der 300-jährigen Finsternis nach der Schlacht am Weißen Berg im Jahre 1620, um Gründungsmythen wie den Libuše-Mythos, um tschechische Sagen wie die Sage von den Blaník-Rittern, um mythisierte Elemente der Epoche der tschechischen Nationalen Wiedergeburt wie die Handschriftenfälschungen, um mythisierte Protagonisten dieser Epoche wie die tschechische Nationalschriftstellerin Božena Němcová, um Märtyrer wie den Heiligen Wenzel oder Jan Palach sowie um den Opfer-Mythos.

Die Dissertationsarbeit konzentriert sich dabei auf die *tschechische* Kunst, also auf die künstlerische Produktion, die von in der damaligen Tschechoslowakei sozialisierten Künstlern stammt und auf Tschechisch und für ein tschechisches Publikum verfasst wurde. Eine Ausnahme bildet das Werk der Exilschriftstellerin Libuše Moníková, das berücksichtigt werden soll, obwohl Moníková auf Deutsch und für ein deutsches Publikum schrieb. Die Behandlung der tschechischen Mythen in ihrem Werk sowie die intertextuellen Bezüge zu anderen ebenfalls tschechische Mythen in den Fokus stellenden Texten lassen sie dennoch als interessant für die vorliegende Untersuchung erscheinen. Ob bzw. inwieweit sich ihre Schreibweise von derjenigen der rein tschechischen Produktion unterscheidet, wird in diesem Zusammenhang noch zu klären sein.

Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt außerdem auf der künstlerischen Produktion seit der politischen Wende 1989. Nichtsdestotrotz sollen auch Texte zur Sprache kommen, die bereits vor dem Fall des Eisernen Vorhangs entstanden sind, sei es im Exil (Libuše Moníková) oder während der tschechoslowakischen Normalisierungsepoche (Jára-Cimrman-Theater).

Aus der Literatur werden Miloš Urbans Debütroman *Poslední tečka za rukopisy* [Der letzte Punkt hinter den Handschriften] (1998)² und sein Roman *Pole a Palisáda* [Feld und Palisade] (2006) sowie das Prosa-Werk von Libuše Moníková (1981–2000) behandelt. Die Kunstgattung Theater wird durch das Jára-Cimrman-Theater (1967–2009, wobei bis heute alle Theaterstücke in der ursprünglichen Inszenierung aufgeführt werden) und die *Babička*- [Großmutter-] Inszenierung von Ivo Krobot am Brünner Theater Husa na provázku (Premiere 1997) repräsentiert. Bildende Kunst kommt vermittels des Reiterstandbildes *Kůň* [Pferd] (1999) von David Černý zur Sprache.

1 Kotte, Eugen: »Not to have ideologies but to be one«. Die Gründungsgeschichte der USA in amerikanischen Schulgeschichtsbüchern aus den Jahren 1968 bis 1985. Hannover 1997. Zitiert nach: François, Etienne / Schulze, Hage: Das emotionale Fundament der Nationen. In: Monika Flacke (Hrsg.): *Mythen der Nationen. Ein europäisches Panorama*. Berlin 1998. S. 17–32, hier: S. 19.

2 Miloš Urbans Debütroman erschien unter dem Pseudonym Josef Urban.

Die Wahl von Beispielen aus drei Kunstgattungen trägt der Tatsache Rechnung, dass nationale Mythen nicht an den Grenzen einer Kunstgattung Halt machen. Zudem wird durch diese Bandbreite das Textkorpus durch Methoden der Kultursemiotik beschreibbar.

Das Spiel

Der spielerische Umgang mit den Nationalmythen ist in den gewählten Texten offensichtlich.

Nicht erst seit Johan Huizingas kulturanthropologischer Definition des Spiels,³ sondern bereits seit Friedrich Schillers Spielkonzept⁴ und spätestens seit Ludwig Wittgensteins Begriff der »Sprachspiele«⁵ wird die gesamte Kunst als Spiel beschreibbar. Und obwohl Wittgensteins Ansatz nicht nur die Postmoderne wesentlich beeinflusst,⁶ sondern auch dazu geführt hat, dass seitdem der Spielbegriff inflationär gebraucht wird,⁷ eignet er sich gerade durch seine Dehnbarkeit ausgezeichnet dazu, den Umgang mit Nationalmythen in der tschechischen zeitgenössischen Kunst zu beschreiben. Freilich sind Spieldefinitionen, die Literatur und Kunst als Ganzes als Spiel begreifen, für die vorliegende Textanalyse unbrauchbar. Deshalb richtet die Arbeit ihren Fokus zunächst auf die verschiedenen Ebenen, auf welchen mit Nationalmythen gespielt wird. Das sind neben der sprachlichen und der Gattungsebene ebenfalls die Autor-, die Erzähler- sowie die Leserebene. Anschließend werden die einzelnen Spielmöglichkeiten mit dem Nationalmythos vorgestellt. Konkrete Spielformen werden dabei beispielsweise der Entwicklungspsychologie entlehnt, so z. B. der Begriff des »Fiktionsspiels« oder des »Konstruktionsspiels«.⁸ Das »Fiktionsspiel« stellt kindliche Handlungen in den Vordergrund, die auf die Produktion von Fiktion konzentriert sind. Dies können im Kontext der vorliegenden Dissertationsarbeit fiktive Details eines Nationalmythos sein, wie bei Miloš Urban, oder die Erfindung ganzer Persönlichkeiten, wie es den »Vätern« der fiktiven Figur Jára Cimrman gelungen ist. Das »Konstruktionsspiel« manifestiert sich in der postmodernen Kunst als Montagetechnik. Nach dem Vorbild von Kindern, die bestehende Komplexe demontieren, um sie wieder neu zusammenzustellen, verfahren im Hinblick auf Nationalmythen Libuše Moníková oder David Černý, so dass sich beispielsweise die Protagonisten der tschechischen Nationalen Wiedergeburt, die sich teilweise nicht gekannt haben können, in Moníkovás Roman »Die Fassade« bei einem gemeinsamen Essen einfinden. Schließlich wird ebenfalls – in Form von Verkleidungsspielen – mit Geschlechterrollen gespielt, z. B. wenn die Großmutter⁹ in Ivo Krobots gleichnamigem Theaterstück von einem männlichen bärtigen Schauspieler verkörpert wird oder die zwei (männlichen) Handschriftenfälscher Václav Hanka und Josef Linda zu Frauen werden, die die Vornamen Hanka und Linda tragen.

Welche weiteren Kategorisierungen des Spiels für die vorliegende Untersuchung relevant sind, muss in diesem Zusammenhang noch geklärt werden.

- 3 »Spiel ist eine freiwillige Handlung oder Beschäftigung, die innerhalb gewisser festgesetzter Grenzen von Raum und Zeit nach freiwillig angenommenen, aber unbedingt bindenden Regeln verrichtet wird, ihr Ziel in sich selber hat und begleitet wird von einem Gefühl der Spannung und Freude und einem Bewusstsein des »Anderseins« als das »gewöhnliche Leben.« Huizinga, Johan: *Homo ludens*. Vom Ursprung der Kultur im Spiel. Hamburg 2006. S. 37 (Niederländisches Original: *Homo ludens*. 1930).
- 4 Schiller, Friedrich: Über die ästhetische Erziehung des Menschen in einer Reihe von Briefen. Hrsg. von Klaus L. Berghahn, Stuttgart 2000, insbes. 14., 15. und 27. Brief, S. 55–64 und S. 114–123.
- 5 Wittgenstein, Ludwig: *Philosophische Untersuchungen*. Kritisch-genetische Edition. Hrsg. von Joachim Schulte. Frankfurt am Main 2001. S. 573.
- 6 Vgl. dazu: Derrida, Jacques: *Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaften vom Menschen*. In: *Die Schrift und die Differenz*. Frankfurt a. M. 1975. S. 422–442; Lyotard, Jean-Francois: *Das postmoderne Wissen*. Ein Bericht. Graz und Wien 1986.
- 7 Vgl. Anz, Thomas: *Das Spiel ist aus? Zur Konjunktur und Verabschiedung des »postmodernen« Spielbegriffs*. In: Henk Harbers (Hrsg.): *Postmoderne Literatur in deutscher Sprache. Eine Ästhetik des Widerstands?* Amsterdam und Atlanta, GA 2000, S. 15–34.
- 8 Oerter, Rolf: *Spiel und kindliche Entwicklung*. In: Rolf Oerter und Leo Montada (Hrsg.): *Entwicklungspsychologie*. Weinheim und Basel 2008, S. 236–249.
- 9 Gemeint ist hiermit die Protagonistin des berühmten Romans »Babička« von Božena Němcová.

Geschichtlicher Rückblick

Das Spiel mit Nationalmythen ist aber nicht erst der zeitgenössischen Kunst inhärent.

Vladimír Macura hat den hohen Stellenwert des Spiels bereits in der Anfangsphase der Epoche der Nationalen Wiedergeburt herausgestellt.¹⁰ Als Spiel definiert er dabei die einzelnen Handschriftenfälschungen des 19. Jahrhunderts – die Königshofer und die Grünberger Handschrift sind hierbei die bekanntesten. Ein Spiel sieht er ebenfalls in der Entstehung der fiktiven Dichterinnen Žofie Jandová und Marie Čacká. Das Spielerische besteht laut Macura nicht allein in der Erschaffung dieser fiktiven Handschriften und Personen, sondern darüber hinaus in deren Parodierung bereits in der Epoche der Nationalen Wiedergeburt. Das Spiel um Jandová und Čacká potenziert sich zudem, als sich ihre Gedichte 1832 in der »Cheskian Anthology«, einer Anthologie englischer Übersetzungen tschechischer Lyrik, wiederfinden, deren Herausgeber John Bowring das Spiel um die fiktive Identität offensichtlich nicht durchschaut hat.

Das Wesen des Spielcharakters der tschechischen Wiedergeburtkultur, also der Doppelcharakter des Realen und des Vorgetäuschten, ist Macuras Meinung nach auf die Tatsache zurückzuführen, dass aufgrund der historischen Entwicklung Böhmens die sich formierende tschechische Nation nicht auf einer tschechischen Kultur aufbauen konnte, sondern diese erst – im Spiel – erfinden musste. Damit wird aber bereits im 19. Jahrhundert eine (Spiel-)Strategie angelegt, die bis in die Gegenwart nicht an Wirksamkeit verloren hat.

Die Ironie

Das Spiel mit den Nationalmythen, dem Vehikel der nationalen Identität, erscheint zugleich immer auch als ein Akt der Selbstironie. Eine solch ironische Darstellungsweise der Mythen in der Kunst der Gegenwart entspricht – wiederum – der ironischen Darstellungsweise der Mythen in der Epoche der Nationalen Wiedergeburt.¹¹ Ein solches selbstironisches Spiel erscheint aber paradox, zielen doch Nationalmythen auf die Konstruktion der nationalen Identität, die selbstironische Brechung hingegen läuft dieser Absicht offensichtlich zuwider. Von dieser Doppelbödigkeit der Ironie als einem Rhythmus der »Selbstschöpfung und Selbstvernichtung«¹² spricht im Zusammenhang mit der Romantischen Ironie aber bereits Friedrich Schlegel. Er und die deutschen Romantiker verstehen die Ironie dabei nicht mehr als eine rhetorische Figur, also als den Ausdruck des Gegenteils des Gemeinten, sondern – unter Berufung auf die Sokratische Ironie – als »die Stimmung, welche alles übersieht, und sich über alles Bedingte unendlich erhebt, auch über die eigene Kunst, Tugend, oder Genialität«.¹³ Diese Simultaneität von sowohl *in* als auch *außerhalb* eines Systems stehend sowie das Leiden an der damit verbundenen Zerrissenheit wird später auch als Bruch in der Welt empfunden.¹⁴ Der Dekonstruktivist Paul de Man schließlich sieht die Ironie in einer »absoluten Ironie« gipfeln, d. h. »in der Erkenntnis der Unmöglichkeit einer Versöhnung des Idealen und des Realen«. Diese Diskrepanz zwischen Ideal und Wirklichkeit sieht Vladimír Macura bereits in der Epoche der tschechischen Nationalen Wiedergeburt

10 Macura, Vladimír: Znamení zrodu. České obrození jako kulturní typ [Zeichen der Geburt. Tschechische Nationale Wiedergeburt als Kulturtypus]. Jinočany 1995.

11 Macura spricht in diesem Zusammenhang vom »ironischen Unterton« [tsch. Original: »[i]ronický podtón«], den der spielerische Umgang mit der sich gerade formierenden tschechischen Kultur mit sich bringt. Vgl. Macura, Vladimír: Znamení zrodu. Jinočany 1995, S. 105.

12 Schlegel, Friedrich: Kritische Fragmente, Fragment Nr. 37. In: Kritische Friedrich-Schlegel-Ausgabe. Hrsg. von Ernst Behler. Bd. 2, München 1967, S. 151. Zitiert nach Behler, Ernst: Ironie. In: Gert Ueding (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Bd. 4. Tübingen 1998. Sp. 599–624, hier: 611.

13 Schlegel, Friedrich: Kritische Fragmente, Fragment Nr. 42. In: Kritische Friedrich-Schlegel-Ausgabe. Hrsg. von Ernst Behler. Bd. 2, München 1967, S. 152. Zitiert nach Behler, Ernst: Ironie. In: Gert Ueding (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Bd. 4. Tübingen 1998. Sp. 599–624, hier: 610.

14 Vgl. Behler, Ernst: Ironie. In: Gert Ueding (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Rhetorik. Bd. 4. Tübingen 1998. Sp. 599–624, hier: 620ff.

gegeben, und zwar im Wunsch der tschechischen Erwecker nach einer tschechischen Kultur, die an die tschechische Sprache angebunden ist (Ideal), sowie deren Absenz und dem stattdessen als Kultursprache existierenden Deutsch (Wirklichkeit). Bezogen auf die tschechische zeitgenössische Kunst öffnet diese Ironie-These das Thema auf die Fragestellung nach der Krise der tschechischen Nach-Wende-Zeit hin, die jedoch nicht mehr Bestandteil der Untersuchung ist.

Katharina Stadler

Zwischen staatlicher Integrität und ethnischer Autonomie – Identitätsfindung in zeitgenössischer georgischer Musik

Georgien liegt an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien. Jahrhunderte lang und bis in die Gegenwart hinein wurde diese Region von diversen Handelsstraßen, die durch sie hindurch führten, und auch vom Interesse verschiedener Großmächte sowohl in ihrer politischen als auch in ihrer kulturellen Geschichte beeinflusst. Die kulturelle Tradition Georgiens ist somit eng verwoben mit der Einflussnahme fremder Kulturen und doch weist auch das Land an sich ein vielschichtiges kulturelles und ethnisches Erbe auf.

Heute ist Georgien ein souveräner Staat, welcher sich inmitten seiner politisch prekären Lage eines regen Kulturlebens erfreut. Musik ist einer der Mosaiksteine im Geschehen und dabei doch viel mehr: Die Stellung von Musik ist in Georgien sowohl im kulturellen Gedächtnis als auch im alltäglichen Dasein herausragend. Keine zwischenmenschliche Begegnung, keine Feierlichkeit ohne Gesang – es scheint, als wäre Musik omnipräsent.

Diese Allgegenwärtigkeit ist die bestimmende Basis traditioneller und auch zeitgenössischer Musik. Sie definiert gleichzeitig die Interaktion von Musikern und Publikum.

Traditionen als Grundlage

2001 wurde der Georgische Polyphongesang in die Liste der UNESCO-Meisterwerke des mündlichen und immateriellen Kulturerbes aufgenommen.¹ Dies bedeutet sowohl Ehrung als auch explizite Protektion. Die Auszeichnung vernachlässigt jedoch eine Frage: Kann in Georgien überhaupt von *einer* musikalischen Tradition gesprochen werden? Und kann selbst die georgische Polyphonie, auf nur *einen* Nenner reduziert, als homogene Musikpraxis dargestellt werden?

Traditionelle georgische Musik ist vor allem von Regionalität geprägt. Geographische aber auch linguistische Unterschiede gehören zu den Komponenten, welche diese regionale Vielfalt auszeichnen. Musikalisch gesehen können verschiedene Polyphontypen und auch andere musikalische Praktiken wie z. B. einstimmige Wiegenlieder oder Instrumentalmusik unterschieden werden.²

Einleitend wurden die vielfältigen kulturellen Interaktionen der Region in Vergangenheit und Gegenwart erwähnt. Dieser Austausch spiegelt sich auch im musikalischen Erbe wider. Vereinfacht dargestellt können die Einflüsse in zwei Kategorien unterteilt werden: in offenkundige und verborgene Einflüsse.

Exemplarisch für die offenkundige Einflussnahme kann das *Tbilisier Lied* mit seinen Referenzen zu Klängen, welche sich am persisch-türkischen Maqamsystem orientieren, angeführt werden.³ Verborgene Bezugnahmen sind hingegen oft schwer aufzuzeigen. Diese sind meist auch älter als die heute wahrnehmbaren offenkundigen Bezüge und können daher ihrem Ursprung oft nicht explizit zugeordnet werden. Ob der Versuch, diese aus dem musikalischen Material allein der Differenzierung wegen herauszudestillieren sinnvoll ist, kann nicht eindeutig beantwortet werden.

1 Vgl. www.unesco.de/immaterielles-kulturerbe.html.

2 Auf die Vielzahl der regionalen musikalischen Traditionen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Jedoch soll erwähnt sein, dass es nicht erst der Auszeichnung der UNESCO sondern bereits der ethnisch-kulturellen Hervorhebung Georgiens im Vielvölkerstaat Sowjetunion zuzuschreiben ist, dass im nicht-georgischen Ausland vor allem die Mehrstimmigkeit als nationales Musikmerkmal Georgiens bekannt wurde.

3 Vgl. Ziegler, Susanne. *Georgien*. in: Finscher, Ludwig (Hg.). *Die Musik in Geschichte und Gegenwart*. Sachteil Band 3. Bärenreiter. Kassel. 1995. Sp. 1271–1282.

Die musikalischen Traditionen anderer Kulturen bzw. Ethnien in Georgien sind gleichfalls nicht homogen abgeschottet und der kulturelle Austausch ist somit nicht immer eindeutig nachzuvollziehen. In Anbetracht der nicht nur in ethnischer Hinsicht vielfältigen Region muss neben der Interaktion zwischen vereinzelt Volksgruppen auch eine Tendenz der Abgrenzung beachtet werden.

Momentan arbeiten vor allem georgische Musikethnologen an der Differenzierung verschiedener regionaler Stile. Der Fokus meiner Recherchen liegt jedoch weder auf der Kategorisierung traditionellen Kulturgutes noch auf seiner Konservierung. Forschung zu zeitgenössischer Musik in Georgien bekam spätestens durch den UNESCO-Beschluss einen problematischen Ausgangspunkt: Mit der Fokussierung der Tradition und ihrer Hervorhebung und Protektion durch die UNESCO wird gleichzeitig jegliche Neuerung, Änderung und Weiterentwicklung traditionellen Musikgutes nicht nur in Frage gestellt sondern regelrecht abgelehnt.⁴

Innovation – und Identität

Vergangenheit und Gegenwart, Tradition und Innovation liegen näher beieinander als manche Musikethnologen es wahrhaben möchten. Zeitgenössische Musiker in Georgien machen explizit durch ihren Bezug zu traditioneller Musik auf sich aufmerksam. Georgische Musiker, ob sie in Georgien oder im Ausland leben, pflegen die teils aktive, teils passive Auseinandersetzung mit Traditionen, scheuen gleichzeitig aber nicht vor innovativem Komponieren und Musizieren zurück.

Die Verschmelzung traditioneller und aktueller musikalischer Strömungen zeigt sich in mannigfaltiger Ausführung – manche so einzigartig, dass sie noch keine neuen Trends gesetzt haben. Im Folgenden möchte ich zwei Tendenzen, welche vordergründig erkennbar sind, aufzeigen.

- Das Aufgreifen spezifischer regionaler Musikmerkmale ist bei einigen Musikern verbunden mit einem herausragenden Interesse am traditionellen Kulturgut ihres Landes bzw. ihrer Region. Die Intensität der Recherchen ist das Außergewöhnliche an diesen Musikern, die der musikalischen Elite des Landes zugeordnet werden können. Die Auseinandersetzung mit traditionellen Charakteristika erfolgt durch Analysen traditioneller Musik sowie durch Zusammenarbeit mit Instrumental- und Gesangsspezialisten. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle das Projekt *EgAri* von The Shin. Die Gruppe versucht, den Dialog zwischen Altem und Neuem, Ost und West sowie Eigenem und Fremdem wieder aufzunehmen. Nach Ansicht der drei Musiker setzen sie damit den friedlichen Austausch, welcher charakteristisch für die georgische Kultur ist, fort.⁵ Das Projekt vereint nicht nur traditionelle und neuere Klänge, sondern integriert über Gastmusiker auch traditionelles Musikgut. Im Booklet einer Live-Aufnahme deklarieren die Musiker: »[Das Projekt] *EgAri* ist für Tradition, aber für eine, die sich weiter entwickelt, weil, nur das, was sich bewegt, lebt weiter.«⁶ Es ist genau dieses Bewusstsein – in einer langen Traditionslinie von Musikern zu stehen –, welches zu einer Stellungnahme in Bezug auf die Korrelation von Tradition und Identität wird. Die eigene Identität kann nicht an etwas Altes, Statisches geknüpft werden; sie versucht vielmehr, Vergangenheit und Gegenwart stets aufs Neue miteinander zu verweben.
- Der Eklat um den georgischen Eurovision-Wettbewerbssong *We Don't Wanna Put in* zeigte im vergangenen Frühjahr die Brisanz politisch motivierter bzw. intendierter Musik.⁷ Dies ist

4 Vgl. Tsitsishvili, Nino. *National Ideologies in the Era of Global Fusions: Georgian Polyphonic Song as a UNESCO-Sanctioned Masterpiece of Intangible Heritage*. In: www.music.ucsb.edu/projects/musicandpolitics. Winter 2009.

5 Vgl. www.theshin-music.com/egari.

6 Vgl. The Shin. *EgAri*. JARO Medien. Bremen. 2006.

7 Das Lied *We Don't Wanna Put in* von St'epane & 3G kann als georgische Antwort auf den August 2008-Krieg verstanden werden. Diese bestand jedoch nicht aus dem Text alleine, sondern vor allem aus der Performance während des nationalen Auswahlverfahrens, welche die unmissverständliche Aussage »We don't want Putin« – gemeint ist Ministerpräsident Vladimir Putin – unterstrich. Das Prozedere der Eurovision Jury war kurz: Entweder der Text werde geändert oder die Teilnahme unterbunden. St'epane & 3G zogen daraufhin ihren Beitrag zurück,

jedoch kein erst seit August 2008 auftretendes Phänomen, sondern steht vielmehr in einer langen Tradition.

Anhand eines Beispiels möchte ich die Komplexität zeitgenössischer Musik im Kontext der aktuellen politischen Debatte aufzeigen:

Im Jahr 2007 gewann der Sänger Zaza K'orint'eli, bekannt unter seinem Künstlernamen Zumba, mit seinem melodischen Lied *Gamarjoba Apkhazeto*⁸ den Wettbewerb *P'at'rinot'i*.⁹ In Zumbas Lied wird von einer neuen Zeit gesungen – immer mit dem Blick auf und der Sehnsucht nach Abchasien. Das durch *P'at'rinot'i* produzierte Musikvideo zeigt den lang erwarteten Aufbruch nach Sochumi, der am Schwarzen Meer gelegenen Hauptstadt Abchasiens in Form eines freudigen Verabschiedens und der Abfahrt mit Bus, Bahn und Boot – nur ist diese Unternehmung gegenwärtig aufgrund der politischen Lage ausgeschlossen. Die Diskrepanz zwischen dem ursprünglichen Text und dem Musikclip, welcher 2007 zwischen werbungsähnlichen Kurzbeiträgen zum georgischen Militär sowohl im staatlichen Fernsehen als auch in Tbilisis U-Bahnstationen gezeigt wurde, gibt zunächst keine klare Antwort auf Zumbas Identitätskonzept. Die Frage nach der Instrumentalisierung von einerseits dem Gedicht T'abidzes und andererseits dem Lied Zumbas kann und muss gleichzeitig gestellt werden.

Allgemein kann beobachtet werden, dass der Frage nach nationaler Integrität vor allem in Liedtexten nachgegangen wird. Dies unterbindet natürlich keine traditionellen musikalischen Bezüge, jedoch kann die Fokussierung auf Nationalstaatlichkeit und die Zusammengehörigkeit eines Volkes in Worte gefasster klarer ausgedrückt werden.

Zumbas Wahl, ein Gedicht über Abchasien abgeändert zu vertonen sowie das von *P'at'rinot'i* konzipierte Musikvideo beziehen, beide motiviert durch die politisch angespannte Lage, in einer patriotischen Aussage eindeutig Position. Musik wird hier zum Zweck der Stärkung nationaler Identität und Einheit eingesetzt.

Die zwei aufgezeigten Tendenzen zeigen unterschiedliche Positionierungen zu Tradition und Gegenwart. Gemeinsam ist ihnen jedoch der konstante Wandel an Bezügen, ob im musikalischen oder im politischen Umfeld. Dieser lässt nur momentane Deutungen, nicht aber statische Definitionen ihrer Identitätskonzepte zu.

Forschungsausblick

Das zentrale Anliegen meiner Dissertation umfasst vorerst die Frage nach verschiedenen musikalischen Spezifika traditioneller Musik und ihrer Adaption in zeitgenössischer Musik verschiedenster Stilrichtungen. Zentral soll die Einbettung dieser Rezeption in den Kontext der heutigen georgischen Gesellschaft beleuchtet und nach Identitätskonzepten in zeitgenössischer Musik in Georgien gesucht werden.

Neben der musikethnologischen und der musiksoziologischen Literaturrecherche werden politologische, soziologische und historische Ansätze berücksichtigt. Vor allem wird der Fragestellung nach musikalischer Identität anhand von Interviews mit traditionellen sowie zeitgenössischen Musikern und Theoretikern nachgegangen.

Die Dissertation soll einen zentralen Beitrag zum Verständnis transformatorischer und identitätsstiftender Prozesse im musikalischen Kontext in Georgien leisten.

Georgien nahm am Eurovision Song Contest 2009 in Moskau nicht teil.

8 *Gamarjoba, Apkhazeto, Sheni* (Hallo, Abchasien, an Dich) – ein Gedicht des bekannten Dichters Galaktion T'abidze bildet den Ausgangspunkt für den Text von Zumbas Lied.

9 2005 wurde der Wettbewerb *P'at'rinot'i*, ein von der Regierungspartei Ertiani Natsionaluri Modzraoba (Nationale Bewegung) ins Leben gerufener Song Contest, zum ersten Mal ausgetragen. Der Wettbewerbsname kombiniert die Wörter *p'at'riot'* und *not'i* und steht für die Suche nach einem jährlich zu kürenden herausragenden patriotischen Lied. Der Gewinner des Wettbewerbs darf sich über die Produktion eines Musikvideos freuen.

Marc Zivojinovic

»Jugonostalija« – ein postsozialistisches Identitätskonstrukt?

Fragen nach Identitätskonstruktionen sind in der Wissenschaft bereits seit einigen Jahren en vogue, was nicht zuletzt auch dieser Kongress zeigt. Gerade in Bezug auf Ost- und Südosteuropa verspricht die Frage – ihre Beantwortbarkeit vorausgesetzt –, Hilfe für das Verständnis dessen zu leisten, was den kulturellen Kern der betreffenden Gesellschaften ausmacht.

Das Wort Konstrukt verweist auf eine gewisse Künstlichkeit von Identität. Ob sich diese nun im zivilgesellschaftlichen Wechselspiel der Diskurse formiert, durch Auseinandersetzungen mit der Umgebung geprägt oder durch politische Eingriffe planvoll erzeugt wird – sie ist in einem gewissen Maß immer kontingent. Wenden wir uns dem jugoslawischen Beispiel zu, so können wir in historischer Perspektive das tragische Scheitern eines Meta-Identitätskonstruktes studieren, das ebenfalls nicht natürlich auf die Welt gekommen war, sondern in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges geboren wurde. Es bezog sich auf ein gemeinschaftliches Leben verschiedener Ethnien und Glaubensgemeinschaften in »Brüderlichkeit und Einheit«, eine Identität, deren Kern der »sozialistische Patriotismus« und der gemeinsame Glaube an das kommunistische Ideal und dessen weltliche Verkörperung in Form der Selbstverwaltung waren. Sie sollte von der staatlich forcierten Erinnerung an den »heroischen Kampf« der Partisanen gegen den faschistischen Aggressor geprägt werden.¹ Dieses Konstrukt wurde von der jugoslawischen »Lichtgestalt« Josip Broz Tito überwölbt und verdichtete sich im Kult um seine Person.²

Man muss jedoch festhalten, dass sich die Versuche, eine gesamtjugoslawische »Super-Identität« zu schaffen, die noch während des Partisanenkrieges gestartet wurden, ab Mitte der 1960er Jahre bereits wieder abschwächten.³ Das sozialistische Jugoslawien war durchweg von einer Doppel-Identität geprägt, die es seinen Bürgern ermöglichte, sich gleichermaßen als Jugoslawen und als Angehörige ihrer jeweiligen ethnisch, religiös oder national verfassten Gemeinschaft zu begreifen. Mit einer ähnlichen Form von doppelter Identität ist auch das in Vielfalt geeinte Europa konfrontiert und es muss sich erst noch zeigen, ob das suprastaatliche europäische Konstrukt die daraus resultierenden Probleme dauerhaft lösen kann.⁴

Inwiefern das Versagen des jugoslawischen Meta-Identitätskonstruktes Voraussetzung oder Resultat der kriegerischen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre war, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Stattdessen möchte ich einige Anmerkungen zum Phänomen der sogenannten »Jugonostalgie«, des nostalgischen Umgangs mit dem untergegangenen zweiten jugoslawischen Staat machen. Das Thema ist auch der deutschen Debatte nicht fremd, weist es doch einige Analogien zur Auseinander-

1 Höpken, Wolfgang: Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat: Jugoslawien 1944–1991, in: Petra Bock, Edgar Wolfrum (Hg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, hrsg. von Petra Bock und Edgar Wolfrum, Göttingen 1999, S. 210–243, hier S. 220f., Ders.: Zwischen »Klasse« und »Nation«: Historiographie und ihre »Meistererzählungen« in Südosteuropa in der Zeit des Sozialismus (1944–1990), in: *Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas* (2000), S. 15–60, hier S. 54f.

2 Zur Bedeutung des Titokultes in Hinblick auf eine jugoslawische Identität siehe Hinweise bei: Petzer, Tatjana: »Tito« – Symbol und Kult: Identitätsstiftende Zeichensetzung in Jugoslawien, in: *Geschichte (ge-)brauchen. Literatur und Geschichtskultur im Staatssozialismus: Jugoslawien und Bulgarien*, hrsg. von Angela Richter und Barbara Beyer, Berlin 2006, S. 113–130.

3 Lane, Ann: *Yugoslavia. When Ideals Collide*, Basingstoke 2004, S. 116, Perica, Vjekoslav: *Balkan Idols. Religion and Nationalism in Yugoslav States*, Oxford, New York 2002, S. 99f.

4 So verweist Christian Voss auf die Analogien des Multinationalitätskonstruktes der EU und Jugoslawiens und stellt die Frage, ob die EU überhaupt ahne, wie jugoslawisch ihre Probleme seien. Voss, Christian: *Einheit in der Vielfalt? Eine Gegenüberstellung der Kulturpolitik in Tito-Jugoslawien und der Europäischen Union*, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 48 (2008), S. 42–59.

setzung mit dem »Ostalgie-Phänomen« auf. Stefan Wolle brachte in Bezug auf Ostdeutschland die These auf, dass die DDR-Identität geboren wurde, als die DDR starb.⁵ Das lässt sich in dieser Schärfe nicht auf Jugoslawien übertragen, wohl aber die Frage, was aus der jugoslawischen Identität wurde, nachdem der Staat zerfallen war. Die exjugoslawischen Republiken haben seit 1990 eine tiefgreifende Transformation durchlebt, die zwar in den einzelnen Staaten höchst unterschiedlich verlaufen ist, aber inzwischen überall zu einer Pluralisierung der Gesellschaften geführt hat. Dies blieb nicht ohne Folgen für das kulturelle Gedächtnis, das sich ebenfalls pluralisierte, so dass zersplitterte Gedächtnislandschaften entstanden.⁶ Wenn wir davon ausgehen, dass kollektiven Gedächtnissen eine entscheidende Rolle in der Formierung von Identitäten zukommt,⁷ dann lohnt der Blick auf den postsozialistischen Umgang mit der Vergangenheit. Diese Vergangenheit ist im exjugoslawischen Raum in doppelter Hinsicht geteilt: Einerseits als gemeinsame Geschichte innerhalb des sozialistischen Staates, andererseits in divergierende Deutungen dieser Vergangenheit mit einer großen Bandbreite an Geschichtsinterpretationen. Innerhalb dieses Interpretationsspielraums finden sich ablehnende wie affirmativ-nostalgische Deutungen. In allen postsozialistischen Republiken lässt sich dabei ein Trend zum nostalgischen Umgang mit der Vergangenheit ausmachen, der nicht mit dem Erfolg des Transformationsverlaufes zu korrelieren scheint. Nicht nur die »Transitionsverlierer« wenden sich einer »goldenen Vergangenheit« zu, sondern auch die Gewinner. So stellen die Slowenen inzwischen den größten Anteil derjenigen, die zum gesamtjugoslawischen Erinnerungsort des Tito-Mausoleums nach Belgrad reisen.⁸ Der frühere jugoslawische Staats- und Parteichef Josip Broz Tito (1882–1980) gibt bis heute einen wichtigen Referenzpunkt in der Beschäftigung mit der eigenen Geschichte ab. Der nostalgische Zugang bleibt davon nicht ausgenommen. Zum offiziellen Geburtstag des Staatschefs am 25. Mai versammeln sich jährlich Menschenmassen in seinem Geburtsort im kroatischen Kumrovac, genauso wie zu seinem Todestag am 4. Mai im Belgrader Mausoleum.⁹

Identitätsmarker – und einen solchen stellt Tito zweifellos dar – lassen sich als symbolisches Kapital begreifen, das nicht nur in politisches konvertierbar ist, sondern auch kommerziell verwertet werden kann. So entstand insbesondere in Slowenien, Serbien und in geringerem Umfang auch in Kroatien ein Erinnerungsmarkt, für den Nostalgie eine wichtige Rolle spielt. Dieser umfasst neben dem weiten Feld der Publizistik und dem unvermeidlichen Tito-Kitsch auch eine touristische Vermarktung der ehemaligen Wirkungsstätten des Staatsgründers. Ob der geneigte Besucher nun in der ehemaligen Tito-Residenz in Bled, die inzwischen zu einem 5-Sterne-Hotel avanciert ist, übernachten will, sich auf der kroatischen Insel Brioni in Titos Cadillac chauffieren lassen oder in Belgrad den vormaligen Staatszug besteigen möchte¹⁰ – in allen genannten Fällen spiegelt sich eine anhaltende Faszination für den charismatisch begabten Staatschef. Nostalgie wird neben schlichter Neugierde eine der Triebfedern sein. Aber was verbirgt sich hinter der Rede von Nostalgie?

Der Begriff wird höchst unterschiedlich gebraucht und zwar meist normativ aufgeladen: Verbreitet ist seine Charakterisierung als negative Erinnerungsleistung, wenn nicht gar als »nationsweite midlife-

- 5 Wolle, Stefan: Herrschaft und Alltag, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 26/97, 20.06.1997, S. 31.
- 6 Sundhaussen, Holm: Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten: Konstruktion, Dekonstruktion und Rekonstruktion von »Erinnerungen« und Mythen, in: *Mythen der Nationen: 1945 – Arena der Erinnerungen* (Bd. 1), hrsg. von Monika Flacke, Berlin 2004, S. 373–426, hier S. 388f.
- 7 Assmann, Jan: Gedächtnis und kulturelle Identität, in: *Kultur und Gedächtnis*, hrsg. von Jan Assmann und Tonio Hölscher, Frankfurt/Main 1988, S. 9–20, hier S. 13f.
- 8 Martens, Michael: Mit Marschall Tito zurück in die Jugend, in: *FAZ* vom 5. Mai 2009. Siehe: <http://www.faz.net/s/RubDDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E2FFE3C421AAD44CF81F30553777E6E22~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (zuletzt eingesehen: 9. Juli 2009).
- 9 Zu den Feiern des Geburtstages siehe die Beiträge in: *O Titu kao mitu. Proslava Dana mladosti u Kumrovcu* [Tito als Mythos. Die Feiern des Tages der Jugend in Kumrovac], hrsg. von Škribić-Alempijević, Nevana/Hjemdahl, Kirsti Mathiesen, Zagreb 2006.
- 10 Zu den genannten Beispielen einer touristischen Vermarktung siehe: Volčić, Zala: *Yugo-Nostalgia: Cultural Memory and Media in the Former Yugoslavia*, in: *Critical Studies in Media Communication*, 24 (2007) 1, S. 21–38, hier S. 30. Wengert, Veronika: Der unsterbliche Tito. *Eurasisches Magazin*. Siehe: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20070511> (zuletzt eingesehen: 11. April 2009).

crisis«.¹¹ So verstanden bezeichnet Nostalgie eine historische Fehlinterpretation, die sich bis zur sentimentalsten Realitätsflucht ausweiten kann. Ein solches Verständnis wird von der Begriffsgeschichte determiniert, da »Nostalgie« im 17. Jahrhundert zunächst als ein pathologisches Krankheitsbild beschrieben wurde.¹²

Aber es scheint auch eine andere Lesart möglich zu sein: Nostalgie lässt sich als eine mögliche Antwort auf eine defizitäre Gegenwart begreifen. Dieses Defizit muss nicht materiell bedingt sein, sondern kann auch aus einem Identitätsverlust erklärt werden. Hierbei wird die Vergangenheit zu einem plausiblen Referenzpunkt für Werte und Sinngehalte.¹³ Dabei geht es nicht nur um ein pauschales »früher war alles besser«. Im jugoslawischen Fall kann Nostalgie auch bedeuten, dass die Erinnerung an ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien in einem gemeinsamen Staatswesen noch präsent ist und gegenüber der ethnisch separierten Gegenwart – insbesondere vor der Kontrastfolie der Kriegserlebnisse – positiv eingeschätzt wird. Befunde aus Bosnien verweisen auf zwei differenzierte Strömungen nostalgisch verfasster Erinnerung. Einerseits werden bestimmte Aspekte des jugoslawischen Staates wie die soziale Sicherheit aber auch der allgemeine Optimismus der Bevölkerung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erinnert. Tito wird dabei nicht als diktatorische Herrschaftsfigur gesehen. Diese Form nostalgischer Erinnerung wird vor allem von den älteren Generationen gepflegt und ist daher in hohem Maße vergangenheitsbezogen, wobei immer auch das eigene Jungsein miterinnert wird. Gespräche mit jüngeren Menschen zeigen, dass diese die Nostalgie eher auf das funktionierende Zusammenleben in einer multi-ethnischen Gemeinschaft beziehen. Ihnen dient der nostalgische Rückblick als Ausgangspunkt für eine umfassende Gegenwartskritik und zugleich als programmatischer Wegweiser in eine europäische Zukunft, wobei negative Aspekte der früheren Gesellschaftsordnung bewusst formuliert werden und auch Tito als autoritärer Herrscher nicht von der Kritik ausgenommen bleibt.¹⁴

Nostalgische Erinnerung kann als Basis für verschiedene Identitätsformationen dienen oder ist Teil solcher Formationen. Zudem prägt ein nostalgisch verfasster Umgang mit der eigenen Geschichte die kommunikativen Gedächtnisse einzelner Gruppen und muss daher auch im wissenschaftlichen Diskurs über die Vergangenheit ernst genommen werden. Hier sollten Instanzen der Geschichtsvermittlung wie Museen und Ausstellungen aber auch die wissenschaftliche Forschung das Feld nicht den selbsternannten Erinnerungsakteuren überlassen, sondern sich einer »Geschichte des Geschmacks, der Hochkultur und einer proletaroid eingefärbten Massenkultur, auch des revolutionären Kitsches«¹⁵ öffnen. Damit wäre einiges über die sozialistischen Identitäten und ihre postsozialistischen Wandlungen zu erfahren und auch die Erlebnisgeneration hätte das Gefühl, dass ihre Erinnerungen zählen.

11 Boym, Svetlana: *The Future of Nostalgia*, New York 2001, S. 58.

12 Palmberger, Monika: *Nostalgia Matters: Nostalgia for Yugoslavia as Potential Vision for a Better Future*, in: *Sociologija*, 50 (2008) 4, S. 355–370, hier S. 358.

13 Tannock, Stuart: *Nostalgia Critique*, in: *Cultural Studies*, 9 (1995) 1, S. 453–464, hier S. 454.

14 So die Ergebnisse von Interviews mit bosnischen Frauen. Palmberger: *Nostalgia Matters*, S. 361–366.

15 Schlögel, Karl: *Kommunalka – oder Kommunismus als Lebensform. Zu einer historischen Anthropologie der Sowjetunion*, in: *Historische Anthropologie* 6 (1998), S. 329–346, hier S. 338.

Ivo Mijnsen

Naši: Zwischen Zukunft und Vergangenheit

»Revolution« und Krieg

Scheinbar aus dem Nichts tritt am 15. Mai 2005 eine neue Organisation ins Rampenlicht der politischen Bühne Russlands: Die »demokratische antifaschistische Jugendbewegung« Naši. Erst einen Monat zuvor offiziell gegründet, ist sie in der Lage, kurz nach dem *Den' Pobedy* (Tag des Sieges) 60.000 Jugendliche zu mobilisieren, die symbolisch ihre Verbundenheit mit den Siegern des Grossen Vaterländischen Krieges bekunden. Die Demonstrierenden treffen sich mit über 1.000 Veteranen, um »[d]en Stab des Kampfes von den Veteranen [zu] übernehmen« (Naši 2005b). Sie leisten daraufhin einen Treueschwur:

Ich, Bürger des freien Russlands, übernehme heute unsere Heimat aus den Händen der älteren Generation. Gestern kämpftet ihr an der Front für die Freiheit, Unabhängigkeit und ein glückliches Leben (...). Heute führe ich diesen Kampf dort weiter, wo mich meine Heimat braucht. (ibid.)

Der Eid, den die Naši-Kommissare und ihre Unterstützer hier leisten, macht klar, wie die Organisation ihre Rolle im Jahr 2005 sieht: Wie im Zweiten Weltkrieg ist Russland auch heute bedroht. Genau wie damals muss heute eine Generation aufstehen, um die Heimat gegen die Feinde zu verteidigen. Diese Rolle der Bewahrer der Heimat wird Naši in der heutigen Konstellation von den »Veteranen«, die stellvertretend für jene ganze Generation stehen, übergeben. Und doch fragt man sich als außenstehender Beobachter, wo der Zusammenhang zwischen den damaligen und den heutigen Feinden liegt: Damals führte das menschenverachtende Naziregime einen Vernichtungskrieg gegen Russland. Und heute?

Naši gesteht ein, dass die Methoden des Kampfes sich geändert haben. Und doch wollten die inneren und äußeren Feinde Russlands auch heute seine unter Putin wiedergewonnene Souveränität schwächen. Die damaligen »Faschisten« sind durch neue abgelöst worden, so Naši:¹ Der eigene Kampf richte sich gegen den »widernatürlichen Bund von Liberalen und Faschisten, Westlern und Ultrationalisten, internationalen Fonds und internationalen Terroristen«. Sie alle wollten Russland »parasitieren«, seine Rohstoffe ausbeuten, es militärisch kolonisieren:

Kontrolle darüber ist für jene wichtig, die (...) die ganze Welt dominieren wollen. Genau deshalb träumten Napoleon und Hitler davon, ihre Macht über Russland zu festigen. Heute streben einerseits die USA und andererseits der internationale Terrorismus danach, Eurasien zu kontrollieren. (...) Die Aufgabe unserer Generation ist es, die Souveränität unseres Landes heute so zu sichern, wie es unsere Großväter vor 60 Jahren getan haben. (Naši 2005a)

Als Kristallisationspunkt vieler dieser diffusen Ängste dient die »Orange Revolution« in Kiev. Darauf deutet nicht nur der Zeitpunkt der Gründung von Naši hin, dies lässt sich auch konkret an den Texten von Vladislav Surkov, dem Kreml-Chefideologen, Erfinder der »Souveränen Demokratie« und mutmaßlichem geistigem Vater von Naši darlegen (siehe dazu: Buchacek 2006). In seinem Artikel »Nacionalizacija budućego« präsentiert er die Ukraine als Staat, der niemals in seiner Geschichte »reale Souveränität« besessen hat. Stattdessen sei er immer unter dem Einfluss verschiedener »Gönner« (*pokroviteli*) gestanden, die in »amüsanten »Revolutionen« periodisch ausgewechselt worden wären. Die »Orange Revolution« führe demnach nur zu einer weiteren »von

1 Nina Tumarkin weist darauf hin, dass »Faschist« im russischen politischen Diskurs praktisch zu einem Synonym für »Feind« geworden ist (Tumarkin, Nina (1994). *The Living and the Dead: The Rise and Fall of the Cult of World War II in Russia*. New York: BasicBooks, p. 222).

außen gesteuerten Demokratie« (Surkov 2006b: 5). Ein Teil der russischen politischen und akademischen Welt sieht die »Revolutionen« in verschiedenen postsowjetischen Staaten – das Wort »Revolution« wird konsequent in Anführungsstriche gesetzt – als von den USA orchestrierte Coups, bei denen die prorussischen durch prowestliche respektive proamerikanische Eliten ersetzt worden seien (Il'inskij 2005: 44). Die USA versuche, eine »Wand« von feindlichen Regimen um Russland zu errichten: »(...) diese Wand ist beweglich – sie kann in Wahrheit nur in Richtung Zentrum geschoben werden – nach Moskau.« (Muchin 2006: 12) Vladislav Surkov sieht diese »samtene Absorbierung« (*mjagkoe pogloščenie*) Russlands durch den Westen mittels »oranger Polittechnologien« als eine der vier größten Bedrohungen der russischen Souveränität (Surkov 2006a: 69). Als Gegenmaßnahme müsse man die Jugend als strategische Ressource betrachten und sie entsprechend »sichern«, um die nationale Souveränität garantieren zu können (Il'inskij 2005: 34).

Auch wenn Surkov die Chance, dass sich in Russland eine »Birkenrevolution« ereignen könnte, mit »1 zu 100« beziffert, fordert er: »[W]ir müssen bereit sein, auf friedliche Weise und im Rahmen des Gesetzes [auf den Versuch einer Revolution] zu antworten. Die Strasse muss uns gehören, sowohl in Moskau als auch in anderen grossen Städten.« (ibid.: 78) Diese Worte beschreiben die Aktivität der »patriotischen« Jugendbewegung Naši ziemlich exakt.

Naši ist Teil eines Verteidigungsdispositivs. Der Aufmarsch am 15. Mai sollte demnach jenen, die in Russland eine Revolution planen, das Mobilisierungspotential des Kremls vor Augen führen. Dies bestätigt auch Michajl Potëpkin, Naši-Sprecher in St. Petersburg: »Naši wurde als staatliches Projekt gegründet, (...) um (...) eine »Orange Revolution« in Russland zu verhindern.« (Potëpkin 2009: 1)

Jugend und nationale Identität

Die Heftigkeit der Reaktion der russischen Machthaber erstaunt vor diesem Hintergrund wenig. Die russische Jugend wird allgemein als wenig stabil angesehen. Einige weisen auf ihren schlechten sozioökonomischen Status hin – dazu gehören eine Arbeitslosigkeit von 37 % (Gurevič 2005: 24) und desolate Lebensbedingungen in der Provinz. Andere erwähnen ihre Politikverdrossenheit (Molčanov 2005), die dritten fordern, der Staat solle ihr mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen und das »spirituelle Vakuum« (Bacon et al. 2006:108), in dem sie in den neunziger Jahren aufgewachsen sei, mit einem positiven Identitätsangebot füllen.

Als Teil dieser Anstrengungen versteht sich Naši. So gibt es innerhalb der Bewegung eine Abteilung, die den Jugendlichen »patriotische Werte« vermitteln soll. Konkret bedeutet das »Respekt für die kulturelle und historische Vergangenheit Russlands, für die Traditionen [und] eine Prestigeverbesserung des Staats- und Militärdienstes.« (Naši 2007) Respekt für die Vergangenheit und die Verbesserung des staatlichen Prestiges werden im gleichen Satz genannt: Die Kultivierung der Vergangenheit wird zum zentralen Moment der Stärkung staatlicher Souveränität.

Der Anlass der Naši-Kundgebung ist entsprechend kein Zufall. Zum einen besetzt der Sieg im Grossen Vaterländischen Krieg² eine absolut zentrale Stellung innerhalb fast aller gesellschaftlicher Diskurse im Putin'schen Russland (Afanasiev 2009) – gerade auch deshalb, weil viele andere historische Referenzpunkte wie etwa die Oktoberrevolution nach dem Kollaps der UdSSR ihre Bedeutung verloren haben oder delegitimiert sind (siehe z. B. Sherlock 2007). Die heute im offiziellen russischen Diskurs dominierende Geschichtsversion macht jedoch den Sieg zum Mythos – als Triumph eines unter russischer Führung heldenhaft gegen einen unmenschlichen Gegner kämpfenden sowjetischen Volkes. Alle konkurrierenden Versionen werden ausgeblendet oder sogar aktiv bekämpft (Dubin 2005).

Der Mythos des Sieges spielt demnach eine zentrale Rolle in der offiziellen nationalen Identitätskonstruktion Russlands unter Putin, wobei historische Mythen nationale Identitäten generell stark beein-

2 Dieser begann mit der deutschen Invasion in die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und endete mit der (zweiten) deutschen Kapitulationserklärung in Berlin am 9. Mai 1945.

flussen. So verortet ein ganzer Strang der Geschichtstheorie das Zentrum der kollektiven Erinnerung in der nationalen Identität (siehe z. B.: Gillis 1994; Smith 1999). Auf der Ebene der Nation nimmt diese Erinnerung in der Regel die Form von Mythen an (Müller 2002: 3).

»[M]yths (...) bring together in a single potent vision elements of historical fact and legendary elaboration to create an overriding commitment and bond for the community« (Smith 1999: 57). Mythen sind demzufolge deshalb so deutungsmächtig, weil sie auf zwei Ebenen existieren. Oder, in den Worten Roland Barthes: »Diese konstitutive Doppeldeutigkeit der mythischen Aussage hat für die Bedeutung zwei Folgen: sie zeigt sich als eine Nachricht und zugleich als eine Feststellung.« (1964: 105) Gelesen werden Mythen jedoch in der Regel auf einer einzigen Ebene, nämlich jener der Vision, die ein emotionales und scheinbar »natürliches« Band nationaler Zusammengehörigkeit bildet.

Auch Ernesto Laclau hat sich mit der doppelten Bedeutungsebene des Mythos auseinandergesetzt. Er sieht den Mythos als hegemoniale Antwort auf »Dislokationen«: Dislokation bezeichnet einerseits die Tatsache, dass Identitäten stets im Fluss und deshalb »disloziert« sind. In ihrer zweiten Bedeutung bezeichnet Dislokation allerdings auch konkrete Ereignisse, welche die Stabilität eines hegemonialen Diskurses in Frage stellen oder gar gefährden (Torfing 1999: 301). Ein Mythos hingegen präsentiert sich auf einer anderen diskursiven Ebene: als reine Positivität. Er wird so zu einer Oberfläche, auf die sich Forderungen einschreiben lassen (Laclau 1990: 63). So steht er einerseits für eine Ganzheit, welche Identitäten, die ständig im Fluss sind, nie besitzen: »Die Nation« wird zur historisch und territorial stets stabilen Einheit. Andererseits kann er aber auch das Versprechen in sich tragen, einen konkreten Missstand zu beheben.

Tücken eines Mythos

Verbundenheit und Zusammenhalt innerhalb einer Generation, Momente, die die Jugendorganisation Naši immer wieder betont, erhalten unter diesem Blickwinkel eine neue Bedeutung. Die zentrale diskursive Position des mythisierten Sieges der Russen im Zweiten Weltkrieg verbindet verschiedene Momente: Der Mythos erlaubt erstens die Artikulierung eines scheinbar kohärenten Weltbildes, in dem sich die »patriotische« Jugend als historisch legitimer Vertreter des »russischen Volkes« zum Kampf gegen zukünftige Anfechtungen der Größe Russlands präsentiert. Zweitens legitimiert die klare Unterscheidung zwischen Freund und Feind in der Rhetorik des Krieges Maßnahmen gegen die »Anderen«, welche in einer »normalen« politischen Auseinandersetzung ungerechtfertigt wären: Barry Buzan und seine Koautoren kreierten für diese Art der diskursiven Artikulation den Ausdruck »securitization« (Buzan et al. 1998):

At best, security is a kind of stabilization of conflictual or threatening relations, often through emergency mobilization of the state. Although security (...) may generally be better than insecurity (...), a secure relationship still contains serious conflicts – albeit ones against which some effective countermeasure has been taken. (ibid.: 4)

Zu einer solchen Stabilisierung im Bereich der Jugendpolitik trug die Kreml-Unterstützung und die Mobilisierung von Naši sicher das ihrige bei: Die »patriotischen« Jugendorganisationen behielten die Kontrolle auf der Straße, die »Birkenrevolution« blieb in Russland aus.³ »Edinaja Rossija« gewann die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in den Jahren 2007 und 2008. Die russische Souveränität scheint für den Moment gesichert.

Problematischer ist diese »Sicherung« der russischen Identität hingegen im Hinblick darauf, Russland zum »Leader des 21. Jahrhunderts« zu machen. Naši deklariert:

Die Führerschaft Russlands verstehen wir nicht als militärisch-politische Dominierung anderer Länder und Völker, sondern als den Einfluss Russlands in der Welt, der sich auf die

3 Ob diese Gefahr »real« wirklich so akut wie oft dargestellt war, soll dahingestellt bleiben – auch im Hinblick auf die weit verbreitete politische Passivität der russischen Jugend.

Anziehungskraft der russischen Kultur und Lebensart und seinen politischen, ökonomischen und sozialen Aufbau stützt. (Naši 2005a)

Denn indem Naši den Mythos des russischen Sieges als Grundlage des russischen Anspruchs, wieder eine Großmacht zu werden, ansieht, sieht die Organisation die Welt tendenziell durch die Perspektive des Krieges. Dieser ist jedoch weit entfernt vom »Normalzustand«, der laut offiziellem russischen Diskurs dank der Putin'schen Politik heute herrschen soll. Dies wiederum vermindert die Anziehungskraft des russischen Modells. In einer »totalen« Kriegssituation gibt es wenig Raum, um den Feind zu überzeugen, statt ihn zu vernichten.

Inwiefern der auf den Sieges-Mythos gestützte russische Identitätswurf deshalb nachhaltig ist, soll dahingestellt bleiben. Die jüngst durch Präsident Medvedev vorgenommene Gründung einer Kommission gegen die »Fälschung der Geschichte« deutet eher darauf hin, dass der »Sicherheitsmodus« in diesem Bereich weiterhin dominiert – auf Kosten »normaler« politischer Aushandlungsprozesse.

Bibliographie

- Afanasiev, Jurij (2009). In: Echo Moskvj. *Cena Pobedy*, 25.5.2009.
- Bacon, Edwin et al. (2006). *Securitizing Russia: The Domestic Politics of Putin*. Manchester: Manchester University Press.
- Barthes, Roland (1964 [1957]). *Mythen des Alltags*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Buchacek, Douglas R. (2006). »NASHA Pravda, NASHE Delo: The Mobilization of the Nashi Generation in Contemporary Russia«. In: *Carolina Papers in Democracy and Human Rights*, 7. [Online] <http://cgi.unc.edu/research/pdf/Buchacek.pdf> [Zugriff am 14.7.2009].
- Buzan, B. Wæver, O. de Wilde, J. (1998). *Security: a new framework for analysis*. Boulder & London: Lynne Rienner Publishers, S. 1–47.
- Dubin, Boris (2005). »Bremja pobedy. Boris Dubin o političeskom upotreblenii simvolov«. In: *Kritičeskaja Massa*, 2. [Online] <http://magazines.russ.ru/km/2005/2/du6.html> [Zugriff am 22. November 2008].
- Gillis, John (1994). »Memory and Identity: The History of a Relationship«. In: Gillis, John (Hg.): *Commemorations: The Politics of National Identity*. Princeton: Princeton University Press, S. 3–24.
- Gurevič, Pavel (2005). »Politizacija ili depolitizacija?« In: *Vestnik Analitiki*, 3 (21), S. 21–29.
- Il'inskij, Igor' (2005). »Moloděž' kak buduščee Rossii v kategorijach vojny«. In: *Vestnik Analitiki*, 3 (21), S. 34–45.
- Laclau, Ernesto (1990). *New Reflections on the Revolution of Our Time*. London & New York: Verso.
- Molčanov, Nikolaj (2005). »Molodye grozd'ja gneva?« In: *Vestnik Analitiki*, 3 (21), S. 17–21.
- Muchin, Aleksej (2006). *Pokolenie 2008: Naši i ne Naši*. Moskva: Algoritm.
- Müller, Jan-Werner (2002). »Introduction: the Power of Memory, the Memory of Power and the Power over Memory«. In: Müller, Jan-Werner (Hg.). *Memory and Power in Post-War Europe: Studies in the Presence of the Past*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–38.
- Naši (2005a). *Manifest*. [Online] <http://www.nashi.su/ideology/manifest> [Zugriff am 16.7.2009].
- (2005b). »NAŠI« Zajavili, čto prininajut éstafetu bor'by u veteranov. [Online] <http://www.nashi.su/news/140> [Zugriff am 30.7.2009].
- (2007). *Patriotizm*. [Online] <http://www.nashi.su/patriotizm> [Zugriff am 16.7.2009].
- Potëpkin, Michajl. Persönliches Gespräch mit dem Autor, 28.4.2009, S. 1–12.
- Sherlock, Thomas (2007). *Historical Narratives in the Soviet Union and Post-Soviet Russia*. New York: Palgrave MacMillan, S. 1–27, 149–185.
- Smith, Anthony (1999). *Myths and Memories of the Nation*. Oxford: Oxford University Press.

- Surkov, Vladislav (2006a). »Suverenitet – éto političeskij sinonim konkurentosposobnosti«. In: N. Garadža (ed.). *Suverenitet. Sbornik*. Moskva: Evropa, S. 43–79.
- (2006b). »Nacionalizacija buduščego«. In: *Ekspert*, 43 (537), S. 1–12. [Online] http://www.expert.ru/printissues/expert/2006/43/nacionalizaciya_buduschego [Zugriff am 28.7.2009].
- Torring, Jacob (1999). *New Theories of Discourse: Laclau, Mouffe and Zizek*. Oxford & Malden: Blackwell Publishers.

Ada-Charlotte Regelmann

Politische Gemeinschaft, politische Institutionen und Minderheitspolitiken in der Slowakei 1998–2006

Einleitung

Gesellschaftliche Spaltung gilt als potentielle Gefahr für Stabilität und Sicherheit sowie den demokratischen Grundanspruch liberaler Demokratien.¹ Der Begriff der Integration bezeichnet den Gegenprozess zur Spaltung: Der Grad der Partizipation an Entscheidungsprozessen und des Zugangs zu wesentlichen Ressourcen sowie die Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung der Mitglieder einer Gesellschaft sind entscheidend dafür, ob von Spaltung oder Integration entlang ökonomischer, ethnischer oder anderer Linien gesprochen wird. Das politische System der Slowakei war in den 1990er Jahren von Kräften geprägt, welche die »Nationalisierung« des Staates und der gesellschaftlichen Prozesse zum Ziel hatten.² Auf Grundlage einer wirkungsmächtigen Konstruktion der slowakischen »Nation« in Abgrenzung zu äußeren und inneren Feinden wurden Institutionen so konzipiert, dass sie die slowakische Nation gegenüber ethnischen Minderheiten privilegierten.³ Diese Politik bewirkte die fortgesetzte Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer Grenzen.

Als es infolge immer stärkerer Mobilisierung gegen die »semiautoritäre« und europa-inkompatible Regierung 1998 zu einem Regierungswechsel kam, wurde die Partei der ungarischen Minderheit SMK (Strana Maďarskej Koalicie) Teil der Regierungskoalition, ohne dass dies für die Regierungsbildung notwendig gewesen wäre. Weniger als Ausdruck einer »multikulturellen« Haltung der slowakischen Regierungsparteien ist diese Entscheidung in erster Linie als Konzession an Erwartungen der EU zu sehen.⁴ Vor diesem Hintergrund ist die Frage zu stellen, ob und wenn ja inwiefern die Regierungsbeteiligung der SMK dazu beigetragen hat, die politische Gemeinschaft hinsichtlich ethnischer Minderheiten zu öffnen.

Politische Gemeinschaft und ihre Institutionen

Zentral für die Frage der politischen Integration ist das Konzept der politischen Gemeinschaft (im Folgenden PG). Hier werden die Institutionen des politischen Systems geformt und der darin formulierte »Konsens« ihrer Mitglieder reflektiert. Nach Juviler/Stroschein bezeichnet die PG alle Personen »in and out of government who recognize the government as the legitimate decision maker [...], generally comply with its decisions, and cooperate toward shared purposes«. ⁵ Kern der PG ist demnach der Konsens über Institutionen der Entscheidungsfindung und Konfliktlösung, sowie über Rechte, Pflichten und Ziele ihrer Mitglieder. Politische Gemeinschaft besteht, wo ein solcher Konsens formuliert wird. Damit enthält dieser Begriff einen hohen demokratischen Anspruch an die Gemeinschaft, will sie alle Gesellschaftsmitglieder einbeziehen. Denn der Konsens erstreckt sich nicht nur auf Fragen der politischen Identität, sondern schließt Regularien und Praktiken mit ein.

1 Horowitz, D. 1993. 'Democracy in Divided Societies.' *Journal of Democracy* 4:18–38.

2 Harris, E. 2002. *Nationalism and Democratisation: Politics of Slovakia and Slovenia*. Aldershot.

3 Deegan-Krause, K. 2004. 'Uniting the Enemy: Politics and the Convergence of Nationalisms in Slovakia.' *East European Politics and Societies* 18:651–696.

4 Pridham, G. 2002. 'The European Union's Democratic Conditionality and Domestic Politics in Slovakia: The Mečiar and Dzurinda Governments Compared.' *Europe-Asia Studies* 54:203–227.

5 Juviler, P. and S. Stroschein. 1999. 'Missing Boundaries of Comparison: The Political Community.' *Political Science Quarterly* 114:435–453, p. 438.

Drei vorläufige Annahmen können aus diesem Konzept abgeleitet werden: 1. Gesellschaftsmitglieder, die die Identität der PG nicht teilen, sind von Teilnahme an ihr ausgeschlossen, unabhängig von formaler Mitgliedschaft. 2. Der Konsens tendiert zur Begünstigung derer, die bereits Teil der PG sind; entsprechend bestimmen Regularien die Position der Gesellschaftsmitglieder im Verhältnis zur PG. 3. Handlungslegitimation im Namen der PG setzt die Erfüllung der Mitgliedschaftskriterien voraus, was den Handlungsspielraum der von der PG Ausgeschlossenen einschränkt.

Der Begriff der politischen Gemeinschaft korrespondiert mit drei Ebenen, die analytisch unterschieden werden können: Identität, Institutionen und Praxis.⁶ Im Folgenden werden diesen Ebenen entsprechende politische Institutionen betrachtet, die die PG festlegen und praktizieren.⁷

Konsens, Regularien und Praktiken in der slowakischen Minderheitenpolitik

Konsens

Die Identität der PG und ihre Grenzen drücken sich deutlich in der Verfassung und der Konzeption von Staatsbürgerschaft aus: Sie definieren das Verhältnis zwischen Staat und BürgerInnen. In einer ethnisch heterogenen Gesellschaft fragt der »Konsens« nach dem Inklusionspotenzial der gesellschaftlichen Übereinkunft und den Zustimmungsmöglichkeiten aller, unabhängig von Gruppenzugehörigkeiten.

Die slowakische Verfassung unterscheidet zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und schreibt ihnen unterschiedliche Rollen gegenüber dem Staat zu.⁸ Einerseits wird die slowakische »Nation« unter Bezugnahme auf historische, kulturelle und sprachliche Einzigartigkeit als staatsbildende Gruppe definiert, womit gleichzeitig die Ausschlusslinien gegenüber anderen Gruppen festgelegt sind. Letztere sind zwar Teil der Bürgerschaft, gelten jedoch nicht als staatgründend oder zu nationaler Selbstbestimmung berechtigt. Andererseits anerkennt die Verfassung ethnische Minderheiten und gewährleistet ihnen konstitutionelle Rechte zur Statussicherung, welche jedoch erst in konkreten Gesetzen interpretiert und umgesetzt werden müssen.

In der Unterscheidung zwischen »Nation« und »nationaler Gruppe« liegt die Krux für das begrenzte Inklusionspotential der Identität der PG: Die dominierende Interpretation spricht einzig der »Nation« das Recht auf Selbstbestimmung zu, d. h. die Kongruenz von sprachlich-kulturell definierter Nation, Territorium und politischer Souveränität; der Staat ist das Mittel zur Umsetzung dieses Rechts. Minderheiten hingegen können nicht gleichberechtigte »EigentümerInnen« des Nationalstaates sein. Mehr noch: Aufgrund der Annahme, dass sie mit dem Wunsch nach kultureller Eigenständigkeit letztlich auch »nationale Selbstbestimmung« im territorialen Sinn anstrebten, stellen sie in der slowakischen Argumentation eine potentielle Gefahr für die Souveränität der »Nation« dar.⁹ Auch eine von der SMK eingebrachte Forderung, den Wortlaut der Präambel der Verfassung von »*wir, die slowakische Nation [...], gemeinsam mit den [...] nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen*« in »*wir, Bürger der Slowakischen Republik*« zu ändern, entspricht daher einem Angriff auf die Gruppenhierarchie in der Slowakei, stellt sie doch den einzigartigen Status der »slowakischen Nation« im Staat in Frage. Das Scheitern der Initiative ist symptomatisch für die identitäre Kontinuität der PG auch zwischen 1998 und 2006.

6 Offe, C. 2004. 'Capitalism by Democratic Design? Democratic Theory Facing the Triple Transition in East Central Europe.' *Social Research: An International Quarterly of Social Sciences* 71:501–528.

7 Trotz gegenseitiger Feedback-Effekte sind die Ebenen teilweise unabhängig voneinander – Inklusion der Minderheiten auf einer Ebene ist auch ohne Veränderungen der anderen denkbar.

8 Nedelsky, N. 2003. 'Constitutional nationalism's implications for minority rights and democratization: the case of Slovakia.' *Ethnic and Racial Studies* 26:102–128.

9 Csergő, Z. 2007. *Talk of the Nation: Language and Conflict in Romania and Slovakia*. Ithaca.

Regulative Institutionen (z. B. Gesetze) bilden den verbindlichen Rahmen der PG und bestimmen die Ressourcenverteilung. Identitärer Konsens zwischen »Nation« und Minderheiten ist für den Einbezug der Minderheiten in die Institutionalisierung der regulativen Organe zwar vorteilhaft, weder gewährleistet er diesen jedoch, noch ist er dessen notwendige Voraussetzung. Inwiefern es in der Slowakei zur Konsensbildung zwischen Minderheiten und »Nation« auf der Ebene der politischen Institutionen gekommen ist, lässt sich anhand dreier Formen der Integration feststellen: Einschluss von Minderheiten in die politische Themensetzung und Entscheidungsfindung (Partizipation); Rückkopplung des politischen Handelns an Forderungen der Minderheiten (Responsivität); Übertragung politischer Selbstverantwortung an VertreterInnen der Minderheiten (Dezentralisierung).

Regulatorischer Rahmen

Partizipation: Institutionalisierte Maßnahmen zur Inklusion von Minderheiten sind begrenzt. So besteht keine kohärente minderheitenbezogene Gesetzgebung. Die Vertretung der SMK in den Parlamenten basiert auf hoher regionaler Konzentration, starker Gruppenidentifikation der WählerInnen, hoher Wahlbeteiligung und Alternativenmangel in der Parteienlandschaft. Zwischen 1998 und 2006 besetzten SMK-Vertreter Ministerposten; diverse Komitees und Sektionen in Ministerien widmeten sich Minderheitenfragen. Diese sind jedoch nicht autonom, der Einfluss von MinderheitenvertreterInnen ist gering. Darüber hinaus waren Sektionen und Komitees nicht mit eigenem Portfolio ausgestattet.¹⁰ Es gelang nicht, die Beteiligung von Minderheiten an Agendasetzung und Entscheidungsfindung durch die Institutionalisierung einer Minderheitenvertretung zu sichern.

Responsivität: Die Hauptlinien der Minderheitenexklusion verlaufen entlang von Sprache und Kultur, die Forderungen der Minderheiten beziehen sich daher überwiegend auf diese Bereiche.¹¹ Insgesamt nahm die moderate Regierung die repressiven Politiken der Vorgängerregierung zurück, es blieb jedoch weitgehend bei einer ambivalenten Situation für die Minderheiten. Das 1999 eingeführte Minderheitensprachengesetz hält an der Rolle von Slowakisch als einziger Staatssprache fest und erlaubt den Gebrauch von Minderheitensprachen im öffentlichen Raum nur sehr begrenzt, lässt jedoch Schlupflöcher offen, um die Implementierung zu umgehen.¹² Unsicherheit besteht auch im Bereich der Kulturförderung, da kein allgemeines Gesetz den Minderheiten hier Gewähr bietet. Etwas anders sieht es im Bereich der Bildung aus: Mit der Etablierung der Selye-Universität mit Ungarisch als Unterrichtssprache ist nun das Absolvieren des Bildungssystems ausschließlich auf Ungarisch möglich. Dies wird von der SMK und Angehörigen der ungarischen Minderheit als Erfolg angesehen; einer ihrer Forderungen wurde somit weitgehend nachgegeben.¹³

Dezentralisierung: Administrative Reformen der Mečiar-Regierung zielten u. a. auf die Schwächung der SMK, deren Erfolg auf der räumlichen Konzentration der ungarischen Minderheit beruht, insbesondere aber auf die Zentralisierung politischer Entscheidungen. Mit einer Reform der öffentlichen Verwaltung sowie der örtlichen und regionalen Selbstverwaltung strebte die neue Regierung Dezentralisierung und Demokratisierung an. Trotz Scheiterns der Regionalreform an der »Ungarischen Karte«,¹⁴ wurden die lokalen Selbstverwaltungsorgane durch Kompetenzverlagerungen u. a. im

10 Harris, E. 2004. 'Management of the Hungarian Issue in Slovak Politics: Europeanisation and the Evolution of National Identities.' POLIS Working Paper.

11 Aus Platzgründen kann das Problem divergierender historischer Narrative, das Relevanz für alle drei Ebenen der PG hat, nicht besprochen werden.

12 Daftary, F. and K. Gál. 2003. 'The 1999 Slovak Minority Language Law: Internal or External Politics?', 33–71, in *Nation-Building, Ethnicity and Language Politics in Transition Countries*, F. Daftary and F. Grin. (eds.) Budapest.

13 Interviews der Autorin mit József Berényi (SMK), 29.06.2009, und Prof. László Gyurgyík (Selye Universität, Komárno), 24.06.2009.

14 Die angestrebte Neuformierung der Regionen hätte den Anteil der ungarischen Minderheit an der regionalen Bevölkerung in manchen Regionen erhöht, was Protest extremer und gemäßiger nationalistischer Kräfte mobilisierte; Bryson, P. 2008. "'State administration" vs. self-government in the Slovak and Czech Republics.' *Communist and Post-Communist Studies* 41:339–358.

Bereich der Schulen auf die Munizipalitäten gestärkt.¹⁵ Es bleibt offen, ob diese moderate Form der lokalen Autonomie zur Reduktion ethnischer Spannungen beiträgt – kann doch Politik lokal in wechselnden Mehrheitsverhältnissen über ethnische Grenzen hinweg gestaltet werden.

Praktischer Minderheiteneinbezug

Im alltäglichen politischen Handeln haben die Akteure die Möglichkeit, gegebene politische Institutionen neu zu interpretieren, zu umgehen oder zu modifizieren. Aus Platzgründen kann hier keine Analyse der Handlungsmuster slowakischer politischer Akteure geleistet werden – ein kurzer Blick auf die Rolle der SMK in Agendasetzung und Entscheidungsfindung soll genügen: Allgemein war die Koalitionsarbeit der SMK weitgehend unumstritten, galt als stabil und zuverlässig. Minderheitenpolitische Gesetzesinitiativen jedoch warfen Konflikte auf und zeigten, wie wenig bereit die slowakischen Parteien waren, die SMK als legitimen Akteur zu akzeptieren. Beispielhaft können hier die Initiativen zum identitären Einschluss der Minderheiten in eine staatstragende »Bürger«-Nation, zu einem kohärenten Minderheitengesetz, einem Gesetz zur Minderheiten-Kulturförderung sowie die weitergehenden Forderungen der SMK bezüglich des Minderheitensprachengesetzes und der administrativen Reform genannt werden. In der Praxis wurden Mehrheiten gegen die SMK auch über die Grenze von Koalition und Opposition hinweg gebildet, Vorlagen nicht diskutiert und Vorhaben verschoben – die Möglichkeit zur Mitentscheidung in sie selbst betreffenden Fragen wurde für Minderheiten dadurch stark beschränkt und politische Institutionen wurden im Sinne des exklusiven Identitätskonsenses interpretiert.

Schluss

Trotz formaler Akzeptanz der SMK in der Regierung ließ der »Konsens« über die slowakische politische Gemeinschaft die Inklusion von Minderheiten nur sehr begrenzt zu. Um Spaltung und Spannungen zu reduzieren, wurde die Politik zwar ansatzweise an die Forderungen der Minderheiten rückgekoppelt bzw. dezentralisiert. Dennoch ist von keinem signifikanten Wandel des institutionellen Rahmens zwischen 1998 und 2006 zu sprechen. Die institutionalisierte »Identität« der PG teilt die Bevölkerung in Gruppen mit unterschiedlichem Status *vis-à-vis* dem Staat; Maßnahmen, die daraus resultierende Benachteiligung auszugleichen, sind begrenzt. Der fundamentale Identitätskonsens der Gemeinschaft beruht weder auf gleichberechtigter Anerkennung von Minderheiten noch auf Einschluss ihrer Forderungen in einen Konsens, der auch für sie Legitimität beanspruchen kann. Politische Institutionen und Praxis bestätigten diese Art von Konsens. Die durchaus wichtigen Entwicklungen in der Minderheitenpolitik hatten nicht die PG als solche zum Gegenstand: Es wurde kein neuer Konsens gebildet, der das Potenzial zur Integration nationaler Minderheiten hätte; die Grenzen der Gemeinschaft wurden damit nicht zum Vorteil der Minderheiten verschoben.

15 Interview mit József Berényi (SMK), 29.06.2009.

***VI. Postkonfliktgesellschaften –
der Einfluss externer Akteure***

Der Einfluss von EU-Akteuren auf Reformprozesse in Bosnien-Herzegowina

Seit den 90er Jahren beteiligt sich eine Vielzahl von internationalen Akteuren an Stabilisierungs- und Demokratisierungsprozessen in der Region des so genannten Westlichen Balkans. Die langfristige Perspektive der Region ist der Beitritt zur Europäischen Union. Zu diesem Zweck wirken auch verschiedene Akteure der EU bei der Unterstützung von Reformvorhaben in den Ländern der Region mit. Das gilt in besonderem Maß für Bosnien-Herzegowina, wo neben den Botschaften der EU-Mitgliedstaaten die Delegation der Europäischen Kommission, der EU-Sondergesandte, die Friedenstruppe EUFOR und die Polizeieinheit EUPM die bosnischen Behörden unterstützen. Der EU-Sondergesandte verfügt durch seinen »Doppelhut« als gleichzeitig amtierender Hoher Repräsentant der internationalen Gemeinschaft (HR) bis heute über die so genannten »Bonner Befugnisse«, die es ihm erlauben, Politiker abzusetzen oder Rechtsakte zu erlassen.² Hieran verdeutlicht sich bereits ein Grundproblem der EU und der internationalen Gemeinschaft in Bosnien-Herzegowina: Während sie einerseits versucht, den Prozess der Eigenverantwortung zu fördern, verfügt sie andererseits weiterhin über interventionistische Instrumente, die sie in der Vergangenheit auch regelmäßig angewandt hat, um in die Tagespolitik einzugreifen.

Am Beispiel der Bemühungen um eine Verfassungsreform und um eine Polizeiumstrukturierung soll die Rolle von EU-Akteuren bei der Unterstützung von Reformprozessen aufgezeigt werden. Es soll dabei verdeutlicht werden, dass das streckenweise unkoordinierte Vorgehen der Akteure und der Mangel an einer konsistenten Gesamtstrategie der EU für das Land dazu beigetragen haben, dass das Land trotz des Abschlusses eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit der EU im Juni 2008 weiterhin tief gespalten ist und die Reformprozesse stagnieren. Die Präsenz von internationalen Akteuren im Land ist zwar einerseits notwendig, kann aber im Vorbeitrittsprozess auch hinderlich sein.

EU-Unterstützung im Prozess der Verfassungsreform in Bosnien-Herzegowina

Das General Framework Agreement for Peace (GFAP) vom Dezember 1995 hat in Bosnien-Herzegowina ein stark dezentralisiertes politisches System mit einem hohen Grad an Mechanismen zur Gewaltenteilung geschaffen. Das Rahmenabkommen, das die meisten Kompetenzen den beiden Entitäten im Land zuwies und der föderalen Ebene nur geringe Machtbefugnisse zugestand, war niemals als dauerhafte Verfassung, sondern als Übergangsregelung für die Nachkriegszeit vorgesehen. Ein zentrales Problem des »Dayton-Systems« ist, dass es einerseits das Fortbestehen Bosnien-Herzegowinas gewährleistet, das durch die internationale Gemeinschaft gesichert ist, andererseits aber den ethnischen Gruppen im Land verschiedene Veto-Möglichkeiten zugesteht, die das politische System oftmals handlungsunfähig machen. Während in der Folgezeit Reformen erzielt werden konnten, welche die föderale Ebene in verschiedenen Politikbereichen stärkten (zum Beispiel in den Bereichen

1 Der Verfasser ist seit Juni 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P) in München und hat im Sommer 2008 mit einem DAAD-Doktorandenstipendium als Gastwissenschaftler bei der EU-Polizeieinheit (EUPM) in Sarajevo geforscht. Der Beitrag beruht auf den vorläufigen Ergebnissen des Dissertationsprojekts »Die Kooperation und Koordinierung von EU-Akteuren in der Politik gegenüber Bosnien-Herzegowina von 2002 bis 2008«, das an der Ludwig-Maximilians-Universität München angefertigt wird.

2 Der Europarat hat lange argumentiert, dass die »Bonner Befugnisse« Kernprinzipien der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verletzen, da der HR gegenüber der Wählerschaft nicht rechenschaftspflichtig ist. Es besteht auch keine Möglichkeit einer Rechtsklage gegen eine Entscheidung des OHR.

Verteidigung oder Mehrwertsteuer), konnten sich die bosnischen Politiker bis heute auf keine Verfassungsreform einigen.³ Ein Gutachten des Europarates vom März 2005 argumentierte, eine Verfassungsreform sei unabdingbar, da die gegenwärtigen Regelungen weder effizient noch rational seien und es ihnen an demokratischer Substanz fehle.⁴

Obwohl die EU-Kommission eine Verfassungsreform nie explizit als Vorbedingung für einen EU-Beitritt gefordert hat, wurde diese implizit zu einer Priorität im Vorbeitrittsprozess. So forderte zum Beispiel EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn die bosnischen Entscheidungsträger dazu auf, das gegenwärtige politische System zu überdenken und ermutigte sie zur Zusammenarbeit »to streamline this expensive and multilayered bureaucracy«. ⁵ So wurde eine Verfassungsreform zur indirekten Bedingung der EU, die das Land im Vorbeitrittsprozess erfüllen sollte.⁶ Auch die Europäische Partnerschaft mit Bosnien-Herzegowina vom Februar 2008 forderte das Land auf, Maßnahmen zu schaffen »to achieve more functional and sustainable institutional structures [...], including by agreeing and adopting changes to the constitution of Bosnia and Herzegovina, as necessary«. ⁷

Der erste umfassende Versuch zur bosnischen Verfassungsreform wurde unter der Initiative des US-Diplomaten Donald Hays im April 2005 begonnen. Nachdem der Prozess als *bottom up*-Prozess begonnen hatte, wurden in einer späteren Phase die bosnischen Parteivorsitzenden hinzugezogen. Diese einigten sich im Frühjahr 2005 im so genannten »April-Paket« auf eine Reihe von begrenzten Verfassungsänderungen. Während der Diskussion erklärten einige EU-Botschafter ihre Skepsis, da sie die Gefahr sahen, dass die Verfassungsverhandlungen die Fortschritte in anderen Reformprozessen beeinträchtigen könnten, besonders im Bereich der Polizeireform. Andere sahen die Änderungen als eher kosmetischer Natur an. Während zum Beispiel die Briten den Prozess stark unterstützten, zeigten sich andere kritisch und betrachteten das »April-Paket« als zu stark von außen auferlegt. Ihrer Meinung nach sollten die Bosnier den Verfassungsprozess selbst durchführen. Dies bezog sich auf den Grundsatz, dass sich die EU nur in Ausnahmefällen in verfassungsrechtliche Fragen ihrer Mitgliedstaaten einmischt und deshalb auch nicht gewillt ist, in potenziellen Mitgliedstaaten Verfassungsänderungen zu erzwingen.⁸

Obwohl am Ende des Aushandlungsprozesses zwischen den bosnischen Parteichefs alle relevanten internationalen Akteure das »April-Paket« unterstützten, entwickelte sich in der Endphase kein gemeinsamer Druck der internationalen Gemeinschaft auf alle bosnischen Parteien zur Verabschiedung der Reform. Das Reformpaket scheiterte letztlich im April 2006 im bosnischen Repräsentantenhaus. Mit einem entschiedeneren und zielgerichteten Ansatz der EU-Akteure – die die Führungsrolle in Bosnien-Herzegowina längst für sich beanspruchten – wäre der Verfassungsreformprozess im Frühjahr 2006 vielleicht erfolgreicher verlaufen. Dieser scheiterte auch grundsätzlich am schlechten Timing: Die Entscheidung über das »April-Paket« wurde nur einige Monate vor den nationalen bosnischen Wahlen im Oktober 2006 getroffen, zu einem Zeitpunkt also, an dem schon alle Parteien Wahlkampf betrieben, wodurch die Diskussion unnötig politisiert wurde.

3 Grob gesagt befürworten die muslimischen Bosniaken aufgrund ihrer Bevölkerungsmehrheit eher einen zentralisierten Staat, die bosnischen Serben eine lose Föderation und die bosnischen Kroaten ein Modell dazwischen. Noch vor einigen Jahren forderten Letztere eine dritte Entität im Gesamtstaat.

4 European Commission for Democracy through Law: Opinion on the Constitutional Situation in Bosnia and Herzegovina and the Powers of the High Representative, 11.03.2005, para. 101, abrufbar unter: [http://www.venice.coe.int/docs/2005/CDL-AD\(2005\)004-e.asp?PrintVersion=True&L=E](http://www.venice.coe.int/docs/2005/CDL-AD(2005)004-e.asp?PrintVersion=True&L=E).

5 'From Peace-building to State-building', speech by Olli Rehn on the conference 'Ten Years of Dayton and Beyond', Geneva, 20 October 2005, abrufbar unter: www.europaworld.org/week242/rehnspeech211005.htm.

6 Vgl. z. B. 'I won't write a book about BiH', Interview mit Miroslav Lajčák in »Dani«, 17.08.2007, abrufbar unter: <http://www.eusrbih.eu/media/interviews/1/?cid=1912,1,1%20-%2033k>.

7 Council of the EU: Decision of 18 February 2008 on the principles, priorities and conditions contained in the European Partnership with Bosnia and Herzegovina and repealing Decision 2006/55/EC, 2008/211/EC, in: Official Journal of the European Union, 19.03.2008, S. 21.

8 Vgl. Sofia Sebastian: Leaving Dayton Behind. Constitutional Reform in Bosnia and Herzegovina, FRIDE Working Paper, Nr. 46, November 2007, S. 4–7.

EU-Unterstützung bei der Polizeireform in Bosnien-Herzegowina

Neben der Verfassungsreform wurde in den letzten Jahren vor allem eine Polizeireform in der bosnischen Öffentlichkeit heftig diskutiert. In dieser Diskussion nahmen die internationalen Akteure eine entscheidende Rolle ein. Der Prozess wurde besonders durch den HR Paddy Ashdown vorangetrieben, der die Reform der Polizei als letztes Puzzlestück im Bereich der Reform des bosnischen Sicherheitssektors ansah. Während die Entitäten über die meisten Kompetenzen im Polizeibereich verfügten, war Ashdown davon überzeugt, dass nur eine zentralisierte Polizeistruktur ein nachhaltiges Modell für Bosnien-Herzegowina sein könnte. Als Reaktion auf den mangelnden Fortschritt im Land⁹ gründete Ashdown im Juli 2004 die »Police Restructuring Commission«, deren Hauptaufgabe die Erarbeitung eines Vorschlags zur Schaffung einer »single structure of policing for Bosnia and Herzegovina under the overall political oversight of a ministry or ministries in the Council of Ministers« sein sollte.¹⁰

Ashdown verlangte die Umsetzung von drei Prinzipien zur Zentralisierung der Polizei,¹¹ die nicht nur von den bosnischen Serben abgelehnt, sondern auch von einigen Akteuren der internationalen Gemeinschaft als kritisch eingestuft wurden. So erklärten einige Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten, diese Prinzipien könnten nicht als EU-Prinzipien gelten, da auch EU-Mitgliedstaaten wie z. B. Deutschland über dezentralisierte Polizeisysteme verfügten, die dennoch funktional und effektiv seien. Die EU-Kommission argumentierte, dass ein Polizeimodell, das auf diesen Prinzipien basiere, nicht als EU-Bedingung gelten könne, da es nicht vom *acquis communautaire* abzuleiten sei. Grundsätzlich bevorzugte die EU-Kommission einen Umstrukturierungsprozess, der von den Bosniern in Eigenverantwortung betrieben wurde. Trotz der Warnungen ließ sich Ashdown nicht von seinen Vorstellungen abbringen und begann, die politische Ebene in Brüssel von seinen Zielen zu überzeugen. Er erwartete, dass er durch das Argument der EU-Konditionalität einen größeren Einflusshebel auf den Reformprozess gewinnen würde und bat EU-Außenkommissar Chris Patten darum, die drei Prinzipien zu EU-Bedingungen zu erklären.¹² Diese wurden im Folgenden sogar Teil der Vorbedingungen zur Unterzeichnung eines bosnischen SAA mit der EU¹³ und als »EU-Standards« dargestellt. Das Grundproblem war aber, dass die Umsetzung der Prinzipien das verfassungsrechtliche System in Bosnien-Herzegowina verändert hätte. Ganz offensichtlich versuchte Ashdown, eine staatliche Zentralisierung durch Polizeiumstrukturierung durchzusetzen. Wenig überraschend war es deshalb, dass die bosnischen Serben trotz verschiedener Versuche der Umstimmung in ihrer Ablehnung gegenüber den Prinzipien strikt blieben.

Nach jahrelangen erfolglosen Verhandlungen vereinbarten die bosnischen Parteivorsitzenden im Oktober 2007 schließlich den Beschluss zu einer Polizeireform.¹⁴ Jegliche Reform sollte demnach nur im Rahmen der bestehenden Verfassung durchgeführt und dadurch die Kompetenzen der Entitäten im Polizeibereich beibehalten werden. Aus Mangel an Alternativen war der amtierende HR Miroslav Lajčák dazu gezwungen, die einst von Paddy Ashdown gesetzten Ambitionen zu überdenken und die Forderungen zu verändern. Er erhielt dabei auch Druck von der politischen Ebene in Brüssel, die ihm

9 Unter anderem wurde Bosniens Aufnahme in das Programm »Partnerschaft für den Frieden« (PfP) auf dem NATO-Gipfel im Juni 2004 in Istanbul abgelehnt.

10 Office of the High Representative: Decision Establishing the Police Restructuring Commission, 5.7.2004, Art. 1 (1), S. 3, abrufbar unter: http://www.ohr.int/print/?content_id=34149.

11 Vgl. z. B. Office of the High Representative: Remarks by the High Representative, Paddy Ashdown, at the Press Conference on Police Restructuring, 5.10.2005, abrufbar unter: http://www.ohr.int/print/?content_id=36200.

12 Paddy Ashdown: *Swords and Ploughshares. Bringing peace to the 21st Century*, London 2007, S. 249.

13 Vgl. z. B. European Commission: *Bosnia and Herzegovina 2005 Progress Report*, 9.11.2005, COM (2005) 561, S. 16.

14 Vgl. Mostar Declaration on Police Reform, 29.10.2007, abrufbar unter: www.eusrbih.eu/policy-docs/?cid=2109,1,1.

aufgrund der bevorstehenden regionalen Entwicklungen klar machte, dass ein Fortschritt von Bosnien-Herzegowina im EU-Vorbereitungprozess wichtiger sei als das Festhalten an den Prinzipien.¹⁵

So konnte das bosnische Repräsentantenhaus im April 2008 eine Polizeireform verabschieden und das Land im Juni 2008 endgültig ein SAA mit der EU unterzeichnen. Bei der Reform handelt es sich allerdings weniger um eine Polizeireform, als vor allem um den Aufbau von sieben neuen Institutionen zur Koordinierung von polizeilichen Behörden auf Staatsebene, die nicht direkt die Autonomie der Polizeikräfte in den Entitäten aufheben.¹⁶ Um zumindest einen gewissen Grad an EU-Konditionalität aufrecht zu erhalten, setzte Lajčák durch, dass die einst von Ashdown geforderten drei Prinzipien als langfristiges Ziel in der Reform verankert wurden. Die EU argumentiert, dass diese Reform ein erster Schritt hin zu einer tatsächlichen Polizei-umstrukturierung sei. Die Annahme ist, dass ihre Umsetzung im Zuge einer Verfassungsreform nur noch eine technische Angelegenheit sein wird. Tatsächlich aber sind sich auch die EU-Offiziellen bewusst, dass eine Verfassungsreform gegenwärtig nicht absehbar ist.

Der Prozess der bosnischen Polizeireform zeigt deutlich, wie sich die EU-Konditionalität gegenüber Bosnien-Herzegowina im Lauf der Zeit geändert hat und wie stark die EU-Strategie gegenüber dem Land sowohl von regionalen als auch von personellen Faktoren abhing. Die EU-Kommission wurde durch Paddy Ashdown »in Geiselnhaft« genommen und nahm dessen Prinzipien auf, deren Umsetzung über drei Jahre lang von der EU gefordert wurden. Die Entscheidung der EU, den Widerstand der bosnischen Serben zu akzeptieren,¹⁷ muss vor allem auch in Zusammenhang mit den regionalen Entwicklungen gesehen werden: Nach der Unabhängigkeit des Kosovo und vor den Parlamentswahlen in Serbien im Mai 2008 wollte die EU die demokratischen Parteien in Belgrad stärken und bot deshalb Serbien die Unterzeichnung eines SAA an, obwohl das Land nicht die notwendigen Kriterien erfüllt hatte. Solch eine Entwicklung hätte im Gegenzug zu immenser Enttäuschung in Sarajevo und möglicherweise zu weiteren Spannungen im Land und in der Region geführt. Im Vorfeld entschied die EU deshalb, die Entwicklung der EU-Annäherung mit Bosnien-Herzegowina voranzutreiben.

Doch trotz des Einsatzes einer Vielzahl an Instrumenten konnte die internationale Gemeinschaft bis heute nicht erreichen, dass sich die ethnischen Gruppen in Bosnien-Herzegowina auf eine nachhaltige Polizei-Umstrukturierung einigen.¹⁸ Im Lauf der Debatte um eine Polizeireform verlor die EU-Konditionalität viel Glaubwürdigkeit, da sie nicht länger stringent war, sondern in politischen Verhandlungen aufgeweicht wurde. Laut einem bosnischen Offiziellen sind die Folgen bereits absehbar:

It was very unwise from the EU to put the bar that high and then to constantly trigger it down. It created a very bad atmosphere in the RS, where EU conditionality is considered as relative today. Many politicians from the RS think that many of the tasks included in the European Partnership can be diluted in the course of the association process.¹⁹

Tatsächlich ist seit der Unterzeichnung des SAA im Juni 2008 in Bosnien-Herzegowina kaum weiterer Reformfortschritt erkennbar.

15 Gespräche mit Mitarbeitern von Botschaften in Bosnien-Herzegowina, Sarajevo, Mai bis August 2008.

16 Vgl. Action Plan for the Implementation of the Mostar Declaration, abrufbar unter: http://www.ohr.int/ohr-dept/rule-of-law-pillar/prc/prc-other/default.asp?content_id=40959.

17 Ein europäischer Diplomat sagte treffend: »Wie immer haben die bosnischen Serben die Auseinandersetzung gewonnen« (Interview mit einem Botschaftsmitarbeiter in Bosnien-Herzegowina, Sarajevo, Juni 2008).

18 Solveig Richter: Ende einer Odyssee in Bosnien-Herzegowina, SWP Aktuell, Nr. 41, Mai 2008, S. 3.

19 Gespräch mit einem bosnischen Offiziellen, Sarajevo, August 2008.

Hannah Kalhorn

Schülervertretung in Bosnien und Herzegowina. Demokratie an der Schule?

Einleitung

Seit Ende des Krieges 1995 betätigt sich in Bosnien und Herzegowina (BiH) eine Vielzahl von Organisationen auf dem Feld der Demokratisierung. Die Aus- und Fortbildung von Jugendlichen in diesem Sinne wird als zentrale Aufgabe angesehen. Zur adäquaten Umsetzung oder auch Anpassung der Konzepte und Methoden bedarf es Informationen und Überlegungen darüber, inwieweit die häufig als westlich zu bezeichnenden Ansätze auch hier zu den erwünschten und erhofften Entwicklungen führen.

Für eine erste Beantwortung der Frage, wie Schülervertretungen in BiH unter den gegebenen sozio-politischen Umständen funktionieren, wurden Mitglieder der im November 2007 gegründeten Assoziation der Mittelschüler in Bosnien und Herzegowina (»Asocijacija Srednjoskolaca u Bosni i Herzegovini« – ASuBiH) in Form problemzentrierter Interviews befragt. ASuBiH fungiert als bosnienweit agierende Schülervertretung der Sekundarschulen und ist damit eines der wenigen Gremien, das ungeachtet ethnischer Grenzen tätig ist.

Der nachstehende Text stellt die bildungspolitische Situation in BiH sowie die Ansätze der Demokratiepädagogik und Partizipation dar und erläutert das zentrale Ergebnis der ausgewerteten Interviews.

Bildungspolitik und Schulsystem in Bosnien und Herzegowina

Das zentrale Problem des bosnischen Schul- und Bildungssystems liegt in der Reproduktion der ethnischen Segregation und der daraus resultierenden sozialen Exklusion, die auch die Gesellschaft kennzeichnet. Darüber hinaus stehen sowohl Lehrpläne als auch -methoden noch vielfach in sozialistischer Tradition. Ferner wird der Schwerpunkt auf die Anhäufung kognitiven Wissens gelegt, nicht aber auf die Vermittlung der Fähigkeit zum kritischen Denken, zur Übernahme von Verantwortung und zum Treffen selbständiger Entscheidungen. »But a democratic society needs politically responsive members, i. e. citizens who are able to reflect and scrutinise proposals, but at the same time respect different opinions.«¹ Dieser Bedarf konnte mit der bisherigen Ausrichtung des Schul- und Bildungssystems noch nicht gedeckt werden. Die Modernisierung des Bildungssystems anhand des Rahmenschulgesetzes sowie der Bildungsreform wird aufgrund der mangelnden Kooperation zwischen den Bildungsinstitutionen und aufgrund des ethnischen Diktats nur unvollständig und zögerlich umgesetzt.

Bildungspolitische Strukturen

Die Zielsetzungen und die Arbeit der zehn kantonalen Bildungsministerien werden kaum durch das auf Föderationsebene zuständige Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Sport koordiniert. Parallel existieren das zentral agierende Bildungsministerium der serbischen Republik sowie das Amt für Bildung im unabhängigen Distrikt Brcko. Auf gesamtstaatlicher Ebene übernimmt *qua* Amt das Ministerium für zivile Angelegenheiten bildungspolitische Aufgaben. Tatsächlich aber fehlen der Institution die dafür notwendigen Kompetenzen und die Autorität gegenüber den Bildungsministerien der beiden Entitäten.² »Das daraus resultierende Bildungssystem ist nicht nur fragmentiert, sondern

1 Fischer (2007): S. 300.

2 Vgl. Fischer (2007), S. 299 ff.

hat auch qualitativ stark eingebüßt [...].«³ Der Qualitätsverlust ist vor allem eine Konsequenz aus der Verweigerungshaltung der unterschiedlichen Institutionen, die nicht miteinander kooperieren, um das Bildungswesen – entsprechend europäischen Standards – gemeinsam zu modernisieren. Stattdessen stehen Machterhalt und die Zementierung der ethnischen Aufteilung im Vordergrund.

Merkmale des bosnischen Schulsystems

Im Zuge des Krieges entstanden entlang der ethnischen Aufteilung des Landes drei parallele Schulsysteme, die durch je eigene Lehrpläne und -bücher sowie Unterrichtssprachen und -schriften charakterisiert sind. Vor dem Hintergrund des einstmals an sozialistischen Maßstäben ausgerichteten Bildungssystems stellt Fischer fest: »[...] students are again treated as part of a righteous collective – but this time it is not a communist, but an ethnic collective.«⁴

In besonders expliziter Form wird die ethnische Segregation anhand des Modells der »Zwei Schulen unter einem Dach« deutlich, das in der bosnisch-kroatischen Föderation 54mal existiert. Hierbei sind eine bosniakische und eine kroatische Schule zwar in einem Gebäude untergebracht, agieren aber administrativ und curricular völlig unabhängig voneinander. Vielfach existieren getrennte Schuleingänge, die Pausenzeiten unterscheiden sich und gemeinsam zu nutzende Räume stehen nicht zur Verfügung. Mehr noch: »In such schools students are brought up in ethnic isolation adopting the 'we' and 'they' approach.«⁵

Demokratische Schulentwicklung

Schule gilt als eine der wichtigsten Institutionen, um Demokratie zu lernen. Um diesen komplexen Bildungsprozess zu ermöglichen, bedarf es der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur. Demokratie wird dabei sowohl als Herrschafts- wie auch als Gesellschafts- und Lebensform begriffen, in deren Zentrum Partizipation und Erfahrungslernen stehen. Die Schulkultur soll geprägt sein von Transparenz und Kommunikation, Selbstbestimmung und Unterstützung, Zugehörigkeit, Anerkennung und sozialer Inklusion sowie Wirksamkeit und Erfolgserleben.⁶ Die pädagogischen Ziele von Demokratie lernen liegen in der Vermittlung von Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung und damit im Aufzeigen von Alternativen zu Gewalt und im Ermöglichen von Selbstwirksamkeitserfahrungen. An dieser Stelle wird die starke Interdependenz zwischen einem demokratisch-pädagogischen Umfeld und den zu vermittelnden Erfahrungsräumen insofern deutlich, als Prinzipien und Ziele teilweise deckungsgleich sind. Erst im Rahmen einer demokratischen Schulkultur werden »Unterrichtseinheiten über demokratisches Verhalten, soziale Verhaltensweisen und ein entsprechendes Miteinander Umgehen«⁷ glaubwürdig. Doch es reicht für erfolgreiche Schulentwicklungsprozesse nicht aus, Mitgestaltung einfach nur anzubieten. Es bedarf sowohl einer konsensorientierten Kommunikation zwischen allen an der Schule Beteiligten⁸ als auch der Bereitschaft seitens der Lehrer, zu lernen und sich weiterzuentwickeln.⁹

Partizipation

Ausgehend von einer rein etymologischen Bestimmung des Begriffes Partizipation und der Frage wer woran und in welcher Form mit welchem Ziel teilnimmt bzw. teilhat, bedeutet »Partizipation«

3 Emrich (2005), S. 20.

4 Fischer (2007), S. 300. Aus dieser Betrachtungsweise wird besonders deutlich, dass es sich bei Bosnien in doppelter Hinsicht um ein Transformationsland handelt.

5 UNDP (2007), S. 93.

6 Vgl. Eikel (2007), S. 31f.

7 Schirp (2003), S. 51.

8 Vgl. Mauthe/Pfeiffer (1996), S. 232.

9 Vgl. Edelstein/Fausser (2001), S. 68.

im Rahmen des vorliegenden Artikels, dass sich Jugendliche – wahrgenommen als Subjekte – Verfügungsmacht über Entscheidungs-, Kommunikations- und Projektprozesse, die relevante lebensweltbezogene Schwierigkeiten und Aufgaben betreffen, aneignen und übertragen bekommen – mit dem Ziel der persönlichen Weiterentwicklung sowie der Bereitschaft, Verantwortung für die Gestaltung schulischer sowie gesellschaftspolitischer Prozesse zu übernehmen. Die positive Wirkung von Partizipation bezieht sich sowohl auf die individuelle Entwicklung¹⁰ als auch auf die daraus resultierenden Ressourcen für den Zusammenhalt pluraler Gesellschaften.¹¹ Denn »[w]er Teil hat, mitredet und mitgestaltet, fühlt sich respektiert und integriert. Daraus erwächst zugleich die Fähigkeit der Anerkennung von Anderen.«¹² Die erzielte Wirksamkeitserfahrung wirkt sich wiederum unterstützend auf die Bereitschaft zu politischem Engagement aus.¹³ Dergestalt fungiert Partizipation sowohl als Ziel wie auch als Mittel der Demokratiepädagogik.

Die nachstehende Tabelle liefert einen Überblick über schulische Bereiche der Partizipation, wie sie vor allem auch durch die Arbeit von Schülervertretungen umgesetzt werden kann.

Überblick über Partizipationsbereiche in der Schule nach Eikel

Bereich	Politische Fragen und Entscheidungen im weitesten Sinne	Angelegenheiten des unmittelbaren sozialen Umgangs	Gemeinnützige Aufgaben und kommunale bzw. (zivil) gesellschaftliche Themen
Ausprägung	Mitbestimmung und -gestaltung des Unterrichts	Interaktion Schüler – Lehrer sowie Schüler – Schüler	Gemeinnützige Aufgaben (intern und extern)
	Mitbestimmung und -gestaltung der Schule	Bestimmung gemeinsamer Ziele und deren Umsetzung	
	Mitbestimmung und -gestaltung der Schulentwicklung		

Quelle: Eikel 2007; eigene Gestaltung.

Schülervertretungen

Die Schülervertretung als »[...] institutionalisierte Form der Mitbestimmung und Mitwirkung von Schüler/-innen bei der Planung und Gestaltung von Schule und Unterricht« (Eikel/Diemer 2006, 2) verfolgt zwei Ziele. Erstens stellt sie die gewählte Interessenvertretung aller Schüler einer Schule dar und zweitens »[...] geht es darum, bei den Schüler/-innen Mitwirkungs- und Verantwortungsbereitschaft für demokratisch-politisches Handeln zu wecken und entsprechende Kompetenzen zu entwickeln« (ebd.). Folglich umfassen die Aufgaben des Gremiums »[...] die Mitwirkung an der Gestaltung 1. des Unterrichts und des Zusammenlebens in der Klasse, 2. des gemeinsamen Schullebens außerhalb des Unterrichts und 3. der Schule als Organisation« (ebd., 3f.). In diesem Sinne fungieren Schülervertretungen als eines der möglichen Mittel zur demokratischen Schulentwicklung sowie als Erfahrungs- und Lernfeld von Partizipation.

Im Gespräch: Schülervertreter in Bosnien und Herzegowina

Die interviewten Schülervertreter sind im Bereich der Mitgestaltung des Schullebens in Form von Projekten aktiv, die den Entscheidungsbereich der Lehrer nicht beeinflussen. Im Rahmen dieser

10 Im Rahmen unterschiedlicher Studien (vgl. Eikel 2007) wurde zudem nachgewiesen, dass positives Lernverhalten und entsprechende Lernerfolge durch das Angebot und die Umsetzung von Schülerpartizipation zunehmen.

11 Vgl. Fatke (2007), S. 19; Georgi (2006), S. 12.

12 Georgi (2006), S. 12.

13 Vgl. Reinders (2005), S. 50.

Aktivitäten erfahren die Schüler Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit und Anerkennung durch Gleichaltrige und eignen sich praktisch-instrumentelle Fähigkeiten an, die der Partizipation dienen. Die Jugendlichen übernehmen Verantwortung für ihre Projekte, setzen sich mit ihren Rechten auseinander und fordern diese ein. Darüber hinaus bietet die Schülervvertretung ihnen einen Rahmen, in dem in Abgrenzung zum Unterricht freie Meinungsäußerung sowie die Auseinandersetzung mit selbstbestimmten Inhalten möglich ist. Diese Entwicklungen sind für sich genommen positiv zu bewerten. In den Grenzen des schulischen Gremiums machen die Schüler Erfahrungen, die Bestandteile der Demokratie als Lebensform sind – Interaktion, Kooperation und Kommunikation einerseits, Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit, Anerkennung und Verantwortung andererseits. Ihr Handeln und ihre Ziele finden aber keinen nachhaltigen Anknüpfungspunkt an schulischen Strukturen und Prozessen außerhalb der Schülervvertretung. Ob der verwehrten Einflussnahme auf darüber hinausgehende Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse können diese Erfahrungen und Fertigkeiten kaum Anwendung und Weiterentwicklung finden.

Conclusio

Vor dem Hintergrund der geschilderten eingeschränkten Möglichkeiten der Schülervvertreter wird die Interdependenz zwischen Demokratie lernen und Partizipation sowie dem schulischen und gesellschaftlichen Umfeld in bestechender Weise deutlich: Die Jugendlichen erfahren durch die Schülervvertretung Einstellungen und Fertigkeiten entsprechend Partizipation und Demokratie als Lebensform, können sie aber im sozialen und politischen Kontext der Schule nur in höchst eingeschränktem Maße einbringen, anwenden und weiterentwickeln. Aus dieser Beobachtung heraus stellt sich unter anderem die Frage, ob die kontinuierliche Arbeit der einzelnen Schülervvertretungen sowie die Aktivitäten von ASuBiH eine grundlegende Veränderung von Schul- und Bildungsstrukturen bewirken und somit einen Teil der Voraussetzungen schaffen können, der laut Theorie schon gegeben sein müsste.

Bibliographie

- Edelstein, Wolfgang / Peter Fauser (2001): Demokratie lernen und leben. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der BLK. Online verfügbar unter www.blk-demokratie.de/index.php?id=83, zuletzt geprüft am 18.09.2008.
- Eikel, Angelika (2007): Demokratische Partizipation in der Schule. In: Eikel, Angelika / Gerhard de Haan (Hg.): Demokratische Partizipation in der Schule ermöglichen, fördern, umsetzen. Schwalbach/Ts., S. 7–39.
- Emrich, Steffen (2005): Jugendarbeit in Bosnien und Herzegowina. Bestandsaufnahme und Empfehlungen. Online verfügbar unter www.procorde.net/downloads/jugendarbeitbih.pdf, zuletzt geprüft am 18.09.2008.
- Fatke, Reinhard (2007): Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh, S. 19–38.
- Fischer, Martina (Hg.) (2007): Peacebuilding and Civil Society in Bosnia-Herzegovina. Ten Years after Dayton. Berlin.
- Georgi, Viola B. (2006): Demokratielernen in der Schule. Leitbilder und Handlungsfelder. Berlin.
- Mauthe, Anne / Hermann Pfeiffer (1996): Schülerinnen und Schüler gestalten mit – Entwicklungslinien schulischer Partizipation. In: Rolff, Hans-Günter / Karl-Oswald Bauer / Klaus Klemm / Hermann Pfeiffer (Hg.): Jahrbuch der Schulentwicklung. Daten, Beispiele und Perspektiven. Weinheim, München (9), S. 221–241.
- Reinders, Heinz (2005): Jugend. Werte. Zukunft. Wertvorstellungen, Zukunftsperspektiven und soziales Engagement im Jugendalter. Online verfügbar unter www.landesstiftung-bw.de/publikationen/files/sr-14_studie_jugendwertezukunft2.pdf, zuletzt geprüft am 18.09.2008.

Schirp, Heinz (2004): Werteeziehung und Schulentwicklung. Konzeptuelle und organisatorische Ansätze zur Entwicklung einer demokratischen und sozialen Lernkultur. Online verfügbar unter www.blk-demokratie.de/materialien/beitraege-zur-demokratiepaedagogik/schirp-heinz-2004-werteeziehung-und-schulentwicklung-konzeptuelle-und-organisatorische-ansaeetze-zur-entwicklung-einer-demokratischen-und-sozialen-lernkultur.html, zuletzt geprüft am 18.09.2008.

United Nations Development Program (UNDP) (2007): Social Inclusion in Bosnia and Herzegovina. National Human Development Report 2007. Online verfügbar unter <http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/europethecis/bosniahercegovina/name,3437,en.html>, zuletzt geprüft am 18.09.2008.

Sören Keil

Die Crux mit der Intervention. Zur Rolle internationaler Akteure in den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens¹

Einleitung

Internationale Interventionen, sowohl auf militärischer als auch auf politischer Ebene, gehören zur allgemeinen Realität in den Ländern des Westlichen Balkans. Dieser Beitrag soll die verschiedenen Formen der Intervention in Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Mazedonien untersuchen und dabei Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen. Vor allem geht es darum darzustellen, welche negativen Folgen für den Demokratisierungsprozess des Westlichen Balkans diese (vornehmlich politischen) Interventionen haben. Daher wird argumentiert, dass der Prozess der Staatsbildung und der Annäherung an die Europäische Union (EU) zwar Hilfestellungen benötigt, dies allerdings nicht durch massive politische Interventionen in die entsprechenden inneren Angelegenheiten der Länder geschehen darf. Stattdessen, so der Schluss des Beitrags, muss die EU durch den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess eine innerpolitische Reformbewegung in Gang setzen, die zur schnellstmöglichen Implementierung des *acquis communautaire* und damit verbunden zur Mitgliedschaft in der EU führt.

Interventionen im Westlichen Balkan

Die Länder des Westlichen Balkans haben zahlreiche militärische und politische Interventionen gesehen, die auf die gewaltsamen Konflikte im Zusammenhang mit dem Zerfall Jugoslawiens reagierten. In Bosnien und Herzegowina intervenierten internationale Akteure durch die Entsendung einer NATO-geführten Militärmission, einer internationalen Polizeimission und die Etablierung eines Hohen Repräsentanten, der die zivile Implementierung des Daytoner Friedensabkommens überwachen sollte.² Während die militärische Implementierung des Daytoner Abkommens zügig und ohne große Hindernisse vorankam, blockierten die dominierenden nationalistischen Parteien alle Elemente der zivilen Implementierung, von der Flüchtlingsrückkehr bis zur Gestaltung funktionierender staatlicher Institutionen. Infolgedessen entschied der Peace Implementation Council, der mit der Überwachung des Daytoner Abkommens beauftragt ist, im Dezember 1997, die Rechte des Hohen Repräsentanten massiv auszubauen und ihm sowohl das Recht zu geben, Gesetze zu erlassen (»Imposition«) als auch Politiker zu entlassen, die gegen das Daytoner Abkommen verstoßen haben.³ In der Folge dieser Entscheidungen erwuchs der Hohe Repräsentant zu einer Kernfigur im politischen System, der in so wichtigen Politikbereichen wie dem der Schaffung einer einheitlichen Währung, in institutionellen Fragen und im Bereich der Symbolpolitik endgültige Entscheidungen traf. Hinzu kommt, dass der Hohe Repräsentant mehrfach demokratisch legitimierte Politiker entlassen hat, inklusive eines Mitgliedes der Präsidentschaft – den Präsidenten der Republika Srpska – sowie zahlreiche Mitglieder des staatlichen und der Entitätsparlamente. Bosnien und Herzegowina

1 Dieser Artikel basiert auf Forschungen, die durch die Friedrich-Ebert-Stiftung und den James Madison Trust (London) finanziell unterstützt wurden. Mein Dank gilt Prof. Michael Burgess und Dr. Florian Bieber für hilfreiche Kommentare an früheren Forschungen zu diesem Thema.

2 Die Beschlüsse zu diesen Interventionen sind Teil des Daytoner Friedensabkommens. Teil 1A des Abkommens etabliert eine Implementation Force (IFOR) unter NATO Führung, Teil 10 regelt die Rolle des Hohen Repräsentanten und Teil 11 etabliert die International Police Task Force. Siehe: General Framework Agreement for Peace in Bosnia and Herzegovina, verhandelt in Dayton (USA) und unterzeichnet in Paris im Dezember 1995, www.ohr.int.

3 Peace Implementation Council: PIC Bonn Conclusions, Artikel XI, 10. Dezember 1997, http://www.ohr.int/pic/default.asp?content_id=5182.

ist deshalb ein typischer Fall von externem Staatsaufbau, begründet durch die Unfähigkeit der lokalen Eliten, wichtige Entscheidungen für ihr Land zu treffen.

Nach der Intervention der NATO im Kosovo 1999 institutionalisierte die berühmte Sicherheitsratsresolution 1244 eine Übergangsverwaltung der Provinz unter Obhut der Vereinten Nationen (UNMIK).⁴ Auch eine NATO-geführte Militärpräsenz war Teil der Resolution. Während ähnlich dem Vorbild in Bosnien die militärischen Bereiche der Resolution – insbesondere der Abzug serbischer Truppen und die Demilitarisierung der albanischen Kämpfer – relativ schnell abgeschlossen werden konnten, ist die politische Verwaltung durch UNMIK bis heute ein wichtiges Element des kosovarischen politischen Systems. Hinzu kommt, dass seit 2008 auch die Europäische Union eine Rechtsstaatsmission im Kosovo unterhält (EULEX), die sich vor allem mit der Herstellung der »*rule of law*« als Teil des kosovarischen Demokratisierungsprozesses beschäftigt.

In Mazedonien intervenierte die NATO im Jahr 2000, nachdem es zu gewaltsamen Konflikten zwischen mazedonischen Sicherheitskräften und albanischen Aufständischen in dem Land gekommen war. In der Folge wurde unter internationaler Mediation das Ohrid Agreement verhandelt, welches weitreichende Verfassungsänderungen mit sich führte und der albanischen und anderen Minderheiten deutlich mehr Mitsprache im politischen System gab.⁵ Politisch wurde kein Amt geschaffen, das im Notfall intervenieren kann. Allerdings hat die EU durch die Ernennung eines Sondergesandten, der sowohl unter Führung des Europäischen Rates als auch als Chef der EU Kommissionsdelegation fungiert, eine politische Autorität geschaffen, die bis heute bei wichtigen Entscheidungen als Mediator wirkt.

Alle drei Länder haben daher eine Vielzahl von militärischen und politischen Interventionen gesehen. Während die militärischen Interventionen unter der Führung der NATO relativ schnell Erfolge hinsichtlich Demilitarisierung und Eingliederung ehemaliger Milizen in neue militärische Strukturen erreichen konnten, blieben schnelle Erfolge in politischer Hinsicht aus. In Gesellschaften, die militärische Konflikte entlang ethno-nationaler Trennlinien erlebt haben, ist der Übergang vom Freund-Feind-Denken hin zu Kompromissbereitschaft und der Akzeptanz demokratischer Prozesse langwierig und oft äußerst schwierig. Nichtsdestotrotz kann man aus den verschiedenen Formen der politischen Interventionen einige Lektionen ziehen, die im Folgenden diskutiert werden sollen.

Folgen politischer Interventionen im Westlichen Balkan

Die Begründung für die Mandatserweiterung des Hohen Repräsentanten lag auf der Hand. Die politischen Eliten Bosnien und Herzegowinas, die vornehmlich dieselben waren, die das Land in den langjährigen Krieg geführt hatten, hatten bis 1997 keinerlei Bereitschaft gezeigt, auch nur die fundamentalsten Regelungen für das Post-Dayton-Bosnien zu treffen. Stattdessen waren gegenseitige Blockaden, das Unterminieren des Friedensprozesses und die Einmischung der bosnischen Nachbarstaaten weiterhin Teil des politischen Prozesses. Bosnien hatte daher überhaupt keine Fortschritte hinsichtlich Demokratisierung und Wiederaufbau gemacht. Die Hohen Repräsentanten der zweiten Hälfte der 1990er und der ersten Hälfte der 2000er Jahre übernahmen es daher, so bedeutende Fragen wie die nach einer einheitlichen Währung zu lösen und gleichzeitige jene Politiker zu entlassen, die sich bewusst gegen den Friedensprozess stellten. Während diese internationalen Interventionen durchaus entscheidend waren, um den bosnischen Staat und sein institutionelles Gefüge nicht auseinander brechen zu lassen, entwickelte sich allerdings durch die Vielzahl von internationalen Einmischungen eine politische Kultur der Abhängigkeit. Bosnische Parteien versuchten nicht mehr, mit den Vertretern der anderen ethno-nationalen Gruppen Kompromisse zu finden, sondern umwarben ganz bewusst den Hohen Repräsentanten, gewisse Entscheidungen zu treffen. Dies unterminierte den

4 Siehe: Security Council Resolution 1244, verabschiedet am 10. Juni 1999, <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/172/89/PDF/N9917289.pdf?OpenElement>.

5 Framework Agreement for Macedonia, verabschiedet am 13. August 2001, http://www.coe.int/t/e/legal_affairs/legal_co-operation/police_and_internal_security/OHRID%20Agreement%2013august2001.asp.

Demokratisierungsprozess in Bosnien und führte zu der jetzigen verzwickten Situation, in welcher die bosnischen Parteien keinerlei Kompromisse finden können, der Hohe Repräsentant aber nicht mehr intervenieren kann, weil das Bosnien, das Dayton erschaffen hat, seine Grenzen erreicht hat.

Ähnliche Gefahren waren frühzeitig auch für das Kosovo erkannt worden. Während Bosnien allerdings ein multinationaler Staat aus drei ihn konstituierenden Völkern ist, hat das Kosovo eine klare albanische Mehrheitsbevölkerung und die Rolle der internationalen Gemeinde war es weniger, zwischen den verschiedenen Akteuren zu vermitteln als vielmehr, sicher zu gehen, dass Minderheiten im Kosovo, allen voran die Kosovoserben, im politischen Prozess nicht völlig marginalisiert werden. Dies gelang allerdings nur sehr bedingt, was auch an der sturen Haltung Belgrads liegt, das Kosovoserben bis heute rät, sich nicht in den politischen Institutionen des kosovarischen Staates zu engagieren. Hinzu kommt, dass durch die einseitige Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 auch die Zuständigkeiten verschiedener internationaler Akteure nicht geklärt sind. UNMIK und EULEX haben zum Teil die gleichen Aufgaben. Im Unterschied zu Bosnien und Herzegowina muss allerdings erwähnt werden, dass die kosovarischen Eliten von Anfang an klar gemacht haben, dass sie kein internationales Protektorat akzeptieren werden und dass die Akzeptanz internationaler Akteure mehr mit dem Streben nach internationaler Anerkennung zu tun hat als mit ihrem Verständnis für Minderheitenrechte, Aussöhnung und regionale Zusammenarbeit.

Im Gegenzug zum Kosovo und zu Bosnien und Herzegowina gibt es in Mazedonien keine direkte politische Interventionsmöglichkeit seitens internationaler Akteure. Dies liegt zum einen an den unterschiedlichen Konfliktmustern der verschiedenen Länder, zum anderen aber auch daran, dass vor allem die ethnischen Mazedonier während der Ohridverhandlungen klar gemacht haben, dass sie ein solches Amt nicht akzeptieren würden. Auf der anderen Seite hat es die Europäische Union durch die Etablierung eines Sondergesandten geschafft, einen direkten Gesprächspartner zu stellen, der auch als internationaler Mediator agiert. Gleichzeitig wurden Fortschritte bei der Implementierung des Ohridabkommens frühzeitig mit weitreichenden Integrationsfortschritten belohnt, bis hin zur Vergabe des Kandidatenstatus an Mazedonien im Jahr 2005. Seitdem allerdings ist die EU ihren Versprechungen nicht treu geblieben: Es gibt keinen konkreten Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen und auch im Namensstreit mit Griechenland sind es die Vereinten Nationen und die USA, die die Führung übernommen haben.

Ein Ausweg aus der Intervention?

Wie oben diskutiert können internationale Interventionen in den politischen Prozess durchaus sinnvoll sein, nämlich dann, wenn sie Frieden und Sicherheit erhalten und weiter stabilisieren und wenn sie, wie im Falle Kosovos, die Stimmen derjenigen vertreten, die andernfalls marginalisiert würden. Auf der anderen Seite zeigt die 13-jährige Erfahrung des Hohen Repräsentanten in Bosnien, dass diese Interventionen schnell zu Abhängigkeitskulturen führen und damit den Demokratisierungsprozess unterlaufen können. Bosnien, Kosovo und Mazedonien haben im Gegensatz zu vielen anderen Konfliktregionen dieser Erde den großen Vorteil, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union tatsächlich eine bessere Zukunft verspricht. Die Europäische Union muss diesen Vorteil gezielt ausnützen und diese Länder durch Konditionalität, vor allem aber durch die vielen finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile der Union näher an sich heran führen. Das bedeutet vor allem, Demokratisierung, freie Marktwirtschaft und europäische Standards in diesen Ländern zu fördern und nicht, wie vor kurzem in Bosnien im Rahmen der Polizeireform geschehen, sich in spezifische Elemente von Konditionalität zu verrennen. Die Stärke der Europäischen Union liegt ja gerade darin, dass Deutschland, Frankreich und andere Länder nach zwei Weltkriegen begriffen haben, dass Kooperation besser als Konflikt ist, dass Partnerschaft besser als Feindschaft ist und dass von vereinigten Kräften am Ende jeder profitiert. Dies kann eine unheimlich wichtige Lektion für die gesamte Region des westlichen Balkans sein, zumal Europäische Integration die Möglichkeit bietet, eine Region wiederzuvereinigen, die durch Gewalt und Hass auseinander gerissen wurde. Anstatt langfristig in die innenpolitischen Debatten der Länder des Westlichen Balkans zu intervenieren, sollte die Europäische Union das

Zepter in die Hand nehmen und diesen Ländern durch mittelfristige Mitgliedschaftsversprechen eine klare Perspektive geben. Auf diesem Weg sollte die Europäische Union wichtige Reformen schnell belohnen und kompakte Zeitpläne zur Integration vorlegen, so dass sich die lokalen Eliten dem Reform- und Integrationsprozess auch wirklich verpflichtet sehen. Während Kroatien wohl in den nächsten Jahren der EU beitreten wird, wäre es auch wünschenswert, dass die EU gemeinsame Verhandlungen mit den restlichen Balkanländern (inklusive des Kosovo) anstrebt, genauso wie eine gemeinsame Aufnahme in die Europäische Union. Dies würde regionale Kooperation fördern und zur weiteren Versöhnung beitragen.

Es liegt also vor allem in der Hand der Europäischen Union, aus einer Region, die internationale Akteure bisher nur durch Interventionen kennen gelernt hat, einen Teil der EU zu machen.

Christian Strasser-Gackenheimer

Föderalismus und Autonomie im Kaukasus – Die Rechte ethnischer Gruppen in den Verfassungen der Sowjetunion, der Russländischen Föderation und Georgiens

Fragestellung

Der vorliegende Aufsatz befasst sich mit Konfliktlösungsstrategien durch Föderalismus und Autonomie am Beispiel der Kaukasus-Region. Dabei werden vor allem die rechtliche Ausgestaltung in den relevanten Verfassungen und nachfolgend deren tatsächliche und mögliche Weiterentwicklung untersucht.

Sowjetunion

Zu Zeiten der Sowjetunion gab es formal betrachtet zwar die Rechtsordnungen der Republiken, maßgeblich war aber das Recht der Union.¹

Die Art. 70 und 71 VerfUdSSR beschrieben die Sowjetunion als Union der Völker und Nationen. In dieser Union waren formell alle Völker gleichberechtigt und alle Unionssubjekte mit den gleichen Rechten ausgestattet. Die RSFSR war zwar das wichtigste Unionssubjekt, wurde aber klar von der Union dominiert.² Dies wurde anhand der Verfassung der RSFSR offensichtlich. Die ersten drei Kapitel der Verfassung der RSFSR entsprachen denen der sowjetischen Verfassung.³

Art. 70 VerfUdSSR betonte zwar die Freiwilligkeit der Union. Die Geschichtswissenschaft hat aber aufgezeigt, dass die Entstehung der Sowjetunion längst nicht so »freiwillig« war wie behauptet. In krassem Gegensatz zu diesem Artikel wurden einige Subjekte der späteren Union durch die Rote Armee zum Beitritt gezwungen, insbesondere auch das gesamte Kaukasusgebiet.⁴ In diesem Zusammenhang sollte auch ein Blick auf Art. 72 VerfUdSSR geworfen werden, der den Subjekten der UdSSR das Recht zum Austritt garantierte. In der Rechtswissenschaft der Sowjetunion wurde der Charakter dieses Rechts heftig diskutiert, wobei es teilweise als deklaratorisch angesehen, von der herrschenden Meinung aber als »real« betrachtet wurde.⁵ Faktisch wäre es jedoch nicht möglich gewesen, die Sowjetunion gewaltlos zu verlassen. Auch viele Verfassungsartikel (v. a. Art. 70, 71, 75) standen in Widerspruch zu Art. 72 VerfUdSSR. Zudem entsteht ein Wertungswiderspruch, da die Einheit der Sowjetunion auch strafrechtlich geschützt wurde.⁶

Tatsächlich war die Sowjetunion also ein zentralistischer Staat. Das Ende der UdSSR zeigte eindrücklich, dass die Union keinen integrativen Charakter hatte. Viele Subjekte, darunter auch die dominierende RSFSR, verließen die Union zügig. Diese Ausgangslage war prägend für die folgenden Konflikte.

1 Frenzke, Die russischen Verfassungen von 1978 und 1993, 1995, S. 18.

2 Frenzke (s. Fn. 1), S. 18.

3 Frenzke (s. Fn. 1), S. 18.

4 Uibopuu, Art. 70, S. 693, in: Fincke, Handbuch der Sowjetverfassung Band II, 1983; Altrichter, Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991, 2. Aufl. 2001, S. 60.

5 Uibopuu (s. Fn. 4), Art. 72, S. 732.

6 Willershausen, Zerfall der Sowjetunion, Staatennachfolge oder Identität der Russischen Föderation, 2002, S. 272; Uibopuu (s. Fn. 4), Art. 73, S. 733; auch wenn dies nicht auf gleicher Normebene steht.

Russländische Föderation

Von der Verfassung der UdSSR zur Verfassung der RF fand eine enorme Veränderung statt. Die Verfassung der RF ist eine der wenigen in Osteuropa, die sich konsequent mit dem Problem der territorialen Autonomie auseinandersetzt.⁷

Die Verfassung von 1993 definiert die RF als multinationale Föderation und nicht als Nationalstaat der Russen.⁸ In Art. 65 VerFRF sind die verschiedenen Subjekte aufgezählt. Es gibt Republiken, Regionen, Gebiete, die beiden Städte föderalen Ranges Moskau und St. Petersburg, das Jüdische Autonome Gebiet im Osten Sibiriens und Autonome Bezirke. Art. 68 VerFRF erlaubt den Republiken, eine Staatssprache neben dem Russischen festzulegen. Im Prinzip haben die Subjekte gemäß Art. 73 VerFRF die volle Gesetzgebungskompetenz, soweit die Föderation nicht ausdrücklich die Gesetzgebungskompetenz hat. Allerdings sind die in Art. 71 VerFRF genannten Gesetzgebungskompetenzen der Föderation die zentralen Felder der Verteidigung und der Sicherheit, des föderalen Haushalts, der föderalen Steuern und der Außenpolitik. Zudem hat die Föderation praktisch die komplette Kontrolle über das gesamte Rechtssystem. Auf den Föderationsrat wird später noch eingegangen.

Georgien

Der Krieg im Kaukasus im August 2008 brachte die Frage der Autonomie in Georgien zurück ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit.

Die georgische Verfassung misst der Einheit des Landes innerhalb der Grenzen der ehemaligen Georgischen SSR besondere Wichtigkeit bei. Art. 1 Abs. 1 VerfGE:

Georgien ist ein unabhängiger, einheitlicher und unteilbarer Staat, was durch den am 31. März 1991 auf dem ganzen Territorium Georgiens, darunter auch auf den Territorien der Autonomen Sowjetischen Sozialistischen Republik Abchasien und dem ehemaligen autonomen Gebiet Süd-Ossetien, durchgeführten Volksentscheid sowie durch den Akt vom 9. April 1991 über die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Georgiens bekräftigt worden ist.

Besonders die Hinweise auf Abchasien und Süd-Ossetien sind bemerkenswert, weil aufgezeigt wird, dass diese Probleme bereits bei der Verabschiedung der Verfassung im August 1995 bestanden haben. Gerade einer neuen Verfassung wäre eigentlich die Aufgabe zugekommen, zur Problemlösung beizutragen. Art. 1 VerfGE ist aber offensichtlich kontraproduktiv. Dies setzt sich in Art. 2 Abs. 1 VerfGE fort:

Das Territorium Georgiens wird nach dem Stand vom 21. Dezember 1991 bestimmt. Die territoriale Integrität und Unantastbarkeit der staatlichen Grenzen wird durch die Verfassung Georgiens und durch Gesetze bekräftigt und von der Weltgemeinschaft der Staaten sowie von internationalen Organisationen anerkannt.

Im Hinblick auf Autonomie gibt es keine explizite Regelung in der georgischen Verfassung. Für die Republiken Abchasien und Adscharien sieht die Verfassung einige spezielle Rechte vor, so das Recht zur Gesetzgebungsinitiative in Georgien und die Anrufung des Verfassungsgerichts (Art. 67 Abs. 1 und Art. 89 VerfGE). Insgesamt sind aber die Regelungen zu Autonomie und Rechten der autonomen Republiken eher rar gesät.

7 Koplín, Nationale und ethnische Minderheiten im Verfassungsrecht der osteuropäischen Staaten, 1995, S. 32f.; von ihm im Jahre 1995 als die einzige bezeichnet.

8 Siehe auch Schmidt, Minderheitenschutz im östlichen Europa – Russland, http://www.uni-koeln.de/jur-fak/ostrecht/minderheitenschutz/Vortraege/Russland/Russland_Schmidt.pdf, 2004, S. 25, zuletzt geprüft am 10.07.2009.

Ausgewählte Theorien zu Autonomie und Föderalismus aus der Politikwissenschaft

Der gebotenen Kürze halber soll nur der Ansicht von Levine und Lake/Rotchild gefolgt werden, die zwischen Föderalismus und Autonomie nicht strikt trennen.⁹ Levine nennt zwei Situationen, in denen Föderalismus eine sinnvolle Konfliktlösungsmöglichkeit ist. Zum einen sollten die ethnischen Gruppierungen regional konzentriert sein,¹⁰ zum anderen sollten zwischen ethnischen Gruppen klare Grenzen bestehen.¹¹ Föderalismus leistet nur dann einen Friedensbeitrag, wenn die ethnischen Gruppen den Eindruck erhalten, dass der Bundesstaat ihnen Freiräume lässt, um die eigene Kultur zu leben.¹² Levine beschreibt vier Kriterien, bei deren Vorliegen Föderalismus »funktionieren« soll.¹³

- Regionale Autoritäten können die regionale Politik kontrollieren. Levine nennt insbesondere wichtige Felder wie Bildung, Steuern und Rechtspflege. In den meisten Föderationen müssen die Subjekte diese Kompetenzen mit dem Bund teilen. Hier wird speziell ein Blick auf die Ausgestaltung in Russland angebracht sein.
- Es sollten Institutionen vorhanden sein, die zwischen den Subjekten und dem Bund Verhandlungen und Schlichtungen ermöglichen und die Kommunikation fördern. Im Rahmen dieses Aufsatzes ist besonders der Föderationsrat der RF zu nennen.
- Zusätzliche regionale Verwaltungsstrukturen schaffen Arbeitsplätze für die Bevölkerung der Region und können für Regionalpolitiker der Grundstein einer Karriere im Bund sein.
- Föderalismus verursacht politische Auseinandersetzungen im Föderationssubjekt selbst. Durch diese Situation entwickeln sich innerhalb der Ethnie verschiedene Meinungen und die ethnische Gruppe erscheint nicht als einheitliche »Opposition« zum Bund.

Der größte Nachteil des Föderalismus liegt in der Option, dass die Föderationssubjekte »auf den Geschmack« kommen und nach vollständiger Unabhängigkeit streben.¹⁴ Diese Problematik muss im Zusammenhang mit Tschetschenien, Abchasien und Süd-Ossetien durchaus ernst genommen werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt wird von Michael E. Brown aufgezeigt. Er stellt fest, dass bei ethnischen Konflikten so schnell wie möglich gehandelt werden muss.¹⁵ Bei der vorliegenden Untersuchung stellt sich die Frage, ob im Kaukasus neue föderale Strukturen oder Autonomie noch eine Lösungsmöglichkeit darstellen oder ob es für solche Bemühungen bereits zu spät ist.

Realisierung von Föderalismus und Autonomie in den oben genannten Staaten und die speziellen Situationen im Kaukasus

Auf den genannten theoretischen Ansätzen basierend sollen das föderale System der RF und die verfassungsrechtlichen Ausgestaltungen in Georgien untersucht werden. Abschließend wird sich die Frage stellen, ob Föderalismus und Autonomie Grundlage für die Lösung der Probleme im Kaukasus sein können.

9 Levine, *Political Accommodation and the Prevention of Secessionist Violence*, in: Brown (Hrsg.): *The International Dimensions of Internal Conflict*, 1996, S. 311, [330ff], Lake/Rotchild, *Containing Fear*, in: *International Security*, Vol. 21, No.2, S. 41 [61].

10 Levine (s. Fn. 9), S. 311 [332].

11 Levine (s. Fn. 9), S. 311 [330].

12 Levine (s. Fn. 9), S. 311 [330].

13 Siehe insgesamt bei Levine (s. Fn. 13), S. 311 [331].

14 Vgl. Levine (s. Fn. 9), S. 311 [332].

15 Brown, *Internal Conflict and International Action*, in: Brown (Hrsg.): *The International Dimensions of Internal Conflict*, 1996, S. 603 [614f.].

Sowjetunion

In der sowjetischen Politik und der nur deklaratorischen Autonomie liegen oftmals die Wurzeln der heutigen Probleme.

Russländische Föderation

Die Föderationssubjekte sind sehr unterschiedlich in ihrer Struktur. Dies verursacht die Frage, ob die rechtliche Gleichheit von Föderationssubjekten notwendig ist.¹⁶ Zudem wird eine Föderation auch immer komplizierter, je mehr Föderationssubjekte existieren.¹⁷ Von den theoretischen Ansätzen ausgehend ist festzustellen, dass viele Föderationssubjekte über zu wenig eigenständige Rechte verfügen. Wie bereits aufgezeigt, werden die wichtigsten Fragen in Moskau entschieden. Der Föderationsrat ist de facto nicht so mächtig wie de jure, weil die Subjekte nicht ausreichend koordiniert sind, was auch an der hohen Zahl und den bereits rein geographisch unterschiedlichen Interessen liegt. Die meisten der 89 Föderationssubjekte sind zudem keine autonomen Republiken oder Regionen, sondern russische Verwaltungsgebiete. Selbst bei erfolgreicher Koordinierung der autonomen Republiken und Regionen bestünde also kaum die Möglichkeit, massiven Einfluss zu nehmen. Auch der politische Wettbewerb innerhalb der autonomen Subjekte findet aufgrund der politischen Strukturen in Russland oft fast nicht statt. Der Föderalismus der RF fügt sich also kaum in Levines vier entscheidende Kriterien ein.

Ein weiteres Problem wird durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Föderationsverträge zwischen Bund und Föderationssubjekten geschaffen. Die interessanteste Vereinbarung wurde zwischen der RF und Tatarstan geschlossen.¹⁸ Dieser Vertrag dient für zwei verschiedene Aspekte als gutes Beispiel. Einerseits ist ein solcher Vertrag eine gute Möglichkeit, Probleme individuell zu lösen und ein autonomes Subjekt an die Föderation zu binden. Andererseits kann ein solcher Vertrag bei anderen Subjekten, die keine vergleichbare Verhandlungsposition haben, Missfallen erregen.¹⁹ Tatarstan hat den Vorteil, aufgrund der großen Öl- und Gasvorkommen eine reiche und damit interessante Republik zu sein. Andere Subjekte können nicht mit solchen Pfunden wuchern.

Fraglich bleibt, ob Tschetschenien, der russische Krisenherd im Kaukasus, ebenfalls durch einen entsprechenden Vertrag befriedet werden könnte. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind offensichtlich grundsätzlich groß. Nach den Kriegen 1995/96 und 1999/2000 ist es aber schwer, einen Weg zum Frieden zu finden und vor allem eine dauerhafte Befriedung zu erreichen. Tschetschenien ist eigentlich eine autonome Republik, wird aber faktisch komplett von Moskau aus gesteuert.²⁰ In diesem Fall existieren föderale Strukturen nur auf dem Papier.

Zwei Modelle zur Problemlösung sollen kurz diskutiert werden. Die erste Möglichkeit besteht in einer Regelung wie zwischen der Ukraine und der Krim.²¹ Die Krim gab ihre Abspaltungspläne auf und auch einen Teil der autonomen Rechte ab und erhielt im Gegenzug weite Gesetzgebungskompetenzen in den ökonomisch interessanten Gebieten Tourismus, Wirtschaft und Arbeit. Die theoretischen Voraussetzungen wären gegeben, da durch Tschetschenien wichtige Pipelines aus der Kaspischen Region laufen und auch Ölvorkommen existieren. Die zweite Option wäre ein Vertrag zwischen der RF und Tschetschenien in Anlehnung an die Vereinbarung der RF mit Tatarstan. Dieser erschöpft sich nicht

16 Awakjan, Der Status der Subjekte und die Formierung der regionalen Politik der Russischen Föderation, in: Traut (Hrsg.): Verfassung und Föderalismus Rußlands im internationalen Vergleich, 1995, S. 9 [15].

17 Schneider, Das politische System der Russischen Föderation, 1999, S. 130, mit dieser Annahme für die RF.

18 Dazu z. B. Schneider (s. Fn. 17), S. 134ff.

19 Zum Problem des asymmetrischen Föderalismus in der RF siehe Tumanow, Ist eine asymmetrische Föderation möglich?, in: Traut (Hrsg.): Verfassung und Föderalismus Rußlands im internationalen Vergleich, 1995, S. 310ff.

20 Vgl. http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/2565049.stm am Ende, zuletzt geprüft am 10.07.2009.

21 Siehe dazu meinen Aufsatz in JOR (Jahrbuch für Ostrecht) 2006, Von der »schweren Geburt« bis zur »orange- nen Revolution«: Zehn Jahre ukrainische Verfassung, S. 171 [178f.].

in wirtschaftlichen Fragen, sondern garantiert Tatarstan auch die Organisation der Republik, die Steuerhoheit, sogar Vertragsabschlüsse mit anderen Nationen unabhängig von der Föderation und auch wirtschaftliche Vertragsfreiheit mit anderen Subjekten der RF.²² Prinzipiell dürfte ein solches Maß an Unabhängigkeit auch für Tschetschenien interessant sein. Im Moment ist es allerdings illusorisch, dass Verhandlungen bis zu diesem Punkt gelangen könnten.

Georgien

Süd-Ossetien wird in der Verfassung nur als integraler Bestandteil Georgiens erwähnt. Dies ist das genaue Gegenteil von Zugeständnissen. Abchasien hat, wie erwähnt, einige spezielle Rechte. Insgesamt steht die georgische Verfassung aber hauptsächlich für das krampfhaftes Zusammenhalten des Staates. Die Kriege in den frühen 1990ern (Abchasien) und 2008 (Süd-Ossetien) stehen hier einer autonomen oder föderalen Lösung im Wege. Auch ein Vertragsmodell wie in Tatarstan erscheint zurzeit nicht umsetzbar.

Zusammenfassung

In allen dargestellten Fällen scheint zurzeit keine umsetzbare Option zu bestehen. Grund dafür ist das Zeitproblem, das Brown darstellt. Gerade bei den jahrelangen »frozen conflicts« im Südkaukasus, aber auch in Tschetschenien, scheint es zu spät zu sein, um anhand von Föderalismus und Autonomie eine Lösung zu finden. Die bisherigen juristischen Ausgestaltungen waren und sind nicht ausreichend; nun sind die Fronten verhärtet.

22 Vgl. Schneider (s. Fn. 17), S. 135.

Sabine Höger

Mediation im georgisch-abchasischen Konflikt: Wie eine Konfliktlösungsstrategie an ihre Grenzen stößt

Durch die EU- und die NATO-Osterweiterungen sowie die zunehmende Vernetzung im Zuge der Globalisierung rückt der Südkaukasus immer näher an »den Westen« heran. Doch auf seinem Weg in die NATO und die EU muss Georgien noch zahlreiche Probleme lösen; eines davon sind die separatistischen Konflikte in Abchasien und Südossetien. Am Beispiel des Abchasienkonflikts sollen zum einen die Interessen anderer Staaten an dieser Region aufgezeigt werden, zum anderen soll die Wirksamkeit der Mediation als Konfliktlösungsstrategie in diesem Konflikt untersucht werden.

Zunächst soll auf das Prinzip der Mediation eingegangen werden, um davon ausgehend die Mediationsbemühungen Russlands und der Vereinten Nationen zu analysieren. Die Analyse bezieht sich jeweils auf das Selbstverständnis als Mediator, die eingesetzten Mittel und die Beantwortung der Frage, ob der jeweilige Akteur als Mediator gelten kann. Ferner soll geklärt werden, warum der Konflikt bisher ungelöst blieb.

Mediation als Konfliktlösungsstrategie

Krieg galt lange als probates Mittel, um Konflikte zu lösen, solange dabei die Rechte unbeteiligter Dritter gewahrt blieben. Erst 1907 wurde die Friedenspflicht zwischen Staaten im Haager Abkommen festgeschrieben. Heute schreibt die UN-Charta die friedliche Konfliktlösung vor. Ein Mittel zur friedlichen Konfliktlösung ist die Mediation, die die Vereinten Nationen sehr vage als

intercessions by an intermediary who, with the implicit or explicit consent of the parties, makes not only procedural but also substantive proposals for a settlement of disputes¹

definieren. Der Mediator ist folglich ein vermittelnder Dritter, der sich mit dem Einverständnis der Konfliktparteien aktiv in die Konfliktlösung einbringt.

Eine umfassendere Definition von Mediation liefern Saadia Touval und I. William Zartman:

Mediation is a form of third-party intervention in a conflict. It differs from other forms of third-party intervention in conflicts in that it is not based on direct use of force and it is not aimed at helping one of the participants to win. Its purpose is to bring the conflict to a settlement that is acceptable for both sides and consistent with the third-party's interests. Mediation is a political process with no advance commitment from the parties to accept the mediator's ideas.²

Damit erweitern sie die Definition der Vereinten Nationen um fünf zentrale Elemente. Zum einen betonen sie explizit den friedlichen Charakter der Mediation und zum anderen die Unparteilichkeit des Mediators. Weiter soll die Mediation für die Beteiligten nicht in einem Nullsummenspiel enden, sondern das Ergebnis sollte auf einer *win-win*-Situation basieren. Außerdem verweisen sie darauf, dass der Mediator kein Altruist ist, sondern Interessen vertritt und sich deshalb als Mediator engagiert. Und schließlich bleibt es den Konfliktparteien im Gegensatz zu Schiedssprüchen bei der Mediation freigestellt, ob sie die erzielten Lösungsvorschläge akzeptieren oder ablehnen.

Des Weiteren unterscheiden Touval und Zartman drei Arten der Mediation, die je nach Konfliktyp für sich genommen jeweils als alleinige Methode zum Einsatz kommen oder aufeinander aufbauen

1 Kjell Skjelsbæk: *The UN Secretary-General and the Mediation of International Disputes*. Oslo 1991, S. 110.

2 Saadia Touval/ I. William Zartman: *International Mediation in the Post-Cold War Era*. Washington D. C. 2005,3 S. 427.

können. Als erstes führen sie *communication* an, eine Art der Mediation, die den guten Diensten ähnelt. Die zweite Stufe stellt die *formulation* dar, wobei es darum geht, Probleme zu identifizieren und Spielregeln für die Verhandlungen aufzustellen. Erst bei der letzten Variante, der *manipulation*, bringt sich der Mediator selbst aktiv ein, indem er Lösungsvorschläge unterbreitet und gegebenenfalls den Parteien positive Anreize schafft, die Vorschläge zu akzeptieren oder aber Sanktionen androht, sollten sie abgelehnt werden.³

Internationales Engagement

Russland

Russland sieht aufgrund von historischen Begebenheiten den Kaukasus als seine Interessen- und Einflussosphäre an. Das »Nahe Ausland« und die GUS sollten nach dem Ende der UdSSR als deren Ersatz einen »Gürtel befreundeter Staaten«⁴ bilden, was jedoch gescheitert ist. Dennoch versucht Russland weiterhin, seine Interessen durchzusetzen. Speziell im Fall Georgiens handelt es sich dabei um den Zugang zum Schwarzen Meer und Rohstoffe bzw. die Transportwege des kaspischen Öls. Außerdem sieht sich Russland als Schutzmacht für die russischen Minderheiten in den ehemaligen Sowjetrepubliken und räumt sich geschichtlich gewachsene Stationierungsrechte in diesen Staaten ein. Der Kaukasus ist zudem Absatzmarkt für russische Produkte und dient als Erholungsgebiet.⁵

Entsprechend seinem Selbstverständnis als Friedensmacht und Garant von Stabilität in der Region war Russland so etwas wie der natürliche Mediator in diesem Konflikt. Bereits einen Monat nach Ausbruch der Gefechte war es Russland gelungen, ein Waffenstillstandsabkommen mit Georgien zu vereinbaren. Allerdings fühlte sich die abchasische Seite daran nicht gebunden, da sie an den Verhandlungen darüber nicht beteiligt gewesen war.⁶ Ein Nachfolgeabkommen, das Sotchi-Abkommen, wurde im Juli 1993 vereinbart, im September aber von abchasischer Seite erneut gebrochen. Ein weiteres Abkommen, bei dessen Zustandekommen von Russland und den Vereinten Nationen gemeinsam vermittelt worden war – die *Declaration on Measures for a Political Settlement of the Georgian/Abkhaz Conflict*⁷ – räumte den Abchasen weitreichende Autonomierechte ein; zudem sah es die Stationierung von Friedens- und Beobachtertruppen vor. Das Moskauer Abkommen⁸ baute darauf auf und schrieb die Errichtung von je zwei Sicherheitszonen auf beiden Seiten des Grenzflusses Enguri fest, in denen überhaupt keine bzw. nur leichte Waffen getragen werden durften. Seine Überwachung sollten UN- und GUS-Truppen gemeinsam übernehmen.

Russland betreibt in diesem Konflikt »eine Mischung aus Konfliktmanipulation, -nutzung und -schlichtung«.⁹ Jedoch macht die Schlichtung – in Form der ausgehandelten Verträge – den kleinsten Teil dieser Mischung aus und es überwiegen Manipulation und Nutzung: Durch die Anerkennung Südossetiens und Abchasiens als unabhängige Staaten hat sich Russland als Mediator disqualifiziert, da es damit eindeutig Partei ergriffen hat und – was schwerer wiegt – einer der beiden Konfliktparteien, Georgien, geschadet hat. Davor spielte Russland eine genauso ambivalente Rolle in diesem Konflikt: Anfang der 1990er Jahre unterstützte es die abchasische Seite zwar nicht aktiv, hielt die abchasischen Kämpfer aber auch nicht auf; während des ersten Tschetschenienkrieges schlug sich Russland dagegen aus Eigeninteresse eher auf die georgische Seite und verhängte einen GUS-Boycott

3 Vgl. ebenda, S. 435–436.

4 Dmitri Trenin: *Russia's Security Interests and Policies in the Caucasus Region*. Brüssel 1996, S. 94.

5 Vgl. Oksana Antonenko: *Frozen Uncertainty: Russia and the Conflict over Abkhazia*. Cambridge 2005, S. 149.

6 Gueorgui Otyrba: *War in Abkhazia. The Regional Significance of the Georgian–Abkhazian Conflict*. Armonk 1994, S. 289–290.

7 Volltext abrufbar unter: <http://www.undemocracy.com/S-1994-397.pdf>.

8 http://www.unomig.org/data/file/276/moscow_agreement.pdf.

9 Uwe Halbach: *Zwischen »heißem Krieg« und »eingefrorenen Konflikten«: Rußlands Außenpolitik im Kaukasus*. Berlin 2001, S. 485.

gegen Abchasien. Allerdings brach Russland diesen Boykott eigenmächtig wieder und schickte Provokationen an die Adresse Tiflis', indem es russische Pässe an die Bevölkerung in Abchasien verteilte und ein Gesetz verabschiedete, das die Bildung und Aufnahme neuer Föderationssubjekte erlaubte. Aus diesen Gründen lehnt die georgische Regierung Russland schon seit Jahren als Mediator ab und fordert eine Internationalisierung der Konfliktlösung.

Die Vereinten Nationen

Im Gegensatz zu Russland vertreten die Vereinten Nationen kein genuines Eigeninteresse in diesem Konflikt. Ihr Eingreifen beruht auf dem Gebot ihrer Charta (Art.1, Abs.1), den Frieden in der Welt wiederherzustellen bzw. zu wahren.

Das Engagement der UNO lief deutlich langsamer an als das russische. Erst im Mai 1993 schickte sie ihren ersten Sondergesandten, Eduard Brunner, nach Georgien und die erste Resolution zum Konflikt wurde sogar erst im Juli vom Sicherheitsrat verabschiedet. Die Beobachtertruppe *United Nations Observer Mission in Georgia (UNOMIG)* wurde mit der Resolution 858 vom 24. August 1993 eingerichtet. Die Beobachter waren in ihrer Arbeit aber sehr eingeschränkt, da sie ihrem Mandat entsprechend¹⁰ selbst unbewaffnet und somit auf den Schutz der GUS-Truppen angewiesen waren. Unter dem zweiten Sondergesandten, Liviu Bota, setzte der so genannte Genfer Prozess ein und eine Freundesgruppe, die Lösungsvorschläge erarbeiten sollte, wurde gebildet. Als am aktivsten ist aber die Rolle des dritten Sondergesandten, Dieter Boden, einzuschätzen. Er hatte die *Basic Principles for the Distribution of Competences between Tbilisi and Sukhumi*¹¹ ausgearbeitet; die Kernpunkte des Dokuments sahen vor, dass Abchasien eine weitreichende Autonomie innerhalb des georgischen Staates zugestanden würde und alle Entscheidungen über seinen Status nur in beiderseitigem Einverständnis getroffen werden könnten. Dieser Plan wurde von der abchasischen Seite abgelehnt und die beiden folgenden Sondergesandten, Heidi Tagliavini und Jean Arnault, arbeiteten jeweils ergebnislos auf eine erneute Verhandlung über das »Boden-Dokument« hin. Nach einem Veto Russlands im Sicherheitsrat am 16. Juni 2009 wurde das Mandat der *UNOMIG* nicht mehr verlängert.

Das Engagement der UNO stellte eine Mittelposition zwischen *formulation* und *manipulation* im Sinne Touval und Zartmans dar. Allerdings konnten die Bemühungen der UNO zu keinem erfolgreichen Abschluss gebracht werden, da die abchasische Seite ihr misstraute. Für sie ist die UNO der unverhohlene Anwalt der georgischen Sache, da sie an der territorialen Integrität Georgiens festhält und einen unabhängigen abchasischen Staat ablehnt; ein Verhalten, das wiederum aus den Prinzipien der UN-Charta abzuleiten ist.

Gründe für das bisherige Scheitern

Neben dem Problem, dass je eine Seite einen der beiden Mediatoren nicht als solchen anerkennt, sind die miteinander unvereinbaren Forderungen eine der Hauptursachen dafür, dass noch keine Lösung in diesem Konflikt gefunden wurde: Georgien besteht auf seiner territorialen Integrität, während Abchasien seine Unabhängigkeit einfordert; aber auch ein (kon)föderaler Kompromiss wird von beiden Parteien abgelehnt. Georgien befürchtet, dass ein solcher zum territorialen Zerfall des Staates führen würde, während Abchasien in ihm keine Garantie für die Achtung seiner Rechte sieht.¹²

Des Weiteren herrscht Uneinigkeit über die Zukunft der Vertriebenen und Flüchtlinge. Georgien fordert in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Rückkehr der Geflohenen und Vertriebenen nach Abchasien. Dieser Forderung wird aber nicht nachgekommen, weil die abchasische Seite nicht bereit ist, ihren demographischen Sieg – die Abchasen stellen nun die Mehrheit, vor dem Krieg waren

10 Abrufbar unter: <http://www.unomig.org/glance/mandate>.

11 Unveröffentlichtes Dokument; gute Zusammenfassung in: International Crisis Group (Hrsg.): *Abkhazia: Ways Forward*. Europe Report No179.

12 Vgl. Ghia Nodia: *Georgian Perspectives*; abrufbar unter: <http://www.c-r.org/our-work/accord/georgia-abkhazia/georgian-perspectives.php>.

sie eine Minderheit – preiszugeben.¹³ Unter dem psychologischen Aspekt kommt noch hinzu, dass die abchasische Regierung in der so genannten »Opferfalle«¹⁴ steckt: Sollte sie eine Lösung akzeptieren, die unterhalb der Eigenstaatlichkeit liegt – die Abchasien derzeit *de facto* besitzt –, würde dies wie ein Verrat an allen Opfern, die für die Unabhängigkeit bereits ihr Leben gelassen haben, aussehen.

Ferner bleibt festzuhalten, dass bei den externen Akteuren ebenfalls der Wille zur endgültigen Lösung fehlt. Russland kann unter den Bedingungen des Status Quo seine Interessen durchsetzen. Die UNO kann gegen den Willen der Konfliktparteien wenig ausrichten und ist, solange Russland im Sicherheitsrat sein Veto einlegt, ohnehin handlungsunfähig. Die westliche Staatengemeinschaft hat zwar energie- und sicherheitspolitische Interessen im Kaukasus. Aber der aus der Umsetzung dieser Ziele resultierende Nutzen bleibt weiter hinter den Kosten einer möglichen Auseinandersetzung mit Russland zurück. Deshalb hat sich der Westen nach dem Krieg und der Anerkennung Abchasiens und Südossetiens durch Russland auch auf eine rhetorische Verurteilung Russlands beschränkt.

Literatur

Abkommen über Waffenstillstand und Truppenrückzug vom 14. Mai 1994 (Moskauer Abkommen) (»Agreement on Cease-Fire and Separation of Forces«); abrufbar unter (Stand: 10.08.2008): http://www.unomig.org/data/file/276/moscow_agreement.pdf.

Antonenko, Oksana: Frozen Uncertainty: Russia and the Conflict over Abkhazia; in: Coppieters, Bruno/ Legvold, Robert (Hrsg.): *Statehood and Security: Georgia after the Rose Revolution*. Cambridge 2005; S. 205–269.

Erklärung über Maßnahmen für eine politische Lösung des georgisch–abchasischen Konflikts vom 4. April 1994 (»Declaration on Measures for a Political Settlement of the Georgian/Abkhaz Conflict«); abrufbar unter (Stand: 10.08.2008): <http://www.undemocracy.com/S-1994-397.pdf>.

Halbach, Uwe: Zehn Jahre danach: Postsowjetische Konfliktlandschaften des Kaukasus; in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*. Berlin Jg. 51, 2001 Heft 9; S. 1087–1109.

Halbach, Uwe: Zwischen »heißem Krieg« und »eingefrorenen Konflikten«: Rußlands Außenpolitik im Kaukasus; in: *Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens*. Berlin Jg. 51, 2001 Heft 4–5; S. 481–494.

International Crisis Group (Hrsg.): *Abkhazia: Ways Forward*. Europe Report N°179; abrufbar unter (Stand: 17.07.2008): http://www.crisisgroup.org/library/documents/europe/caucasus/179_abkhazia___ways_forward.pdf.

Kvarchelia, Liana: An Abkhaz Perspective; in: *Accord: An International Review of Peace Initiatives*. 1999 Heft 7; abrufbar unter (Stand: 22.08.2008): <http://www.c-r.org/our-work/accord/georgia-abkhazia/abkhaz-perspective.php>.

Mandat der UNOMIG; abrufbar unter (Stand: 10.08.2008): <http://www.unomig.org/glance/mandate>.

Nodia, Ghia: Georgian Perspectives; in: *Accord: An International Review of Peace Initiatives*. 1999 Heft 7; abrufbar unter: <http://www.c-r.org/our-work/accord/georgia-abkhazia/georgian-perspectives.php>.

Otyrba, Gueorgui: War in Abkhazia. The Regional Significance of the Georgian–Abkhazian Conflict; in: Szporluk, Roman (Hrsg.): *National Identity and Ethnicity in Russia and the New States of Eurasia*. Armonk 1994; S. 281–309.

13 Liana Kvarchelia: An Abkhaz Perspective; abrufbar unter: <http://www.c-r.org/our-work/accord/georgia-abkhazia/abkhaz-perspective.php>.

14 Uwe, Halbach: Zehn Jahre danach: Postsowjetische Konfliktlandschaften des Kaukasus. Berlin 2001, S. 1091.

- Skjelsbæk, Kjell: The UN Secretary-General and the Mediation of International Disputes; in: *Journal of Peace Research*. Oslo Jg. 28, 1991 Heft 1; S. 99–115.
- Touval, Saadia/ Zartman, I. William: International Mediation in the Post-Cold War Era; in: Crocker, Chester A./ Hampson, Fen Osler/ Aall Pamela (Hrsg.): *Turbulent Peace. The Challenges of Managing International Conflict*. Washington D. C. 2005³; S. 427–443.
- Trenin, Dmitri: Russia's Security Interests and Policies in the Caucasus Region; in: Coppieters, Bruno (Hrsg.): *Contested Borders in the Caucasus*. Brüssel 1996; S. 91–102.

Victoria Hudson

Russian Soft Power in the Post-Soviet Space and Beyond¹

Introduction

The two decades that have passed since the collapse of Soviet Union have witnessed a tremendous diversification in political, economic and cultural outlook in the formerly socialist countries that existed in Moscow's geo-political orbit. While many Central and East European states have used independence to pursue the path of EU-oriented Europeanization and liberal democracy, others have drawn upon their natural resources and geo-strategic significance to sustain authoritarian regimes, while others still find themselves oscillating between a range of strategic pull factors. Whereas the Warsaw Pact and socialist planning once determined state behaviour, recent years have seen a proliferation of alternative security and economic organizations across the post-socialist space: the EU and NATO have expanded their membership deep into Eastern Europe, while organizations such as the CIS, CSTO, GUAM, SCO and EurAsEC have provided new forums for cooperation among former Soviet states and with other regional leaders. The former regional hegemon has in fact not had a hand in many developments in the diversification of the post-Soviet space; it has even been purposefully excluded in some cases, reflecting the decline of Moscow's power-projection and prestige in the region in the wake of the Soviet collapse.

Russian attempts to engage more effectively with its neighbours are often framed in the West and by nationalizing elites in those states in terms of neo-imperialism and the coercive exercise of 'hard' power. This paper, however, will offer an outline of how Moscow seeks to use soft power to re-kindle links with states and populations in the region to create a Russia-friendly space, i.e. one which generally serves and supports Russian interests on a largely mutually agreeable basis, and in which Russian culture and language play a significant part.

The Russian Approach to Soft Power

Joseph Nye has described soft power as 'the ability to get what you want through attraction rather than through coercion', which can occur through culture, political values and foreign policy.² Soft power as a means to achieving national ends relates to a state's effective self-positioning on the international stage and 'rests upon the ability to shape the preferences of others'³. In the Russian context, the desire to acquire soft power relates not simply to the general 'attractiveness' of Russia's cultural and sporting achievements, but moreover to the search for a new leading role for the Russian Federation as a renewed, legitimate great power on the international stage with a strong presence in the surrounding regions.

In 2000, President Putin declared the need to improve Russia's image in the world; following the chaos and weakness of the 1990s, the country was seen as unreliable and inconsistent in its foreign policy making. Yet while the real catalyst for action did not occur until the 2004 Orange Revolution, even today commentators give radically divergent assessments of the success of Russia's soft power campaign. This derives from the fact they are frequently talking about different dimensions of Moscow's foreign policy approach and hence addressing different criteria.

1 This paper represents ideas in the process of development; please do not cite.

2 Joseph Nye Jr. (2004): 'Soft Power. The Means to Success in World Politics', Public Affairs, New York, p. 11.

3 Ibid: p. 5.

A key part of Russia's renewal concerns its role as a great power with a position that is distinctive from the West's. Vyacheslav Nikonov comments, 'Russia does not have great possibilities for soft power. We simply don't have an ideology that we could offer the world'⁴. Other, more sanguine analysts encourage readers to consider that 'crisis' may be translated into Chinese in the sense of either 'risk' or 'opportunity'; the current economic crisis gives Russia potentially the opportunity to influence the shape of the post-crisis world, entailing a critique of the past two decades of American-led development.⁵ As Vladislav Surkov put it,

*We need to create a new society, a new economy and new army and a new faith. We must demonstrate that it is both possible and necessary to think and speak about freedom and fairness Russian-style.*⁶

In terms of securing Russia's position on the international stage, Putin is seen by many as a key part of Russian soft power; as a statesman, he has taken the leading role in building links with foreign leaders, promoting Russian business and presenting Moscow as a proactive, positive yet assertive partner on the international political stage. While some would say much remains to be done in these respects, Moscow clearly relishes the renewed respect and prestige over the more Western-friendly Yeltsin years, which are often considered in terms of weakness and humiliation.

Thus far, this paper has focused on Moscow's soft power initiatives on a global level. However, much of Russia's soft power work is concerned with consolidating Russia's standing in the post-Socialist region. Moscow perceives that its key economic, military and strategic interests lie in this area, and therefore wishes to preserve a clear leadership role – if not exclusive hegemony – in its traditional sphere of influence. This has been a rhetorical priority almost since the collapse of the USSR, but due to the lack of financial, human and political resources and the Kremlin's occasionally heavy-handed approach in a number of cases, inter-state relationships have become rather degraded, as evinced by the Orange Revolution, which signalled a rejection by supposedly fraternal Ukraine and provided a catalyst for the reconsideration of Moscow's dealings with its neighbours. The issue has been well summarized by the Chairman of the Foreign Affairs Committee of the Duma, Konstantin Kosachev, who finds 'the situation absurd' when post-Soviet states enjoy more benefits from cooperating with Russia but still align themselves with Europe and the West, which happens because Russia 'cannot explain its presence in the post-Soviet Union... the West is doing this under the banner of democratisation, and one gets the impression we are only doing it for ourselves.'⁷

Yet the pursuit of interests is not purely pragmatic in a tangible sense⁸: Russia is striving to realize its self-perception not simply as a world political leader, but also as one of the great contemporary civilizations, which is based to a considerable degree upon the radiance of its culture and values in the near abroad. Without this, Russian culture becomes more parochial than internationalist and the connection is broken with the imaginings of a greater Russia, which feature prominently in historical and even contemporary writings on Russian identity and nationhood. Soft power offers the potential to engage and indulge the post-imperial yearning for a romantic sense of importance beyond one's own borders, while also helping to secure the good neighbourly relations essential for effective statehood.

4 Vyacheslav Nikonov (2009): 'Komponentov "myagkoj sily" u Rossii nemnogo' in Russian Journal, 21 July 2009, <http://www.russ.ru/Mirovaya-povestka/Komponentov-myagkoj-sily-u-Rossii-nemnogo> (accessed 9 August 2009).

5 Gleb Pavlovskii (2009): 'Soft Power – éto po-russki?' in Russian Journal, 21st July 2009, <http://russ.ru/pole/Soft-Power-eto-po-russki> (accessed 9 August 2009).

6 Vladislav Surkov (2006): 'Nationalisatsiya budushchego' in: *Suverennaya demokratiya : ot idei k doktrine : sbornik statej*, Moscow: Evropa, 2007.

7 Konstantin Kosachev, cited in Nicu Popescu, 'Russia's Soft Power Ambitions', CEPS Policy Brief, Centre for European Policy Studies, No 115, October 2006 (<http://www.ceps.be>).

8 Vladislav Surkov (2006): 'Nationalisatsiya budushchego' in: *Suverennaya demokratiya : ot idei k doktrine : sbornik statej*, Moscow: Evropa, 2007.

Soft Power Initiatives

In response to the Orange Revolution, and as a signal of the seriousness of the issue, Vladimir Putin issued a decree mandating that the Presidential Directorate for Interregional Relations and Cultural Contacts with Foreign Countries⁹ under Modest Kolerov '[imitate] the US scheme of working with civil society and NGOs around the world. The major mission... is to identify pro-Russian forces and to build up a network of "friends of Russia" by promoting the elite and supporting various civil society entities.'¹⁰ The trend towards organizing and consolidating affairs with populations in the 'near abroad' has been continued under the Medvedev presidency via the legal restructuring of the coordinating arm of the network of Russian Cultural and Scientific Centres as *Rosstrudnichestvo*¹¹ under the aegis of the Ministry of Foreign Affairs.¹² There are also a number of Duma and government committees devoted to CIS and compatriot affairs, while various formally non-governmental organizations and the Moscow Administration retain a keen and active interest in this area, the idea being that even if state bilateral relations are thorny, leverage can still be obtained by cultivating 'humanitarian' ties with populations, a practice that constitutes the quintessence of soft power.

Yet while soft power initiatives in the post-Soviet space clearly aim to reinforce the sense of commonality with Russian society and the populations in these countries as a whole, there is a very particular interest in cultivating relations with 'compatriots abroad' specifically. This term refers primarily to the 25 million ethnic Russians who found themselves living outside the Russian Federation after the collapse of the Soviet Union, although other, non-titular ethnicities identifying with Russia are sometimes also included. Although the voluntary compatriot repatriation programme seeks to attract compatriots back to the motherland to help ease the demographic crisis, much of the policy is aimed at maximizing the benefits of relationships with compatriots in their country of residence. While integration of the minorities into the respective society is encouraged and supported, 'humanitarian' engagement should provide an alternative to assimilation and preserve the sense of a common Russian cultural, linguistic and spiritual *obshchina* (community) among compatriots abroad. The aim is to foster a global diaspora retaining a certain loyalty to the *rodina* (motherland), not least because this community is seen to represent one of the most highly educated of its kind and as such holds considerable potential as an intellectual resource for Russia's development and modernization. Furthermore, the potential utility of a having well-positioned, loyal diaspora for lobbying work within the country of residence has not escaped the Kremlin's notice; cultural work thus offers clear political, economic and strategic advantages.

Furthermore, from a position of renewed state strength, concern for the civil, cultural and human rights of compatriots in the near abroad – which were often neglected during the 1990s – has become a point of national pride and lends justification for pro-active engagement with the domestic affairs of the neighbouring states. Be it drawing EU attention to the contradictions in the language and citizenship policies in Latvia, Estonia and Ukraine, intervening militarily on behalf of people identifying with Russia in South Ossetia and Abkhazia or facilitating popular mobilization in the Crimea, maintaining cultural affiliations with Russophones abroad supports Russian geo-strategic goals all while arguably being a positive end in itself.

9 'Upravlenie Prezidenta po Mezhhregionalnym i Kulturnym Svyazyam s Zarubezhnymi Stranami' – <http://www.kremlin.ru/articles/svyasi.shtml> (accessed 21 August 2009).

10 Dmitry Polikanov, 'Domestic Politics and Foreign Policy Formulation' in Jackie Gower and Graham Timmins, *Russia and Europe in the Twenty-First Century. An Uneasy Partnership*, Anthem Press 2008, p. 66.

11 <http://www.rs-gov.ru/> (accessed 21 August 2009).

12 Continuing the task of the 2006–2008 version, the Ministry of Foreign Affairs has developed a 'Programme of Work with Compatriots Abroad 2009–2011', which is available at: <http://www.mid.ru/ns-dgpch.nsf/b389b2001d13205b43256da40037aa80/86aac4ac56ac956ac3257568004ca6a2?OpenDocument> (accessed 21 August 2009).

Such cultural work has taken place in a number of intertwined areas. In terms of the traditional remit of cultural diplomacy, *Rossotrudnichestvo* has the role of coordinating the activities of individual, autonomous Russian Cultural and Scientific Centres. Such centres offer a diverse cultural programme, including film showings, exhibitions, concerts, book presentations and even pedagogic and psychological support; they also provide language training for children and adults and generally nurture a sense of belonging to the Russian spiritual community.¹³ In this respect, state-oriented structures have also joined forces with the Russian Orthodox Church.¹⁴ Furthermore, to promote intellectual renewal, foundations such as the *Russkiy Mir* Foundation, scholarly publications like *Russian Journal* and discussion groups in the orbit of *United Russia* discuss the contemporary themes of Russia's development and role in the world and strive to create traction behind certain new ideas.

A key area of activity is the preservation and strengthening of the Russian language, which not only perpetuates a living sense of community among Russian speakers, but also creates an audience for the messages of the Russian mass media. Although Nikonov laments the absence of adequate media organs for disseminating the Russian world view, and the anti-Russian bias of other key global outlets¹⁵, it is worth noting that *Rossotrudnichestvo* has assembled a number of partners, including *Voice of Russia* and *RIA News*, while the satellite channel *Russia Today* broadcasts in both English and Arabic¹⁶ and other Russian channels maintain a significant presence in the post-Soviet space.

Concluding Remarks

It has been suggested that Russia seeks to use soft power to help reshape the post-socialist realm as a generally pro-Russian space and create an image commensurate with that of a great power. Critics may point to Russia's military intervention in Georgia in August 2008 as evidence of Moscow's failure to embrace the softer turn in international politics, yet Nye himself notes that 'smart power' effectively combines hard and soft power.¹⁷ Indeed, while Russia's neighbours are said to have become nervous, this should perhaps not be exaggerated, because Russia is seeking to present itself as a predictable partner and for compatriots, the intervention may serve to inspire gratitude and signal strength and a new commitment to proactive engagement in their defence – all of which may, to certain audiences, constitute 'attractiveness'. Yet while Russia has begun to build a network of soft power *resources*, the question of whether Russia actually *has* soft power depends on how these initiatives are received by their intended audiences. If successful, cultural measures have the potential to facilitate closer cooperation with the neighbouring states in other areas, but if not, they may end up reinforcing fears of coercion and neo-imperialism to the detriment of Moscow's regional and indeed global aspirations.

13 Source: 2009 leaflet from the Language Centre of the 'Russian House of Science and Culture' on Friedrich Str., Berlin.

14 Kommunique kruglogo stola 'Russkaya Pravoslavnyaya Tserkov i sootchestvenniki v stranakh Evropy: opyt i perspektivy sorabotnichestva' – <http://www.mid.ru/ns-dgpch.nsf/3fe434dd77ee97a4c325710e0047decc/06179-ca1ae59c28cc32575ec002bc90f?OpenDocument> (accessed 21st August 2009).

15 Vyacheslav Nikonov (2009): 'Komponentov "myagkoj sily" u Rossii nemnogo' in *Russian Journal*, 21 July 2009, <http://www.russ.ru/Mirovaya-povestka/Komponentov-myagkoj-sily-u-Rossii-nemnogo> (accessed 9 August 2009).

16 Information on *Rossotrudnichestvo*'s media partners: <http://www.rs-gov.ru/taxonomy/term/35> (accessed 21 August 2009).

17 Joseph Nye Jr. (2008): 'Public Diplomacy and Soft Power' in *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, vol. 616, March 2008, p. 107.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Vera Axyonova	Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) veraks1@hotmail.com
Michael Bär	Eberhard Karls Universität Tübingen Geographisches Institut Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie michael.baer@uni-tuebingen.de
Franziska Blomberg	Promotionskolleg »Externe Demokratieförderung und Zivilgesellschaft im postsozialistischen Europa«, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder blomberg@euv-frankfurt.de
Štěpánka Busuleanu	Promotionskolleg »Externe Demokratieförderung und Zivilgesellschaft im postsozialistischen Europa«, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder Busuleanu@euv-frankfurt-o.de
Sahra Damus	Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, Lehrstuhl für Sprachwissenschaft I – Deskriptive Linguistik und interlinguale Soziolinguistik damus@euv-frankfurt-o.de
Anja Franke	Christian-Albrechts-Universität Kiel, Institut für Sozialwissenschaften, Bereich Politische Wissenschaft franke@politik.uni-kiel.de
Matthew Frear	University of Birmingham, UK, Centre for Russian and East European Studies mjf555@bham.ac.uk
Tina Freyburg	ETH Zürich, Zentrum für Vergleichende und Internationale Studien (CIS) freyburg@eup.gess.ethz.ch
Sabine Höger	Universität Regensburg sabine.hoeger@arcor.de
Carolin Holzmeier	Universität Regensburg Carolin.Holzmeier@stud.uni-regensburg.de
Hristofor Hrisoskulov	Doktorand an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster h.hrisoskulov@arcor.de

Victoria Hudson	Centre for Russian and East European Studies, University of Birmingham vah707@bham.ac.uk
Hannah Kalhorn	Freie Universität Berlin hannah.kalhorn@gmx.net
Sören Keil	University of Kent in Canterbury, PhD candidate, Centre for Federal Studies soeren_keil@web.de
Dorothea Keudel	Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder keudel@euv-frankfurt-o.de
Matej Kralj	Universität Erfurt, Forschungsgruppe Offenes Europa matej.kralj@stud.uni-erfurt.de
Michael Männel	Freie Universität Berlin, Osteuropa-Institut mmaennel@zedat.fu-berlin.de
Ivo Mijnsen	Universität Basel ivo.mijnsen@gmail.com
Kathrin Müller	Heinrich-Heine Universität Düsseldorf Kathrin.Mueller.07@uni-duesseldorf.de
Melanie Müller	Westfälische-Wilhelms-Universität Münster, Graduate School of Politics melanie.mueller@uni-muenster.de
Ada-Charlotte Regelman	University of Glasgow a.regelman.1@research.gla.ac.uk
Solveig Richter	Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Forschungsgruppe EU Außenbeziehungen solveig.richter@swp-berlin.org
Christoph Schnellbach	Doktorand und DAAD-Stipendiat an der Andrassy Universität Budapest schnellbach@daad-alumni.de
Veronika Siska	Universität Regensburg, Lehrstuhl für Slavische Literaturwissenschaft veronika.siska@gmail.com

-
- | | |
|------------------------------------|---|
| Katharina Stadler | Humboldt-Universität zu Berlin,
Institut für Musikwissenschaft
katharina.stadler@yahoo.com |
| Christian
Strasser-Gackenheimer | Universität Konstanz
Christian.Strasser-Gackenheimer@uni-konstanz.de |
| Claudia Stubler | Johannes Kepler Universität Linz,
Institut für Soziologie,
Abteilung für Politik- und Entwicklungsforschung
mathematik2@hotmail.com |
| Dominik Tolksdorf | Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Centrum für angewandte
Politikforschung (C.A.P) in München
dotolks@gmail.com |
| Doris Wydra | Universität Salzburg,
Institut für Politikwissenschaft und Soziologie,
Salzburg Centre of European Union Studies
doris.wydra@sbg.ac.at |
| Marc Zivojinovic | Universität Erfurt,
Max-Weber-Kolleg für kultur- und sozialwissenschaftliche
Studien
marczivo@hotmail.com |

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 103 **Dekonstruktion von Korruption.**
Die Bedeutung des EU-Beitritts für die westeuropäische Medienberichterstattung
über Korruption in Rumänien
Von Leyla Safta-Zecheria
(September 2009)
- No. 102 **An Assessment of Policy Measures to Support Russia's Real Economy**
By Yuri V. Simachev, Andrei A. Yakovlev, Boris V. Kuznetsov,
Michael Y. Gorst, Aleksandr V. Daniltsev, Michael N. Kuzyk, Sergey N. Smirnov
(June 2009)
- Nr. 101 **Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009**
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2009)
- Nr. 100 **Die »Untergrunduniversität« der Prager Bohemisten.**
Ein Fallbeispiel für Parallelkultur in der »normalisierten« ČSSR
Von Karoline von Graevenitz
(November 2008)
- Nr. 99 **Die Ukraine zwischen Ost und West.**
Außenpolitische und kulturelle Orientierungen
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Oktober 2008)
- Nr. 98 **Modernisierung in Ost- und Ostmitteleuropa?**
Dynamiken innerstaatlichen und internationalen Wandels
Beiträge für die 16. Tagung Junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Berlin, Forschungsstelle Osteuropa an der
Universität Bremen und Europäische Akademie Berlin
(September 2008)
- Nr. 97 **Der bewaffnete Konflikt um Südossetien und internationale Reaktionen**
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(September 2008)
- Nr. 96 **Und die Krähe trägt ein rotes Sternchen**
Die politische Karikatur im polnischen Untergrund der Jahre 1981 bis 1989
Von Wolfgang Schlott
(September 2008)
- Nr. 95 **»Das Andere Osteuropa von den 1960er bis zu den 1980er Jahren«**
Berichte zur Forschungs- und Quellenlage
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (Hg.)
(Mai 2008)
- Nr. 94 **Die russischen Wahlen 2007/2008.**
Teil 2: Präsidentenwahl 2008
Von Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.)
(März 2008)
- Nr. 93 **Die aktuelle Wirtschaftslage der Ukraine.**
Erfolge und Herausforderungen für die Regierung Timoschenko
Von Heiko Pleines (Hg.)
(Februar 2008)

Die Arbeitspapiere erscheinen sechs Mal jährlich und können als PDF-Datei von der Website der
Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle.uni-bremen.de) heruntergeladen werden.
Die Druckfassung ist nur im Abonnement für Bibliotheken erhältlich und kostet pro Jahr € 25,- zzgl. Versandkosten.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kéghel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen – Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2008, 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, € 24,90

Archiv zur Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas. Quellen – Bestände – Analysen

- Bd. 2 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Monographien im Zweiten Umlauf Polens
1976 – 1989
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 506 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-883-2, € 89,90
- Bd. 1 **Wolfgang Eichwede (Hg.):**
Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa.
Sowjetunion, Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, DDR
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 178 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-983-9, € 79,90

Changing Europe

- Bd. 6 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
The EU and Central & Eastern Europe.
Successes and Failures of Europeanization in Politics and Society
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2009, 165 S., br., ISBN 978-3-89821-948-8, € 24,90
- Bd. 5 **Julia Kusznir, Heiko Pleines (eds.):**
Trade Unions from Post-Socialist Member States in EU Governance.
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 196 S., br., ISBN 978-3-89821-857-3, € 24,90
- Bd. 4 **Sabine Fischer, Heiko Pleines (eds.):**
Crises and Conflicts in Post-Socialist Societies.
The Role of Ethnic, Political and Social Identities
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 218 S., br., ISBN 978-3898218559, € 29,90
- Bd. 3 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 244 S., br., ISBN 978-3-89821-750-7, € 29,90
- Bd. 2 **Jochen Tholen, David Lane, Gyorgy Lengyel (eds.):**
Restructuring of the Economic Elites after State Socialism.
Recruitment, Institutions and Attitudes
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 350 S., br., ISBN 978-3-89821-754-5, € 34,90
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007, 224 S., br., ISBN 3-89821-733-7, € 29,90

Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS)

- Bd. 75 **Heiko Pleines (Hg.):**
Corporate Governance in post-sozialistischen Volkswirtschaften
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 240 S., br., ISBN 978-3-89821-766-8, € 34,90
- Bd. 73 **Julia Kusznir:**
Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in russischen Regionen.
Eine Analyse am Beispiel der Erdöl- und Erdgasindustrie, 1992-2005
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2008, 354 S., br., ISBN 978-3-89821-821-4, € 34,90

Einzelveröffentlichung

- Heidrun Hamersky, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Eine andere Welt? Kultur und Politik in Osteuropa 1945 bis heute.
Festschrift für Wolfgang Eichwede
ibidem-Verlag (Stuttgart), 2007, 338 S., Hardcover, ISBN 978-3-89821-751-4, € 59,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de